Hintergrundwissen zum „geltenden“ Rechtssystem und wie wir es zum Verschwinden bringen... und mit etwas Besserem ersetzen....
(von Hans Meier)

Hallo Leute,

Da schon einiges an Hintergrundinfos meiner Feder entschlüpft ist, möchte ich dieses Mal ins Eingemachte ge-hen und Euch den wahren Generalbetrug des Rechtssystems vor Augen führen. Alles, was ich hier niederge-schrieben habe, ist eigentlich das, was ich mir immer gewünscht habe, in einem einzigen Happen im Internet vor-zufinden. Für`s erste! Aber in diesem System kriegt man selten etwas „vorgekaut“, denn dieses ernährt sich hauptsächlich von unserer Unwissenheit und unserer Z e rst r eu un g.
Also habe ich mich selber an die Arbeit gemacht und die für mich wichtigsten Infos zusammen getragen, obwohl mir meine natürliche Abneigung gegen Jura quasi angeboren ist. Ursprünglich sollten es ein paar wenige Seiten werden, die ich für meinen eigenen Überblick gebraucht hätte, aber mittlerweile ist die Größenordnung der Infor-mationen ausgeufert. Also habe ich die einzelnen Themenbereiche aufgegliedert und kapitelweise mit Wissen gefüllt. Wenn Ihr Euch anstatt für „Jura“ also auch für das „geltende Rechtssystem“ interessiert, und vor allem, wie man ihm entkommt und ganz besonders, wie man es zum Verschwindenn bringt, dann wird der eine oder andere von Euch mein Skript vielleicht sogar in die Finger bekommen; denn ich habe nicht vor, diese...Sc... ähm... diesen Unrat für mich alleine zu behalten, denn nichts für ungut... geteiltes Leid ist halbes Leid!

Was mein Ziel ist? Speziell.... **dass sie mich einfach in Ruhe lassen**! Grundlegend, … dass die Menschen nach ihrer eigenen Fasson selig werden können und nicht nach der ihrigen.... Deshalb habe ich auch alles ausschließ-lich für die Praxis und die Anwendung geschrieben. Diskutieren brauchen wir gottlob auch nicht, denn die Lösun-gen, die ich gefunden oder mir ausgedacht habe, stehen ja in **ihren** Gesetzen. Die Gesetze sind die ihren, die Lö-sungen allerdings sind die meinen. Und da sind wir auch schon bei einem der ersten Probleme, wovon mein Skript nur so wimmelt. Denn mir wäre es am liebsten, wenn mein Konzept ein Impuls wäre, der Euch Mut gibt, Eure eigenen Lösungen zu finden. Ich möchte niemanden ins Unglück stürzen! Vor allem, wenn Euch das notwendige Hintergrundwissen fehlt und Ihr völlig unreflektiert etwas Tödliches ins Blaue hinein unternehmt.
Jedenfalls..., es ist ein Haufen an Informationen, der jetzt auf Euch zukommt und... dieser Haufen ist nicht unbedingt unkompliziert oder leicht zu begreifen. Die Verarschung ist riesengroß und der Kern der Wahrheit in vielen Zwiebelschalen verpackt! Nehmt auch nicht an, dass ich jemand vom Fach wäre oder besonders gut Bescheid wüsste. Ich bin der stinknormale Laie, genau wie Ihr, vielleicht mit dem Unterschied, dass die „Autori-täten“ es bei mir übertrieben haben. So konnte ich eines trüben Tages wenigstens den Entschluss fassen, dem ganzen auf den Grund zu gehen. Ich habe mich aber nicht mit den bruchstückhaften Status Quo-Darstellungen im deutschen Forum zufrieden gegeben und deshalb im englischsprachigen Raum herumgesucht... und bin fündig geworden.

Maßgeschneiderte praktische Hilfen vermisste ich auch hier, aber ich konnte die notwendigen Hinter-grundfakten finden; dann ging mir langsam ein Licht auf, die Logik wurde plötzlich klar und so konnte ich auf dieser Basis meine eigenen Schriftsätze entwickeln.

Bevor man einer Behörde den ersten zaghaften Hauch eines Widerstands entgegensetzt, sollte man, so meine ich, bestens Bescheid über deren Handlungs - und „Denk“weisen wissen und die dritte Korrespondenz im Kopf behalten, wenn man die erste gerade übermittelt. Ohne fundiertes Wissen können wir uns die Mühe gleich sparen! Zudem müssen wir uns damit abfinden, dass behördlicherseits alles auf einem völlig emotionslosen Niveau abläuft, denn sie verwalten nur Papier. Keine menschliche Regung, reine Sachverhalte! Finstere Emotio-nen unsererseits sind deshalb ab sofort unter Strafe gestellt..., denn Sachverhalte können nicht wütend werden oder sich freuen. Wenn der Sachverhalt schlau war, gewinnt er, wenn die schlauer waren, gewinnen die und der Sachverhalt bekommt eins auf die Mütze. Und dann werden wir den Grund herausfinden, etwas verbessern und es nochmals versuchen.

Alle nachfolgenden Kapitel laufen darauf hinaus, dass Ihr am Ende in der Lage seid, daraus Eure eigenen Schrift-sätze und Konzepte zu erarbeiten, indem Ihr genau versteht, was Ihr tut oder wo Ihr suchen müsst. Einzig die Unwissenheit versklavt die Menschen. Erlernen wir zuerst die Strategie des „Feindes“ und prügeln uns danach mit ihm herum. Lasst uns unsere Steinschleudern eintauschen in Laserschwerter, mit denen sie uns ausknipsen wie lästige Fliegen. An sich hasse ich ja Krieg, aber offensichtich ist einer im Gange und Waffengleichheit bringt uns bessere Chancen ein. Unsere Waffen sind natürlich aus Papier und ich habe die meinigen als standardisierte Schriftsätze diesem Skript als Muster angehängt. Alle diese Schriftsätze titulieren etwa unter dem Motto: „nein, nicht mehr mit mir! Schaut! Hier sind Eure eigenen Gesetze!“ Die nachfolgenden Ausführungen setzen allerdings voraus, dass Ihr Euch schon ausgiebig schlau gemacht habt und einigermaßen präpariert seid, sonst erschlägt es Euch vielleicht, was ich keinesfalls möchte.

Den Sinn meiner Ausführungen sehe ich also in einem Beitrag, **dem Recht zum Durchbruch zu verhelfen**, indem seine willkürliche Verwendung entlarvt wird. Die Aufgeweckten unter uns werden schnell erkennen, dass eine Unmenge an Munition zur Verfügung steht, den Gegner mit seinen eigenen Waffen zu schlagen. Wie gesagt: ihre Waffen bestehen aus bedrucktem Papier. Unsere Waffen bestehen aus bedrucktem Papier. Gewinnen wird der, der das bessere Schwert hat und den besseren Inhalt präsentiert. Ich habe es an anderer Stelle schon erwähnt..., denn unser wahrer „Feind“ ist nicht die elitäre Oligarchie, die uns seit Jahrhunderten das Wasser abgräbt, sondern unser Freundes- Verwandten - und Bekanntenkreis. Sie erledigen uns in deren Auftrag! Sie sitzen in den Behörden und Ämtern als Erfüllungsgehilfen ihrer Prinzipale mit der Mission, uns zu drangsalieren und auszusaugen. Sie tun dies willfährig genug, aus Angst um ihren monatlichen “Lohn“ und aus Unwissenheit, die sie von uns unterscheidet. Später einmal werden sie uns erzählen, sie hätten das Geld dringend gebraucht. Vor allem die Unternehmer unter uns, von denen sie leben, haben mit solcherlei Gestalten reichlich Erfahrung sammeln können. Meine Beobachtung ist, dass sie tatsächlich annehmen, zu**Recht** zu handeln. Sie gehorchen ihrer Obrigkeit, hinterfragen nichts und verschanzen sich

hinter meterdicken Dienstanweisungen. Von einer Bereitschaft zur Remonstration keine Spur! Denkt ansonsten ja nicht, dass ich etwas gegen unsere Nachbarn, Freunde und Bekannten hätte!!!

Wer also nochmals ist unser tatsächlicher „Feind“? Ja..., ich denke, dass wir selber und die angstgesteuerten Menschen um uns herum das sind. Und ich hatte bisher nie eine bessere Antwort gefunden als unsere eigene Unzulänglichkeit, Unwissenheit und Blindheit als den wahren Unterdrücker auszumachen. Zu unserer Ehren-rettung möchte ich jedoch an dieser Stelle auch erwähnen, dass wahrscheinlich der schwierigste Aspekt am ganzen Rechtssystem, dem wir ins Auge schauen müssen, die unbarmherzige Bösartigkeit seiner Erfinder ist. So viel Böses hat noch nie ein Mensch seinem Mitmenschen zugetraut. Wir sollten also besser dem Monster in die Augen schauen und für echtes Wissen und klare Fakten sorgen und dann die Leute auffordern, etwas zu unter-nehmen. Erst da wird sich zeigen, ob wir die aufgeweckten, mutigen, freien und souveränen Menschen sind, die es nicht nötig haben, jemanden ins Unrecht zu setzen oder unhöflich zu ihm zu sein. Den „Amtspersonen“ ist das lieber, als mit destruktiver Emotion konfrontiert zu werden, - und uns auch! Unlängst hatten sie sogar einen Kongress deswegen. Angeblich erweisen sich immer mehr ihrer „Bürger“ als recht impulsiv und renitent, wenn es um die Erzwingung ihrer Statuten geht. Dass sie uns Steuerhinterzieher als ihre Feinde betrachten, müssen wir ihnen noch eine Weile nachsehen, schließlich halten sie sich mit dieser Verhaltensnorm streng in ihre Gesetze als ihren Modus Operandi sozusagen.

Ich warne vorher immer, dass ihr mir nichts glauben sollt und besser selber alles nachprüft und dass ich meine Rechte nach UCC 1-103 und 1-308 reserviere und dass in meinen Ausführungen Fehler stecken könnten. Genau-so sind die zusammengetragenen Fakten keineswegs vollumfänglich und abschließend. Wie auch immer...., außer dem Papst (und sicherlich allen Juristen) ist kein Mensch unfehlbar und ich als Laie schon gar nicht. Seid versichert, dass ich mir Mühe gegeben habe und Euch nicht ins Messer laufen lassen will. Macht was draus, wenn ihr die Logik der Daten versteht und macht nichts, wenn Ihr die Konsequenzen fürchtet. Unsere Gegenwehr hat viel mit dem Niveau an Mut und Verantwortung zu tun. Aber niemand anderes als wir selbst wird unser Leben für uns in die Hand nehmen, es sei denn, einer wünscht, dass alles so bleibt.
Wenn Ihr meine Ausführungen nicht so recht glauben könnt, dann habt Ihr recht, denn es ist alles noch viel schlimmer. An meinem Fall konnte ich bereits einiges austesten, aber ich war nicht sattelfest und habe einige fundamentale Zusammenhänge übersehen. Die Lücke schließe ich jetzt. Deshalb dieses Skript. Jedenfalls ist es mein Wunsch, dass so viele von Euch wie möglich für das Thema Interesse zeigen, es anwenden und anderen damit weiterhelfen.

Ich habe die einzelnen Kapitel so gestaltet, dass man deren Inhalte leicht in entsprechende Schreiben und Eigenformulierungen übernehmen könnte. Zudem habe ich mich schwer bemüht, alles, was ich hier geschrieben
habe, mit ihren Rechtstexten zu untermauern. Ergo sind es ihre Definitionen, die wir für unsere Belange verwen-den! Meine würden anders aussehen. Aber das allerwichtigste ist, dass Ihr Euch selber einen Kopf macht! Eine unverstandene und bloße Übernahme einer Schriftvorlage wird Euch **niiiemals** Erfolg bescheren! Denn

mit der ersten behördlichen Antwort testen sie Euch, ob Ihr die Silberkugel eines anderen verschossen oder ob Ihr eigenes Standing habt. Denkt also an ihren Widerstand! Sie sind lupenreine Befehlsempfänger und sie brauchen das Geld.

Meine Ausführungen wimmeln nur so von Rechtszitaten sowie lateinischen und englischen Fachbegriffen. Wenn wir uns erfolgreich zur Wehr setzen wollen, müssen wir zuerst ihre verkorkste Sprache lernen, um auf Augenhöhe zu gelangen. Am besten Ihr legt Euch ein Wörterbuch zurecht! Es ist zu hoffen, dass der Tag kommt, an dem wir diesen ganzen Mist nicht mehr nötig haben und ertragen müssen. Ich wünsche mir dennoch, dass ich mich eini-germaßen verständlich ausdrücken konnte und dass die Autoren, die mir im Internet geholfen haben, mit der Veröffentlichung dieses Skripts einverstanden sind! Viel Spaß beim Durchlesen....

Euer Hans

1. KAPITEL Mensch

Ihr werdet feststellen, dass der **Mensch** im „deutschen“ oder „internationalem Recht“ nicht existiert, da es keine akzeptable Rechtsdefinition für ihn gibt. Er erscheint im Recht lediglich zum Zeitpunkt seiner Geburt (nasciturus) und im § 211 StGB, wenn er getötet wurde und noch an ein paar wenigen Stellen, wie von meiner Mitstreiterin Anja herausgefunden wurde! Und dann erscheint er noch im Artikel 1 Grundgesetz, wo seiner Würde die Unan-tastbarkeit bescheinigt wird. Danach sieht man weit und breit nichts mehr von ihm. Ist das nicht sonderbar? Das Römische Kirchenrecht kennt <u>keine einzige</u> Definition für „Mensch“, geschweige für geistige menschliche Wesen. Der Codex Canonicus erwähnt dreimal das Wort „Mensch“, davon zweimal in Verbindung mit der Taufe, jedoch 108 mal das Wort „Person“. Im Canon 96 wird der Mensch durch die Taufe zur Person. Personen sind qua definitionem **juristische Fiktionen**, Strohmänner, legale Namen, Treuhandvermögen, Titel, Inhaberpapiere, Lagerbestände und Sachen, ergo nichts Wirkliches; Fiktionen (Personen) können jedoch niemals mit Wirklichem (Menschen) in Einklang gebracht werden, sodass das „Rechtssystem“ niemals mit Menschen interagieren kann, weil es diese nicht adressiert. Und schon hier staunt das gesunde Halbwissen des Laien, denn das Rechtssystem ist auf uns Menschen gar nicht anwendbar, denn folgendes ist **Fakt**: Menschen haben mit einem Rechtssystem rein gar nichts am Hut! Außer, wenn wir keine Menschen sind sondern Personen! Wir werden das später noch genauer austüfteln, denn exakt darin besteht der grundlegende Betrug des irdischen „Rechtssystems“ und damit schließt sich auch der Kreis zum kirchlichen Treuhandsystem. Der Mensch wird vom (Kirchen)-Recht seines Menschseins und seiner geistigen Natur (Seele) beraubt, indem er getauft wird; das ist Sklaverei, somit

verboten, somit Betrug. Ganz korrekt ist diese Aussage zwar immer noch nicht, denn der Mensch als solcher wird vom (Kirchen)-Recht ignoriert und gar nicht erst wahrgenommen. Erst wenn er sich als eine Person outet, geht es ihm an die Gurgel! Seht selbst, wie sie mit der Definition des Menschen herumeiern oder findet Ihr Euch irgendwo?

Mensch (human being): „ein natürlicher Mann, unverbesserlich oder unerleuchtet [unterbelichtet].“ [Webster`s New World Dictionary 3. Ed. 1988 Seite 1461]
humanus: (zusammengesetzt aus lat. humus = niedrig, Erde und anus = Ring bzw. das hintere Körperteil (kein Witz!)

human being- see MONSTER: ….. Monster-: “A human being by birth, but in some part resembling a **lower animal**. A monster hath no inheritable blood and cannot be heir to any land“ [Ballentine´s Law Dictionary 1948, Seite 389] (...ein Monster hat kein vererbbares Blut und kann sein Erbe nicht erhalten) **Monster:** „eine Person, so entsetzlich, bösartig, verkommen..., um andere zu erschrecken.“ [Webster`s New World Dictionary 3. Ed. 1988 Seite 879-880]

Gott schuf die **Menschen** nach seinem Ebenbild [Genesis 1:27]
Mensch: „Der Mensch ist das mit Verstand und Sprachvermögen begabte Lebewesen. Der Mensch steht im Mittelpunkt des von ihm gestalteten Rechts“. [Juristisches Wörterbuch G. Köbler, 14. Auflage S. 273]
Ein Neugeborenes mit unbekannter Vaterschaft wird legal als Bastard bezeichnet [Bouviers` Dictionary 1856 Edition]
Bastard: “ein illegitimes Kind” [ohne Vater] [Black´s Law Dictionary 2nd Edition]
Ein Bastard wird (als stillborn) in der Rubrik für Totgeburten registriert [Black`s Law Dictionary, 2nd Edition]
Das Volk ist Humankapital [Executive Order 13037]
Der Mensch hat ein Geburtsdatum, der Gründungstag des legalen Namens ist das Datum des Wareneingangs...
„Es ist nicht Aufgabe der Polizei, **Menschen** zu schützen, ihre Aufgabe ist es, die KORPORATION/”STAAT” zu schützen und Statutenbrecher zu bestrafen“ [Departement of Justice 376 S.E. 2nd 247]
Sui juris: „Die Fähigkeit, die eigenen Angelegenheiten zu regeln (..ohne jegliche gesetzliche Behinderung).“ [Black`s Law 2nd Ed.] Achtung bei dieser Definition! Sie gilt nur innerhalb ihrer Statuten! Wir verwenden den Mist nicht! Denn wir wollen keinen Vertrag eingehen, der uns als Sicherheit (surety) benutzt. [Blacks 6th]
Gesetz (law): „Der Begriff wird auch benutzt als das Gegenstück von tatsächlicher Realität [Blacks Law 4th page 1028] sowie das, was niedergelegt ist“ [Blacks Law 6th] „sowie: dem der Bürger gehorchen und folgen muss, Strafen und legalen Konsequenzen unterworfen“ [Blacks Law 4th]
legal: „erschaffen durch das Gesetz. Anmerkung: ein Gesetz, eine Sache kann nichts erschaffen sowie.... der Begriff wird auch benutzt als das Gegenteil von tatsächlicher Realität.“ [Blacks Law 6th]

Wenn wir das Rechtssystem knacken wollen, müssen wir uns hauptsächlich mit unserer Menschwerdung befas-sen. Wir haben uns alle in die Irre führen lassen, indem wir ihnen ihre Definition für die legale Person abgekauft haben.

2. KAPITEL PAPST / RÖMISCHE KIRCHE / VATIKAN / SANTA SEDE / CROWN - DREI-FACHE KRONE / APOSTOLISCHER STUHL / SOCIETAS JESU et altera...

Die RÖMISCHE KURIE steht über allen Gerichten, das Kanonische Kirchenrecht steht über allem Recht. Jedes aktuelle irdische Gesetz und jedes aktuelle irdische Rechtssystem hat somit [mit einer einzigen Ausnahme] seine mittelbare oder unmittelbare Herkunft im Römischen Kirchenrecht, welches seine Ursprünge wiederum aus antiker Zeit (Babylon etc.) herleitet. Der VATIKAN als -angeblich- oberste Legitimität hat das gesamte irdische Gesellschaftssystem auf einem Treuhandsystem aufgebaut.

Der Papst kann jedes Gesetz in den USA abschaffen [Elements of Ecclesiastical Law Vol.1 Seite 53-54]
Die päpstlichen Gesetze verpflichten jedermann [Bened. XIV., De Syn, Syllabus Prop 28, 29,44]
“Darüber hinaus werden **päpstliche Gesetze** verpflichtend, ohne von den säkularen Herrschern akzeptiert oder bestätigt zu werden.” [Syllabus, prop. 28, 29, 44].
“Falls der Souveräne Papst trotzdem auf der Einhaltung seines Gesetzes besteht, muss dem gehorcht werden.” [Bened. XIV, De Sgn Dioec., lib., ix, c vii, n 4. Prati., 1844].

Wie wir später noch eingehender untersuchen werden, basiert das komplette Rechtssystem auf Vermutungen und nicht auf Gesetzen. Dies ist schlau und logisch, denn das Rechtssystem kann lediglich nur fiktional anneh-men, dass wir Menschen in der Form von Personen als Subjekte des Rechts in Frage kommen, denn wir kom-men nicht in Frage. Da es keine Definition für den Menschen gibt, kommt er als Vertragspartner nicht in Frage. Das Gesetz vermutet aber, dass es auf Menschen anwendbare Gesetze (mit dem Umweg über die Person!) geben könnte und nachdem diese Vermutung nie von uns widerlegt wurde, können zukünftig die vermuteten Gesetze weitervermuten bis sie schwarz werden.
Denn das, was wir bisher nie wussten ist, dass unser Versäumnis, eine Rechtsvermutung zurückzuweisen und zu widerlegen, diese Vermutung zur Wahrheit und zum Urteil im „Recht“ macht!!! Lest Euch das nochmals durch! Eine nicht zurückgewiesene und nichtwiderlegte Rechtsvermutung wird letzten Endes zur Wahrheit und zum Gerichtsurteil. Klar, das ist Betrug, aber sie verfahren danach und knöpfen uns damit auf. Könnt Ihr euch vorstel-len, wie viele Rechtsvermutungen es gibt, die wir zurückweisen müssten, um ihrer Rechtsprechung zu entgehen? Aber.., wir werden uns mit einem Haufen Anfechtungen und Zurückweisungen ihrer Rechtsvermutungen wappnen und uns zu wehren wissen. Hier ein Beispiel, wie der Beschiss vor gut 700 Jahren begonnen hat....

2.1. Geschichtliches

Bulla Unam Sanctam von Papst Bonifatius VIII vom 18. November 1302 (und alle konsekutiven CQV-TRUSTS hieraus): "Porro subesse Romano Pontifici omni **humanae creaturae** declaramus, dicimus, definimus et pronunciamus omnio esse de necessitate salutis".
„Wir erklären, sagen, definieren und verkünden nun aber, dass es für jede **menschliche Kreatur** zum Heil unbe-dingt notwendig ist, dem Römischen Bischof **unterworfen** zu sein.“ (Selbstlegitimierung eines Absolutheitsan-spruchs zur Kontrolle der Erde und aller Lebewesen durch den Papst)

Bereits hier können wir die Anwendung des Vermutungsprinzips klar erkennen. Was ist eine menschliche Kreatur? Was bedeutet, unterworfen zu sein? Ist das ein Handelsangebot und wem bietet ein Mensch, der Papst, den Abschluss dieses Handelsvertrags an? Von wem hat er dieses Recht? Wo ist unsere Zustimmung und wo sind unsere Vertragsunterschriften? Ja, übrigens, gilt die Unam Sanctam heutzutage immer noch?
Wir Menschen würden natürlich sofort das Heil bzw. die Rechtsgültigkeit dieses Handelsangebots zurückweisen, welches der Römische Bischof für uns als notwendig erachtet, denn als Vertragspartner der Unam Sanctam kommen wir nicht in Betracht; der Begriff „menschliche Kreatur“, wenn diese als eine rechtsgültige Bezeichnung für „Mensch“ gedacht war, ist als Vertragspartner im Kirchenrecht nicht dekliniert (definiert), sodass es von vorneherein nie zu einem rechtmäßigen Handelsvertrag mit uns hätte kommen können. Mangels Vertragspartei und mangels Zustimmung einer (nichtexistenten) Vertragspartei kann es keinen rechtmäßigen Kontrakt geben. Auch das kanonische Recht betrachtet uns als seelenlose Personen, die wir bewiesenermaßen nicht sind. Die Bulle Unam Sanctam wäre für uns somit null und nichtig und würde Ihre vermutete Vertragswirkung hiermit und für immer auflösen. Wir Menschen sind geistige Wesen und reklamieren vorsorglich mangels Vertragsgrundlage wissentlich und willentlich unsere vollständige Kontrolle und Verantwortung über unser Vermögen und unseren Körper als unseren alleinig autorisierten Anspruch; wir stellen diesen naturgegebenen Zustand hiermit wieder her, indem wir die unheilbare Nichtigkeit dieser Bulle coram publico [öffentlich] erklären.

Übrigens: 2011 wurde die Unam Sanctam liquidiert, aber nichts dergleichen hat sich auf unser Leben bisher ausgewirkt. Das impliziert den Fakt, dass die Unam Sanctam bis 2011 für uns alle gegolten hat, die Herren selbst ihrer eigenen Auflösung jedoch nicht Folge leisten. Ich hoffe, das überrascht Euch!

Bulla Romanus Pontifex von Papst Nikolaus V. vom 8. Januar 1455 und alle konsekutiven CQV-TRUSTS hieraus:

Die Römische Kirche erhebt in Selbstlegitimierung Anspruch auf die Erde und erklärt alles darauf als ihr Eigentum. Diese Bulle ... „gilt für alle Zeiten mit vollständiger Rechtskraft. Das Angehen dagegen ist nichtig und
nutzlos, wenn **jemand** wissentlich oder unwissentlich dagegen angeht.“ ... „keinem **Menschen** soll es erlaubt sein, die Urkunde zu verletzen.“
Auch dieses Handelsangebot weisen wir zurück, denn als Vertragspartner der Bulle Romanus Pontifex kommen wir Menschen nicht in Betracht, da der Begriff „**jemand**“ oder „**Mensch**“ als Vertragspartner im Kirchenrecht nicht definiert ist. Die meisten von uns sind zudem keine Nichtgetauften (implizite Definition für „Mensch“ gemäß Canon 96), ergo keine Menschen nach kanonischer Definition, sodass es uns als Getaufte definitionsgemäß offen steht, die Urkunde zu verletzten oder nicht. Die Bulle ist für uns somit null und nichtig und löst Ihre Rechtswirkung hiermit und für immer auf, nunc pro tunc, praeterea praeterea. Wir Menschen sind geistige Wesen und bean-spruchen mangels Vertragsgrundlage unser angeborenes ESTATE / Vermögen / Eigentum und unseren Körper als unseren alleinigen autorisierten Anspruch. Jeder einzelne von uns erklärt souverän die unheilbare Nichtigkeit dieser Bulle. (Ihr merkt schon: wir üben ein wenig Spitzfindigkeit und Rechtsjargon, denn diese werden wir später noch dringend brauchen!)

Mit der Bulla Aeterni Regis von Papst Sixtus IV. vom 21.6.1481 und ebenso der **Einberufungsbulle von Papst Paul III** (sowie allen konsekutiven CQV-TRUSTS ab dem Jahr 1537) haben uns die Päpste unsere Seele gestoh-len. Für uns Menschen besteht aus den oben genannten Rechtsgründen per Anfechtung und Zurückweisung keine vertragliche Bindewirkung; die Bullen und ihre Derivate hieraus sind unheilbar nichtig nunc pro tunc. Jeder einzelne von uns beansprucht seinen Körper als sein alleiniges Eigentum sowie seine Seele und seinen Geist als seine ureigenste Bewusstheit.
Die genannten päpstlichen Bullen sollten nur als Beispiel dienen, dass über unsere Köpfe hinweg 700 Jahre alte Verträge gelten sollen, die unmittelbare Rechtswirkung auf unser aller Leben entfalten. Wenn keiner von uns einen solchen Vertrag unterzeichnet hat, dann kann nur vermutet werden, dass dieser für uns gilt. Und er gilt, weil wir diese Vermutung nie angefochten oder zurückgewiesen haben.

Ich habe hier noch einige weitere Meilensteine der Versklavung der **CROWN CORPORATION** (VATIKAN, CITY OF LONDON, WASHINGTON DC) zusammengetragen, weil ich annehme, dass man mit den Zurückweisungen besser gleich am Anfang beginnen sollte, ...nach dem Motto principiis obstate (wehret den Anfängen):

1213 König John (ohne Land) überträgt im Vertrag von Verona Papst Innozenz III. (Wegbereiter der Inquisition) „England und Irland der Hl. Römischen Kirche mit allen Rechten und Zubehör für den Erlass unserer Sünden“. Großbritannien gehört seither dem Vatikan
1215 Magna Charta
1535, 1539, 1540, 1545 König Heinrich VIII. Von England in einzelnen Schritten
1547 und 1572 König Edward VI. von England,
1589, 1601,Elisabeth I.
1651 Act for the Settlement (Staatsfeinde)
1661 Act of Settlement

1662, 1666, 1667, 1670, 1685 Charles II
1697 Listung „P“ (= lat.: **p**auper; engl.: **p**oor; deutsch: arm -siehe **P** im Reisepass links oben-)
1835 The Wills Act, Secret Trusts
1861 Emergency Powers Act
1871 District of Columbia Act
1917/18 Sedition Act und Trading with the Enemy-Act
1931 Emergency Relief and Construction Act
1931 Gründung der BIS durch Vatikan (**B**ank for **I**nternational **S**ettlement)
1933 House Joint Resolution 192 vom 5. Juni
1941 Land Lease Act
1990 „Konvention des Rechts des Kindes“; weltweite Einführung der Geburtsurkunde als Beweis der Sklaven-
eigenschaft
2001 Patriot Act

Wir Menschen erklären, dass wir keinem der obigen Rechtssysteme oder deren Auswirkungen mittels vermuteter Verträge unsere Zustimmung erteilen und weisen diese unter Offenlegung und Bekanntmachung zurück. Jegliche Verträge hieraus sind null und nichtig.
Ebenso wird die Rechtmäßigkeit der nachfolgenden „Institutionen“ und „Rechtssysteme“ zurückgewiesen und ihre Selbstermächtigung, wirkliche Menschen in ihren künstlichen „Syste-men“ zu erniedrigen und zu versklaven. Diese sind allesamt rechtungültig, null und nichtig:

-Court of Rota: Supreme Court of all Courts -Admiralty Law -Law of the Holy See -Court of 12 Protonotary (eingesetzt von Papst Pius X.) -Kanonisches Recht -Rabbi of a Talmud-Court -12 Stämme vom Hause Menasse -Schwarze Khasaren und Venezianische Adelsfamilien -sämtliche Banken inkl. BIS -CROWN CORPORATION -BAR Association -UCC
Wir Menschen unterliegen keiner rechtlichen Verpflichtung oder Haftbarkeit gegenüber einer der obigen Institu-tionen und Rechtssystemen oder deren Auswirkungen auf angebliche bestehende Verträge und weisen diese unter Offenlegung und Bekanntmachung zurück. Jegliche vermuteten Verträge hieraus sind null und nichtig.
Nur... mit dieser einfachen Erklärung ist es lange noch nicht getan!!!

Die Institutionen des römischen Kirchenrechts (**PAPST / RÖMISCHE KIRCHE / VATIKAN / SANTA SEDE / DREIFACHE KRONE / APOSTOLISCHER STUHL/ SOCIETAS JESU et altera.....**) interagieren ausschließlich mit juristischen Fiktionen, erheben sich über diese und haben niemals zugunsten der Menschen hier auf Erden für Recht gesorgt oder Recht und Gerechtigkeit bereit gestellt. Das Ebenbild Gottes müssen wir woanders suchen, denn im Rechtssystem der römischen Kirche ist es nicht zu finden. Vielmehr war es ihre Absicht, alle Menschen zu einer seelenlosen Sache zu degradieren, um - in einer Eigenschaft als Weltkonzern - sie ihrer Besitzrechte berauben zu können. Wir weisen alle Rechtsvermutungen zurück, die auf die Selbstlegitimation der Römischen Kirche allgemein oder mittels päpstlicher Bullen im besonderen zurückgeführt werden können. Die Kirche solle den Vertrag vorlegen, den der Schöpfer unterzeichnet hat, um ihr dies zu erlauben. Bis dahin sind

alle Rechtsvermutungen zurückgewiesen, widerlegt und beseitigt, welche die geistige Natur von uns Menschen in Abrede stellen, um uns zum Subjekt von Recht und Gesetz machen zu können. Denn ein geistiges und souveränes Wesen kann niemals der Autorität einer juristischen Fiktionalität untergeordnet oder unterworfen sein.

Wir haben jedoch keinen Grund mehr, uns weiterhin aufzuregen, denn das Recht der Römischen Kirche ist bereits aufgelöst. Seht selbst!

2.2. Auflösung des römischen Rechts

Auflösung des Römischen Rechts: Seit dem 21. Juni 2011 ist die **Romanus Pontifex** offiziell aufgelöst, über Ritus Mandamus und Ritus Probatum; öffentlicher Eintrag Nummer 983210-331235-01004. Hiermit ist alle Recht-sprechung des Römischen Reiches auf der Erde null und nichtig. Alle Cestui Que Vie -Trusts sind seit dem 15. August 2011 über den Ritus Probatum Regnum und Ritus Mandamus aufgelöst. (Öffentlicher Eintrag des Doku-mentes Nummer 983210-341748-240014) Dies beinhaltet die Auflösung des Trusts und Amtes bekannt als **Aeterni Regis**, und als die „Ewige Krone“ oder „die Krone“ nebst all ihrer Ablegern, die Beendigung aller Sied-lungsurkunden (settlement certificates), Geburtsurkunden, Sterbeurkunden, der Bonds und Ansprüche (claims) einschließlich der Autoritäten der Bank for International Settlements (BIS = Zentralbank der Zentralbanken) .

(…the dissolution of the trust and office known as Aeterni Regis, also known as the Eternal Crown or "The Crown" and all derivatives thereof and terminate all settlement certificates, birth certificates, death certificates, bonds and claims including termination of the authority of the Bank for International Settlements thus ending the system of debt slavery of the world.And full accounting, acknowledgment and surrender of all claims shall be provided within 42 days by the trustees and administrators...)

Motu Proprio vom 11. Juli 2013: Papst Franziskus hat am 11. Juli 2013 mit Wirkung zum 01. September 2013 ein Motu Proprio, das höchste legale Gesetzesinstrument auf Erden aus eigenem Beweggrund [motu proprio] herausgegeben und demzufolge die **Immunität** aller Richter, Staatsanwälte, Rechtsanwälte und „Regierungs-beamten“ **aufgehoben**. Durch dieses Motu Proprio des Papstes sind nunmehr Richter, Anwälte, Banker, Gesetz-geber, Strafverfolgung und alle öffentlichen Beamten und Bediensteten persönlich haftbar zu machen für ihre Beschlagnahmung von Häusern, Autos, Geld und Anlagen der wahren Begünstigten, für Freiheitsberaubung, Betrug, Belästigung und die Umwandlung der Treuhandfonds der wahren Begünstigten.

Dieses, vom Papst ausgestellte Dokument ist historisch gesehen das signifikanteste und wichtigste Gesetz, das die Goldene Regel als oberste Gewalt anerkennt (...und deshalb in meinen AGB`s steht):

Goldene Regel als höchstes Gesetz:
„Alle Menschen sind ausgestattet mit universellen Rechten und niemand steht zwischen ihnen und dem Schöpfer. Nichts steht über diesem Gesetz.“ Für uns Menschen ist dieses bis zu seiner Widerlegung das alleinig gültige Gesetz!

Bei einer Audienz des Internationalen Währungsfonds am 18. Januar 2016 hat Papst Franciscus zugestimmt, alle Vermögenswerte der Vatikan-Bank an die Menschheit zurückzugeben. Der Römische Heilige Stuhl hat den notwendigen rechtlichen Verzichts-Prozess abgeschlossen und hat dadurch die Kontrolle über die Menschheit aus eigener Wahl abgegeben. Also hat der Papst alle Ansprüche auf die Vermögenswerte, Ressourcen und Bevölkerung der gesamten Welt mit seinem freien Willen aufgegeben.
Alle kirchlichen oder weltlichen Stellen, die in Handelsangelegenheiten mit uns Menschen für sich in Anspruch nehmen, zuständig zu sein, sind nach UCC 3-501 aufgefordert, obige Erklärungen zu widerlegen und ihre Zuständigkeit über ein menschliches geistiges Wesen zu beweisen, einen mit nasser Tinte unterschriebenen Ver-trag vorzuweisen oder vertraglich die Rechtmäßigkeit ihrer Nichtzuständigkeit anzuerkennen und künftig Still-schweigen zu bewahren.
Ich möchte an dieser Stelle nochmals klarstellen, dass ich beileibe nicht zu scherzen gedenke, wenn ich Euch mit ein paar "ungewöhnlichen" Wahrheiten konfrontiere. Ihr könnt das Motu Proprio selbst nachlesen. Wir sind auch nicht auf Abwege schon im 2. Kapitel geraten, sondern wollten das Übel ja an der Wurzel packen. Denn wir hatten bisher nicht gewusst, was vor sich geht und deshalb konnten sie mit uns machen, was sie wollten.

3. KAPITEL Aufbau des „Rechtssystems"

Hoheitliche, souveräne Staaten sind auf der Erde schon seit langem nichtexistent, es besteht lediglich ein System von Treuhandgesellschaften, die das bestehende Konzern- bzw. Handelsrecht verwalten. Am Beginn meiner Suche hatte ich einen schweren Denkfehler begangen, als ich dachte, dass alleinig das private UCC-Handelsrecht die Welt und uns regiert. Nein, das stimmt ganz und gar nicht! Treuhandgesellschaften sind die Basis des gesamten **öffentlichen Rechts**. Überlest das bitte nicht! Unsere vorrangige Aufmerksamkeit gehört dem Weg, wie wir als allererstes die **öffentliche Person** loswerden und erst danach sind wir privat und unterlie-gen privatem UCC-Handelsrecht.
Lasst uns also bitte von Anfang an diese beiden hauptsächlichen Bereiche, a) das **öffentliche** und b) das **private** Recht unterscheiden.

Das **Trust- und Stiftungsrecht** bedient als **Öffentliches Recht** den **öffentlichen Bereich**.
Das alleinig verwendete **Privatrecht** ist das **Handelsrecht** des Uniform Commercial Code (UCC), also der kommerzielle **private Bereich**.

Beides ist wie bereits dargestellt aus dem kanonischen Kirchenrecht entstanden. Der Hauptgrund, warum wir allesamt mit unserem *„alle Behörden sind Firmen und bei Dun&Bradstreet gelistet"* keine echten Erfolge verzeich-nen konnten, liegt wohl darin, dass wir das Stiftungs- und Trustrecht überhaupt nicht in Betracht gezogen haben, wenigstens ich nicht. Es ist mir nicht aufgefallen. Aber wir sind allesamt Beschäftigte der BRinD bzw. Employees der U.S. Incorporated. Wir haben einen Personalausweis. Wir haben eine Sozialversicherungsnummer. Wir ha-ben eine Steuer-ID. Wir haben einen Wohnsitz. Wir sind öffentliche Beschäftigte. Wir sind ein Public Officer. Wir sind **<u>nicht</u>** privat! Wir sind Treuhänder des einen Trusts, wir sind Begünstigte des anderen Trusts und als solche genießen wir Privilegien, weil wir

öffentliche Beschäftigte sind. Für jemanden, der Privilegien, Nutzen und Vor-teile (Benefits) aus einem solchen Trusts zieht, gilt: ...

…. er muss im Tausch dafür alle seine Rechte <u>aufgeben</u> ….

Wir versuchen, das später noch genauer zu klären, aber merkt Euch bitte eines unbedingt: **Ihr könnt keine Rechte beanspruchen, wenn Ihr an einen Treuhandvertrag gebunden seid**, der Euch Privilegien gewährt. Unmöglich! Wir verlieren jedes Gerichtsverfahren, wenn wir das nicht wissen. Was ist ein Privileg? Die Benutzung der Postleitzahl zum Beispiel!
Das war`s aber immer noch nicht! Wir würden einen weiteren katastrophalen Fehler begehen, wenn wir überse-hen würden, dass unser Prinzipal, die US-“Regierung“, seit 1863 kein hoheitlicher Staat mehr ist und die U.S. Incorporated in 1933 den Bankrott erklärte und seither unter Notstandsgesetzen bzw. Kriegsrecht agiert. **Im Kriegsrecht ruhen laut Cicero alle anderen Rechte**! Ihr seht schon! Wir werden eine Lösung zugunsten unse-rer Souveränität nicht so einfach aus dem linken Ärmel schütteln. Ein Rätsel jagt das nächste.

Die **UN** verdankt ihre Souveränität dem Papst, da sie selbst nur eine **Treuhandgesellschaft des Vatikans** ist ohne eigene Souveränität oder eigene (Besitz)-Rechte. <u>nota bene:</u> - *nemo plus juris transferre potest quam ipse habet* - (niemand kann mehr Rechte übertragen, als er selbst hat).

Artikel 77 der UN-Charta , Charta der Vereinten Nationen verabschiedet in San Francisco am 26. Juni 1945:
(1) Das **Treuhandsystem** findet .. Anwendung, auf ...
b) Hoheitsgebiete, die infolge des Zweiten Weltkriegs von Feindstaaten abgetrennt werden...
oder
Kapitel XII: **Das internationale Treuhandsystem** Art. 75 **„Die Vereinten Nationen errichten unter ihrer Autorität ein internationales Treuhandsystem für die Verwaltung ...“**

Der Papst wurde in Selbstlegitimation der Römischen Kirche zum Treuhänder des GLOBAL ESTATE TRUST und Arbiter of Law und trägt Verantwortung für Luft, Land und Wasser für alle Nationen. Er übertrug die Verantwortung für:
Luft: an den Rector of the National Shrine in Washington D.C.
Wasser: an den britischen Monarchen
Land: an den Secretary of the Treasury [Finanzminister](US)

Die Global Estate Eliten (Higher Contracting Powers) handeln alle auf der Basis eines Treuhandvertrags. **Jeder lebende Mensch** wurde in dieses Treuhandsystem eingebunden und wurde selbst zu einer Treuhandgesell-schaft gemacht. Jedermann hat mindestens vier fiktionale legale Namen, die einer fremden Jurisdiktion gehören und von fremden Korporationen gelaufen werden.

1. Individual Foreign Situs Trust (gehört Staat/ Regierung); **Kennung: Johann Eduardo Schwarz**

2. CESTUI-QUE-VIE-ESTATE (Washington D.C.) **Kennung: JOHANN EDUARDO SCHWARZ**
3. TRANSMITTING UTILITY (UN CORPORATION) **Kennung: JOHANN E. SCHWARZ**
4. Federal Reserve (FED) **Kennung: Johann E. Schwarz**
NEW YORK CITY ist die UN [20 CFR Chapter 111, subpart B 44.103 (b) (2) (2)]

Der IWF ist eine Agentur der UN [Black`s Law Dictionary 6 th, page 816]

Der **IWF** übernahm 1944 von der FED jegliche Kontrolle sämtlicher Logos, Namen und Titel

Die **Weltbank** (IBRD) und die **FED** waren alles zweitrangige Gläubiger im Bankrott von 1933 [Federal title 5]

Die **BIS** (Bank for International Settlements) wurde 1931 vom Vatikan zur globalen Kontrolle beanspruchten
Eigentums gegründet

Die dreifache KRONE ist (bzw. war) das Machtzentrum der Welt bestehend aus den Korporationen: VATIKAN, CITY OF LONDON, WASHINGTON D.C.

GROSSBRITANNIEN gehört dem VATIKAN [Vertrag von Verona 1213]

REGIERUNG, the STATE und seine öffentlichen Abteilungen und Beamten sind künstlich geschaffene Personen, erschaffen durch das Volk für ihren persönlichen Nutzen/Vorteil [House Joint Resolution, 5.6.1933, 73 rd Kongress, 1. Sitzung Public Law 73-10]

Die Vereinigten Staaten haben keine Beschäftigten, weil es keine Vereinigten Staaten gibt. Keine Reorganisa-tion. Nach über 200 Jahren des Bankrotts ist es endgültig beendet. [Executive Order 12803]

Amerika ist eine britische Kolonie, die US ist ein Unternehmen (Corporation U.S. Inc.) ohne Landmasse [Treaty of Peace 8 Stat 80; IRS Publication 6209)]

Die Vereinigten Staaten haben kein Schatzamt seit 1921 [41 Stat. Chapter 214, Seite 654]

Das US Schatzamt ist jetzt der IWF [Presidential Documents Volume 24-Nr.4 Seite 113, 22 U.S.C. 285-287]

Definition: U.S.: ein Bundeskonzern/- unternehmen .... [Titel 28 USC Kapitel 176 des § 3002]
In Amerika gibt es seit 1789 keine Gerichte [CFR v. GE 281 US 464 Keller v. PE 261 US 428 Stat. 138 –178]

Die US-Regierung ist eine fremde Korporation mit dem Ansehen eines Staates [19 Corpus Juris Secundum, Corpo-ration, §883 (2003)]

Der Begriff United States …. in einem geographischem Sinn bedeutet,...... außer.... die Staaten (the States).“ [SEC. 11011.142 U.S.C. 1301(a)]

Ort des Schuldners... die United States sitzen im District of Columbia(h) [UCC § 9 – 307]

Das GATT verpflichtet zu einer Sozialversicherungsnummer [House Report 103 – 128]

Die BRD hat im Auftrag der UN die Verantwortung für die BRinD-Treuhandverwaltung übernommen und hat deshalb keinerlei hoheitliche Legitimation, da sie kein souveräner Staat ist. Alle **Personen** die einen **Personalausweis** der Bundesrepublik (in) Deutschland führen, sind **Personal der U.S. Corporation.**

Definition SIC-Code (**S**tandard **I**ndustrial **C**lassification):
Mit dem SIC-Code unterwerfen sich Firmen dem internationalen Handelsrecht; der Code zeigt über Kennzahlen die Systematik des Wirtschaftszweigs an. Diese SIC-Codes sind 4-stellige Zahlenschlüssel, die von der U.S. INC.-“Regierung“ an Geschäftsunternehmen vergeben werden, um das Hauptgeschäft des Unternehmens zu identifizieren.

SIC Code 9199 im UPIK® Eintrag der Firma BRinD
Bereich J: Öffentliche Verwaltung; **Hauptgruppe 91:** Exekutive, Legislative und allgemeine Regierung / Staatsführung, ausgenommen Finanzen; **Wirtschaftszweig 919:** allgemeine Regierung/Staatsführung, andernorts nicht klassifiziert; **9199** allgemeine Regierung/Staatsführung, andernorts nicht klassifiziert

Der **UNITED STATES CODE (U.S.C.)** ist das permanente Bundesrecht der Firma UNITED STATES und dieser definiert seinen Geltungsbereich im ***18 U.S.C. § 7*** *("Special maritime and territorial jurisdiction of the United States defined")*....von besonderem Interesse ist Punkt 3: US-Gesetze sind anzuwenden auf **alles Land**, **reserviert oder angeeignet** durch die Vereinigten Staaten, welche dort exklusiv oder mitwirkend Recht ausüben, oder jedem anderen Stück Land, das sich die USA in irgendeiner Weise angeeignet haben, in Übereinkunft mit dem Staat, in dem sich dieses Land befindet. Die Bundesrepublik hat sich am **30.11.2007** freiwillig mit dem **Gesetz zur Bereinigung des Besatzungsrechts** den Gesetzen der Alliierten unterworfen. Mit diesem Gesetz [Vertrag] hat man Besatzungsrecht wiedereingeführt. **Damit gilt US-Recht auch hier**, und dadurch, dass der District of Columbia den Uniform Commercial Code adoptierte, ist auch dieser in der BRinD gültiges Gesetz. Tut mir wirklich leid, aber wir können uns deshalb in den weiteren Ausführungen nicht mehr mit BRinD-Recht befassen, wenn wir die harte Nuß unseres Rechtsproblems knacken wollen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist nichts anderes als eine Verwaltungseinheit der U.S. Inc., bzw. des United States Department of Labor- des Arbeitsministeriums der Vereinigten Staaten unter UCC-Handelsrecht. Also hat sich dadurch bewiesen,

dass die BRinD kein souveräner Staat, sondern ein Verwaltungskonstrukt, eine Treuhand ist, welche zu hoheitlichem Handeln über keinerlei Legitimation verfügt. Die BRinD ist als kommerzielles Unternehmen bei Dun & Bradsreet gelistet und bei der Security Exchange Commission (SEC) unter der Nummer 780140 registriert. Die BRinD ist ein Unternehmen der US-Corporation, das einzig in der BRinD angewandte Recht ist das Handelsrecht UCC, gekleidet in das oben bezeichneten Treuhandrecht und das US-Kriegsrecht. Bei der UN ist die BRinD als Treuhandverwaltung des Feindstaates Deutsches Reich als Nichtregierungsorganisation (NGO) registriert.

Der Staat ist im „Völkerrecht“ (= Treuhandrecht) als ein originärer Träger von Hoheitsgewalt definiert i.d.R. als eine Gebietskörperschaft des öffentlichen Rechts. -*uti possidetis, ita possideatis*- (demjenigen, der das Besitzrecht ausüben will, muss es auch gehören). Eine Körperschaft des öffentlichen Rechts ist eine Organisation, die ihre Rechtssubjektivität nicht der Privatautonomie, sondern einem Hoheitsakt verdankt und bedarf somit eines Gründungsvertrages sowie einer öffentlichen Satzung. Der hoheitliche Akt bedarf der Souveränität, denn ohne Souveränität gibt es keine Hoheitlichkeit! „Deutschland“ ist seit dem 8. Mai 1945 nie souverän gewesen. Der BRD fehlt es an einem Gründungsvertrag und an einer Gründungsurkunde und die BRinD steht unzweifelhaft unter US - Kuratel.

Dieses kurze Kapitel bringe ich hauptsächlich vor, um zu klären, dass unser tatsächlicher Prinzipal die U.S. - In-corporated ist und nicht die BRinD-Verwaltung. Wie wir später sehen werden, hat die US-Regierung ebenso nichts zu melden und ist der Agent einer weit mächtigeren Organisation, der CROWN CORPORATION. Ihr wisst alle, dass wir keinen Friedensvertrag haben, dass die Haager Landkriegsordnung Stellenwert besitzt und vieles mehr, was halt so bekannt geworden ist. Wir gewinnen aber rechtlich keinen Blumentopf, wenn wir uns weiter in der BRinD aufhalten und wir wollten praktische anwendbare Lösungen finden, um unser Hauptproblem zu lösen..., ihr sogenanntes Rechtssystem, mit dem sie uns fertig machen. Benutzt die obigen Verweise und beweist den Vasallen, dass sie nicht zuständig sind (...die anderen sind auch nicht zuständig, aber das klären wir später!). Wie war das nochmals: der Vatikan hat die UN beauftragt, ein weltweites Treuhandsystem aufzubauen! New York ist die UN. Ja, sie haben ein weltweites Treuhandsystem aufgebaut und verwenden das Humankapital als Sicherheit für ihre Schulden bei den paar globalen Banken, denen sie allesamt gehören. Wenn wir für unsere Belange die Gesetze des Prinzipals benutzen, können wir jedenfalls nicht auf dem falschen Weg sein. Also sollten wir uns die U.S. Inc. vorknöpfen, um unsere Chance nicht zu verspielen, am Ende als der Sieger vom Platz zu gehen.

Keine Sache kann größer sein als sein Schöpfer. Gott erschuf den Menschen, der Mensch kann nicht größer sein als Gott. Der Mensch erschuf die Regierung. Die Regierung kann nicht größer sein als der Mensch. Die Regierung erschuf die Korporation und fiktive Personen. Eine fiktive Person kann nie eine Regierung beherr-schen, eine Regierung nie einen Menschen und ein Mensch nie Gott! Aber die Regierung kann über den Strohmann herrschen, ihre Person, ihr legales Geschöpf.

Schauen wir uns also im nächsten Kapitel an, mit welchem Trick sie uns unter die Knute ihres „Rechtssystems“ gebracht haben; wollen wir dabei als erstes

untersuchen, wie sie es geschafft haben, den Menschen in eine Person zu verwandeln.

4. KAPITEL Geburtsurkunde

Die **Haupttäuschung** im Recht ist unsere fälschliche Annahme, dass wir als Mensch die Person gleichlautenden Namens sind, so wie sie in unserem Personalausweis identifiziert ist. Das Thema ist von äußerster Wichtigkeit und umfangreich und wir müssen bei der Geburt beginnen.

Die Aufzeichnung/Registrierung der Lebendgeburt ist der Beweis, dass ein Mann oder eine Frau (an Land) geboren wurde
Die Geburtsurkunde ist prima facie - Beweis, dass ein Cestui Que Vie-Trust, ein Vermögen, existiert
prima facie lat. (erster Anschein = Vermutung)
Geburtsurkunde engl. "Birth Certificate"
Zertifikat (certificate): „ein Papier, welches einen Eigentumsanspruch erzeugt" (paper establishing an ownership claim); [Barron`s Dictionary]
Zertifikat/Urkunde: „ein Dokument, welches Eigentümerschaft oder Schulden beweist" [Merriam Webster Dict.1998]
Papier (paper): ein handgeschriebenes oder bedrucktes Dokument oder Instrument [Black´s Law 2nd Edition]
Warehouse receipt: „Empfangsbestätigung oder Vermögenstitel (property TITLE) … kann ein übertragbares Wertpapier sein" [Black`s Law Dictionary 7th]
Übertragbares Wertpapier (negotiable instrument) [UCC 3-104]; „z.B. ein Scheck"
„Ein Neugeborenes mit unbekannter Vaterschaft wird legal als Bastard bezeichnet" [Bouviers` Dict. 1856 Edition]
Bastard: "ein illegitimes Kind" [ohne Vater] [Black´s Law Dictionary 2nd Edition]
„Ein Bastard wird [als stillborn] in der Rubrik für Totgeburten registriert" [Blacks Law Dictionary, 2 nd Edition]
„Ein Informant denunziert die Illegitimität der Geburt und klagt an" [Blacks Law 2 nd Edition]
Schutzbefohlener (engl. Ward of the STATE): „5. ein Kind, durch gesetzliche Autorität unter den Schutz eines Wächters gestellt" [Black´s Law Dictionary 2nd Edition]
Usufruct: „das Recht, jemandes Vermögen für eine Zeit zu nutzen, ohne ihm zu schaden oder das Vermögen zu vermindern" [Black`s Law Dictionary 7th Edition, S. 1542]

ESTATE: „usufruct des Zivilrechts, ein Estate kommt vor dem Trust“ [Bouviers`s Dictionary 1856 Edition]
ESTATE: „… im weitesten Sinne das „Standing“ einer Person“ [Blacks Law 6th] (... wie jemand dasteht)
Legal ESTATE: „ein gesetzliches Recht, durch einen Treuhänder als Berechtigter eines Vermögens den legalen Titel und den Nutzen als Begünstigter dieser Vermögenswerte zu halten“ [Black`s Law 2nd Ed.]
LEGAL TITLE: „legale Eigentümerschaft eines Vermögens, spezifiziert als klarer und erzwingbarer Titel“ [Black`s Law 2 nd Ed.]
Das Recht auf das ESTATE wird durch “freiwillige”/unwissentliche Beantragung von Sozialversicherungs – und Steuernummer verwirkt
„Niemand besitzt **Eigentum**, er ist nur Pächter“ [Senate Document 43, 73 rd Congress 1. Sitzung]
„Den **Erben** macht Gott, nicht der Mensch“ (Haeredem Deus facit, non homo) [Bouviers 1856 Dictionary]
„Ein Säugling ist ein Nachlass eines Vermögens oder eines Stillhalters (grantor), welches eine Sozialversiche-rungsnummer erhalten muss. Jemand unter 21 Jahren.“ [Internal revenue manual 21.7.13.3.2.2.]
Besitz wird als Recht definiert, alle anderen auszuschließen!

Werdegangs der Entrechtung und Monetarisierung des Menschen - Anzeige des Betrugs gegen den Registrar der Lebendgeburtaufzeichnung wegen Menschenhandels/Sklaverei sowie gegen sämtliche beteiligten Öffentlichen Stellen

1. Nach der Geburt des Babys wurde durch einen Registrar einer öffentlichen Stelle die Lebendgeburt festgestellt und aufgezeichnet, -rechtlich genauer-, es wurde das Vorhandensein eines lebendigen menschlichen Körpers registriert und dokumentiert. Bei Geburt eines Babys schickt das Säuglingsheim das Original der Lebendgeburtaufzeichnung - **nicht eine Kopie** - an die öffentliche Stelle. Die Mutter ist in diesem Sinne der Informant der Lebendgeburt (Warenlieferung) an die öffentliche Stelle.
2. Mit dieser Aufzeichnung wurde simultan das angeborene und naturgegebene Recht des Menschen auf sein ESTATE / ERBE / VERMÖGEN, -unser aller Anteil am Volksvermögen-, als „Holder in due course“ [Inhaber] festgestellt und beglaubigt, sowie seine Begünstigteneigenschaft des Treuhandvermögens, mit der Mutter und der ÖFFENTLICHEN STELLE als jeweiligen Treuhändern.
3. Resultierend aus dieser Lebendgeburtregistrierung erfolgte von öffentlichen Stellen eine Anzeige durch einen Denunzianten wegen Illegitimität des Menschen, da die Mutterschaft über den Mädchennamen (Konstituierung der Mutterschaft) zwar gesichert, die Vaterschaft jedoch nur zu vermuten war [Bouvier`s Law Dictionary 1856]. Da die Rechtsvermutung der unbekannten Vaterschaft nicht widerlegt wurde, erlangte diese unwiderlegte Vermutung legale handelsrechtliche Wirksamkeit und Gültigkeit. <u>Beweis</u>: in der Abstammungsurkunde Nr. …. ist die Mutter unter Verlautbarung ihres Mädchennamens eingetragen, die bei einem ……………………… wohnhaft sei (… ist zumindest bei mir so). Von dessen Vaterschaft ist dort jedoch keine Rede.

4. Die Denunziation/Anzeige der Öffentlichen Stelle hatte zur Folge, dass der Mensch nicht als legitimer Abkömm-ling („nullius filius“, siehe: Bouvier`s Law Dictionary 1856) sondern als ein Bastard, also ein illegitimes Kind mit unbe-kannter Vaterschaft registriert wurde. Mit diesem Trick haben Öffentliche Stellen legal sichergestellt, dass der Mensch sein ERBE/ESTATE nicht antreten konnte nach der kanonischen Regel: Ein ESTATE kann nur von einem Mann (hier: der Vater als Exekutor des Erbes) gehalten werden. Dieser Mann, der leibliche Vater, wurde jedoch als unbekannt vermutet und war legal nicht präsent, sodass kein Anrecht des Menschen auf das ERBE/ESTATE bestand. Der Exekutor ist das höchste Office eines ESTATE, wobei hier die Mutter einen fatalen Rechtsbruch beging, als sie sich bei der Deklaration der „Warenlieferung“ den Anschein des Exekutors gab, der sie nicht war; … aufgrund dessen Anzeige gegen sie erstattet wurde (Denunziant)! Dann wurde die Illegitimität des Menschen öffentlich beurkundet, denn „ein Monster hat kein vererbbares Blut und kann sein Erbe nicht erhalten“ [Black`s Law Dictionary 2nd Edition].
5. Der Mensch wurde danach in der Spalte für Totgeburten (stillborn) registriert. Somit galt der Mensch als legal für tot erklärt. „Ein totgeborenes Kind ist ein zum Leben unfähiges Kind, es sei denn, es überlebt solange, bis es diese Rechtsvermutung tatsächlich widerlegt; dann kann es erben“ [Black`s Law Dictionary 2nd]
6. Die Öffentliche Stelle hat danach legal das ERBE/ESTATE des Menschen beansprucht und ihn in einem ESTATES FOR LIFE FOREIGN SITUS TRUST mit Sitz in Puerto Rico zu einem Mündel des Staates (Ward of the State) gemacht.
7. Der „Standesbeamte“ erzeugte dann auf Basis der gestaltenden Urkunde der „Lebendgeburterklärung“ eine **Geburtsurkunde** als eine Schuldverschreibung (Bond) auf einen ähnlich lautenden Namen und zertifizierte die-sen BESITZTITEL öffentlich. Die Geburtsurkunde wurde vermutlich durch Bedrängen der Mutter erzeugt, denn eine rechtliche Verpflichtung seitens der Mutter bestand hierzu nicht und vermutlich würde es keine Mutter über`s Herz bringen, wissentlich ihr Baby als einen Schuldtitel an den Staat zu verkaufen.
8. Hierdurch war auf Grundlage der House Joint Resolution 192 vom 5. Juni 1933 und Artikel 77 der UN-Charta eine juristische Person mit gleichem Namen als Schuldner und öffentlich zertifiziertes HANDELSGUT / WERTPA-PIER / SCHULDVERSCHREIBUNG / TREUHANDVERMÖGEN geschaffen mit der Öffentlichen Stelle als Begün-stigten und dem Menschen als TREUHÄNDER. Beweis: **PStG § 21**: „(3) zum Geburtseintrag wird hingewiesen.... 5. auf das Sachrecht, dem die Namensführung des Kindes unterliegt.“
9. Mit dem Namen des Menschen wurde mittels der Geburtsurkunde über einen ähnlich lautenden NAMEN ein Besitztitel registriert als Sicherungspfand für die nationale Verschuldung bei Banken mit dem Inventar als Sicher-heit [Black`s Law Dictionary 7th Edition]. Es ist wie die Wareneingangsbestätigung für das Baby als die gelieferte Ware. „Eine Wareneingangsbestätigung wird betrachtet als ein Dokument über einen TITEL, welches als ein verhandelbares Instrument (negotiable instrument) benutzt werden kann, oft gebraucht für Finanzierungen mit dem Inventar als Sicherheit“ [Black´s Law Dictionary 7th]
10. Der Name des Menschen, sprich die Schuldverschreibung, wurde letztlich an den VATIKAN (über Weltbank, IWF und BIS) verkauft, sodass der Mensch unter Namenspseudonym bislang als Treuhänder eines FOREIGN SITUS TRUSTS fungierte, dessen Begünstigter eine fremde „ausländische“ Macht war. Sein Marktwert: das Gewicht bei der Lebendgeburtaufzeichnung in Relation zu Gold.

Vielleicht schluckt der eine oder andere von Euch jetzt doch!?! Was ist denn eigentlich, wenn solche Menschen wie wir die Wahrheit entdecken und feststellen, dass wir leben? Hat man da auch vorgesorgt?

Da es keinen anderen Wert gibt als die Menschen selbst, versucht der Staat natürlich, den Besitz an seinen Werten, den Mündeln und Investments zu sichern. Eines Tages könnte man ja die Wahrheit entdecken und seine Fähigkeit zur Vollmacht (Power of Attorney) wiedererlangen. Die **Erklärung der Generalvollmacht** steht jedem zu [Property Law Act 2007, Section 22 (1) (c) (2)]. Es gibt viele Möglichkeiten, legal für tot erklärt zu werden, denn nur als rechtlich Tote können sie unser ERBE/ESTATE für sich reklamieren. Mit Volljährigkeit fährt das Gefäß (Schiff/Vessel) nun rechtlich auf hoher See und steht damit unter Seerecht (Admiralty Law/UCC). Wenn man sich dann innerhalb von sieben Jahren nicht als lebend zurückmeldet, gilt man als „auf hoher See" verschollen und wird gerichtlich wieder für tot erklärt. Eine weitere wirklich effektive Methode, das ERBE zu verwirken ist, eine Steuer - oder Sozialversicherungsnummer zu beantragen. Sofern sich jemand nicht dort registrieren lässt, gilt er nach 7 Jahren wiederum als verschollen und tot. Auch der Personalausweis ist ein ganz sicheres Werkzeug, seinen legalen privaten Tod zu beantragen. Es wimmelt förmlich von Leichen. Aber wer kümmert sich dann um meine ganze Hinterlassenschaft, wenn ich tot bin? Das erledigt die Öffentliche Treuhand für mich, welche die Verwaltung unserer Treuhand den **Familiengerichten** überträgt [Protection of Personal and Property Rights Act 1988].

Kommen Euch schon ein paar Ideen, wie wir uns aus dem ganzen Schlamassel befreien können? Eine Power of Attourney erklären, eine Willens - und Lebenderklärung anfertigen? Die Vermutungen der Geburtsurkunde wider-rufen? Ok! Schauen wir erst einmal, was da noch alles kommt!

Unter der ersten souveränen, öffentlichen Treuhandvereinbarung (Public Trust Agreement), die von Mama aufge-setzt wurde (und wovon sie nicht die leiseste Ahnung hatte), waren wir der einzige Begünstigten und Nutznießer unseres Vermögens und der Staat zusammen mit Mama die Treuhänder. Wie in einer Treuhand üblich, müssen immer die Treuhänder die ganze Arbeit machen und die treuhänderische Verantwortung übernehmen, unser Ver-mögen fiduziarisch zu sichern und zu mehren. Die Täuschung mit der Geburtsurkunde schuf jedoch ganz schnell einen Foreign Situs Trust (früher Cestui Que Vie-Trust) und hier drehten sie den Spiess um. Jetzt war der Staat der Nutznießer und Begünstigte und die PERSON (also nicht mehr der Mensch) der Treuhänder. Ein Foreign Situs Trust wird, wie der Name schon sagt, unter fremdem Recht geschaffen und hat einen interessanten Zweck: der Treuhänder wird als non-resident (Nicht - Ansässiger am Sitz des Trusts) zum Steuerpflichtigen gemacht. Dadurch haben sie uns alle zu einem „Angestellten beim Staatskonzern" gemacht, denn nur als solcher besteht die „Pflicht", Steuern zu bezahlen (… bitte gut merken für später!). Und der wesentliche Punkt ist der, dass wir Staatsangestellten jetzt die Staatsschulden für ein privates Bankensystem zu tragen haben. Dieses ganze System wird im Interesse besagter Privatbanken von einer Gilde geschützt und aufrechterhalten, die sich BAR Association nennt. Dreimal dürft Ihr raten, wer sich dahinter verbirgt.... es sind die Rechtsanwalts- und Richterkammern!

Darf ich am Rande erwähnen, dass die amerikanische und internationale BAR sowie das US-Justizministerium Ende letzten Jahres auf **279 Billionen** US Gold-Dollar zur Wiedergutmachung mit True Bill S.E.C. Tracer-Num-mer 2640220 verklagt wurden! (siehe Anna Maria von Reitz im Internet)

Fassen wir kurz zusammen: wir werden als Mensch auf verschiedene Weise für tot erklärt, mit der in eine SCHULDVERSCHREIBUNG / PERSON umgewandelte GEBURTSURKUNDE und als schuldende Staatsange-stellte und Treuhänder eines fremden Trusts haftbar gemacht für die Schulden des Staates bei Privatbanken, überwacht und zum Gehorsam gezwungen durch die Rechtsanwaltskammern und Gerichte mithilfe deren Geset-ze. Wie uns oben Barron`s erklärt hat, ist eine Urkunde ein Papier, das einen Eigentumsanspruch etabliert. Die Geburtsurkunde selbst aber gehört uns nicht, nur der Anspruch, der Titel auf Nutzung hieraus, sofern wir nicht tot sind. Die Geburtsurkunde selbst und der Name der Person sind Eigentum ihres Erschaffers. Nur er kann sie auflösen, aber dazu besteht für den Staat keinerlei Veranlassung. Fremdes Eigentum als sein eigenes auszuge-ben ist jedoch eine Straftat, nämlich Diebstahl. Wir können niemals die Geburtsurkunde stehlen oder zerstören, wir können aber den Titel, ihre Besitzrechte beanspruchen und sie für unsere Belange nutzen; denn der prima facie - Beweis der Geburtsurkunde ist unsere Lebendgeburt. Und die ist sicher! Dazu werden wir uns später noch etwas überlegen müssen!

Die Geburtsregistrierung begann 1915 durch das Bureau of Census und wurde von allen Staaten bis 1933 über-nommen. Geburtsurkunden sind eine Form der Sicherheit, die man Warenhausquittung (warehouse receipts) nennt. Der UCC 7-202 definiert:
a) den Ort des Warenhauses, an dem die Ware gelagert ist (Wohnsitz / Residenz) b) der Tag der Herausgabe der Quittung, welcher in den meisten Fällen nicht der Geburtstag des Menschen ist, sondern das Datum der Ausstellung der Geburtsurkunde!!! c) die fortlaufende Nummer der Quittung d) eine Beschreibung der Ware (Name, Geschlecht, Geburtstag etc...) e) die Unterschrift des Lageristen (kommunaler Angestellter...)

Rechtsvermutungen zur Geburtsurkunde:
1. Die Aufzeichnung der Lebendgeburt ist der „prima-facie“-Beweis, dass ein lebender Mensch existiert; (prima facie: lat. „erster Anschein“; „Vermutung“;)
2. Die Geburtsurkunde ist die Beglaubigung eines CESTUI QUE VIE-TITELS und eines ESTATE des Lebens; beweist einen TRUST; geschaffen von VATIKAN bzw. REGIERUNG, die die Eigentümer sind; die PERSON hat das Nutzungsrecht als BEGÜNSTIGTE.
3. Zertifizierung des NAMENS als einen TITEL auf BESITZ / EIGENTUM / VERMÖGEN; legale Sicht auf Frau und Mann als SACHE, VERMÖGENSPAPIER und SUBJEKT der Gesetze.
4. Zertifizierung einer Einlage / Einzahlung, Bürgschaft, Sicherungspfand, hinterlegte Kaution. Der vermutete Um-stand ist: ein Transfer / Verkauf des Babys, einer Person durch die Mutter fand statt; das Baby gehört jetzt der Regierung und ist Schutzbefohlenes seiner Obhut; Treuhandschaft des Staates über die Person als Subjekt der Jurisdiktion eines Gerichts.

5. Die Geburtsurkunde zertifiziert einen Sklavenstatus; die Person hat keine Kontrolle über ihren Körper, Ver-stand, Seele oder Geist, da alles in Anspruch und Besitz der Öffentlichen Stelle ist.
6. Dadurch ergibt sich die Knechtschaft als Sklave, ein Mitglied der Armen; Beweis: „**P**“ im Reisepass für pauper... poor (arm) als Kennzeichnung für Idioten, Geistesschwache, gehörntes Vieh, Kreaturen, die Menschlichen, die Enteigneten, die Insolventen, Schuldner, Kriminelle, Feinde des Staates, Fremde. (… seht mal selber nach!)
Damit ist das Festmahl für die Ausbeutung angerichtet!
7. Rein technisch gesehen schickt das Krankenhaus vermutlich die Aufzeichnung der Lebendgeburt über deutsche Institutionen letztendlich an das State Bureau of Vital Statistics auch bekannt als das Department of Health and Rehabilitative Services (HRS). Dort verbleibt wohl die Urkunde und hieraus wird eine Geburtsurkunde erschaffen, die beim US-Wirtschaftsministerium registriert und als Sicherheit (Surety) hinterlegt wird. Hier wird automatisch vermutet, dass der Konzessionsgeber (Grantor), der Mensch, auf dem der Wert basiert, die Person, das ESTATE ist. Einen rechtsgültigen Vertrag hierzu gibt es jedoch nicht!

Die zentrale Rechtsvermutung zur Geburtsurkunde (Ort der Ansiedlung (Settlement) - Urkunde) ist also, dass diejenigen, gegen die das Instrument verwendet wird, eine Erscheinungsform von Vermögen, Sklaven und an die Scholle gebundene Leibeigene zum Zwecke von Bankeninteressen sind, ohne Rücksicht auf deren Standing als Menschen oder deren Historie, kurz: es wird vermutet, dass ein **Mensch** legal in eine **PERSON** in der Bedeutung von SACHBESITZ konvertiert werden kann.

Endlich wissen wir, dass eine Geburtsurkunde ein handelbares Instrument ist, eine registrierte Sicherheit und ein Dokument, das die Existenz eines Strohmanns etabliert und...äußerst wichtig!!!... dessen Handelsnamen in Form von z.B. HANS XAVER MEIER. Wenn man sich die nachfolgende Quelle (U.S. Vital Statistics System, Major Activities and Developments, 1950-95), herausgegeben vom US – Gesundheitsministerium ansieht, dann bekommt man große Augen, denn sie löst einen Haufen unserer Probleme mit einem Schlag. „Von dieser Zeit [Jahr 1863] an wurde der Kurs der Registrierung der Bevölkerungsstatistik erkannt als der Grundpfeiler für die Weiterentwicklung öffentlicher Gesundheitsvorsorge... Teil des Beweggrunds für den Act war, die Aufzeichnung der Bevölkerungsentwicklung **als legale Dokumente für die Sicherheit von Besitz** zu verbessern.“ Lebend-aufzeichnungen also waren legale Dokumente für die Sicherheit unseres Privatbesitzes!!! Die selbe Institution definierte die Lebendgeburt in 1992 im „Model State Vital Statistics Act and Regulations“: „ Lebendgeburt bedeu-tet die komplette Austreibung oder Extraktion von seiner Mutter als ein Produkt menschlicher Empfängnis.....“
Das nationale Büro für Bevölkerungsstatistik wurde innerhalb des öffentlichen Gesundheitsdienstes im Jahr 1946 gegründet und berichtete direkt einem General (Militärarzt). Das bedeutet, dass jegliche Bevölkerungsstatistik
sich in Händen des Militärs befindet. Weiter im Act heißt es (Sektion 24): „(a) Der Staats-Registrar [und andere Vermögensverwalter (custodian) der Lebendaufzeichnungen, die durch den Staats-Registrar autorisiert wurden, zertifizierte Kopien herauszugeben] müssen bei Eingang eines Antrags eine

zertifizierte Kopie einer Lebendauf-zeichnung unter seiner oder ihrer Vermögensverwaltung (custody) oder einen Teil hieraus an den Registranten, seinen Verlobten, Kinder, Eltern oder Vormund oder ihren jeweiligen **autorisierten Repräsentanten** herausge-ben. Andere können autorisiert sein, zertifizierte Kopien zu erhalten, wenn sie zeigen, dass die Aufzeichnung für die **Bestimmung oder den Schutz seiner oder ihrer persönlichen Rechte oder Besitzrechte** benötigt werden.“

Unsere Erkenntnis hieraus ist, dass diese Registrare nur blosse Verwalter von Besitz sind und auf unseren Besitz achten, z.B. den echten Namen und die Handelsnamen. Wir sind die rechtmäßigen Besitzer dieses Besitzes. Der sogenannte Verwalter (Treuhänder) kann von uns als den rechtmäßigen Besitzern (Begünstigte) angewiesen werden, den Besitz nicht an jemanden anderen herauszugeben. Wir können sogar verlangen, dass uns die Ver-waltung unseres Besitzes übertragen wird und wir werden diese erhalten.
Lassen wir es zunächst bei diesem Beweis bewenden, dass wir durch die Lebendgeburtaufzeichnung (neben dem ESTATE) die nutzungsberechtigten Besitzer unseres Namens geworden sind, -hochoffiziell- und dass sie uns alles mit der Geburtsurkunde und der Person wieder abgeknöpft haben. Das bedeutet nicht, dass wir jetzt schon Menschen sind, im Gegenteil! Aber es bedeutet, dass wir uns das Besitzrecht an unserem Namen und an unserem ESTATE und an unserer GEBURTSURKUNDE zurückholen werden, als die einzig autorisierten Reprä-sentanten unserer Namen. Und es bedeutet, jedem anderen, von dem wir es nicht wollen, die Benutzung unseres Namens zu untersagen, notfalls gegen eine Gebühr. Diese Ehre werden wir uns geben!!!

Eigentümerschaft:
Nur weil wir Kontrolle über etwas haben, bedeutet das noch lange nicht, dass es uns gehört. Umgekehrt hat man nicht notwendigerweise die Kontrolle über etwas, das einem gehört, wenn man nicht den höchsten Titel hält. Zum Beispiel muss ein Mann, der ein Stück Land verkauft und den legalen Titel hält, den Titel nach Bezahlung durch den Käufer auf diesen übertragen.
Sollte jemand dieses Stück Land für eine gewisse Zeit pachten, dann besitzt der Pächter das Land solange, so-lange er seine Pacht bezahlt. Damit hat er das Billigkeitsrecht der Nutzung. Danach geht dieser Titel wieder an den Eigentümer zurück. Besitzt dieser aber sein Grundstück wirklich?
Gegenfrage?
Bezahlt der Eigentümer Grundsteuer für sein Land?
Was passiert, wenn er diese nicht bezahlt? Wie kann er behaupten, das Grundstück gehöre ihm, wenn er es nur nutzen darf, solange er die Steuer dafür bezahlt?

Wenn wir den Schöpfer bemühen, - und das müssen wir, weil uns das einer wirklichen Lösung nahebringt -, dann ist er der alleinige rechtmäßige Eigentümer de Erde und somit des Grundstücks. Und der Schöpfer warnt uns, dass jede Regierung, die nicht seinen Gesetzen folgt, keinerlei legitime Autorität hält. Denn ihre Autorität stammt nicht von ihm. [Römer 13:1]

5. KAPITEL Person, Name

Wie wir gesehen haben, sind wir Menschen als PERSONEN über den LEGALEN NAMEN beim Staat als Schuld-ner eines privaten Bankenkartells beschäftigt, welches von einer privaten BAR Association Guild (Law Society) aufrechterhalten wird. Die Menschen geben den Wert, öffentliche Stellen die Rechte!!! UCC 1-201: [sinngemäß]... eine Person gibt Wert für Rechte....

„Derjenige, der seine Rechte nicht einfordert, hat sie nicht“ [Bouvier`s Maximes of Law 1856]. Nach meiner Logik ensteht die Person legal genau dort, wo die Mutter nach der Geburt als Informant und vorgeblicher Exekutor des Geburts-ESTATES benutzt wird und ein sogenannter Registrar einen Kugelschreiber und einen Stempel in die Hand nimmt, um mit einem Blatt Papier das Baby zur Person zu machen. Das Gericht schiebt Mama Rechtsbruch in die Schuhe, denn der Exekutor eines Vermögens ist seit Menschengedenken immer nur der Vater. Die Mutter ist jetzt einer Falschbehauptung schuldig, weil sie nicht den Titel hat, Vermögen an den Sprössling zu übertragen. Da der Vater unbekannt ist, weil die Mutter nicht darauf bestanden hat, dass er registriert wird, liegt das Vermö-gen nun brach. Durch Eintragung in der Spalte für Totgeburten stirbt der vaterlose und somit illegitime Bastard und mit ihm der Mensch. Die Person entsteht **genau hier**, mit diesem Eintrag... und indem die Mutter nach einer Geburtsurkunde „verlangt“, die dem Staat die Treuhand über den toten Menschen und sein ganzes Vermögen gibt, bis dieser sich am Leben erweist. Wenn jemand von Euch eine Schwangere kennt... klärt sie bitte rechtzeitig auf!!!

Habt Ihr es gemerkt? Dies alles ist schlau ausgeklügelt, basiert aber ausschließlich auf fadenscheinigen Ver-mutungen! Das ist der Grund, warum wir am Ende ganz komfortabel in der Lage sein werden, diese Rechtsver-mutungen zu erkennen, zurückzuweisen und den wahren Sachverhalt dokumentieren zu können. Dann müssen **sie** widerlegen. Und dann werden **sie** es schwer haben, denn … **ein Estate kommt vor dem Trust** [Bouviers`s Dictionary 1856 Edition] und einer Sache kann keine Sache gehören (der Diamant gehört dem Goldring nicht). **Also muss vorher ein Mensch existiert haben!** Wie man das löst, sehen wir uns später an, wenn wir, die lebendigen Menschen, mit unserem Strohmann einen Vertrag abschließen.... Seht mal, was ein Gericht im Jahr 1795 geurteilt hat:
„Genauso wie eine Staatsregierung eine künstliche Person ist, eine künstliche Kreation des Verstandes, eine Abstraktion, kann eine Staatsregierung nur auf dieser Ebene mit anderen künstlichen Personen interagieren. Diese **Phantasiewelt** hat weder Aktualität noch Substanz. Es ist ausgeschlossen, dass damit die Erschaffung

von Gleichrangigkeit mit dem Erfahrbaren und Greifbaren erreicht werden kann, da sie [...die Phantasiewelt] nichts mit der realen Wirklichkeit zu tun hat. Die legale Manifestation davon ist, dass keine öffentliche Stelle sich mit etwas anderem beschäftigen kann als mit künstlichen Personen und den Handelsverträgen zwischen ihnen.“ **[PENHALLOW vs. DOANES Administrators 3 U.S.3 Dall. 54 54 (1795)]**

Persona: „die Maske, die der Schauspieler auf der Bühne benutzt“ [Webster`s 1828 Dictionary]
Person: „Bediensteter einer Korporation“ [26 USC § 6621 (b)] und [§ 7343]
Standing: „ein Recht der Leute, die Handlungsweise einer anderen Person vor Gericht anzufechten“ [Black´s Law 2nd Edition] Lebende Frauen und Männer aus Fleisch und Blut haben ein Standing, Sachen einen Status!
Status: „der Status einer Person ist ihre **legale** Position oder Kondition“ [Black´s Law 2nd Edition]
Somit haben nur fiktionale Schöpfungen des Staates einen Stand/Status. Wie lautet Ihr Familien**stand**, Ange-klagter?
„Individuelle Treuhänder, in deren Namen der Titel des ESTATES gehalten wird, sind **`natürliche Person`**.“ [Dris-col, et. al. v. Nueces County, Tex Civ. App., 445 S.W.2d 1, 6.]
„Das Wort **„Person“** beinhaltet Individuen, Kinder, Firmen, Verbände, gemeinsame Unternehmen, Partnerschaf-ten, Estates, Trusts, Geschäftstrusts, Syndikate, Stiftungen, Körperschaften und alle anderen Gruppen oder Kombinationen.“ [U.S. State Statutes] Achtung! Mann und Frau sind hier nicht aufgezählt!
Maxime des Rechts: „Die Erwähnung des einen ist der Ausschluss des anderen“ (lat.: expressio unius est exclu-sio alterius) [Bouvier`s Maximes of Law 1856]
„Der NAME in GROSSBUCHSTABEN wird als Schuldner für eine vermutete Schuld verwendet“ [Plowd.18,15Vin. Abr.534;22 id 540]
„Personen sind für gewöhnlich konstruiert, um den Souverän auszuschließen“ (442 U.Seite 600, 604 (1941) und 330 U.S. Seite 258, 275 (1947)). (Der König war auch nicht an das Parlament gebunden)
Das **14th Amendment** (Änderung) der US-Verfassung, ratifiziert in 1868, erschafft … zum ersten Mal einen Bürger **[Person]** der Vereinigten Staaten, im Unterschied von dem der [Bundes-]Staaten. [Black`s Law 6th page 657]

Office of the Secretary of State of Texas, Titel II, Teil I, Kapitel 70, Unterkapitel C, Regel-Sektion – 79-32:
„(b) nur **GROSSBUCHSTABEN** werden anerkannt“
„(c) die Symbole, die als Teil des **NAMENS** anerkannt werden sind ! “ $ % ( ) * ? # = @ [ ] / + & and - . “ Hinweis für später: Einfache Anführungszeichen ` und Doppelpunkt : sind hier nicht aufgeführt....

NATÜRLICHE PERSON: „ein menschliches Wesen im Unterschied zu einer Person (wie eine Korporation), erschaffen durch das Verfahren des Gesetzes“ [Merriam Webster`s Dictionary of Law © 1996]
ARTIFICIAL PERSON: „legal person“.... [Merriam Webster`s Dictionary of Law © 1996]
Person: ein menschliches Wesen, von dem man ausgeht, dass es fähig ist, Rechte zu haben und mit Pflichten belastet werden zu können (… a human being considered

as...); wohingegen eine Sache das Objekt ist, auf welches Rechte ausgeübt werden; [Blacks Law 2nd Ed]

Fiktiver Name: „Eine Fälschung, alias, vorgeblich oder vorgetäuschter Name, angenommen von einer Person und unterschiedlich in einigen wesentlichen Teilen seines wahren Namens..., mit dem Hintergrund, zu täuschen oder in die Irre zu führen.“ [Black`s Law 6th pg. 624]

„ **...ein Souverän** ist nicht eine Person.“ [330 U.S. 258(1947)]

„**Ein Name** ist ein Wort oder Wörter, benutzt, **um eine Person** zu unterscheiden und **zu identifizieren**“ [65C.J.S.`1,pg.1]

rechtmäßig (lawful): in Übereinstimmung mit dem Landrecht (law of the land)

legal: … „ein Schriftstück oder richterliche Anordnung, herausgegeben von jeglichem Gericht unter gefärbtem Recht (colored law) ist ein legaler Prozess, egal, wie fehlerhaft er ist.“ [Abbott`s Law Dictionary 24]

Gefärbtes Recht (color of law): „der Anschein oder die Ähnlichkeit ohne den Wahrheitsgehalt der Rechtsgültig-keit. Machtmißbrauch, kraft Statut und nur ermöglicht, weil der Rechteverletzer in die Autorität des Staates einge-bunden ist, ist eine Handlung, unternommen unter gefärbtem Recht.“ [Black`s Law 5th page 241]

Legale Fiktion (legal fiction): „Glauben oder annehmen, dass etwas, das unwahr ist, wahr ist.“ [Black´s Law 2nd Ed.]

Niemand kann Eigentümer und Erbe gleichzeitig sein.

Fiktion (Fiction)**:** „hergeleitet von Fictio im Römischen Recht, eine Fiktion ist definiert als eine falsche Behaup-tung auf Seiten des Klägers, die dem Angeklagten nicht erlaubt, zu protestieren, das Objekt, das dem Gericht Jurisdiktion verleiht“ [Black's Law Dictionary 3rd Ed.]

Fiktionen erwachsen aus dem Gesetz und nicht das Gesetz von Fiktionen [Bouvier’s Dictionary of Law (1914), page 2142]

“Eine legale Fiktion ist eine Annahme, dass etwas, das falsch oder nichtexistent ist (oder sein kann), wahr oder real ist." [Oran's "*Dictionary of the Law*," West Group, 1999]

<u>Maxime des Rechts</u>: **Legalität** ist nicht Wirklichkeit (fictio non est, ubi veritas) [Bouvier`s Maximes of Law 1856]

Da die Regierung eine Erschaffung der Menschen ist, kann sie keine Jurisdiktion über ihren Schöpfer haben, außer durch Zustimmung (consent).

<u>Maxime des Rechts</u>: die **Zustimmung** macht das Gesetz [Bouvier`s Maximes of Law 1856]

Und hier noch ein kleines Privileg für unsere Regierungsvertreter selber, zum Dank für ihre Mühen:

„**Natürliche Person** bedeutet menschliches Wesen und nicht eine künstliche oder juristische Person” [Shawmut Bank, N.A. v. Valley Farms, 610 A.2d. 652, 654; 222 Conn. 361.]

„**Natürliche Personen** können Mitglieder der Zivilregierung sein“ [Rocklite products, v. Municipal Court of Los Angeles Judicial Dist., 32 Cal. Rep. 183, 188; 217 C.A.2d. 638.]

„Diejenigen, die für Benefits von der Zivilregierung “qualifizieren” können als **natürliche Personen** klassifiziert werden“ [Public Health Trust of Dade county v. Lopez, Fla., 531 So. 2d. 946, 948.]

Wie man zu einer PERSON und zum Subjekt (= haftbar) der Regulierung unter Statuten und Gesetzen wird, ist also einfach zu bewerkstelligen: man muss den Staat um Erlaubnis fragen und freiwillig eine PERSON werden, indem man seine Zustimmung erteilt. Kurz: **mit einem Vertrag!** Die Sklaverei ist abgeschafft, aber nicht die freiwillige! Mit der 13. und 14. Verfassungsänderung der US-Verfassung (13th und 14th Amendment) darf niemand in die Sklaverei gezwungen werden... sofern er dies nicht ausdrücklich wünscht. Wie man sich das wünscht?
Indem man einen Wohnsitz in der Jurisdiktion nimmt und in das Büro der PERSON geht, wird man zu einer statu-tarischen PERSON, zu einer PERSON, die jedem STATUT zu gehorchen hat. Denkt jetzt bitte nicht an eine geografische Lokalität, wenn von einem WOHNSITZ die Rede ist. Die PERSON besetzt das STAATLICHE BÜRO (public office), denn die PERSON (public officer) **ist** das STAATLICHE BÜRO mit Wohnsitz am Sitz der Regierung und das ist, was unseren Prinzipal betrifft, Washington D.C.! Wir sprechen hier von der öffentlichen Person, dem staatlichen Angestellten, der wir mit unserem Personalausweis und der Sozialversicherungsnummer etc. gewor-den sind.
Die Natur eines Gesetzes besteht darin, dass es das, was es geschaffen hat, kontrollieren kann. Das, was der Staat geschaffen hat, kann er kontrollieren. Er hat sicherlich keine Menschen erschaffen, aber PERSONEN... und so beansprucht er, dass sie ihr BÜRO besetzen. Die JURISTEN glauben irrtümlich, dass sie GESETZE machen, um Menschen zu kontrollieren. Nein! Sie können nur die BÜROS kontrollieren, in welchem ihre fiktiven PERSO-NEN sitzen. Wie lange können sie das? Solange wir nicht privat und nicht fremd der Jurisdiktion gegenüber sind. Das ist ein Lösungsansatz, denn alles, was die Regierung nicht erschaffen hat, ist demnach privat und fremd [ausländisch].
Von Bürgersicht aus sichern Regierungen die unveräußerlichen Rechte und den Besitz der Menschen. Von Regierungssicht aus ist der Souverän derjenige, der die Regierung geschaffen hat. Aber in Wahrheit tun Ihre öffentlichen Diener zwei Dinge: ihren Herren gehorchen und ihre Diener kontrollieren. Die Gesetze werden für die Diener geschrieben, nicht für die Herren. Die Diener werden Personen genannt, die Herren sind Nicht-Personen. Nicht-Personen sind die Herren der Regierung und ihrer Gesetze. Gesetze stammen von Nicht - Personen.

Wenn wir alle Diener sind und als STAATS(AN)GEHÖRIGE ein BÜRO in der REGIERUNG halten, obwohl wir dies nicht wünschen, sollten wir uns eventuell überlegen, rechtzeitig zu kündigen.....

Wesentliches zum Namen:

Kriegsentscheidend für unser späteres Verhalten bei Gericht wird unser Wissen bezüglich „unseres“ Namens sein. Namen, die anders geschrieben werden als der christliche Name sind der Ausgangspunkt der Korruption, denn sie bezeichnen allesamt eine legale PERSON, die nicht den Menschen aus Fleisch und Blut identifizieren. “Namen sind aufgeteilt in den christlichen Namen wie Benjamin und den Familiennamen wie Franklin. Kein Mensch kann mehr als **einen** christlichen Namen haben...” [Bouvier`s Law Dictionary 6th Edition 1856]
Sie benutzen den Namen des Strohmanns für die ewige Unterwerfung des Menschen. Die erste Falle ist, dass die Namen gleich klingen. Der Richter spricht ihn „legalisch“ aus, der Angeklagte deutsch und wir selber buchsta-bieren ihn, wenn uns

ein Jurist danach fragt oder wir reden besser um den heißen Brei herum. Namen sind gefärbte Interpretationen und verkörpern einen TRUST oder den Handelsnamen einer Firma, ein „ens legis“ als „eine Kreation des Gesetzes, ein Kunstgebilde im Kontrast zu einer natürlichen Person.“ [Blacks Law 1951 4th Ed.]

Wasser kann mit den Sinnen erfahren und festgestellt werden, aber das Wort „Wasser“ an sich ist nur ein Symbol, denn man kann das Wort nicht trinken. Genauso wenig kann ein Name einen Menschen identifizieren, denn der Name ist nur ein erfundenes Wort oder Symbol. „**Ein Name** ist ein Wort oder Wörter, benutzt, **um eine Person** zu unterscheiden und **zu identifizieren**“ [65 Corpus Juris Secundum `1,pg.1] Das Rechtssystem hat den Namen erschaffen, um ihn wie einen Strohmann zu verwenden, denn Fiktion kann nicht mit dem Menschen selbst interagieren. Der Name in Großbuchstaben ist diese Sache, die sie verwenden, um uns vollständig in die Irre zu führen. Es ist offensichtlich: denn nur das, was man erschaffen hat, kann man beherrschen. Gott erschuf den Menschen, über den Gott herrscht. Die Menschen erschufen die Regierung, über die sie herrschen. Die Regierung erschuf die Namen, über die sie herrscht...
Die Regierung konnte die wahren Namen der Menschen korrumpieren und sie als Handelsnamen via Geburtsur-kunde benutzen. Und so entstand der Bürger und den konnte man als Sicherheit (surety) für die Staatsschulden benutzen. Das ist der **Zweck** des **Bürgers** und des **Namens**. Denn Sicherheit bedeutet einen Personen**namen**, der „vorrangig haftbar für die Bezahlung jemand anderes Schulden ist...“ [Black´s Law (1990) 7th Ed.] Unter Vertrag wird in punkto Sicherheitsleistung eine „**Sicherheit** zur Partei der Verpflichtungen des Prinzipals.“ [Black´s Law 7th]

Nochmals! Der Name ist der Beweis, dass jemand identifiziert werden kann, der die Schulden bezahlt!!!

Der Vertrag zur Bestellung der Sicherheit findet bei allen Personen statt, die „**sui juris**“ [lat. nach seinem (eigenen) Recht] in der Lage sind, Verträge zu schließen. [Bouvier´s 1856]; (sui juris: … nicht unter legaler Unmün-digkeit stehend, oder der Macht eines anderen oder unter Schutzherrschaft.“ [Black`s Law 4th])
Eine Sicherheit ist also haftbar für die Verpflichtungen eines anderen. **Sui juris** macht eine Person zu dieser Sicherheit. Einem Souverän wäre das nicht passiert! Ein Souverän, frühere Könige z.B., konnten nicht ohne Zustimmung vor Gericht gebracht werden, heutige Souveräne auch nicht. Hierzu muss er erst angerufen werden, es muss appelliert werden, ob er seine Zustimmung gibt. Eine Appellation ist ein Aufruf, um die Aufmerksamkeit eines anderen zu bekommen. Und dann wird entschieden, ob man dem Aufruf folgt oder nicht. Ein Appell einer Behörde in Form eines Schreibens ist also nur ein Aufruf, um Aufmerksamkeit von Euch zu erhalten; auch wenn sie uns nur als Namen betrachten, besteht eine marginale Wahrscheinlichkeit, dass dennoch ein Souverän zum Vorschein kommen könnte. Die Menschen betrachten den Appell jedoch als Verpflichtung, als angerufener Name Folge zu leisten und das ist dann der Beweis für die Behörde, dass der „Angerufene“ doch nicht souverän war.

Alle Namen konstituieren Besitz! Der Name ist also ein **Besitztitel**. Selber ist man weder der Name noch der Besitztitel. Wenn man angerufen wird, reagiert man aus alter Gewohnheit und identifiziert sich mit dem Namen und damit verlieren wir alles.

Wenn jemand nach dem Namen fragt und man **gibt** ihm den Namen, dann über**gibt** man freiwillig und per Zustimmung **den Besitz** des Namens an die andere Partei, die mit diesem Besitz jetzt ma-chen kann, was sie will. Wenn wir also wählen, zu antworten, damit jemand unseren Besitz bekommt, dann ist das unsere souveräne, selbstbestimmte Entscheidung und ein Vertrag und eine höchstrangige Katastrophe! Je-der Souverän muss zustimmen, dass er gerichtlich verfolgt werden kann und haftbar ist!!! **Hiermit tut er es!** Die verschiedenen Handelsnamen sind lediglich Variationen der Geburtsurkunde, die alle auf einen Strohmann deu-ten, dessen Sicherheit wir, die lebenden Menschen sind. Fortan läuft alles über den Strohmann, den Namen. Es gibt hierbei nur einen einzigen Grund, warum das alles geschehen darf! **Wir haben unsere Zustimmung gege-ben, indem wir den Namen gaben!** Wir sind den Vertrag mit freiwilliger Zustimmung eingegangen. Wie wir den Namen loswerden? Gar nicht! Er gehört uns ja nicht (im Sinne von Eigentum)! Wir haben ihn nicht geschaffen! Wir stimmen nur nicht mehr zu, dass wir (dasselbe wie) der Name sind! Wir würden uns nur des Diebstahls schuldig machen. Aber wir machen möglicherweise das Entscheidendste überhaupt! Wir werden unseren Besitztitel auf den Namens sichern, per Vertrag, z.B. per Copyright oder Trademark, so dass ihn niemand sonst mehr verwenden darf. Unautorisierte müssten dann eine Gebühr bezahlen und die wäre ganz schön saftig.....

Schauen wir uns mal das Beispiel einer Verkehrskontrolle an, wo die Sache die ist: es geht ihnen ausschließlich um unser Geld und wenig bis gar nicht um unsere Sicherheit. Letzteres denkt vielleicht der Polizist, um einen überzeugenden Job zu machen. Wir aber wissen, dass er überprüft, ob wir Systemangestellte und damit im „Han-del und Geschäft“ (trade and business) des Systems engagiert sind. Er erkennt es an unseren Systemlizenzen und an unserem Systemnamen, denn dann darf er uns abzocken...
Polizist: Öffnen Sie bitte das Fenster, wie ist Ihr Name?
Souverän: Wie kann ich Ihnen helfen?
Polizist: Führerschein und Fahrzeugschein bitte!
Souverän: Ich stimme unserer Konversation nicht zu!
Polizist: Ich sagte, Fahrzeugschein und Führerschein, sofort!
Souverän: Ich stimme dieser Konversation nicht zu! …..
Polizist: Dann ziehe ich Sie heraus und verhafte Sie!
Souverän: In diesem Fall schaut`s anders aus, Herr Polizist. Sie täuschen Gesetzlichkeit vor, bedrohen mich und zwingen mich in ein Geschäft mit Ihnen gegen meinen Willen; jetzt bin ich froh, dass Sie mich zwingen, zu koope-rieren. Hier ist mein Führerschein und hier der Fahrzeugschein. Kann ich Ihre Visitenkarte haben? Und hier gebe ich Ihnen meine öffentlich registrierte Bekanntmachung meiner Geschäftsgrundlagen und das Copyright, ein-schließlich des einvernehmlichen Vertrags für unautorisierten Gebrauch meines Besitzes, sprich, meines Na-mens. Ich führe den legalen Titel auf meinen Namen und der einvernehmliche Vertrag lautet: „die unautorisierte Nutzung meines Namens wird einen Schadensersatzbetrag von 100.000.-€ in Silbermünzen nach sich ziehen“. Wir können uns gerne den Vertrag näher ansehen, den sie gerade mit mir eingehen wollen!
Polizist: Worüber sprechen Sie verdammt noch mal?
Souverän: Ich wünsche nicht, ein Geschäft mit Ihnen einzugehen, Herr Streifenpolizist. Ich bin verpflichtet, Ihnen mitzuteilen, dass es eine Gebühr kostet, wenn Sie nicht befugt sind, meinen Besitz zu verwenden. Sollten Sie mit mir

Geschäfte machen wollen und sollten Sie die Gebühren für die unberechtigte Nutzung meines Besitzes akzeptieren, dann schicke ich Ihnen eine Rechnung, die innerhalb von 10 Tagen zu bezahlen ist. Ihre Sicherhei-ten für die Bezahlung gehen dann in meinen Besitz über, sofern sie die Rechnung nicht innerhalb von 10 Tagen begleichen. Hierzu bräuchte ich bitte Ihre Privatadresse.
Polizist: Von einem solchen Mist habe ich ja noch nie gehört, machen Sie Witze?
Souverän: Nein, Herr Polizeistreifen, ich beliebe nicht zu scherzen, es ist sogar recht ernst. Der Vertrag, den Sie
gerade in der Hand halten ist ein öffentlich aufgezeichnetes Dokument. Was ich sage, ist beileibe kein Witz, sondern ein Vertrag, den sie mit mir eingehen! Ich selbst werde mit Ihnen keinen Vertrag eingehen! Sie haben mich bedroht! Wenn Sie mich zwingen, zu kooperieren, dann tue ich das, aber Sie sind dann haftbar für die unbefugte Benutzung meines legalen Besitzes mit einem Betrag von 100.000.-€ in Silbermünzen. So steht es in dem Vertrag! Sehen Sie?
Polizist: Mir reicht`s jetzt.... einen schönen Tag noch.....

Niemand behauptet hier, dass man das so machen soll oder dass dies ein Aufruf hierzu wäre. Es ist nur eine geistige Übung! Aber sie zeigt, wie man einseitige sittenwidrige Händel mit Regierungs-Schauspielern lösen kann. Wenn wir ehrlich sind, sind manche von uns in diesen Tagen der morgenländischen Überflutung froh, dass wir unsere Polizisten haben. Die meisten sind welche von uns und unsere Nachbarn und Freunde.
Das ganze Spiel mit dem Namen wäre gar nicht schlimm, wenn sie uns über diesen Trick nicht unser ganzes Geld stehlen würden. Merke: Über den Namen kommen sie an unser Geld heran und unsere Lösung ist: **keinem Vertrag zuzustimmen und schon gar nicht unseren Namen preiszugeben!** Hätte der Souverän das Fenster nach der polizeilichen Aufforderung heruntergekurbelt, hätte er dem Angebot des Polizisten bereits zugestimmt und den Vertrag angenommen. Unterschätzt Folgeleisten nie! Damit seid Ihr im Vertrag!!!
Niemand darf Euren Namen benutzen und wenn Ihr das nicht möchtet, müsst Ihr hinreichend entschädigt werden!

Personalausweis: mit seinem leeren Papiernamen stellt der Mensch seinen Wert zur Verfügung. Der Personalausweis identifiziert ihn als den Besitz des Staates. Identifikation bedeutet: das selbe wie.... Wie werden wir zum legalen Besitz? Der Personalausweis weist legale Entitäten aus und mit ihm wird man dasselbe wie eine legale Entität, die auf dem Personalausweis existiert. Wem gehört der legale Titel? Dem Staat, er hat den Personalausweis, der sein Eigentum ist, gemacht. Der Inhaber hat nur das Nutzungsrecht und weist sich damit als legale Entität aus oder als legaler Besitztitel. Wenn ich den Personalausweis habe, habe ich einen stillschwei-genden Vertrag geschlossen, dass ich dasselbe wie der legale Titel bin und dem Staat gehöre.
Kann ich den Perso loswerden? Nein, denn ein Vertrag kann nur von beiden Vertragsparteien übereinstimmend aufgelöst werden oder wenn eine der Vertragsparteien gestorben ist. Wer kann mich identifizieren? Nur ich mich selbst. Die Regierung kann behaupten, wer ich bin, wenn ich zustimme, dass ich dasselbe wie ihr Besitz bin; jetzt können sie sagen, wer ich bin: ihr Besitztitel!

Wie die Angelegenheit mit dem Perso gelöst werden kann, überlege ich schon lange. Er will mir einfach nicht sagen, wer ich bin! Schuldig oder Schuldner meine ich, öfters zu vernehmen, aber alles klingt so undeutlich. Er gehört mit nicht, aber ich habe für sein Nutzungsrecht bezahlt. Aber ganz sicher werde ich ihn nie mehr benutzen, da er prima-facie-Beweis meiner Eigenschaft als staatsangestellter Public Officer ist. Diesen verkörpere ich aber nicht, weil ich bald, wenn dieses Skript fertig ist, eine ausländische Jurisdiktion bin. Deshalb habe ich den Perso vorübergehend konfisziert, bis zur endgültigen Klärung der Situation. Sollte jemand nach seinem Eigentum ver-langen, gebe ich dieses natürlich gerne zurück. Am Ende werden wir dieses Problemchen mit einem kleinen Vertragsdokument beheben müssen.

6. KAPITEL Privater Strohmann und öffentlicher Strohmann (Public Officer)

Ich führe hier den Begriff Strohmann ein, weil er im Forum zu einem Sammelbegriff oder Synonym einerseits für die PRIVATE und andererseits für die ÖFFENTLICHE PERSON (Public Officer) geworden ist und weil der Begriff anschaulich und plakativ kommuniziert. Denn mit dem Strohmann als Rechtsbegriff ist es so eine Sache. Seine Existenz wird nicht wirklich von den Regierungen zugegeben; wie auch, wenn er ihren Betrug aufdeckt! Der Strohmann ist eine vorgeschobene, fiktive Papierfigur, welche die Rechtsgeschäfte im Auftrag des Menschen übernimmt, damit der Staat etwas zum Interagieren und Plündern hat.

Die Unterscheidung, die ich für mein eigenes Verständnis eingeführt habe, ist die Aufteilung in den privaten und den öffentlichen Strohmannzwilling. Denn wie wir später sehen werden, benutzt der Staat den öffentlichen Strohmann, wenn er etwas von der natürlichen Person haben will, ihr Geld nämlich. Mit ihm halten sie uns unter der Fuchtel ihrer Jurisdiktion. Und ich bezeichne die natürliche Person als privaten Strohmann, denn eine Person ist und bleibt eine Fiktion, auch wenn man sie als „natürlich“ tarnt. Mit wem sollen wir denn als Menschen einen Vertrag machen, wenn am Ende der öffentliche Strohmann einem Meuchelmord zum Opfer gefallen ist? Ich gebe zu, dass ich mich mit diesem Thema sehr schwer getan habe und möchte Euch nur ungern etwas vorsetzen, was hinterher nicht zusammenpasst. Aber wir müssen am Ende immer noch eine Verbindung zur Regierung haben, also etwas, was sie kennen. Natürliche Personen eben. Privatleute, die die alten Bürgerrechte besitzen. Wie sollten wir sonst Schadensersatzansprüche geltend machen? Der Plan ist, dass der Mensch mit der natürlichen Person einen Vertrag macht und die natürliche Person mit dem öffentlichen Strohmann. Seht mal selbst....

Wie wir oben gesehen haben, ist der Mensch Wirklichkeit und das Recht Fiktion. Der Mensch selbst kann somit **niemals** mit ihrem fiktiven Statutenrecht deckungsgleich gemacht werden. Deshalb ist der Strohmann als des Menschen Mittelsmann und Überbringer für fiktionale Entitäten, den Rechtzfuzzis, gut geeignet, denn er, der öffentliche, ist ihre Regierungsagentur. Alle Verträge tragen letztlich nur unsere Unterschrift, denn Fiktionen wie der Staat können nichts unterschreiben, das dürfen nur lebende „echte“ natürliche Personen. Um nicht mit Betrug konfrontiert zu werden, haben die Juristen mit dem Strohmann wohl ein Heilmittel (remedy), eine Abhilfe für ihren Betrug geschaffen. Man hat den Menschen ja kein Leid zugefügt! Und

Strohmänner und Strohfrauen existieren nur auf Papier, denen kann nichts weh tun! Und aus diesem Grund müssen sie uns über den Strohmann als ihre staatlichen Bediensteten behandeln.

Obwohl der Strohmann ausschließlich den Interaktionen mit dem STAAT dient, gehört zumindest der private Zwilling dem Menschen, weil dieser einfach näher an ihm dran ist. Klarer ausgedrückt: wir können uns die Stroh-mannzwillinge zurückholen; den öffentlichen, indem wir das alleinige Nutzungsrecht an ihm erklären und den privaten, indem wir einen Arbeitsvertrag mit ihm schließen, sodass beide künftig **u n s** dienen! Dass der öffentliche Strohmann gerade keine Rechte beanspruchen kann, hat ein kriegsentscheidendes Detail als Hintergrund: er ist ein öffentlicher Bediensteter des Staates und genießt im Gegenzug für seine Mühen **Privilegien**. Diese Begünstigung stellt ihn so zufrieden, dass er im Austausch für diese Vergünstigungen (Benefits) aus dieser öffentlichen Treuhand alle seine Rechte preisgibt, weil er auf sie freiwillig verzichtet! Jetzt ist er ein Sklave der Regierung.

Strohmann (strawman): eine schwache oder fehlerbehaftete Person ohne Standing [Blacks Law 2nd Ed.]
Strohmann: ein „Frachtraum (front)“ oder eine Dritte Partei, die namentlich aufgestellt ist, nur um an einer Trans-aktion teilzunehmen; [Black`s Law Dictionary 6th Edition Seite 1421]
Ein **Strohmann**, jemand ohne Substanz, vorgebracht als Bürge oder Sicherheit [Black's Law, 6th Edition, page 1421]
Privileg: „Ein einzelner und besonderer Nutzen oder Vorteil, den eine Person genießt, eine Firma oder Klasse, jenseits der allgemeinen Vorteile von anderen Bürgern...., eine Ausnahme.” [Black’s Law Dictionary 6th Ed. Page 1197]
„Das Prinzip ist beschworen, dass jemand, der den **Benefit** eines Status akzeptiert nicht zur Frage der Verfas-sungsmäßigkeit gehört werden kann. [124 U.S. 581,8 S.Ct. 631,31 L. Ed. 527]

Scarecrow, die Vogelscheuche (**Strohmann**), hat sich vom Zauberer von Oz etwas gewünscht! Einen Verstand! Was hat ihm der Zauberer von Oz gegeben? Eine Geburtsurkunde! Der Strohmann ist das Wesen des Gesetzes (ens legis). Sie platzieren einen Strohmann, er wird der BAR, dem Eigentum der CROWN übergeben und von ihr gelaufen, um ihn in eine Dritte Partei-Aktivität (BAR-STAAT-STROHMANN) hineinziehen zu können. Wie wir später sehen werden, ist es per definitionem die Hauptaufgabe eines Anwalts, privaten Besitz in öffentlichen Besitz zu überführen. Möglich, dass Ihr das nicht wusstet! Der öffentliche Strohmann gehört also der Regierung bzw. der Rechtsanwaltskammer bzw. ihren Vorgesetzten, den Banken.

Public Officer: „Das Recht, die Autorität und die Pflicht, erschaffen und getragen durch das Gesetz, durch wel-che nach Belieben der erschaffenden Macht entweder für eine gegebene Zeitperiode oder dauerhaft ein Indivi-duum eingesetzt wird, ausgestattet mit einem Teil der souveränen Befugnis der Regierung für den Benefit der Öffentlichkeit.“ [29 Cal. App 139,249 P.56,58] und [Black`s Law 4th Seite 1235]
„Es ist die Pflicht eines **Public Officer`s** wie die jedes anderen Agenten oder Treuhänders, obwohl nicht ausdrücklich durch Statuten erklärt, glaubhaft gerade zu stehen und Gelder an die entsprechenden Behörden abzuführen, die in seine Hände

geraten.... und die Durchführung dieser Pflicht mag mit geeigneten Mitteln gegen den Officer persönlich erzwungen werden.... [Public Office and Officers, page 609 §909 (1890)]
„Wenn **zwei Rechte** [privat und öffentlich] in einer Person konkurrieren, dann ist es dasselbe, als seien das zwei Personen.“ [Bouvier´s Maxims of Law 1856]
Private Law: der Teil des Gesetzes, der die Beziehungen zwischen Individuen, Unternehmen und Korporationen definiert, reguliert, erzwingt und verwaltet [Black's Law Dictionary 6th Ed. Page 1196]
Individuum (individual): "...eine private oder natürliche Person im Unterschied zu einer Partnerschaft, Korpora-tion oder Assoziation...." [Black`s Law 2nd]
„Person definiert.... Person schließt mit ein einen Bediensteten (officer) oder Beschäftigten einer Korporation, oder ein Mitglied oder Beschäftigten einer Partnerschaft, der als solcher Bediensteter, Beschäftigter oder Mitglied unter Verpflichtung [Vertrag] steht.... [26 U.S.C. §6671]

Wollen wir zunächst den privaten und den öffentlichen Strohmann differenzieren:
Der Privat-Strohmann wurde durch die **Geburtsurkunde** kreiert. **Er hat Rechte!** Er ist eine legale, souveräne Person unter dem kommerziellen Vertragsrechts des UCC mit der Fähigkeit unter Common Law zu klagen. Der Geburtsurkunden-Strohmann ist privater Besitz des Menschen und hat kommerzielles Standing. Das private Recht bezieht sich somit in erster Linie auf das Gewohnheitsrecht des Common Law und auf die Bürgerlichen Rechte. Gläubiger/Kreditoren können nur aus dem Privatrecht heraus handeln. Sein Privatrecht ist das Land, auf dem er steht und der private Besitz, in dem er wohnt. Im Privatrecht hat Geld einen inneren Wert (intrinsic value) wie z.B. Gold und Silber. Die Ausübung des Rechts des Privat-Strohmanns, Verträge zu schließen, macht Menschen zur Sicherheit für den öffentlichen Strohmann. Er ist zudem ein nichtansässiger Ausländer (non-resident alien), ein Nichtindividuum (non-individual), ein Nichtbürger (non-citizen) und nicht engagiert im Handel und Geschäft (not engaged in trade and business). Er existiert in der Republik und hat unveräußerliche Rechte. Er darf keine Steuern bezahlen. Er ist nur rechenschaftspflichtig „seinem“ Menschen gegenüber und der seinem Schöpfer.
Allerdings schaffte die 13. Verfassungsänderung der Vereinigten Staaten (13th Amendment) das Privateigentum ab. … die Gültigkeit der öffentlichen Schulden der Vereinigten Staaten darf nicht in Frage gestellt werden. [Section 4 (1868)]

Der öffentliche Angestellten-Strohmann wurde durch die **Sozialversicherungsnummer** kreiert. **Er hat Privilegien!** Es ist ein privilegierter Status [8USC §1401, 26 USC § 3121(e) und 26 CFR § 1.1-1(c)]**.** Mit der Sozialver-sicherung erwirbt er Privilegien unter einem nationalen Franchise der Regierung, ähnlich wie es die Mc Donald`s-Filialen tun. Er gehört der Regierung und fällt in die Jurisdiktion der Verwaltungsgerichte. Er ist eine öffentliche Agentur der Konzernstatuten der Regierung, die ihn „schützen“. Er genießt Benefits, Immunitäten und Franchise-Rechte sowie er Verpflichtungen und Haftbarkeit trägt. Er ist ein Ansässiger (resident), ein Individuum (individual), ein Bürger (citizen) und engagiert im Handel und Geschäft (public officer). Er existiert in den Grenzen (limits!) der Statuten-Jurisdiktion und wohnt in öffentlichem Besitz. Sein kommerzieller Status ist Schuldner, weil er am Ort der Schulden wohnt, seine Bezahlung ist die Schuldverschreibung der zukünftigen Entlastung. Zum Ausgleich seiner Lizenzen und Privilegien muss er Steuern zahlen, für die er haftbar ist (= legale Erzwingbarkeit).

Einen Führer-schein (= Lizenz) braucht nur ein Public Officer. Der Zweck des öffentlichen Strohmanns ist der Zweck der Regierung, das Steueraufkommen zu erhöhen und Kontrolle über das Volk auszuüben, denn durch den Tausch der Rechte mit den Privilegien liegen jetzt alle Rechte bei der Regierung. Alle Regierungsgesetze beziehen sich auf das Regierungsterritorium, welches als Ort nicht vorhanden ist, weil ein zwangsvollstrecktes Unternehmen, wie die BrinD eines ist, kein Territorium hat. Deshalb ist der Wohnsitz des öffentlichen Strohmanns die Adresse der Jurisdiktion der Regierung und kein geografischer Ort. Ein öffentlicher Agent dient der Überbringung (trans-mitting utility) von Waren oder Dienstleistungen in kommerzieller Aktivität, schließt Verträge ab und übernimmt alle Verpflichtungen und Haftungen im Kommerz im Austausch mit anderen Schuldnern, Korporationen und künstli-chen Personen.
Im Grunde ist das Spielchen ganz einfach: eine Baufirma stellt einen Maurer an; der Maurer erhält seinen monat-lichen Lohn und muss daraus sein Werkzeug, das Material und die Baustoffe für die Baustellen aus eigener Tasche bestreiten. Er bezahlt den Firmentransporter, die Versicherung und die Kfz-Steuer, zahlt den Sprit selber, trägt sein Firmenhandy und ist gerade so belastet, dass ihm etwas zum Essen und zum Wohnen bleibt. Und das alles für das „Privileg“, dass er für die Baufirma arbeiten darf. Sollte trotzdem etwas übrigbleiben, holt sich den Rest das Finanzamt. Wie soll ein öffentlicher Strohmann da eine Familie durchbringen?

Um es nochmals sauber zu dividieren: Es gibt öffentlichen Besitz und privaten Besitz; es gibt öffentliches Recht und privates Recht; vermutlich gibt es den öffentlichen Strohmann und den privaten Strohmann;
Das Recht des öffentlichen Strohmanns ist das Statutenrecht der Regierung; das Recht des privaten Strohmanns ist das Zivil - oder Bürgerrecht (lat. civilis; Bürger) bzw. Common Law.
Privatrecht (Privacy Rigth): „Das Recht, alleine gelassen zu werden (the right to be let alone); alle Statuten, welche es einer Person erlauben, alleine gelassen zu werden“ [Black’s Law Dictionary 6th Ed. Page 1195] und [das Recht, alleine gelassen zu werden] nach 277 U.S. 438, 478 (1928) und 494 U.S. 210 (1990)
Invasion des Rechts: Die Unabhängigkeitserklärung hat 1337 Wörter, der Internal Revenue Code in 1913 hatte 11400 Wörter, heute sieben Millionen. Der IRS (US-Steuerbehörde) gibt 8 Milliarden Seiten von Formularen und Instruktionen jedes Jahr heraus, was dem Papier aus 300.000 Bäumen pro Jahr entspricht. Seit 1938 gibt es 60 Millionen Statuten. „Je korrupter der Staat, desto zahlreicher die Gesetze“ [Tacitus]
Justiz war einmal das Recht, allein gelassen zu werden, also private Ruhe zu gewähren. Heute ist Justiz ein Privilegien-Franchise.

Achtung!!!!
Alle Privatrechte beziehen sich auf das **geografische** Land! Der Wohnsitz des privaten Strohmanns Hans Meier ist also der geografische Ort Hinterdupfing.
Alle Franchise-Privilegien des Public Officers beziehen sich auf statutarische Franchiseregeln. Diese haben kei-nen geografischen Ort. Also ist der Sitz dieser Regeln der **Wohnsitz** des Public Officers, ein fiktives Land! Der Wohnsitz des Public Officers ist demnach der **Wohnsitz der Jurisdiktion**. Ein statutarischer Staat ist eine Korpo-ration ohne geographischen Ort. Unsere Körper befinden sich aber auf dem Land und nicht in einem fiktionalem Staat, da physikalisch unmöglich. „Recht kann

nichts Unmögliches erzwingen” (Lex non cogit ad Impossibilia) [BROOM`s maximes of Law (1845)] Es ist nur möglich für die Geburtsurkunde an sich oder den Sozialversiche-rungsnachweis, am Ort der Statuten zu sein. Und das sind sie auch.
Wenn man sagt, man befindet sich in einem Staat, weil man dort ein Staatsangehöriger ist, dann gibt man zu, ein Public Officer zu sein sowie, dem öffentlichen Recht zu unterliegen und nicht dem privaten. Wenn wir zugeben, der Strohmann zu sein, dann können wir genauso gut zugeben, einen Wohnsitz (in der fiktiven Jurisdiktion) zu haben und schon sind wir Steuerzahler und Privilegien-Nutzer geworden. Damit haben sie uns erledigt.
Wollen wir schlau sein und die Sachlage überdenken... **„Der einzige Zweck der Verfassung und die Etablie-rung einer Regierung seit jeher ist, private Rechte und privaten Besitz zu beschützen.“** Private Rechte und privaten Besitz gibt es aber nicht mehr. Alles ist jetzt in öffentlicher Hand. Also gibt es für eine Regierung nichts mehr zu beschützen. Was folgt daraus? Die Regierung ist überflüssig geworden! Sie hat sich selbst vollstreckt!

Zweck der Sozialversicherung: mehr Steuerzahler zu erzeugen! Die Sozialversicherung ist das **Privileg**, die Steuer ist die **Last**!
„Ein Act, Vorsorge für die allgemeine Wohlfahrt zu treffen, indem ein System staatlicher Alters-Vorteile etabliert wird..., [um] **Steuern zu steigern**,....“ [Social Security Act vom 14.8.1935 H.R.7260 PRÄAMBEL]

Wiederholen wir nochmals, wie es die Regierung verdammt nochmals geschafft hat, die Privatgesetze auszulö-schen und allen Besitz in den öffentlichen Machtbereich zu bekommen?

Privatbesitz kann nur mit vertraglicher Zustimmung (consent) in öffentlichen Besitz übertragen werden:

a) … in Friedenszeiten
1. durch direkte Übertragung aufgrund Verkauf oder Schenkung
2. durch indirekte Übertragung aufgrund Annahme eines öffentlichen Status als öffentlicher Strohmann (Public
Officer) à la Sozialversicherungsantrag! (Der Staat hat den Privatbereich inhaliert)

b) … oder im Krieg durch Eroberung!

Was hat man also 1933 gemacht? Man hat die „Bürger“ und ihren gesamten Besitz aus der bankrotten US-CORPOPRATION (per Eroberung) „ausgemustert“ und sie als Co-Treuhänder samt Privatbesitz in eine **öffent-liche Treuhand** geschafft. Alle gaben alles her zum Wohl der öffentlichen Allgemeinheit und niemand hat es gemerkt. Wie beweist sich das für die Behörden? Durch Beantragung eines Sozialversicherungsausweises sollte jedermann in die Privilegien der Sozialversicherung einsteigen und war somit in diesem neuen Treuhandsystem gefangen. Alles war jetzt öffentlich, sowohl die Person, als auch ihr Besitz. Man änderte also nicht die Rechte (Verfassung, Common Law, Bürgerrecht etc.) sondern tauschte das ganze Rechtssystem aus, in diesem Fall mit dem nahtlosen und unbemerkten Übergang ins Treuhandrecht. Die alten Rechte bestehen noch, unangetastet, aber es gibt die „Subjekte“ dieser Rechte, die „Bürger“ nicht mehr

dazu. Sie sind jetzt alle Treuhänder eines Trusts! Und Treuhänder eines Trusts haben grundsätzlich keine Rechte, eben weil sie Treuhänder sind. Die Menschenrechte gäbe es genauso, allein es fehlen die Menschen dazu!

In jedem Fall leitet sich das öffentliche Recht aus dem Zivil-Status der Privatleute ab und aus ihrem Recht, **Verträge machen zu dürfen.** Öffentliches Recht wurde geschaffen durch den Bankrott des Privatbereichs. Das Public Office ist beheimatet auf föderalem Gebiet (Berlin(?)/Washington D.C.). Die **Grundvoraussetzung** des Public Officers ist sein fiktiver **Wohnsitz** auf föderalem Gebiet!

Drehen wir den Spies nochmals um:
… wenn es keinen Privatbesitz gibt, gehört alles inkl. wir selbst der Öffentlichkeit (Treuhand) und wir mieten die Benutzung öffentlichen Eigentums über die Steuer zurück. Also gibt es keine Regierung, weil es keinen privaten Besitz oder private Rechte zu beschützen gibt. Aus allem Privaten ist öffentlicher Besitz geworden und „indem er schwieg, stimmte er zu“! (qui tacet consentire videtur!). [Bouvier`s Maxime`s of Law 1856] Die Gesetze dienen den Wachsamen und nicht den «Schlafschafen» (Vigilantibus non dormientibus Jura subveniunt) [Broom`s Maximes of Law 1845]

Der öffentliche Strohmann ist ein Angestellter unter dem Gesetz der Regierung [26 USC § 3401(c)] und [5 USC §2105(a)]. Die Uniform, die der Strohmann trägt, ist seine Sozialversicherungsnummer. Diese Nummer ist Eigentum der Regierung [20 CFR. §422103 (d)] und darf nicht für private Zwecke verwendet werden, ohne sich strafbar zu machen (Diebstahl fremden Eigentums) [(42USC §405 (c) (2) (C) (i); 42 USC 408 (a) (7) oder 18 USC 1028 A et altera]. Die Unterwäsche, die er trägt, sind die Einzelstatuten dieser Regierung, ca. 60 Millionen an der Zahl!
Recht kann nichts Unmögliches erzwingen (Lex non cogit ad Impossibilia) [BROOM`s maximes of Law (1845)]

Ich weiß, dass ich mit diesem Thema rummache, aber wir müssen die tatsächlichen Gegebenheiten verstehen. In unseren Köpfen befinden sich nämlich ganz andere Realitäten und Sichtweisen auf das System, weil wir es vollkommen assimiliert haben. Es ist noch schlimmer, denn es hat uns assimiliert. Auch wenn die tägliche Wirklichkeit beweist, wie sie uns wie lästige Fliegen behandeln, fügen wir uns lieber, als mit ihnen in Konflikte zu geraten. Wir wissen aus Erfahrung, dass dies für uns kein gutes Ende nähme. Und dabei vergessen wir, die Frage zu stellen, warum sie dies ungestraft dürfen, denn von Menschen ist hier weit und breit nichts zu sehen! Oben steht die Antwort. Es war schwer für uns, sie zu entdecken. Lasst uns lieber nochmals ein paar Beispiele finden, wie ein öffentliches Office gebildet wird, indem ein Public Officer dem Vertrag zugestimmt hat:

01. Wohnort (Domizil): Der Wohnort macht einen zum Steuerzahler und beendet die privilegierte Bevorzugung als
Bürger (citizen) oder als Ansässiger (resident)
02. Registrierter Wähler: deren Besitz kann rechtmäßige Sicherheit für Schulden der lokalen Regierung werden
03. Notare und Anwälte (versteht sich von selbst)

04. Heiratsurkunde: ist ein Drei-Parteien-Vertrag und macht das Ehepaar zu Schutzbefohlenen/Mündel (Ward of
the State) der Regierung; das Produkt der Ehe, die Kinder, gehören der Regierung
05. Führerschein / Fahrerlaubnis: Jeder, der einen Führerschein beantragt, wird automatisch zum Public Officer.
Denn er ist als Bediensteter der Regierung kommerziell, -engagiert in Handel und Geschäft- unterwegs, und
darf hierzu öffentliche Straßen benutzen. Der private Strohmann benötigt keine Fahrerlaubnis, da er keine
öffentlichen Strassen benutzt.
06. Berufslizenzen
07. Fischereilizenzen
08. Sozialversicherungsvorteile
09. Krankenversicherungskarte (AOK etc. etc.)
10. Copyright/Patente
11. Anträge aller Art wie BaFöG, Kindergeld, § 34 c, Reisepass, Perso etc. etc. etc. pp.

Alle von den obigen Punkten betroffenen „Privilegierten“ werden so behandelt, als wären sie ein öffentliches Büro, das auf Regierungsstatuten arbeitet. Das dürften so gut wie alle „Bundesbürger“ sein. Der Public Officer-Stroh-mann **benutzt** das Regierungs-Franchise System und stellt damit seine **Zustimmung** sicher.
UCC 9-102 (80): Transmitting utility ist eine Person ... (c) übermittelt Waren
UCC 9-102 (44): Waren bedeutet.... (iii) das ungeborene Junge von Tieren […die meinen doch keine Menschen?]
beschäftigt (employed): tätig unter Vertrag [Black´s Law 2[nd]]

Und hier die Hauptvermutung, wofür der Public Officer- Strohmann geschaffen wurde: um in die Aktivitäten von Privatleuten einzugreifen, die ansonsten oberhalb ihrer Gesetzgebungsreichweite stehen, mit dem Zweck, ihren Privatbesitz zu stehlen. Man hat jetzt das „Recht“, alle Menschen am Gebrauch des eigenen Privatbesitzes (siehe Definition zu Besitz weiter unten) auszuschließen. Somit sind die BRinD als Vasall und die US Inc. als Prin-zipal reine „**Wohltätigkeitstrust“**, für die wir alle als Treuhänder arbeiten, indem wir ihnen unseren Privatbesitz übereignen und dafür privilegiert werden.

Achtung! „Wenn die Regierung Rechte für Individuen gegen diese selbst schafft, gibt es **keine Verpflichtung**, für ein **Rechtsmittel** durch die Gerichte zu sorgen.“ [128 U.S. 40,9 SupremeCourt 12,32 l. Ed. 354;]
Also sagt das höchste Gericht, dass Rechte, die gegen unsere Interessen laufen, ohne Ausstiegsklausel versehen sein dürfen. Ich habe immer gedacht, Rechtsmittel würden durch Gesetze geschaffen. Weit gefehlt! Denn das System schützt sich selbst und die Gerichte sind es, die die Gesetze machen. Darüber müssen wir später noch einmal nachdenken.

„ Wo ein Statut ein Recht schafft und ein spezielles Rechtsmittel bereithält, dann ist das **Rechtsmittel <u>exklusiv</u>**. [236 U.S. 165, 174, 175, 35 Sup. Ct. 398, 59 L.Ed. 520] *(… es schließt dann andere Rechtsmittel aus...)*

Terrorismus.... 2. Ein Regierungssystem, das versucht, mit Einschüchterung zu herrschen.. [Funk and Wagnalls New Practical Standard Dictionary (1946)]

Der Strohmann wurde aus dem Recht geschaffen, mit anderen Verträge einzugehen. Die Beantragung der Sozialversicherungsnummer führte zu einem solchen Vertrag, den der private Strohmann mit der Regierung ab-geschlossen hat. Der <u>private</u> Strohmann entstand aus der Geburtsurkunde. Er ist ihre ehemalige natürliche Person. Wir können diese aber nicht loswerden, weil wir nicht der Eigentümer der Person sind. Mir hat dieser Aspekt viele Sorgen bereitet, bis ich Mary Croft`s Vorschlag las, mit den Strohmannzwillingen Verträge abzuschließen. Ihr werdet staunen, wenn wir an diese Stelle kommen!
Als eigenständige Treuhand ist der private Geburtsurkunden-Strohmann der Begünstigte und Prinzipal und der „echte“ Mensch sein Treuhänder und Agent. Als <u>öffentliches</u> Büro aber hat er explizit oder implizit zugestimmt (consent), dieses Büro zu besetzen und Regierungsgeschäfte unter vollständiger Kontrolle des Staates zu erledigen, denn hierbei ist er definitiver Treuhänder und Regierungsagent. Ab sofort konnte man den privaten Strohmann vergessen. Er bezahlte aus dem Hintergrund heraus alles, weil man den öffentlichen Strohmann, seinen Zwilling haftbar machte. Man rief einen Zwilling an und immer hat sich von Staatssicht aus der richtige gemeldet. Durch die Einbindung des öffentlichen Strohmanns in die Öffentliche Treuhand (Wohlfahrts-Trust) verlor auch die natürliche Person durch die gewährten Privilegien alle ihre öffentlichen und privaten Rechte. Wer den Vorteil nutzt, hat die Last zu tragen (Qui sentit commodum, sentire debet et onus) [Bouvier`s Maximes of Law 1856]

Ich halte es für sehr erstaunlich, wie die Juristen dieses komplizierte Zeug so gut hinbekommen haben. Der Finanzminister des französischen Königs Heinrichs IV. wusste bereits: „die Kunst, Steuern einzunehmen besteht darin, die Gans zu rupfen, ohne dass sie schreit.“
Mensch und Person verhalten sich wie Strassenkarte und Strasse. Die Strasse (physikalische Manifestation) ist echt, die Karte ist Fiktion (das abstrakte Etikett, das sie beschreibt.) Einen Strohmann einzusetzen hat Vorteile, man kann etwas machen, was sonst nicht erlaubt ist, z.B. Geschäfte mit dem Feind, die über einen Strohmann abgewickelt werden. Und der Erschaffer des Strohmanns (die Regierung) ist meist der einzige, der ihn kennt und weiß, was er tut.
Wie bereits gehört, sollte es für jedes Gesetz ein Rechtsmittel geben, auch wenn es nur exklusiv ist, welches seinen Ausstiegspunkt im Einstiegspunkt hat. Unsere Hauptwaffe ist natürlich die Rückkehr von der Person zum Menschen über die Lebenderklärung, die wir über ein Affidavit beweisen. Ein zweiter Ausweg ist der Autograph, denn ein Mensch unterschreibt nichts, er setzt einen Autograph. Nur eine Person unterschreibt. Als drittes könnten wir, wie schon mehrmals erwähnt, einen Vertrag mit dem Strohmann abschließen und ihn als Siche-rungsnehmer (Secured Party) in unseren Besitz zu bringen.

Besitz (Property) wird definiert als das Recht, **<u>auszuschließen</u>**. Wenn die Regierung sich allen Privatbesitzes bemächtigt, indem sie den Public Officer erschafft, kann dies <u>nicht ohne Kompensation</u> geschehen [444 U.S.164 (1979)]. Wenn die Kompensation ein Privileg ist, muss das keiner gegen seine Zustimmung annehmen. [Bouvier`s

Maximes of Law (invito beneficium non datur)] **Niemand** ist gezwungen, einen Vorteil (benefit) gegen seine Zustim-mung zu akzeptieren [Bouviers 1856 Dictionary]

Die Essenz der **Eigentümerschaft von Besitz** ist also das Recht, alle anderen vom Gebrauch und der Nutznie-ßung auszuschließen. Wenn man jemanden nicht ausschließen kann, ist man nicht der Eigentümer, … sie sind es! Ist jeglicher Besitz öffentlich, kann die Öffentlichkeit die Privatperson von jeglichem Besitz ausschließen oder aber für dessen Anmietung Steuern erheben. Der einzige Weg, sein Eigentum zu verlieren, ist die Zustimmung.
„Was **meines** ist kann ohne meine Zustimmung nicht weggenommen werden."
[Bouvier's Maxims of Law, 1856]

Auch könnte man nebenbei bemerkt bezüglich seines Geburtsorts keinen Vertrag eingehen, weil man ihn nicht frei auswählen konnte. Also kann man ohne rechtsverbindlichen Vertrag nach Common Law kein Bürger auf der Basis von Statuten sein. Und man hat das selbstverständliche Recht, keinen Vertrag einzugehen. (Freiwilligkeit im Common Law) Und wer sagt uns denn, dass ihre Datums- und Zeitangaben überhaupt stimmen? Wer hat eigentlich das Recht auf den Kalender gepachtet? Oder haben wir gar das Recht, unsere Zeit selber zu bestimmen und gelten dann ihre Verträge noch? Es sind nur Zweifel, nichts Konkretes! Seid Ihr noch dabei?

Eines ist jedenfalls klar geworden. Wir sind dem Strohmann auf die Schliche gekommen! Stimmt`s? Die Frage, wie wir ihn loswerden bzw. zweckdienlich nutzen ist beantwortet! Es ist der Wohnsitz! Er ist falsch! Wir müssen umziehen!

Eine witzige aber nicht abstruse Idee, den Wohnsitz und damit den Strohmann loszuwerden ist die Beanspru-chung der Bibel. Woher leiten die schwarzen Roben ihr Rechtssystem ab? Von der Bibel. Das behaupten sie zumindest und bestehen sogar darauf, (obwohl das eine perfekte Lüge ist). Und die meisten von uns sind schätzungsweise getauft und damit laut Canon 96 vom Menschen zum Strohmann geworden. Welches ist für uns Getaufte der wahre Wohnsitz?

...unser Domizil ist aber der Himmel (Johannes 4:4)

Kein schwarzer Mantel könnte dies je widerlegen!

7. KAPITEL TRUSTS (CESTUI-QUE-VIE-TRUST („Lehen auf Lebenszeit") / FOREIGN SITUS TRUSTS / SECRET TRUSTS / INFERIOR ROMAN TRUST etc...

Die Idee der TRUSTS: Die Bibel identifiziert Erde und Himmel als Gottes persönlichen Besitz, die Gläubigen sind hierbei die Treuhänder dieses Besitzes. Die Gründer des Trusts waren die Propheten, die die Bibel schrieben, indem sie als „Agenten Gottes“ als seine Begünstigten fungierten. Jesus ist der Beschützer des Trusts, und der Papst sein Stellvertreter. Die Bibel ist das Gesetz des Trusts und die Priester sind die Richter. Deshalb sind sämtliche Trusts das Privateigentum des Vatikans und können nicht direkt beansprucht werden.

Somit beginnen alle Formen des Rechts mit kirchlichem Recht. Das Gesetz der Kaufleute, das Gesetz der See, das römische Zivilrecht und zuletzt der Uniform Commercial Code wurden allesamt definiert von der Holy See (Santa Sede) und der Römischen Kurie und unter der Treuhänderschaft des Papstes verwaltet.
Der Papst hat hierbei zwei Aufgaben. Er ist einerseits der oberste Kirchenführer und andererseits der CEO in Charge im weltweitem Kommerz, wo er als FRANCISCUS erscheint. Als oberster Treuhänder leitet er den Global Estate Trust. Dieser Trust ist aufgeteilt in drei Jurisdiktionen: Luft, Land und See. Alle drei sind aufgeteilt in den Bereich der Lebenden und der Toten. Zu den Lebenden zählen alle Männer und Frauen sowie Tiere und alle Lebewesen, in deren Körpern Blut fließt. Die Toten sind alle legalen Fiktionen, Trusts, Unternehmen, und Partner-schaften in begrenzter Haftung.
Die Luft-Jurisdiktion bleibt bei der Holy See, ist universal, global und funktioniert ohne das Ansehen religiöser Präferenzen des Einzelnen nach seinem freien Willen. Die See-Jurisdiktion ist international und regelt die Angelegenheiten aller kommerzieller Angelegenheiten zur See (law of the sea) und wird weltweit verwaltet durch den britischen CROWN-Tempel, auch bekannt als Westminster. Die Landjurisdiktion als Recht des Landes (law of the land) ist national und schließt alle lebenden Menschen sowie alle anderen Landlebewesen mit ein. Jede Jurisdiktion hat ein eigenständiges Rechtssystem. Der springende Punkt hierbei ist, dass dieser GLOBAL ESTATE TRUST allen lebenden Menschen gehört und das größte und reichste Unternehmen der Erde ist. Er ist die Erde.

Lasst uns also feststellen, dass man beim Aufbau einer „Weltordnung“ per Mandat des Vatikan an die U.N. den Artikel 75 der U.N.-Charta beherzigt und ein weltweites **Treuhandsystem** aufgebaut hat. Auf dieser verwaltungstechnischen Grundlage fußt jeglicher Handel weltweit. Um unser ungewolltes Sklavendasein abzu-schütteln, müssen wir uns also vorrangig mit den Prinzipien dieser Treuhandfonds beschäftigen, weil sie der Grundpfeiler unserer verwalteten Versklavung sind. Ein Treuhandverhältnis besteht immer zwischen dem Treuge-ber, dem Treuhänder und dem Begünstigten. Alles dreht sich um das Treugut, ein Vermögen, das materielles (z.B. Immobilien) oder ideelles (z.B. Rechtsansprüche) Vermögen sein kann. Der Treugeber kann gleichzeitig der Begünstigte sein, der Treuhänder jedoch niemals. Der Treuhänder hat gewissermaßen die Arschkarte, denn er muss arbeiten und verwalten und hat alle fiduziarische Verantwortung, darf aber selbst laut Treuhandrecht im Gegensatz zum Treugeber und Begünstigten keinerlei Nutzen aus der ganzen Angelegenheit ziehen.

Ein **Titel** ist perfekt, wenn er die völlige und rechtmäßige Eigentümerschaft und Kontrolle meint. Ein Titel wird unterteilt in a) legaler Titel, der die Eigentümerschaft und Kontrolle nach Statutenrecht bezeichnet und ist b) recht und billig (equitable), wenn er den Titel als Nutzungsrecht meint.

Wie schon erwähnt, können Treuhänder die Vorzüge eines Trusts nicht nutzen, sie haben lediglich die Arbeit mit seiner Verwaltung; Begünstigte wiederum können kein Eigentum, keinen Besitz und keine Kontrolle über den Trust geltend machen. Und... ein Trust darf geheim bleiben! Wenn der Papa als Stifter eines Hauses seinen Kindern nichts sagt, so liegt das ganz allein in seiner Entscheidung. Erst vor Gericht müsste der Trust offenbart werden. Für die Begünstigten können sich daraus erhebliche Nachteile ergeben. Wenn die Regierung z.B. auf der Basis der Sozialversicherungsnummer einen Wohltätigkeitstrust erschafft und seine Sozialversicherten ködert, die Vorzüge daraus zu akzeptieren, dann kann das die Begünstigten bedrohen.

Denn der Begünstigte verliert jegliche Rechte und den Anspruch auf seine unveräußerlichen Rechte in Rücksicht auf das Trustvermögen. Warum? Der Begünstigte schafft an und könnte z.B. aus Rücksichtslosigkeit das Trust-vermögen gefährden. Also haben Begünstigte keinerlei Rechte im Zusammenhang mit dem Trust! Sie sind ja schon begünstigt und deshalb gibt es nichts zu meckern! Sie besitzen den Autoschlüssel und dürfen das Auto statutengemäß fahren, das Auto gehört ihnen aber nicht. Sie haben den Titel auf die Benutzung, nicht jedoch auf das Eigentum am Auto.
Alle Rechte fließen weg vom Titel (all rights flow from title) [Bouvier´s Dictionary 1856]
Begünstigung (benefit): Vorteil, Profit, Privileg (advantage; profit; privilege) [Blacks 2nd Edition]

Ich fahre mein Auto, aber nicht Deines. Ich habe den Titel auf mein Auto aber nicht auf Deines. Nicht nur die Rechte, sondern die Art der Rechte fließen vom Titel weg, je nachdem von welcher Art der Titel ist, den man hat.
Wenn man ein Treuhänder ist, hat man kein Billigkeitsrecht (equitable right) auf Nutzung und Besitz des Vermö-genstitels. Gleichermaßen haben Begünstigte keine legalen Rechte auf das Vermögen. Den perfekten Titel hat der Stifter (grantor/settlor), denn er hat den Trust erschaffen. Das gestiftete Trustvermögen muss ihm jedoch vorher gehört haben. Insofern würde mich ganz unblasphemisch der Vertrag interessieren, den der Papst mit dem Schöpfer damals abgeschlossen hat.

Der Begünstigte eines Trusts glaubt, dass das Gericht ihn hört, wenn er klagt; aber da liegt er falsch, denn er hat den legalen Titel nicht. Und die zentrale Aufgabe des Gerichts ist, das legale Recht zu bestimmen und festzu-legen. Wenn man jedoch keinen perfekten Titel auf das Subjekt, z.B. die Geburtsurkunde hat, kann man auch keine legalen Rechte auf dieses Subjekt reklamieren... und dann hat man kein Standing im Gesetz … und geht in die Unehrenhaftigkeit (dishonor) ..... Erinnert Euch an Mama bei der Geburt, als sie als vermeintlicher Exekutor den Titel zur Nutzung des Geburtserbes an Euch übertragen wollte... Sie befand sich vor dem (fiktionalen) Gericht und der Denunziant schickte sie in dishonor. Damit hatte sie -ohne Standing- den Prozeß verloren!

Die einfache Lösung hier wäre natürlich, als Begünstigter nicht vor Gericht zu klagen. In Wahrheit denkt das Ge-richt, dass sich der Begünstigte als Kläger deshalb beschwert, weil der Treuhänder seine Treuhandpflichten verletzt hat. Als Begünstigter der Treuhand jedoch habe ich weder den Titel auf meine Geburtsurkunde, noch bin

ich Eigentümer meiner Sozialversicherungsnummer oder meines Personalausweises. Den legalen Titel verwaltet der Treuhänder. Also gehe ich nicht vor Gericht! Denn wenn ich keinen legalen Titel habe, gibt es für ein Gericht nichts zu entscheiden und festzulegen. Im Resultat können Begünstigte kein Gericht anrufen, die einzig und allein über legale Rechte bestimmen, wenn geklagt wird. Begünstigte haben keine Rechte oder Rechtsmittel, um sich zu verteidigen und unterliegen der Gnade des Gerichts. Wir sind im Treuhandrecht! Es ist zum Haare raufen und der eine oder andere von Euch hat sich vor Gericht bestimmt schon die Augen gerieben und sich gefragt, wie er diesen Prozess nur verlieren konnte. Dies ist eine der Antworten!

Von Regierungssicht aus wird der „Bürger" in den Status eines Begünstigten gebracht, was wiederum die Regie-rung ermächtigt, den Begünstigten als ein Subjekt zu behandeln, denn er ist derjenige, der die Klappe zu halten hat, weil er ja begünstigt ist. Als Subjekt sind wir damit jeglichen Wünschen der Regierung verpflichtet, ohne verfassungsmäßige Rechte und vollkommen wehrlos. Abwechslungsweise tricksen sie uns in die Rolle des Treuhänders, eines Treuhänders bezüglich staatlicher Trusts. Wenn wir den Status eines Treuhänders akzep-tieren, kann uns die Regierung jede Menge Treuhandpflichten auferlegen, um jegliche Last zu tragen. Auch wenn man nicht gleichzeitig Treuhänder und Begünstigter sein kann, so kann man dennoch der Treuhänder des einen und der Begünstigte des anderen Trusts sein. Das Gericht macht dann, was es will und fährt Schlitten mit uns, weil wir keinen blassen Schimmer haben, was vor sich geht. In jedem Fall wird unser Anspruch auf verfassungs-mäßige Rechte oder gar Menschenrechte abgelehnt. Und das frustriert uns, weil es mysteriös ist und wir uns keinen Reim darauf machen können. Und das Schärfste ist, dass das Gericht dies alles unter Umgehung sämt-licher Rechte im Geheimen machen darf, denn ein Secret Trust muss nicht offenbart werden.

Jedermann einschließlich der Regierung kann einen Trust erschaffen, ohne ausdrücklich die Wörter Trust, Treu-händer, Stiftung, Stifter, Vergünstigung oder jeden anderen Begriff, der normalerweise mit einem Trust assoziiert wird, zu verwenden. Meine Trustbeziehung zu meiner Tochter ist ähnlich stillschweigend, wenn ich ihr als Begünstigte den Brei in den Mund löffele! Außerdem gilt sie rechtlich als inkompetent, die Trustbeziehung zu verstehen. Als ebenso inkompetent gelten wir, wenn wir als Begünstigte vor Gericht stehen.

Was bedeutet es, einen Antrag bei der Regierung zu stellen? Es bedeutet einen Antrag für eine Begünstigung zu stellen. Ein Antrag auf einen Führerschein, ein Kontoantrag, die Beantragung eines Sozialversicherungsaus-weises oder einer Steuernummer bedeutet immer die Beantragung einer Begünstigteneigenschaft eines Trusts beim Staat. Oho! Ohne ein Begünstigter zu sein gibt es keine Begünstigung. Und begünstigt wird man nur, wenn man auf seine Rechte verzichtet.

Die Microsoft-Lizenz identifiziert mich als Endnutzer in einer Trustbeziehung. Microsoft macht klar, dass ich kein Eigentum erwerbe, sondern Nutzer bin. Microsoft hat den legalen Titel auf seine Software. Mag man seine begrenzten Rechte nicht, schickt man die Software zurück. Also ist die Benutzungsbegünstigung freiwillig. Benutzt man die Software und nutzt die Vorteile daraus, hat man Microsoft

gegenüber keine Rechte. Geht damit der Computer kaputt oder späht die Software alle Geschäftsdaten aus, hat man als Begünstigter keinerlei Handhabe gegen den Trust, den Grantor oder den Treuhänder. Das einzige, was man hat, ist das Pech der Unwissenheit. Nur weil man beim Ausfüllen des Antrags dachte, man bekäme eine Vergünstigung vollkommen gratis, bezahlt man diese Vergünstigung dennoch und zwar mit der Aufgabe seiner sämtlichen Rechte.

Eine Klage gegen Trusts oder Treuhänder hat zur Folge: 1. Das Gericht wird stillschweigend annehmen, dass man die Trust-Beziehung erkannt und gewollt hat, als man den Antrag stellte. 2.,dass man freiwillig und wis-sentlich seine Rechte aufgab, um Nutznießer und Begünstigter zu werden.
Basierend auf diesen Annahmen wird man seinen Prozess verlieren. Trusts sind unsichtbar! Wenn man nicht ausdrücklich meckert oder nachhakt, wird das Gericht die Trusts an ihrem Platz belassen. Sie sind selbst-verständlich. Unerheblich vom Vertrag gibt es keine Erfordernis für eine Offenlegung, wenn man einen Trust er-schafft und einen Begünstigen benennt. Treuhänderische Beziehungen sind nicht beschränkt auf die Beziehung zwischen Begünstigten und Treuhändern, stattdessen schließen sie auch die Beziehung zwischen Schutzherrn und Schutzbefohlenen, Agent und Prinzipal oder Anwalt und Mandant mit ein sowie viele namenlose Beziehun-gen.
Wenn Euch die beiden letzten Seiten genervt haben, dann geht es Euch wie mir, als ich mühsam nach den grundlegenden Daten zu Treuhandfonds gesucht habe. Wie kommt man nur gegen etwas Unbekanntes an? Aber auch hierzu gibt es ein Rechtsmittel (remedy bzw. Heilmittel), zu welchem ich noch kurz eine Armeslänge Abstand halten möchte.

Begünstigter (beneficiary): „einer, zu dessen Nutzen ein Trust geschaffen worden ist.“ [Blacks Law 2nd Ed.]
Begünstigter: „einer, der vertraut“ [Black`s law 1st]
Treuhänderische Beziehung (fiduciary relationsship): „der Trust zwischen dem Agent und dem Prinzipal. Sorge und Verantwortung müssen zum höchsten Interesse des Prinzipals getragen werden.“ [Black`s law 2nd]
„Treuhänderische Pflicht. Eine Pflicht, für jemandes anderen Vorteil zu handeln, indem man seine eigenen Interessen denen der anderen Person unterordnet. Es ist der höchste Standard an Pflicht, den das Gesetz kennt (z.B. Treuhänder, Vormund).“ [Black’sLaw Dictionary, Sixth Edition, p. 625]
Auf Armeslänge (at arm´s length): „ Außerhalb der Reichweite persönlichen Einflusses oder Kontrolle“. Parteien werden betrachtet, Geschäfte auf Armeslänge zu treiben, wenn jemand auf den gestrengen Buchstaben seiner Rechte steht und sein Geschäft auf formelle Art führt, ohne auf die Fairness und Integrität des anderen zu ver-trauen und ohne der Kontrolle und des überwältigenden Einflusses des anderen unterworfen zu sein.“ [Blacks 1st und 4th]
„Befindet sich jemand auf **Armeslänge**, sieht man, dass er nicht vertraut und kein Begünstigter sein kann....
... eine Transaktion auf Armeslänge erzeugt keine treuhänderischen Pflichten unter den Parteien.“ [Black`s 7th]

Der Cestui Que Vie Act (CQV) vom 18. und 19. November 1666, wurde erlassen durch Charles II., König von England, Schottland und Irland. In einem gesetzlichen

Notstand durch das Fernbleiben von Menschen zur See und in den immerwährenden Kriegen wurde beschlossen, dass nach 7 Jahren verschollene Menschen für tot erklärt wurden, um damit deren Hinterlassenschaften regeln zu können. Aus dieser ehemaligen Notlage wurde der Missbrauch, Menschen mit ihrer Geburt als tot und verschollen zu erklären, sofern sie nicht innerhalb von 7 Jahren ihre Lebendigkeit anzeigten. Wie wir schon wissen, wurde gleichzeitig eine Geburtsurkunde etabliert, eine PERSON erschaffen und ein Treuhandfond (Trust) aufgelegt, um mit dieser GEBURTSURKUNDE (ähnlich einem Wertpapier) international Handel zu treiben. Damit wurden aus Menschen PERSONEN und unfreiwillig und ohne ihr Wissen SKLAVEN gemacht. Wenn der für tot gehaltene Mensch sich jedoch als lebend herausstellt, dann wird der Titel wiederhergestellt und restituiert [if the supposed dead man **proves** to be alive, then the TITLE is **revested**].
Der **CQV,** erschaffen unter Washington DC Municipal Statute, Chapter 2, Vital Statistics, Section 7-201 § 10 unter puertoricanischer Jurisdiktion, ist eine Treuhandstiftung zu Gunsten der Menschen, deren Recht der Wert (aber nicht das Recht) ist. Nur der NAME ist die Treuhand. Da der registrierende „Staat", der die TREUHAND geschaf-fen hat, lediglich indirekter EIGENTÜMER ist, verwaltet er als TREUHÄNDER dieses TREUHANDVERMÖGEN. Der "Staat" will auch der Begünstigte sein und wird dazu autorisiert, indem der Mensch sich mit seinem Namen, dem Strohmann, gleichsetzt. Aus den CQV-TRUSTS wurden im Zuge des Bankrotts der Crown Corporation (1814 / 1815) durch die Übernahme Europäischer Privatbanken private, geheime, internationale „Foreign Situs Trusts“.

Ein CQV (jetzt Foreign Situs Trust) existiert für 70 Jahre: Zweck und Funktion eines CQV war, ein vorübergehen-des Vermögen für den Nutzen eines anderen zu bilden, wenn Ereignisse sie hinderten, ihren Lebendstatus vor einer zuständigen Autorität zu beweisen. CQV`s sind ein **Recht auf ein VERMÖGEN** als Begünstigter und wurden in Folge PÄPSTLICHER BULLEN und auf der Basis von Rechtsvermutungen geschaffen

Mit Proklamation des 14th Amendment vom 6. Dezember 1865 wurde ein privates römisch-katholisches Trust-Gesetz etabliert, das einen Cestui Que Trust als einen öffentlichen Wohltätigkeits-Trust (Charity-Trust) errichtete, um die künstliche Person (Bürger) in eine untrennbare Einheit mit der Regierung zu bringen. Ein CQ-Trust unter-scheidet sich von einem regulären Trust dahingehend, dass er nicht in einem ausgedrückten Vertrag existiert und keinen Konzessionsgeber hat, aber ein konstruktiver Trust per Gesetz ist, der nur Co-Treuhänder und Co-Begünstigte hat. Es ist zu vermuten, dass die aktuellen Wohltätigkeits-Trusts dahingehend funktionieren, dass die Personen für die Zurverfügungstellung von Wert von der Öffentlichen Stelle Rechte erhalten, die ihnen als deren Agenten und «öffentlichen Bediensteten» fadenscheinige Privilegien zum Austausch bieten.
Dies beweist sich dadurch: 1. Dieser Vertrag ist nicht erzwingbar, weil er aus seiner Natur heraus keine erzwingbare Entschädigung vorsieht 2. Für die unwissentliche Zustimmung zu dem Vertrag war vorgesorgt, da der Mensch zum Zeitpunkt der Erschaffung noch nicht erwachsen war (Ausstellen der Geburtsurkunde); Verträge mit Minderjährigen sind nicht erzwingbar 3. Die Zustimmung zum Vertrag war nicht transparent und der Vertrag wurde nicht von beiden Seiten unterzeichnet 4. Das Prinzip von gleichem Schutz und Gleichbehandlung als Grundlage der Bildung des Trusts fehlte (Requirement for equal Protection and equal Treatment)

Trust: „Ein Nutzungsrecht oder Landtitel oder ein anderes Vermögen, gehalten für die Begünstigung von einer anderen Person, welcher der legale Titel innewohnt.“ [Blacks Law 2nd Edition]
Trusts können per Gesetz geheimgehalten werden und weder die Prinzipale noch ihre Agenten [die Regierug und Gerichte] können gezwungen werden, die Regeln und Gesetze des Trusts zu offenbaren; diese Regeln können sich änderen wie der Wind, ohne dass die Teilnehmer dies bemerken! [Siehe: The Law of Trusts].
Cestui que Trust: „derjenige, der ein Nießbrauchsrecht in und aus einem ESTATE hat, dessen legaler Titel in einen anderen gelegt ist“ [Blacks Law 2nd Edition], „sowie: die Person, die das Nutzungsrecht eines Vermögens be-sitzt, der Begünstigte eines Trusts“ [Blacks Law 6th Edition]
Cestui que vie: „Person, auf deren Leben die Versicherung geschrieben ist“ [Blacks Law 6th Edition]
Cestui que use: „hat das Recht, die Gewinne und den Nutzen des ESTATES zu erhalten, aber der legale Titel am Besitz (genauso die Verpflichtung), diesen zu verteidigen, wohnt einem anderen inne.“ [Blacks Law 6th Edition]
Irrevocable Trust: „Unwiderruflich nach seiner Erschaffung wie in dem Fall einer Einlage von Geld für einen anderen als den Treuhänder zum Nutzen einer dritten Person (Begünstigten).“ [Blacks Law 6th Edition]
Secret Trusts: es besteht seitens der Regierung keinerlei Verpflichtung, Secret Trusts zu offenbaren
Public Trust: „das Familiengericht verwaltet und managt das ESTATE“ (Protection of Personal & Property Right Act 1988, Section 11 Form PPPR 6)
Das Recht auf das ESTATE wird durch “freiwillige”/unwissentliche Beantragung von Sozialversicherungs – und Steuernummer verwirkt.
Privileg: Ein einzelner und besonderer Nutzen oder Vorteil, den eine Person genießt, eine Firma oder Klasse, jenseits der allgemeinen Vorteile von anderen Bürgern...., eine Ausnahme. [Black’s Law Dictionary 6th Ed. Page 1197]

Um herauszufinden, ob es sich um ein Trustverhältnis handelt, könnte man jeder x-beliebigen Behörde, in diesem Beispiel einem „Gericht“, folgende **Fragen** stellen:

- unter welchem Trust ist das „Gericht“ angeheuert?
- gibt dieser Trust Erlaubnisse und Lizenzen an das „Gericht“ heraus?
- platziert dieser Trust den registrierten Eigentümer oder lizensierten Agenten in eine treuhänderische Position?
- steht der lizensierte „Richter“ als Beschäftigter unter Vertrag?
- wie lauten die Begrenzungen, denen der lizensierte „Richter“ unterworfen ist?
- ist der Herr „Rechtsanwalt“ Strudelhirn ein lizensierter fremder Agent unter den Artikeln des Trusts?
- sind all diese Verträge kommerzielle Verträge?
- in Bezug auf welche Trusts ist „Anwalt“ Strudelhirn Begünstigter oder Treuhänder?
- in Bezug auf welche Trusts ist „Richter“ Flegel Begünstigter oder Treuhänder?
- in Bezug auf welche Trusts ist „Urkundsbeamter“ Jungstrunz Begünstigter oder Treuhänder?
- unter welchen Trusts fungiert dieses „Gericht“ noch?
- wo ist diese fiktive Entität verwaltungstechnisch angehängt?
- was ist der geografische Ort der fiktiven Entität

- ist eine fiktive Entität zu einer legale Aktion im Auftrag und als Agent eines alter ego überhaupt berech-
tigt?

Kleiner geschichtlicher Einschub:

Notstands-Bankengesetz (Emergency Banking Act) vom 9. März 1933, 48 Stat. Public Law (Öffentliches Gesetz) 89-719: verkündet von Präsident Roosevelt, indem er den Bankrott und die Insolvenz der U.S. Inc. erklärte; es erfolgte die Außerkraftsetzung der Verfassung und alle US-Bürger werden zu Feinden erklärt!

House Joint Resolution H.J.R. 192, 73rd Congress, Sitzung vom 5. Juni 1933; gemeinsamer Beschluss, den Goldstandard außer Kraft zu setzen, Aufhebung der souveränen Herrschaft der Vereinigten Staaten und der offiziellen Befugnisse aller Regierungsbehörden Beamten und Ministerien. Von da an wurden die Menschen via Geburtsurkunde als Sicherheiten (sureties) und als Wert an die Banken verpfändet. Männer und Frauen sind seit 1933 der Sicherungsgegenstand, das Pfand für das Darlehen.

HJR – 192, Section 1: „Jegliche Verfügung in jeglichem Gesetz, welches unter der Autorität der US (Inc.) Obliga-tionen autorisiert ist hiermit weggefallen." Das bedeutet, dass die US Inc. keine eigenen Schuldverschreibungen mehr autorisieren kann.

Sicherheit (Surety): „Jeder, der es unternimmt zu bezahlen oder irgendetwas anderes diesbezüglich macht, weil der Prinzipal hierbei versagt. Jeder, der als Person oder Estate für das Wohl eines anderen in Haftung geht, ohne an der Entschädigung Anteil zu haben, steht in der Position einer Surety." [Black`s Law Dictionary 5th]

Sureties, „gezwungen, die Schulden für ihre Prinzipale zu bezahlen, werden als Anspruchsberechtigte erachtet, Entschädigung, sogar ohne vertragliche Zusage zu erhalten." [371 U.S. 132 (1962)]

UCC 1-204: „… eine Person gibt Wert für Rechte, wenn dies die Person fordert..."

7. 1. Sozialversicherung als Wohltätigkeits-Trust (Charity Trust)

„Sozialversicherung ist keine Versicherung noch gibt es hier einen Fond."[Helvering v. Davis 301 US 619, Strewart Co. V.Davis 301 US 548]

Das Sozialversicherungskonto ist das Konto des Strohmanns und ist auf den Handelsnamen des Strohmanns gelistet und nicht auf den wahren Namen. [Helvering v Davis 301 US619, 57·SCt 81 LEd. 1307; 904] Sozialver-sicherung ist weder eine Versicherung noch ein Programm zur Vorsorge im Alter, es ist ein Wohlfahrtsprogramm. Dies beweist sich an dem Umstand, dass jemand inkompetent und hilflos sein muss, um an diesem öffentlichen Wohlfahrtsprogramm teilzunehmen. Also stimmt er schweigend zu und ernennt die Regierung zu seinem Schirmherrn, die eigenen Angelegenheiten für ihn zu regeln.
Doktrin von Parens Patriae (lat. “Eltern des Vaterlands”): “Der Staat wird als Souverän betrachtet; der Staat in seiner Kapazität als beschützender Versorger für alle, die unfähig sind, für sich selbst Sorge zu tragen.” [Black`s Law 7th] Die Akzeptanz eines Vorzugs (Benefit) ist äquivalent zum Erwerb eines Rechts im Tausch für ein Versprechen. Man könnte das auch so übersetzen: die Tatsache, dass man ein legales Recht (Wohlfahrt, Schutz des Staates) erworben hat, ist Beweis, dass man etwas versprochen haben muss (z.B. die Haftung für die Bezahlung der Staatsschulden). “Das 'Recht' auf Sozialversicherungs-Benefits wird dadurch 'verdient', dass die-jenigen, die in den produktiven Jahren als Mitglieder der Ökonomie fungieren, sich später auf diese Ökonomie für ihren Schutz berufen können....” [363 U.S. 603 4 L. Ed 2nd 1435,80 S.Ct. 1387 (1969)] Man beachte die Anführungs-zeichen, denn Sozialversicherungs-Benefits gewähren weder ein gesichertes Recht noch ist irgendetwas verdient, außer ein bloßes Versprechen des Staates. Somit besteht kein legaler Anspruch, jemals eine Altersrente zu erhalten! “Wenn ein Schuldner ein ganzes Leben lang Sozialversicherungsbeiträge bezahlt hat, dann hat dieser Schuldner alle Schulden entsprechend seiner physischen Möglichkeiten bezahlt. [Bouvier`s Law Dictionary]. Soso... mit den Sozialversicherungsbeiträgen bezahlt man lediglich die Staatsschulden ab! Wer hätte das gedacht! Habt Ihr schon einmal vom Ponzi-Schema gehört? Ein Schneeballsystem.....

Sozialversicherungs-Trust: Gründer (settlor) ist das Volk, bestimmt durch den Security-Act. Die Person, der „Sozialversicherte“, ist der einzelne **Treuhänder**. Der **Begünstigte** ist der Staat im Sinne seiner öffentlichen Be-amten und Angestellten.
Die Einführung der Sozialversicherung im Jahr 1935 hatte zum Zweck, die endlosen Staatsschulden (siehe HJR 192) zu bezahlen. Es wurde Rente im Alter versprochen, -nicht garantiert- ,aber man musste jetzt schon dafür zahlen. Jeder Trust erfordert Vermögen, um den Trust-Corpus zu begründen. Der Sozialversicherungsausweis dient als initiierender Korpus des Trusts, denn der Sozialversicherungsausweis ist Eigentum des Staates.

Mit dem Sozialversicherungsausweis wird der Inhaber ein Public Officer!!!!

nochmals zur Wiederholung.....

Sozialversicherungsnummern werden ausgefertigt von den UN durch den IWF [20 CFR, Chapter 111 Subpart B, 422.103(b)]

Treuhandpflicht: “Eine Pflicht, für jemandes anderen Vorteil zu handeln.... Es ist der höchste Standard von Pflicht, den das Gesetz mit sich bringt.” [Black’s Law Dictionary, Sixth Edition, page 625]

Public Officer: „Das Recht, die Autorität und die Pflicht, erschaffen und getragen durch das Gesetz, durch wel-che nach Belieben der erschaffenden Macht entweder für eine gegebene Zeitperiode oder dauerhaft ein Indivi-duum eingesetzt wird, ausgestattet mit einem Teil der souveränen Befugnis der Regierung für den Benefit der Öffentlichkeit.“ [29 Cal. App 139,249 P.56,58] und [Black`s Law 4th Seite 1235]
„Es ist die Pflicht eines **Public Officer`s** wie die jedes anderen Agenten oder Treuhänders, obwohl nicht ausdrücklich durch Statuten erklärt, glaubhaft gerade zu stehen und Gelder an die entsprechenden Behörden abzuführen, die in seine Hände geraten.... und die Durchführung dieser Pflicht mag mit geeigneten Mitteln gegen den Officer persönlich erzwungen werden.... [Public Office and Officers, page 609 §909 (1890)]
„Alle **öffentlichen Bediensteten** sind Treuhänder (Trustees) der Leute.“ [63 C Am Jur. 2 d, Public Officers and Em-ployees, §247]
Ein öffentlicher Bediensteter schuldet der Öffentlichkeit treuhänderische Pflicht
Als **Public Officer** bei der Regierung ist man auch ein statutarisches Individuum und ein nichtansässiger Frem-der. [26 U.S.C. §7701(b)(1)(B)]
Handel oder Geschäft (trade or business). Der Begriff 'trade or business' schließt die Bereitstellung der Funktio-nen des Public Officers ein [IRC 7701(26)]

Die Sozialversicherungsbeiträge der Treuhänder gehen in die allgemeinen Steuern des Staatskonzerns, um die gegenwärtigen Operationen (Schulden) zu tragen. Nichts wird für spätere Zwecke angelegt (Generationenver-trag). Sozialversicherungsbeiträge sind keine Steuern, sondern freiwillige Versicherungsbeiträge. Die Sozialver-sicherung ist auch kein Vertrag, denn es fehlt das Zahlungsversprechen (Gegenleistung)! Es ist ein Privileg der Inkompetenten.

„Das Einkommen, das jemand verdient, soll nicht für die Verletzung seines Nachbarn und schon gar nicht muss es für dessen Benefit eingesetzt werden.“ [143 U.S. 517 (1892)]
Demnach ist der Staat eine kommerzielle Privatversicherung.
„... wenn der Staat in ein kommerzielles Geschäft einsteigt, verliert er seine souveränen Befugnisse und ist zu behandeln wie jede andere Korporation.“ [91 Corpus Juris Secundum §4 (2003)]
„Öffentlicher Dienst ist ein öffentlicher Trust (PublicTrust), siehe Wohlfahrts-Trust (Charity Trust); Trust [Blacks´s Law 6th page 1232]

Wie oben schon gesehen, kann man Sozialversicherungs-Benefits nicht bekommen, ohne ein Public Officer oder Öffentlicher Bediensteter zu sein. Als Co-Treuhänder eines Wohlfahrts-Trusts wird man damit zu einem/einer....

Übermittlungseinheit (Transferee) unter 26 U.S.C. § 6901
Treuhänder unter 26 U.S.C. § 6903
Steuerzahler unter 26 U.S.C. § 7701 (a)(14)
Public Officer in Gestalt einer Person, engagiert im Handelsgeschäft unter 26 U.S.C. § 7701 (a)(26)
Person mit Einkommen von der Regierung unter 26 U.S.C. § 7701 (a)(9) und (10)
Vertragspartei zum Staat unter 26 C.F.R. 331.3402(p)-1
Wohnsitz (domicile) in Washington D.C. unter 4 U.S.C. §72
Bürger (citizen) und Ansässiger (resident) mit Steuerhaftung unter 26 C.F.R. §1.1-1(c)

Wenn Ihr es bis hierher durchgehalten habt, dann herzlichen Glückwunsch! Ja, Ihr habt richtig gehört! Ohne Public Officer zu sein, ist es Euch verboten, Steuern zu bezahlen. Oder wollt Ihr wegen Identitätsdiebstahls belangt werden? Und um Steuern zu bezahlen gibt es neben Eurer Zustimmung zum öffentlichen Strohmann eine weitere Grundvoraussetzung: Ihr müsst wohn**haft** sein, also einen festen Wohnsitz haben! Haltet also weiter durch, denn es wird langsam interessant!

Nachdem ich Euch bisher immer hingehalten habe, möchte ich wenigstens eine Sache jetzt schon auflösen!
Das wirkliche Objekt bei einem Gerichtsverfahren ist eine vermutete Trustbeziehung, es ist nicht der Kläger und es ist nicht der Angeklagte! Es ist die Feststellung des Gerichts, ob es eine Trustbeziehung gibt oder ob es keine gibt. Entweder seid Ihr der Kläger (Begünstigter des Trusts) oder der Beklagte (Treuhänder des Trusts). Wenn Ihr den Richter nicht fragt, nach welchem Treuhandverhältnis er urteilt, habt Ihr ohnehin keine Chance, denn er tauscht die Trusteigenschaften, wie es ihm gefällt.
Abgesehen von der Frage, warum Ihr der Vorladung überhaupt gefolgt seid, könntet Ihr es jedoch mit einer 155 mm - Panzerhaubitze versuchen, die Ihr vor dem Richter auffahrt, vorzugsweise vor Prozessbeginn. Wie kommt das Gericht nur auf alle diese geisteskranken Ideen. Genau! Das Gericht nimmt an und vermutet. Ihr widerlegt seine Vermutungen nicht, vor allem nicht die stillschweigenden! Also stimmt Ihr ihnen stillschweigend zu. Wer seine Rechte nicht beansprucht, hat keine ! Wer schweigt, wird als zustimmend angesehen (qui tacet, consentire videtur) [Bouvier`s Maximes of Law 1856]
Weisen wir also ihre Vermutung einer Trustbeziehung zurück und beweisen das Gegenteil. Wir beweisen einfach, dass es eine vermutete Trustbeziehung nicht gibt. Hier ist das Heilmittel. Wo ein Gesetz, da ein Heilmittel (ubi jus, ibi remedium) [Bouvier`s Maximes of Law 1856]! Wir konnten keine Trustbeziehung eingehen, weil alle unsere Verträge **auf Armeslänge** gehalten sind. Was war das nochmals gleich?

Auf Armeslänge (at arm´s length): „ Außerhalb der Reichweite persönlichen Einflusses oder Kontrolle. „Parteien werden betrachtet, Geschäfte auf Armeslänge zu treiben, wenn jemand auf den gestrengen Buchstaben seiner Rechte steht und sein Geschäft auf formelle Art führt, ohne auf die Fairness und Integrität des anderen zu ver-trauen und ohne der Kontrolle und des überwältigenden Einflusses des anderen unterworfen zu sein.“ [Blacks 1st und 4th]
Befindet sich jemand auf **Armeslänge**, sieht man, dass er nicht vertraut und kein Begünstigter sein kann.
„... eine Transaktion auf Armeslänge erzeugt keine treuhänderischen Pflichten unter den Parteien.“ [Black`s 7th]

Aha, er vertraut nicht und konnte über seine Verträge auf Armeslänge niemals treuhänderische Pflichten erzeu-gen. Auf Armeslänge ist man kein Subjekt, also auch nicht haftbar. Also kann es kein Verfahren geben. Und es scheint, dass man auf Armeslänge kein Begünstigter eines Trusts sein kann, weil man ja nicht vertraut (... one who trusts). Es sieht ganz danach aus, dass man auch als Treuhänder entkommt, wenn man auf Armeslänge agiert. Denn einer, dem man treuhänderische Pflichten anvertraut, handelt nicht auf Armeslänge. Wenn wir in unserem rechtlichen Schriftverkehr auch noch die Privilegien als von uns nicht akzeptiert zurückgewiesen

haben, dann haben sie keine Chance mehr, uns ein Trustverhältnis anzuhängen. **Niemand** ist gezwungen, einen Vorteil (benefit) gegen seine Zustimmung zu akzeptieren [Bouviers 1856 Dictionary]

In der Vorgeschichte muss man natürlich vorbauen: es gibt zwei Verträge, die man vor Gericht eingeht, sofern man dort erscheint. Es gibt die Vertragsbeziehung zwischen Kläger und Angeklagten, wovon ich einer von beiden bin und es gibt die Vertragsbeziehung zwischen dem Gericht und mir als Partei, dem Subjekt. Da das Gericht aus Schriftsätzen besteht, die unsere Schriftsätze und die der Gegenpartei auf legale Rechte prüfen, haben wir natürlich ganz am Anfang in unserer Korrespondenz den Vermerk „auf Armeslänge“ nicht vergessen!
Welche stillschweigenden Vermutungen stellte das Gericht an, als wir es uns im Gerichtssaal bequem machten?

1. Kläger und Beklagter sind eine nicht ausgedrückte Treuhandbeziehung eingegangen
2. Das Gericht nimmt an, dass es Jurisdiktion im Billigkeitsrecht hat (es geht immer um Besitz)
3. Das Gericht vermutet, dass der Kläger der Begünstigte ist und der Beklagte der Treuhänder
4. Der Kläger beschwert sich über den Treuhänder, dieser hätte seine Treuhandpflichten gebrochen

Auf Armeslänge ist nichts dergleichen der Fall und wir werden uns zukünftig hüten, diesen kleinen Passus in un-serem Schriftverkehr (und bei Unterschrift und Adresse) zu vergessen.
Ja, auf Trustrecht haben sie alles aufgebaut und der Teufel ist los, wenn ihnen jemand auf die Schliche kommt.
Trustrecht schlägt Vertragsrecht! Statutenrecht (ihre sogenannten Gesetze) ist dasselbe wie Haftungsrecht und das machen sie alles über Trusts. Der Trustvertrag, den wir nicht kennen, ist buchstäbliches Gesetz. Was ande-res sollte TTIP sein? Niemand kennt es! Das Gericht muss TTIP dennoch folgen.
Der Trick, mit dem wir uns behelfen ist, dass wir ein Trustverhältnis unterstellen und vermuten und dieses über „at arm`s length“ hemmen (estoppel). Jetzt haben wir nachgefragt und zurückgewiesen – mit diesem einen kleinen Zusatz! Unser Kalkül ist, dass sie uns nichts preisgeben werden und lieber den Mund halten.

Wie eingangs versprochen, hat die U.N. eine Treuhandverwaltung aufgebaut und diese dem Kommerz überge-stülpt. Ja, sie haben das mit Perfektion getan. Haben wir unsere Unabhängigkeit von ihren Privilegien und ihrem Treuhandsystem geknackt und sind wir den Public Officer losgeworden, dann haben wir das gesamte öffentliche Statutenrecht geknackt und sind wo gelandet? Genau... im privaten kommerziellen Handelsrecht des Uniform Commercial Code! Und den wollen wir uns jetzt näher ansehen.

8. KAPITEL Uniform Commercial Code (UCC) und Common Law

Sollte eine BEHÖRDEN-PERSON behaupten, so wie es mir des öfteren passiert ist, der UCC würde hier in „Deutschland“ keine Anwendung finden, dann weist sie auf das folgende hin:

District of Columbia: der **Artikel 18 B 7** bestimmt, dass das Admiralsrecht (Admiralty Law - Seerecht / UCC) an folgenden Orten Anwendung findet.

(1) auf hoher See
(2) auf amerikanischen Schiffen
(3) in allen Ländern, welche von den Vereinigten Staaten (US) verwaltet oder **erobert** werden, und innerhalb des Staates Amerika

Der UCC wurde als einheitliches Handelsrecht „im ganzen oder substanziell von allen Staaten“ [Black`s 6th] ein- geführt. Jeder, der im Handel und Geschäft (trade and business) engagiert ist, wie z.B. ein Public Officer, der handelt im UCC. Alle Menschen, die sich in einem Bereich des Privaten wähnen, werden vom UCC als Handelspartner, als Firma betrachtet. Jegliche Behörden und Gerichte und alle öffentlichen Stellen inklusive der Polizei sind kommerzielle Handelsfirmen nach UCC und allesamt bei Dun&Bradstreet registriert. Jedes Behördenschreiben ist demnach ein Handelsangebot, denn hoheit-liche Befugnisse sind längst passe. Über den UCC habe ich schon ausführlich berichtet, so dass ich hier nur die Quintessenz darlege.
Im UCC herrschen knallharte Regeln, deren Unkenntnis ein Fiasko zur Folge haben kann. Denn auch im UCC ist alles auf Vermutungen (presumptions) aufgebaut und derjenige, der die Vermutung nicht zurückweist und wider-legt, wird stillschweigend zum Vertragspartner, weil er den Handelsvertrag damit angenommen hat. Er kann den Handelsvertrag auch konkludent annehmen, denn er hat in den vergangenen 30 Jahren schon brav seine Steuern bezahlt, also ist zu vermuten, dass er auch dieses Jahr wieder blecht.

Es gibt eine Mailbox-Rule, die besagt, dass jemand, der ein Angebot erhalten hat und nicht zurückweist, das Angebot angenommen hat. Schon nach drei Tagen wird das Angebot scharf. Die Mailbox-Rule vermutet natürlich, dass der Mensch, dem man „auf`s Band“ gesprochen hat, eine PERSON ist. Der Mensch hat ja auch zugegeben, dass er der Herr Meier ist, er hat zumindest .„ja“ gesagt! Die **P**rincipal-**A**gent-**D**octrine besagt, dass ein Angebot, welches einem Mitarbeiter (Agenten) zugeht, damit gleichzeitig dem Vorstand (Prinzipal) des Unternehmens als überreicht betrachtet wird. (Inkenntnissetzung des Erfüllungsgehilfen ist Inkenntnissetzung des Prinzipals und vice versa). Die P-A-D gilt ebenso bei Angeboten auf Ebene der „Staaten“. Prinzipal: U.S. Inc. - Agent: BRinD
Der UCC ist selbstverständlich nicht ins Deutsche übersetzt, -höchstwahrscheinlich weil er hier ja nicht gilt- und ist ein riesiges Kompendium von umständlichen Definitionen und Fachbegriffen gruppiert in 9 Abteilungen. Ich verschone Euch besser damit, vor allem, weil ich ihn selbst nicht verstehe (und weil mir die Zeit zu schade ist). Ich möchte Euch nur **drei** wesentliche Aspekte ans Herz legen, die Ihr **unbedingt !!!** wissen solltet. Sie sind eine rettende Gnade und beschwören unsere Devise: ...**raus aus dem UCC, so schnell und so lange es geht!**
Der Zweck des UCC scheint jedenfalls darin zu bestehen, dass er den Juristen der Großkonzerne das Besteck an die Hand gibt, mittelständische Firmen zu verspeisen.
Es ist wichtig, zu verstehen, dass der UCC ein Hintertürchen (remedy) hinein ins Gewohnheitsrecht offenge-lassen hat, damit sie nicht zugeben müssen, dass sie alle

pleite sind. <u>Merke</u>: eine bankrotte Einheit kann keinen Handel treiben! Und jetzt aufgepasst..... denn der UCC ist lediglich eine **Ergänzung** des Gewohnheitsrechts (Common Law)!

<u>Kleine Vorgeschichte zum Verständnis:</u> bevor für jedermann Handelsrecht eingeführt wurde, galt früher für uns alle das sogenannte Bürgerrecht und im englischen Sprachraum das Common Law oder Gewohnheitsrecht. Früher waren wir ja auch noch „echte Bürger“ und „natürliche Personen“. Im Gewohnheitsrecht wurde jemand nur dann von einem Gericht bestraft, wenn er einem anderen einen wirklichen nachweisbaren **Schaden** zugefügt hatte. Du hattest keinen Gurt angelegt und wirst mit 60.-€ bestraft! Wen hast Du geschädigt? Niemanden! Kein Schaden = kein Common Law = keine Strafe!
Nach Handelsrecht (Statuten) jedoch kann man für jeden geringsten Verstoß bestraft werden. Gurt nicht angelegt bedeutet: volle Haftung, 60.- € Geldstrafe oder Kittchen. Gleichfalls kann nach Common Law niemand zu einer Handlung gezwungen werden! Zudem müssen Verträge nach Gewohnheitsrecht willentlich, wissentlich, freiwillig und transparent zustande kommen, weil sie ansonsten nicht gelten. Also lautet das vordringliche Motto: **raus aus dem Handelsrecht und rein ins Gewohnheitsrecht!**
Die Ausübung von **Statutengesetzen** bedeutet eine Okkupation des Common Law. [Sims v. Aherns, 271 S.W. 720 (1925)]

<u>Das erste ist:</u> Ihr müsst, wenn Ihr ein Handelsangebot erhaltet, als **allerallererstes!!!** Eure Rechte reservieren. Wir wissen natürlich jetzt, dass wir aufgrund der Privilegien eines Public Officers keine haben, aber wir sind zeitgleich so schlau, diese Vermutung simultan zurückzuweisen. Wir sind kein Public Officer mehr, weil wir Ihre Treuhand auf Armeslänge halten, unsere Adresse geändert haben und ganz allgemein -wie wir später noch genauer sehen werden- aus der Jurisdiktion und ihren Privilegien ausgestiegen sind. Wenn Ihr jetzt nicht von vorneherein Eure Rechte reserviert, **verliert** Ihr sie. Die Vermutung, dass man (wie immer) auf diese Rechte verzichtete, wurde nicht widerlegt, stimmt`s? Ihr könnt sie im Nachhinein nie mehr zurückverlangen und bean-spruchen! Das Rechtsmittel ist <u>exklusiv</u>! Es ist ausreichend, wenn Ihr „**alle Rechte vorbehalten**“ oder „**without prejudice**“ draufschreibt. Macht Euch am besten einen Stempel und zeigt damit, dass Ihr schon vorher an die Reservierung der Rechte gedacht habt.

<u>Das zweite ist:</u> Ihr müsst die einzigen zwei UCC-Paragrafen verstehen, die Euch die Tür ins Common-Law öffnen; Ihr müsst damit denken können und diese dem Handelspartner anbieten. So z.B. steht es in meinen AGB`s:

<u>UCC Doc # 1-308</u>; Rechtsmittel: „Ich behalte mir die Rechte vor, nicht gezwungen zu werden, um unter irgend-einem kommerziellen Vertrag oder Insolvenz zu handeln, in die ich nicht wissentlich, freiwillig und absichtlich eingetreten bin. Und weiterhin werde ich keine Haftung übernehmen für den erzwungenen Vorteil von irgend-einem nicht offenbarten Vertrag oder kommerzieller Vereinbarung oder Insolvenz.”
Wenn man mit ausschließbarem Recht oder einem ausschließbarem Anspruch zu tun hat, wird ein Unterlassen der Reservierung dieses Rechts dazu führen, dass man das Recht verliert und seine Durchsetzung zu einem späteren Zeitpunkt ausschließt. (UCC 1-308 (alt 1-207).9)

und

<u>UCC Doc. # 1-103</u>; Regress: „Alle Prinzipien von Recht und Gerechtigkeit (inkl. des allg. Handelsrechts und des für die Geschäftsfähigkeit relevanten Rechts) müssen den UCC ergänzen. Dieser Code ist eine Ergänzung zum Gewohnheitsrecht, das gültig bleibt. Eine Regel soll in Übereinstimmung mit dem Gewohnheitsrecht formuliert sein. Im Gewohnheitsrecht muss eine echte Schädigung erfolgt sein. Wenn man eine ausreichende, ausdrück-liche Reservierung seiner Rechte bei 1-308 (alt 1-207) vorgenommen hat, kann man darauf bestehen, dass die Regeln in Übereinstimmung mit dem Gewohnheitsrecht gehandhabt werden. **Der Code kann nicht so ausgelegt werden, dass er eine Gewohnheitsrechtshandlung ausschließt**. **Gewohnheitsrecht kann keine Handlung erzwingen!"**

<u>Das dritte ist</u>: Ihr braucht AGB`s, um denen ein Gegenangebot zu machen oder Schadenersatz einzufordern!

Warum eigentlich basiert das ganze Trust - und Handelsrecht auf Vermutungen? Die Antwort ist entwaffnend simpel: weil man heutzutage keine rechtswirksamen und rechtsgültigen Verträge abschließen kann. Bei einem Handel tauscht man **Wert** gegen **Wert**. Sicherlich hat der Kasten Bier seinen inneren Wert, aber nicht der Papier-schnipsel, mit dem man ihn „bezahlt".

Geld: „(gold- und silbergedeckte) Werteinheit (unit of value)" [Black`s Law Dictionary] bis 1933
Geld (heutzutage): „Verrechnungseinheit für gegenseitige Forderungen auf der Basis Schuld und Kredit" (unit of account) [UCC 1-201 (24)]
Geld: „**Verrechnung**seinheit von Schulden aus einer treuhänderischen Beziehung" [?]
„Es gibt kein anderes **Geld** als in Silber oder Gold" [US Constitution Artikel **I** Section 10]
Ihr könnt keine Ware mehr bezahlen, da es kein echtes Geld gibt, also kann es keinen echten Handelsvertrag geben, denn Gold und Silber, echtes Geld, sind keine gesetzlichen Zahlungsmittel mehr. Aus diesem Grund war man gezwungen, die Vermutung einzuführen! Wenn nach einem ausgeführten Handel keiner meckert, gilt der „Vertragsabschluss" als vermutet und damit als legal. Dann haben sie noch ein paar Fristen eingeführt und danach hat der Wissende den Zuschlag. Und denkt dran! Der UCC 1-308 spricht vom Ausschluss der Haftbarkeit für einen erzwungenen Vorteil. Könnt Ihr Euch vorstellen, was damit gemeint ist?
Es ist der aufgezwungene Vorteil, **das Superprivileg**, eine Schuld mit einer anderen Schuld begleichen zu dürfen. Man benutzt Schulden bzw. Schuldscheine als gesetzliches Zahlungsmittel! Der Euro oder der Dollar sind ein Schuldschein (IOU = ich schulde Dir). Sie erlauben uns die Zahlung mit ihren Schuldscheinen und machen uns für dieses Privileg haftbar! (Wer ein Privileg nutzt, muss auch die Lasten (burden) tragen!) Und wiederum machte die Umwandlung der unwiderlegten Rechtsvermutung zur handelsrechtlichen Wahrheit den Deal legal!!! Mit der Reservierung des 1-308 sind wir aus dieser Nummer jedenfalls raus! Eine weitere Abhilfe-Schapsidee wäre auch, würde man eine Bezahlung mit Gold und Silber ins Spiel bringen. Denn dann gäbe es einen echten rechtmäßigen Vertrag und alles andere und sämtliche erzwungene Vorteile und Privilegien würden wegfallen. Denn

damit wären wir automatisch im Common Law! Wir müssen diese Idee im Auge behalten....

Die 10 Maximen des UCC-Handelsrechts [Maximes of Commerce]

1. Ein Arbeiter ist seine Anstellung wert [Exodus 20:15]
2. Alle sind unter dem Gesetz gleich [Deuteronomium 1:17]
3. Im kommerziellen Handel ist die **Wahrheit** souverän [Johannes 8:32]
4. **Wahrheit** kommt zum Ausdruck in Form eines Affidavits [Numeri 30:2; Matthäus 5:33]
5. Ein unwiderlegtes Affidavit steht als **Wahrheit** im kommerziellen Handel [Hebräer 6:13-15]
6. Ein unwiderlegtes **Affidavit** wird zum richterlichen Urteil [Hebräer 6:16 -17]
7. Ein Umstand muss ausgedrückt (expressed) werden, um aufgelöst zu werden [Epheser 6:19-21]
8. Derjenige, der das Schlachtfeld als erster verläßt, verliert durch Verzicht [Matthäus 10:22]
9. Opfer/Verzicht ist der Maßstab der Glaubwürdigkeit [?]
10. Ein Pfandrecht oder Anspruch kann befriedifgt werden durch: [Genesis 2-3]
    a) Zurückweisung durch **Gegenaffidavit** Punkt für Punkt
    b) Entscheidung einer Jury
    c) Zahlung oder Ausgleich des Anspruchs

Dass wir alle rechtlos sind (Punkt 2) wissen wir ja schon, aber dass man so viel Wert auf Wahrheit legt (Punkte 3-5) überrascht schon eher! Ich konnte die Definition für Wahrheit in den alten Black´s Law-Ausgaben nicht finden, aber die Definition des Gegenteils. „Wo Wahrheit ist, existiert die Fiktion des Rechts nicht.“ [Blacks Law 2nd Edition]
Das Affidavit ist ein Eid oder Schwur, den ein Mensch zur Bestätigung der handelsrechtlichen Wahrheit leistet. Wir finden später ein ganzes Kapitel, das dem Affidavit (lat. „(er) hat zugesichert)“ gewidmet ist, weil es eines unserer schärfsten Waffen ist. Ein unwiderlegtes Affidavit (kein Gegenaffidavit vorhanden) **ist das richterliche Urteil**. Ja, tatsächlich! Habe ich schon erwähnt, dass wir nie mehr vor Gericht gehen? Aber noch schärfer ist, dass ein Affidavit das Vorhandensein eines Menschen beweist. Denn nur ein Mensch kann schwören mit einem Autograph zur Bestätigung. Eine PERSON unterschreibt lediglich und versichert an Eides statt, denn sie kann nicht schwören, da sie fiktiv ist. An Eides statt nimmt man gerne auch die eidesstattliche Versicherung z.B. zur Zwangs-vollstreckung des Vermögens bzw. dem wenigen Bisschen, das sie sich noch nicht unter den Nagel gerissen haben. Ja..., wir sind immer noch im UCC, aber nicht mehr lange!

Es stellt sich natürlich die Frage, wie wir uns verhalten sollen, wenn wir dem UCC über den 1-103 entkommen sind und uns jetzt im Gewohnheitsrecht bewegen als ganz normale Privatleute. Denkt bitte dran, dass das Ziel der Übung am Ende der freie und souveräne Mensch ist, für den keine Gesetze gelten müssen, weil er sich seinen Mitmenschen gegenüber anständig verhält. Auch nicht das Common Law. Wir wollen unsere Freiheit und Souveränität wiedererlangen, wir beanspruchen

rechtmäßig unsere ESTATES und wir holen uns unser Standing, welches souverän ist.

„**Ein Souverän** ist von der Klage ausgenommen... aufgrund der logischen und praktischen Begründung, dass es kein legales Recht gegen **die** Autorität geben kann, die das Gesetz macht, auf dem das Gesetz beruht“ [205 U.S. 349, 353,27 S. Ct.526, 527, 51 L.Ed. 834 (1907)].
Ein Souverän muss keinem anderen Souverän erzählen, dass er souverän ist. Der Souverän ist einfach souve-rän durch seine blosse Existenz. Die Regel in Amerika ist, dass die Amerikaner die Souveräne sind. [Kemper v State, 138 Southwest 1025(1911) page 1043, Section 33]
Sui juris: “sein eigener Meister” (his own master) [Blacks Law 6th Ed.] **[Achtung!!! Sui juris hört sich super an, aber wir verwenden diese Falle nicht!]**
Sui juris: „die Fähigkeit, die eigenen Angelegenheiten zu regeln (..ohne jegliche gesetzliche Behinderung..)“ [Black`s Law 2nd Ed.]
Ex nunc sui juris: “im Besitz voller sozialer und ziviler Rechte, nicht unter irgendeiner legalen Unfähigkeit oder der Macht eines anderen oder Schutzherrschaft. Händelt seine eigenen Angelegenheiten” [Blacks 6th page 1434]
“UNVERÄUSSERBAR. Der Zustand einer Sache oder eines Rechts, das nicht verkauft werden kann. 2. Dinge, die sich nicht im Kommerz befinden [traditionell erworbene Rechte], wie öffentliche Straßen, die in ihrer Natur unveräußerbar sind. Die natürlichen Rechte von Leben und Freiheit sind unveräußerbar.” [Bouvier's Law Dictionary (1859), Vol. II, p. 610.] (Im Kommerz hat niemand unveräußerliche Rechte, da dort alles handelbar ist)

Es gibt acht Elemente, die einen **Vertrag nach Common Law** rechtmäßig werden lassen. Darauf sollten wir uns in jedem Fall und immer bei Handelsangeboten berufen, auch wenn diese Elemente nichts mit Handelsrecht zu tun haben, sondern dem Gewohnheitsrecht entstammen. Unsinnig wäre dies nur dann, wenn wir nicht schlau genug waren, den Public Officer samt seiner Privilegien zurückzuweisen und die Rechte nach 1-103 und 1-308 zu reservieren, um dem UCC zu entfliehen. Die acht Grundpfeiler eines wirksamen Vertrags sind:
1. vollständiges und schlüssiges Angebot **2**. Akzeptanz **3**. gleichgesinnte Absicht **4**. Ausreichend gleiche (faire) Gegenleistung (consideration) **5**. Mentale und gesetzliche Kapazität **6**. Legalität des Vertragszwecks **7**. wis-sentliche, willentliche und freiwillige Zustimmung (consent) **8**. Gewissheit und Klarheit der Bezeichnungen und Bedingungen (Transparenz)

Ein Vertragsangebot wird nach 72 Stunden verbindlich, nach 7 Tagen ist man in Verzug und nach 10 Tagen ist es ein Urteil. Holla, geht das schnell! Weist Angebote, die Ihr nicht wollt, sofort zurück! Der Zweck im Common Law ist die Wiedergutmachung für die geschädigte Partei, denn der einzige Zweck der Verfassung und der Etablierung einer Regierung ist, -ich wiederhole mich-, **private Rechte und privaten Besitz zu beschützen**.

sittenwidriger Handel: Ein Vertrag, den auf der einen Seite kein Mensch, der bei Sinnen und nicht geistig umnachtet ist, eingehen würde und den auf der anderen Seite kein ehrlicher und ehrenhafter Mann akzeptieren würde.[Black's 1st]

Es gibt **12 Transaktionen**, auf welche der UCC keine Anwendung findet: 1. Sicherungsrechte 2. Grundpfand-rechte 3. Pfandrechte, die durch Dienste oder Güter gesichert werden 4. Lohnabtretungen 5. Regierungstransfers 6. Verkäufe von Forderungen oder bewegliche Güter 7. Versicherungspolicen 8. Gerichtsurteile 9. Ausgleichsan-sprüche 10. Immobilienanteile 11. Schadensersatzansprüche (aus unerlaubten Handlungen!) 12. Bankkonten

9. KAPITEL Vermutungen des Rechts

Wir haben dieses Thema bereits mehrmals angekratzt. Die Vermutung ist ihr einzig verbliebenes „Rechtsmittel", das aus etwas Illegalem etwas Legales macht. Die Vermutung hält ihr Betrugssystem aufrecht. Die Lösung kann hier natürlich nur sein, die **Vermutung zu benennen und zurückzuweisen, bzw. zu widerlegen**. Dazu müsste man sie aber erst einmal alle kennen, was wiederum die Kenntnis des Systemaufbaus voraussetzt. Dies war auch die Grundidee zu diesen Ausführungen, weil ich in meinen Scharmützeln mit den Behörden schnelle und rechtssichere Gewinne erzielen wollte. Die Absicht war ja, dass sie mich einfach in Ruhe lassen!

Vermutung (Presumption): „Eine Vermutung bedeutet, dass der Prüfer des Fakts die Existenz des vermuteten Fakts finden muss, außer, es wird der Beweis erbracht, der das Auffinden seiner Nichtexistenz unterstützt." [Black's Law Dictionary 6th Edition page 1186 und UCC 1-201:] Eine persönliche Frage an Euch, quasi unter uns: an welchem Ort könnte man die Nichtexistenz von Etwas bzw. die Existenz von Nichts besser vorfinden als in einem Juristenhirn?
„Die Macht zu haben, **Vermutungen** zu erschaffen ist keine [legale] Möglichkeit, verfassungsmäßigen Beschränkungen zu entfliehen." [219 U.S.C. 219, 239 et seq., 31 S.Ct.145]
Vermutung: „Der Glaube an einen unvollständigen Beweis" [Webster`s Dictionary 1913]
„**Eine Vermutung** ist weder ein Beweis, noch ein Ersatz für einen Beweis" [Americ. Jurisprudence 2nd,Evidence §181]
Vermuteter Beweis (presumpted evidence): „Beweis, der als Fakt angesehen wird, bis er anderweitig nachge-wiesen ist, Indizienbeweis oder indirekter Beweis" [Blacks 2nd Ed.]
Vermutung: „Eine Ungewissheit bezüglich eines einzelnen Fakts. Eine Vermutung ist eine Regel des Gesetzes, der Statuten oder in der Rechtsprechung, mit der es durch das Auffinden eines grundlegenden Fakts einen Anstieg der Existenz des vermuteten Fakts gibt, bis die Vermutung widerlegt ist." [Black`s Law 6th Ed.]
„Beweise, die auf dem Gesetz basieren, sind nur zulässig, wenn das Gesetz im Positiven Recht zitiert ist."
Positives Recht: „Recht, tatsächlich und spezifisch in Kraft gesetzt oder übernommen durch rechtmäßige Auto-rität für die Regierung einer organisierten Rechtegemeinschaft [Blacks 6th page 1162]
„Das Ausmaß, in welcher eine **Vermutung** benutzt wird, um Schuld in Abwesenheit eines Beweises oder eines Ersatzes für einen Beweis zu etablieren, ist demnach das Ausmaß, in dem unsere Verfahrensrechte verletzt wurden." [Blacks 6th Seite 500]

Rechtsvermutung (Presumption of Law):„Eine Rechtsvermutung ist eine, die das Auffinden der Existenz des ver-muteten Fakts erzwingt, wenn einmal das grundlegende Fakt bewiesen und kein Beweis des Gegenteils einge-bracht wurde. Die Rechtsvermutung ist unwiderlegbar durch ausreichenden Beweis.“ [Black’s Law Dictionary 6th Ed.]
Nachweis (proof): “einen Fakt oder ein Hypothese als wahr durch ausreichenden Nachweis etablieren” [Blacks 2nd]
Man stimmt der **Vermutung** und allen Konsequenzen zu, indem man schweigt. (qui tacet consentire videtur) [Bou-vier`s Maximes of Law 1856]
Derjenige, der zustimmt, kann nicht verletzt werden (Volunti non fit injuria) [Bouvier`s Maximes of Law 1856]
Falls jegliche Frage zu den Fakten oder der Haftbarkeit gegen ihn überzeugend **vermutet** wird, dann ist das **kein** angemessenes Verfahren des Gesetzes [Blacks 6th page 500]
„.. wir stellen erneut fest, dass Gerichte **vermuten** müssen, dass eine Gesetzgebung in einem Statut sagt, was es meint und in einem Statut zum Ausdruck bringt, was es dort meint. [US Supreme Court 489 U.S. 235, 241-242) (1989)]

Es folgt ein kleines Sammelsurium an Informationen, die nicht jeder kennt, die aber keine Vermutungen sind:

1. Die U.S., eine Korporation der englischen Krone, ist seit wenigstens 1788 bankrott.
2. Seit 27. März 1861 besteht kein verfassungsgemäßer de-jure-Kongress sine die (lat. „nicht ein einziger Tag“). 3. Der Kongress untersteht dem Präsidenten als oberster Kommandeur im Kriegsrecht. Die US-Bevölkerung steht unter der Executive Order des Präsidenten unter **Kriegsnotlage** nach 12 USC 95 a,b. Jeder Bürger ist etabliert als legaler Feind durch Amendatory Act vom 9. März 1993, 48 State 1, Amending Trading with the Enemy Act vom 6.10.1917 H.R. 4960, Public Law Nr. 91.
4. Mit Proklamation des 14th Amendment vom 6. Dezember 1865 wurde ein privates römisch-katholisches Trust-Gesetz etabliert, das einen Cestui Que Trust als einen öffentlichen Wohltätigkeits-Trust (Charitytrust) errichtete, um die künstliche Person, den Bürger der US Inc., in eine untrennbare Einheit mit der Regierung zu bringen. Ein Charity-Trust unterscheidet sich von einem regulären Trust dahingehend, dass er a) nicht in einem ausgedrückten Kontrakt existiert und b) keinen Konzessionsgeber hat, aber dennoch ein konstruktiver Trust per Gesetz ist. Dieser Trust hat nur Co - Treuhänder und Co - Begünstigte.
5. Gründung der United States Incorporated als kommerzielle Agentur mit Sitz in Washington DC. Legislative Act vom 21. Februar 1871, 41st Congress, Session III, Chapter 62, page 419. Der Bürger ist eine bürgerlich tote Entität, operierend als Co-Treuhänder und Co-Begünstigter des Public Charity Trust, der die Schuldner unter dem 14th Amendment im Cestui Que of the US Incorporated (als Sklaven) hält (Section 4).
6. Die Legislative gründete eine GmbH als private militärische-internationale-kommerzielle-maritime Jurisdiktion unter dem Titel STATE OF.... .
7. Alles Gesetz ist Vertrag, der Vertrag, aus dem der Construktive Trust besteht, ist durch zwei Charakteristika bestimmt: a) Zustimmung durch Stillschweigen b) man akzeptiert ausdrücklich Benefits der Regierung und schließt damit den Kontrakt mit der Regierung als Public Officer. Durch die Tat stimmst Du zu, es gibt keinen

schriftlichen Vertrag, aber ein legaler Kontrakt besteht durch die Legalität der Vermutung.
8. Damit verlieren die Leute alle ihre unveräußerlichen Rechte und ihre Souveränität und übergeben diese freiwillig, weil vermutet wird, dass sie alle ihre Werte für das Öffentliche Wohl (public good) opfern. So verlieren die Leute Ihr Standing und sterben den zivilen Tod im Gesetz.
9. Leute, die den zivilen Tod sterben, sind wie Geister, die nicht in der Lage sind, ihre eigenen Angelegenheiten zu regeln.
10. Von 1871 – 1913 hielten die Regierungsbeamten ihr Office in zweifacher Eigenschaft (USA und US Inc. - Status)
11. Die US Inc. konnte die sieben Geldgeberfamilien der zukünftigen Federal Reserve nicht zahlen, so dass der Eigentümer der US Inc. einen Ausgleich zahlen musste; die USA wurden liquidiert.
12. Die US Inc. verständigte sich mit den Geldgebern auf ein Agreement, dass alles fortan auf Schuldenbasis geführt wird.
13. Dann wurden die Senatoren ausgetauscht
14. Am 23. Dezember 1913 erfolgte der Federal Reserve Act. Die Erschaffung und das Management der nationa-len Währung wurde in die Hände eines Privatkartells übergeben.
15. Am 5. Juni 1933 erklärt die US Incorporated den Bankrott unter der House Joint Resolution (HJR) 192
16. 1935 wurde der Social Security Act (SSA) als ein privater Trust, kreiert mit dem Versicherten in GROSS-BUCHSTABEN. Der SSA machte den Versicherten zu einem Co-Treuhänder des namensgleichen Trusts, bezeichnete den SSA General Trust Fund als den Begünstigten und gibt an den Versicherten die Sozialversicherungsnummer heraus.
17. IWF und Weltbank werden zu den neuen Eigentümern der US Inc. (Bretton Woods-Agreement gemäß U.S. Code Title 22 Section 286)
18. 1962 mussten alle Staaten unter der US Inc. Reformen dergestalt durchführen, dass die Leute nicht merkten, was mit ihrem Geld geschah (National Governors Conference in Lexington Kentucky)
19. 1970 revidierte jeder Staat Verfassung und Statuten und etablierte PRIVATE CORPORATE ENTITIES in the STATE of....
20. Am 5. September 1996 wird das Humankapital der US Inc. eingetragen (US Patent Trademark Office Nr. 709471)
21. „Ein Reisepass (Passport) wird in Zeiten des Krieges an ein „Vessel“ des Staates herausgegeben,“ z.B. einem Bürger oder einem Handelsnamen gemäß Trading with the Enemy-Act vom 6.Oktober1917 und Emergency Banking Relief-Act vom 9.März 1933)

Nehmen wir den Blickwinkel der Regierung an und schauen uns die Rechtsvermutungen des Systems an:

1. Der Mensch muss die Quelle der Souveränität und Freiheit sein, da es sonst niemanden gäbe, den man (für

die Schuld) haftbar machen könnte
2. Das System gewinnt immer
3. Das System schützt sich selbst (siehe Richterspruch des Supreme Court Seite 19)
4. Das System muss die Rechtsvermutungen des Systems nicht offen legen
5. Es wird vermutet, dass sich der Mensch freiwillig und wissentlich dem System unterworfen hat
6. Der Mensch hält alle Statuten, Bestimmungen und Bedingungen wissentlich und freiwillig ein, weil er Privi-
legien und Benefits vom Staat erhält.

Schlussfolgerung: wenn es kein Gesetz gibt, die Vermutungen offenbaren zu müssen, dann kann es **kein Ge-setz** geben, dass der Mensch diese Vermutungen kennen muss. Folglich kann er aufgrund Nichtwissens dieser nicht aufgedeckten Vermutungen auch nicht bestraft werden. Keine Strafe ohne Gesetz! (nulla poena sine lege) [Bouvier´s Maxime`s of Law 1856]. 60 Millionen Statuten können von keiner lebenden Seele zurückgewiesen werden, schicken wir sie damit einfach zur Hölle!

Eine weitere Vermutungskette lautet:

Die Geburtsurkunde erzeugt... eine Person erzeugt... den legalen Namen erzeugt... ein Handelspapier erzeugt... eine Sicherheit für Schulden erzeugt... eine Verpfändung an das Bankensystem erzeugt... einen perpetualen Schuldknechtsklaven erzeugt... immerwährende Gewinne für das Bankensystem

<u>Beweisführung:</u> Ohne beseeltes Wesen kein Mensch; ohne Mensch kein Anspruch auf VERMÖGEN; ohne VERMÖGEN keine TREUHAND; ohne Treuhand keine Regierung; ohne Regierung kein Schuldsklave; ohne Schuldsklave kein Bankensystem; ohne Bankensystem?..... Paradies auf Erden?
Abkürzung: Ohne beseelte Wesen kein Paradies auf Erden?

Ihr habt bemerkt, dass ich einen Teil der obigen Informationen mehrmals wiederhole, weil sie so wichtig sind für den Zustand unserer heutigen Welt und für unseren eigenen. Ohne das Konzept zu begreifen, wie und aus welcher Situation heraus sie es gemacht haben, werden wir uns schwer tun, zu gewinnen. Denn dann können wir nichts auflösen. Man löst etwas auf, indem man auf den Punkt der Entstehung zugeht, diesen anschaut, seinen Aufbau ausreichend versteht... und hieraus die Lösung entdeckt.
Wie ein Ding gefesselt wird, so wird es entfesselt.... [Bouvier`s Maximes of Law 1856]
Haben wir den Haupt-/Hintergedanken verstanden, entdecken wir die Vermutung und erklären sie als ungültig. Ungültigerklärung (Abatement) ist ein legitimes prozessuales Verfahren und wir werden es ihnen emotions - und schamlos unter die Nase reiben. Es ist die **einzige Möglichkeit**, unter Handels - Trust - und Kriegsrecht zu gewinnen! **Und damit setzen wir sie schachmatt!**

10. KAPITEL Schlüsselelemente der Widerlegung

Uns allen ist klar, dass bankrotte Konzerne keinerlei Möglichkeiten haben, rechtmäßig zu agieren. Ihre „legale Legalität“ holen sie sich über nichtwiderlegte Rechtsvermutungen. Alleine mit diesem Wissen wären wir in der Lage, -wenn wir hellwach dabei sind-, jegliche Gesetzlichkeit zurückzuweisen und ins Wanken zu bringen. Weist man nicht zurück, verliert man durch Verzicht. Wenn wir jedoch die Jurisdiktion als solche angehen, tun wir uns genauso schwer wie mit unseren eingangs erwähnten Nachbarn und Freunden, denn unsere Juristen haben noch viel mehr zu verlieren. Ihre Freiheit zum Beispiel, denn sie könnten wegen Rechtsbruch eingesperrt werden. Und ein Richter darf über seinen eigenen Fall nicht urteilen (nemo judex in causa sua) [Bouvier`s Maximes of Law 1856]. Also wenden wir uns lieber dem Einzelfall zu und erkennen und widerlegen ihre Vermutungen von vorne bis hinten, außer, es fällt uns eines Tages etwas besseres ein. Warum ich hier die Rechtswörterbücher so strapaziere, hat den Sinn, dass wir ihre Rechtsvermutungen handfest und beweisbar widerlegen müssen. Nur diese Sprache verstehen sie. Denn die Vermutungswiderlegung muss glaubwürdig, substanziiert und positiv und muss für das Gericht ausreichend sein, „um eine Frage aufzuwerfen“. Insofern bringt man die Widerlegung auf die selbe Waagschale; abzuwägen wären dann meine Vermutungen mit den ihren und ihre mit den meinen. Und da ziehen sie den kürzeren, weil die Rechtstexte, die sie geschrieben haben, zu unseren Gunsten sprechen, alles andere sind Tricks. Ein paarmal haben wir schon von Standing gesprochen und ich wiederhole es hier, dass ein souveränes Standing bedeutet, seine eigenen Angelegenheiten auch vor Gericht zu vertreten. Da Euer Ehren ein herrschaftlicher Regent und es ein Leben lang gewohnt ist, recht zu haben, sollten

wir unser Standing besser vorher fünfzig Stunden mit einem Partner üben, damit wir unsere Konversation mit ihm bestehen.

Da es die Vermutungen sind und nicht ihre Gesetze oder Fakten, die versuchen, Macht über uns auszuüben, sollten wir die Vermutungen der Reihe nach darlegen, in der selben Abfolge, wie ihr System funktioniert. Die Regierung arbeitet auf Vermutungsverträgen von Treuhandbeziehungen! Es ist eine der hauptsächlichen Fallen, dass wir denken, wir würden ihren Gesetzen unterworfen sein. Sind wir nicht! Wir Unkundige sind den **Vermutungen** ihrer Gesetze unterworfen. Gesetze gelten schon lange nicht mehr! Dies wäre eine der Hauptver-mutungen, die wir zurückweisen und widerlegen müssten. Eine weitere zu widerlegende Hauptvermutung wäre, dass man vertraglich mit dem Namen verbunden ist, den die Regierung geschaffen hat und über den sie uns dazu bringt, uns mit dem Strohmann als identisch zu betrach-ten. Eine weitere Hauptvermutung wäre, dass man mit der Regierung verbunden ist. Es ist jedoch genau umge-kehrt, die Regierung ist mit uns verbunden, denn die Hierarchie funktioniert laut ihrer Bibel etwa folgendermaßen:

Der Schöpfer...erschuf den Menschen... (erschuf die Bank)....erschuf die rechtmäßige Regierung... erschuf die korporative Regierung... erschuf die Korporation (State of...) .... erschuf Personen …. erschuf rechtlose Personen …. erschuf Sklaven... erschuf Tote.... (Bibel... Verfassung... Treuhandrecht... Handelsrecht... Statutenrecht.... Kriegsrecht.... kein Recht.... nichts)

Der Mensch jedoch ist immer noch der Erschaffer der Regierung, also schuldet die Regierung ihm, weil die Men-schen ihre Gläubiger oder Kreditoren sind. Der Mensch ist letztlich der Souverän, denn ansonsten könnte man niemanden für haftbar und verantwortlich ansehen. Also können wir getrost auch alle Rechtsebenen, die sie sich ausgedacht haben, zurückweisen: Völkerrecht.... Kriegsrecht des Hauptsiegers ... Besatzungsrecht der Besatzungsmacht.... ursprüngliche Gesetzgebung des besetzten Staates.... ursprüngliche Gesetzgebung der Länder.... Ordnungsrecht für besetztes Gebiet... usw. Wir können die Vermutungskette ad absurdum weiterführen.
.
Wollen wir nicht vergessen, dass wir Fehler machen könnten. Die Zurückweisung der Geburtsurkunde z.B., die das Seerecht mit einschließt, bringt nichts und setzt uns Menschen unnötig Gefahren aus. Wir können nicht zurückweisen, was uns nicht gehört. Mann oder Frau, die ihren eigenen Willen und Testament (voluntatem et testamentum) demonstrieren, haben einen weit höheren Anspruch und eine weit höhere Position als jeder Erzwin-gungsoffizier der Regierung unter dem Geburtsurkunden-Regime. Unter dem **freien Willen** ist die Geburtsurkun-de irrelevant, da alle registrierten Personen leblose Vermögenswerte sind; es könnte sogar argumentiert werden, dass ein Mann oder eine Frau, die Ihre Geburtsurkunde zurückgeben wollen, schwachsinnig (non compos mentis) sind. Der Halter der Geburtsurkunde besitzt jedoch CQV-Nutzungsrechte durch den Gebrauch der Person; damit denken sie, halten Sie hinreichend legale Autorität. Man könnte z.B. einen legitimen Bond auf der Rückseite einer beglaubigten Geburtsurkunde erzeugen. Wenn wir am Ende das Thema „Geld“ gut genug beleuchtet und durchdacht haben, könnten wir hieraus vielleicht eine Idee entwickeln, wie wir mit ein wenig Hintergrundwissen und ein paar legalen Instrumenten legal an unser Geburts-ESTATE gelangen.

Das Grundprinzip der praktischen Widerlegung ist relativ einfach. Zunächst ziehen wir alle Register unserer Rechtsvorbehalte und weisen Autorität und Identität des Computers zurück, der uns geschrieben hat. Wir machen uns nicht die Mühe, auf den Sachverhalt insgesamt einzusteigen, weil wir sonst in einem konkludenten Handels-vertrag mit ihnen zu versumpfen. Dann halten wir ihnen ihre eigenen Gesetze unter die Nase und geben ihnen eine Frist, ihrer Auskunftspflicht nachzukommen und unsere Rechtszweifel durch Widerlegung unserer Rechts-vermutungen zu beseitigen. Das werden sie nicht tun, weil sie es nicht können, wollen und dürfen. Nach Ablauf der Frist wird unser Schadensersatzangebot aktiv und wir drehen den Spies um, indem jetzt wir diejenigen sind, die rechtmäßig Geld wollen. Wie wir das genau machen, zeigt uns das Geldsystem-Kapitel. Ich denke, dass ich am Ende noch eine Checkliste beifüge, damit wir nichts vergessen und keine schlimmen Fehler machen.

11. KAPITEL Privilegien

Derjenige, der den **Vorzug** [Benefit] hat, solle auch die Last tragen (cujus est commodum, ejus debet esse incom-modum) [Bouvier`s Maxims of Law 1856]
Niemand ist gezwungen, einen **Vorteil** (benefit) gegen seine Zustimmung zu akzeptieren [Bouviers 1856 Dictionary]

Wie wir oben bereits gehört haben, genießt der Begünstigte eines Trusts Privilegien, die wir neudeutsch Benefits nennen. Der vermutete Hauptvertrag hierzu dürfte sein, **alles** zum Wohl der Öffentlichkeit aufzugeben und im Austausch dafür **Schutz** und **Rechte** als Benefits vom Staat, also **Privilegien** zu erhalten. Diese fundamentale Annahme der Jurisdiktion jedoch ist grundfalsch, denn die Basis dieser Privilegien sind seit der HJR 192 die Menschen selber, die als Sicherheit der Staatsverschuldung verpfändet wurden. Land und Leute sind jetzt die Sicherheit für die öffentlichen Schulden, also erwachsen jegliche sogenannten Privilegien und Benefits aus dem Land und den Leuten selbst und nicht aus dem Wohlwollen eines Staates. Der „Staat“ betrügt uns auf Schritt und Tritt.

„Betrug zerstört jede Transaktion und alle Verträge.“ [American Jurisprudence 2nd ,§ 8]
„Aus eine **Betrug** heraus entsteht keine Aktion (ex dolo malo non oritur actionem).“ [Bouvier´s Maximes of Law 1856]
„Es ist **Betrug**, Betrug zu verbergen (fraus est fraudem celare).“ [Bouvier´s Maximes of Law 1856]
„**Betrug** und Täuschung soll kein Mensch entschuldigen.“ [Bouvier´s Maximes of Law 1856]
„**Betrug** kreiert keine Besitzrechte seitens der Regierung.“ [Bouvier´s Maximes of Law 1856]
„Wenn ein Beschützer/Wächter sich seinem Mündel gegenüber **betrügerisch** verhält, ist er von der Schutzherr-schaft zu entfernen (si quis custos fraudem pupillo fecerit a tutela removendus est).“[Bouvier´s Maximes of Law 1856]

Das ist der Grund, warum wir niemals zugeben dürfen, dass wir irgendwelche Vorteile vom Staat erhalten, da dies eine Lüge ist und wir uns durch seinen Betrug an uns mit ihm verbünden. Außerdem gibt uns der Hauptvertrag eine **Ausstiegsklausel**,

die wir nutzen können. Wenn wir auf die Priviegien von **Schutz** und **Rechten** des Staa-tes verzichten, könnten wir aus dem Treuhandverhältnis aussteigen und den Vertrag auflösen. Was müssten wir hierzu tun? Man ändert einfach den Wohnsitz, wählt einen anderen Ort oder eine andere Regierung, z.B. die eigene. Damit geht man aus der Haftung, für den Schutz Steuern zahlen zu müssen. Leider muss ich zugeben, dass ich hier nur die theoretische Logik der Verhältnisse, so wie ich sie verstehe, darstellen kann und dass es sicherlich einigen Mumm und viel Wissen braucht, dies alles in der Praxis durchzusetzen. Die Gegenpartei hatte 2000 Jahre Zeit, um uns das Wasser abzugraben und ich hege den Hintergedanken, dass einer von Euch, der sich besser auskennt, diese Infos weiterentwickelt und seine Lösungen genauso frei zugänglich macht wie ich!

„Durch Teilnahme an einem staatlichen **Privilegien-Franchise** sind Steuern **Geschenke**...“ [31 U.S.C. § 321(d)]
Lizenz (Licence): „Lizenz oder **Erlaubnis**, -vom Gesetz verboten-, **etwas Illegales zu tun**, demzufolge sind alle Lizenzen eine Erlaubnis, das einzig gültige Gesetz zu verletzen.“ [Blacks Law 6th und 7th Ed.]
Lizenz (licence): „eine Erlaubnis (permission) einer Autorität....“ [Blacks 3rd S. 1110]
Erlaubnisse (permissions): „Verneinungen des Rechts. Entstehend entweder aus der Stille des Rechts (from the law's silence) oder ausdrücklich in einer Deklaration ausgedrückt.“ [etwas Ungesetzliches] [Black`s Law 2nd]
„Wo die **Leistung** von der Existenz einer gegebenen Sache [Gegenleistung, Privileg] abhängt, die als Basis der Vereinbarung betrachtet wird, wird die Leistung in dem Maß entschuldigt, wie die Sache [Privileg] fortfällt oder sich als nichtexistent herausstellt.“ [Dairy Food Store, Inc, v. Alpert (1931), 116 C.A. 670, 3 P.2d 61; Coulter v. Sausalito Bay Water Co. (1932), 122 C.A. 480, 10 P.2d 780.]

Sozialversicherung ist kein Vertrag! Es fehlt das Zahlungsversprechen!
Sofern also eine Aussage kommt, dass Du Benefits erhalten hast, dann können wir uns die nachfolgenden Argu-mente als Gedankenspiel zurechtlegen nach dem Motto: „Jedermann darf auf ein Gesetz verzichten, welches zu seinem Vorteil eingeführt wurde.“ [Bouviers 1856 Dictionary]

Erstens: ...beweise mir, dass Du die legale Autorität hast (UCC 3-501), mir die Nutzung von Privilegien zu unter-stellen! Diese Autorität hast Du nicht, denn Steuern an den Staat sind Geschenke. Ein Geschenk zu machen, ist kein Privileg, sondern eine freiwillige Angelegenheit. Für ein Geschenk kann man keine Benefits im Austausch bekommen. Ein Geschenk ist keine Last als Gegenstück zum Benefit.
Zweitens: … **b**eweise, dass ich einem Wohnsitz innerhalb des Staates freiwillig und per Vertrag zugestimmt habe, damit ich Subjekt einer Jurisdiktion dieses Staates sein kann, um Privilegien zu erwerben.
Drittens: … beweise mir, dass ich einem Franchise-Vertrag schriftlich zugestimmt habe
Viertens: … identifiziere ganz spezifisch die Gegenleistung, den Benefit oder die Kompensation und seinen monetären Wert hieraus, so dass ich öffentliches Eigentum seinem rechtmäßigen Eigentümer zurückgeben kann, um mein Standing wieder zu erlangen
Fünftens: ...bemerke, dass der Begriff Benefit die Bedeutung hat, dass ich und nicht Du ein vertragliches Recht habe, etwas zu beanspruchen, weil ich der Kunde bin und

Du der Dienstleister. In meinem Vokabular bedeutet der Begriff Benefit etwas, das ich vor Gericht erzwingen kann

Sechstens: ...ich bin nicht berechtigt für den Hauptbenefit, weil alle diese Benefits einen Public Officer -engagiert in Handel und Geschäft- erforderlich machen. Ich halte kein solches Public Office, noch bin ich im Handel und Geschäft engagiert [26 U.S.C. § 7701(a)(26)].

Siebtens: ...weiterhin ist es **Betrug**, Dinge Benefits zu nennen, welche die Leute gesetzmäßig nicht benutzen können. Ich bin nicht und war nie befugt, einen staatlichen Benefit zu erhalten. Denn ich bin keine solche Person, die Ihr Domizil in der Jurisdiktion der BRinD hat und bin deshalb kein Bürger oder Ansässiger der BRinD. Ich gehöre keiner diesen Gruppen an. [siehe 20 C.F.R. §422.104]

Achtens: …es war und ist nicht meine Absicht, jemals von euch Benefits zu akzeptieren, speziell keine Benefits, um meine unveräußerbaren Rechte aufzugeben. Das US Supreme Court hat geurteilt, dass derjenige, der einen staatlichen Benefit akzeptiert, seine Verfassungs-rechte aufgibt. „Das Prinzip ist beschworen, dass jemand, der den **Benefit** eines Status akzeptiert nicht zur Frage der Verfassungsmäßigkeit gehört werden kann. [124 U.S. 581,8 S.Ct. 631,31 L. Ed. 527]

Benefits wie die Straßenbenutzung oder Sozialversicherung sind nicht vertraglich und sollen zu gegebener Zeit geändert und abgeschafft werden [449 U.S. 166 (1980)]

Wir müssen beschließen, dass eine Person, die von dem Act „betroffen“ [covered by] ist, nicht solch ein Recht auf **Benefit-Bezahlungen** hat. [363 U.S. 603 (1960)]

Derjenige, der keinen Verdienst hat, der aus der Verbindung mit dem Handelsgeschäft – Franchise stammt und der kein Einkommen innerhalb der US Inc. erhält, kann keine **Haftung für Steuern** haben [26 U.S.C. §871]

… und darf auch keine der oben genannten Benefits erhalten.

„Als eine Regel, **Franchises** springen von Verträgen zwischen der souveränen Macht und den privaten Bürgern..“

[American Jurisprudence 2d, Franchises, §4: Generally (1999)]

Rufen wir uns nochmals ins Gedächtnis, dass jeglicher sogenannte **staatliche Benefit**, Besitz oder Gegenlei-stung (consideration) vom Tag der Ausstellung der Geburtsurkunde der Person ähnlich lautenden Namens wie ein Geschenk zu behandeln ist. Hieraus kann weder ein Treuhandverhältnis noch eine Verpflichtung oder Haftung vermutet werden. Der einzige Wert, den es gibt, sind wir, die Menschen in Form von Du und ich. „... eine Person gibt Wert für Rechte....“ [UCC 1-201]. Basierend auf der HJR 192 kann kein „Staat“ auch nur ein einziges Privileg begründen.

Es soll nur eine Randbemerkung sein, dass dieses Spiel bereits 1783 erfunden wurde:

Definitive Treate of Peace Artikel III 1783

Dort wurde das Privileg erfunden, essentielle staatliche Dienstleistungen zu nutzen, mit Schuldverschreibungen bezahlen zu dürfen oder dem Adel die Vorzüge von Immunitäten und den Ausschluss von der Haftungen zuzuweisen.

12. KAPITEL Wohnsitz, Adresse, Unterschrift

12.1. Wohnsitz

Wie wir bereits wissen, besitzt niemand Eigentum, sodass wir nur Pächter sind [Senate Document 43, 73 rd Congress 1. Sitzung]. Nachdem uns das ganze Spiel mit der Person heute einleuchtet und wir uns damit abgefunden haben, dass sie uns nicht gehört, weil sie nicht uns Menschen meint, ist uns aller Wahrscheinlichkeit nach die folgende Frage bisher nie in den Sinn gekommen: **wem gehört eigentlich unsere Adresse?** Richtig! Sie gehört dem Staat. Dürfen wir sie also als „meine ADRESSE" ausgeben? Das dürfen wir natürlich nicht! Ebenso wenig gehört uns die Postleitzahl. Da wir beides aber in Lizenz benutzen, benutzen wir ein Statutenprivileg und unterwerfen uns damit wiederum den Statuten des Staats. Es sieht so aus, als müssten wir an unserer Adresse arbeiten. Schauen wir uns zunächst an, was die Rechtswörterbücher in punkto Wohnsitz und Adresse zu bieten haben.

Wohnsitz (domicile): „der Platz, den ein Mann freiwillig als seine Wohnstätte und die seiner Familie bestimmt hat, nicht für einen vorübergehenden Zweck sondern in der gegenwärtigen Absicht, ein andauerndes Heim zu haben...." [Black´s Law 2nd]
Wohnsitz (Domicile): „… der Platz, an den zurückzukehren er beabsichtigt, auch wenn er aktuell anderswo wohnen mag." [Black`s Law 6th]

Adresse (address)**:** „Ort des Geschäfts oder Aufenthalts; der Teil der Rechnung beinhaltend die dazugehörige und technische Beschreibung des Gerichtssitzes, wo die Rechnung ausgestellt wurde." [Black´s Law 2nd]
Adresse: „die Gesamtheit der Angaben, über die eine Person erreichbar ist" [Köbler Rechtslexikon S.8]
nicht wohnhaft (non-domicile)**, nicht ansässig** (non-resident): „einer, der kein Bewohner innerhalb irgendeiner in Frage kommenden Jurisdiktion ist; kein Einwohner des Staates des Gerichts;" [Black´s Law 2nd]

Wie im Kapitel über die Strohmannzwillinge bereits angedeutet, müssen wir uns auch in diesem Kapitel die grundlegende Frage stellen, welcher von beiden in Bezug auf Wohnsitz und Adresse denn überhaupt gemeint ist.
Der private Strohmann, -sollte er noch irgendwo zum Vorschein kommen-, hätte seinen (...Achtung!) geogra-fischen Wohnsitz dort, wo er in gegenwärtiger Absicht ein andauerndes Heim begründet.
Ist er jedoch ein Public Officer, dann ist sein Wohnsitz die Anschrift der Jurisdiktion, der er untersteht. Bemerken wir, dass das Wort Anschrift / Adresse in gedruckter Form außer ein paar Mikrogramm Druckerschwärze keine Substanz hat und keinen Ort, außer das Papier, worauf sie geschrieben ist. Das ist zunächst nicht leicht zu verstehen, denn man glaubt naturgemäß, dass die Ortsangabe das hoheitliche Territorium eines Staates ist, aber dieses ist maximal ein bankrottes Firmengelände wie z.B. Washington D.C..

Um einen Ausweg aus dem ganzen Durcheinander zu finden, müssen wir zunächst in ein noch viel schlimmeres abtauchen, um hinterher mit einem Gewinn wieder aufzutauchen, indem wir das Problem knacken. Welcher der zur Verfügung stehenden Kandidaten ist nun wohn**haft**? Seht mal selbst!

Einwohner (inhabitant): „einer, der aktuell und dauerhaft an einem bestimmten Ort wohnt und seinen Wohnsitz hier hat; die Wörter Einwohner (inhabitant), Bürger (citizen), Ansässiger sowie Beschäftigter (employed) bedeu-ten, verwendet in verschiedenen Verfassungen, um die Eigenschaft von **Wählern** zu definieren, substanziell das selbe. Einer ist Einwohner, Ansässiger oder Bürger an dem Ort, wo er sein Domizil oder Zuhause hat." [Black´s Law 2nd]
Einwohner: „der Begriff umfasst alle Personen, die in einem bestimmten Gebiet ihren ständigen oder überwiegenden Wohnaufenthalt haben, unabhängig davon, ob mit dem Wohnsitz auch Bürgerrechte verbunden sind." [deutsches Rechtswörterbuch]
einheimisch / inländisch (domestic): „einem Haus, einem Domizil oder dem Geburtsort zugehörig oder sich darauf beziehend" [Black`s Law 5th page 434]
Bürger (Citizen): „Allgemein, ein Mitglied einer freien Stadt oder eines freien Landes...., das alle Rechte und Privilegien besitzt, die eine Person nur haben kann..." [Black´s Law 2nd]
Ansässiger (Resident*): „Jede Person, die eine Wohnung bewohnt, hat eine gegenwärtige Absicht, für eine Zeitperiode innerhalb des Staates zu bleiben und manifestiert die Ernsthaftigkeit dieser Absicht durch die Etablierung einer andauernden physischen Präsenz innerhalb des Staates." [Black´s Law 2nd]
* aus lateinisch: res Sache, Ding und identitas,Wesenseinheit; Deutsche Bedeutung: Statthalter, Geschäftsträger;

Ansässiger Fremder (resident alien): „einer, der noch kein Bürger dieses Landes ist, der ins Land kam mit der Absicht, seine früheren Bürgerrechte preiszugeben und hier zu wohnen.“ [Black`s Law 6th page 1309]
“Bürgereigenschaft (citizenship) und **Wohnsitz** (domicile) sind Synonyme” [Black`s Law 6th]
“...diese Auffassungen haben lange Tradition und leiten sich aus dem christlichen Anspruch ab, dass die „eingeborenen Leute“ rechtmäßige Beute und Raubgut ihrer zivilisierten Eroberer seien.” (Päpstliche Bullen von 1452 und 1493) [Wheaton:270-1]
Namen von Vessels (names of vessels) werden in gedruckter Form anders als römische Kleinbuchstaben ange-geben. Sie werden, anders ausgedrückt, in GROSSBUCHSTABEN angegeben mit der Bedeutung der Kapitalisierung unter Römischen Recht. (US Government Printing Office Style Manual § 11.7)
Individuen (26 CFR §1.1441-1(c) (3) und 26 U.S.C. §7701(b)(1)(B))
(i) Fremder... Ansässiger, Fremde, Ansässige und fremde Ansässige sind Äquivalente
(ii) Nichtansässige Fremde
(iii) **kein Bürger der US kann ein nicht ansässiger Fremder sein**. Ein nicht ansässiger Fremder wird behandelt wie ein ansässiger Fremder oder ein Ansässiger.

Merke: Man muss ein nicht-ansässiger Fremder sein [7701(b)(1)(B)], um ihrem Wohnsitz zu entkommen!

“Eine **Korporation** ist ein Bürger, Ansässiger, oder Einwohner des Staates oder Landes durch oder unter den Gesetzen, aus denen sie [die Korporation] erschaffen wurde....” **"A corporation** is a citizen, resident, or inhabitant of the state or country by or under the laws of which it was created, and of that state or country only." [19 Corpus Juris Secundum (C.J.S.), Corporations, §886 (2003)]

Jede Person, geboren innerhalb der Begrenzungen (**limits**) der Vereinigten Staaten und **Subjekt der Jurisdik-tion**, ist ein **Bürger der Vereinigten Staaten** [Congressional Globe, 39th Congress, 1st Session, page 2890 (1866)]

Die 14. Verfassungsänderung der US-Verfassung allerdings erzeugte Personen und machte sie zum Eigentum des Staates; hier liegen auch die Anfänge der Geburtsregistrierung. Das 14th Amendment, ratifiziert in 1868, er-schafft … zum ersten Mal einen Bürger der Vereinigten Staaten, **im Unterschied** von dem der [Bundes-]Staaten. [Black`s Law 6th page 657]

Kommt Euch das bekannt vor?

„Sie gelten als nicht ausgebürgert, sofern sie nach dem 8. Mai 1945 ihren Wohnsitz in Deutschland genommen haben und nicht einen entgegengesetzten Willen zum Ausdruck gebracht haben.“ [Artikel 116, Abs.2, Satz 2 des Grundgesetzes] (...dass die Beantragung unseres Perso´s der entgegengesetzte Wille war, steht allerdings nicht im Grundgesetz!)

Aha, es hat in den USA genauso wie in der BRinD nie eine Staatszugehörigkeit gegeben, nur die Bürgereigen-schaft in Verbindung mit den einzelnen Bundesstaaten bzw. Bundesländern. Natürlich fragt sich das gesunde Halbwissen des Laien, wie es eine Staatsangehörigkeit geben könnte, wenn es den Staat nicht gibt, dem man angeblich zugehörig ist. Wer hier Defizite hat, sollte sich über die Vorträge von

Andreas Clauss schlau machen. Er stellt das weltmeisterlich dar!!! Ihn erwähne ich immer, weil er mich -unbekannterweise- auf das ganze Thema gebracht hat. Dankeschön dafür!!!

Um die ganzen verwirrenden Rechtsdefinitionen auf die Reihe zu bekommen, lasst uns etwas Abstand nehmen und uns in Urlaub fahren, beispielsweise nach Italien...

… wenn man nach Italien fährt, gilt man dort als Ausländer. Danach wird man zum Bewohner Italiens. Warum? Weil man jetzt dort lebt, wir sind etwas länger geblieben. Aber man ist kein italienischer Bürger im Sinne der italienischen Verfassung. Warum? Weil man ein Ausländer ist. Dass ein Einwohner ein Ausländer ist, funktioniert ganz genau so. Weil er kein Bürger ist, bleibt nur ein ausländischer Ansässiger (alien resident) übrig. Aber nur Bürger eines Staates haben Bürgerrechte. Wenn man ein Bürger ist, ist man kein Ausländer und auch kein Ansässiger. Als letzterer hat man zwar keine verfassungsmäßigen Rechte, jedoch hat man das freie Recht zu reisen, wird nicht besteuert und benötigt keine Lizenzen.
Wenn man aber die Bürger als solche mit ein paar rechtlichen Tricks abschafft, bleiben die verfassungsmäßigen Rechte zwar bestehen, aber sie sind nicht anwendbar. Warum? Weil es die Bürger nicht mehr gibt, auf die sie Anwendung finden. Die Bürger sind jetzt Ausländer, Ansässige, Individuen oder Einwohner, oder anders ausge-drückt: sie sind ausgebürgert, expatriiert! Und jetzt stehen wir betröppelt da, sehen in den Spiegel und schauen in das Gesicht eines.... Public Officer`s! Viele tolle Privilegien, aber keine Rechte.
Die Regierung kann niemals ein unveräußerliches Recht regulieren, ansonsten wäre es kein Recht sondern ein Privileg. Also kann eine Regierung nur die Privilegien in ihren Statuten ändern, aber keinesfalls die Rechte. Dass ein unveräußerliches Recht nicht zur Anwendung kommt, hat nur einen einzigen Grund: man eliminierte die Anwender! Dasselbe machen sie, wenn sie nach den Menschenrechten winseln. Die Menschenrechte gibt es, aber es gibt die Menschen dazu nicht. Sie haben sie eliminiert! Das ist der ganze Trick!
Italien war zwar schön, aber wir fahren trotzdem wieder heim. Auf der Fahrt zurück überlegen wir hin und her, wie wir dieser Mühle nur entkommen könnten, als gerade eine wichtige Durchsage im Radio kommt....

privat: „besitzt die absolute Eigentümerschaft der eigenen Arbeitskraft, Körper und Vermögen, gleiche Beziehung zur Regierung vor Gericht, ist ein Nichtansässiger (non-resident) in Beziehung zum Staat, ist keine öffentliche Entität im Rahmen von Statutengesetzen, ist nicht beschäftigt (employed) in einem öffentlichen Office oder im Handel oder Geschäft (trade and business) (26 USC § 7701(a)(26), ist nicht vertragsgebunden durch irgendeinen öffentlichen Status, oder öffentliches Privileg oder öffentliches Recht unter keinem Zustand oder föderalem Fran-chise; absolute Eigentümerschaft, nicht Subjekt gesetzlicher Erzwingung mit dem Recht, alleine gelassen zu werden.“

Und jetzt kommt uns eine blendende Idee. Wir werden umziehen und unsere Adresse ändern. Ab sofort sind wir privat, also ein nicht-ansässiger Ausländer (non-resident alien). Den Public Officer werden wir los, indem wir den Wohnsitz auf nicht inländisch (non-domestic) ändern, da wir keinem Wohnsitz (non-domicile) zugehörig sind. Wir haben keine gegenwärtige Absicht mehr, ein andauerndes Heim zu haben. Als guter Christ ist ja unser Wohnsitz auch nicht die Erde, sondern der Himmel und

wir sind nur Durchreisende (transientes). [Johannes 14.2-3] Ohne Wohnsitz in einer spezifischen Jurisdiktion werden sie uns als nicht-ansässige Ausländer betrachten. Und nicht-ansässige Ausländer sind keine Partei zu einem Franchise-Privilegien-Vertrag und haben keine Beziehung zum Staat.
14. Amendment Abschnitt 1. Alle Personen, die in den Vereinigten Staaten geboren (= der Ort, an dem die Ge-burtsurkunde liegt) oder eingebürgert sind und ihrer Gesetzeshoheit unterstehen, sind Bürger der Vereinigten Staaten und des Einzelstaates, in dem sie ihren Wohnsitz haben (All persons born or naturalized in the United States, and subject to the jurisdiction thereof, are citizens of the United States and of the state wherein they reside.)

Die Vereinigten Staaten wurden zu einer Korporation. Wo kann man in einer Korporation wohnen? Auf dem Firmengelände in Washington D.C.! Und wie wird man Subjekt? Durch einen Arbeitsvertrag mit der Regierung als Public Officer!
Den Bürger können wir uns somit auch schenken, denn das 14th Amendment hat uns zu Sklaven gemacht, dessen Eigenschaft wir mit dem Wohnsitz anzeigen. Und nach 8 U.S.C. §1401 kann kein nicht-ansässiger Aus-länder ein Bürger sein. Mit dem Bürger haben wir wie gesagt auch ihre Privilegien los und die vielen Treuhandver-hältnisse. Wer zudem keinen Wohnsitz hat, kann nicht prozessieren oder verklagt werden, hat keinen Status oder zivilen Status, ist kein statutarischer Bürger oder eine Person oder Individuum. Einfacher ausgedrückt: wir sind dann eine nicht-ansässige (ausländische) Nicht-Person [26 U.S.C. §3121(e)and 26 C.F.R. §1.1-1(c)] (…. geht`s noch?)
Bevor wir es vergessen. Ein Bürger schuldet seine Treuepflicht und Gehorsam dem Staat, der ihn schützt. Da der Staat zur Jurisdiktion verkommen ist, sollten wir besser auch diese Treuepflicht aufkündigen und widerrufen, am besten beeidet mit einem Affidavit. Unsere Treupflicht gehört jetzt unserem Land.

Schlussfolgerung hieraus: insgesamt gesehen sollten wir jetzt verwirrt genug sein, um in die Psychiatrie einzu-wandern, in welche sie uns gerne stecken würden, wenn wir diesen Schwindel entlarven.

Eine Partei ohne öffentlichen Status ist: ein Nichtansässiger, ein durchreisender Ausländer (transient alien), eine staatenlose Person, ein Durchreisender und ein ziviler Toter. Diese alle haben legislativ gesehen ein fremdes Domizil. Einen Wohnsitz zu nehmen bedeutet, Subjekt von etwas zu werden. Durch die Wahl eines Wohnsitzes delegieren wir die Rechte an eine Regierung. Wenn wir umziehen, ist die Regierung in Bezug auf uns ausländisch. Was eine Regierung ausländisch macht ist der Fakt, dass man kein Domizil hat in ihrer Jurisdiktion. Es ist ein Eingriff einer fremden Regierung in meine Souveränität, wenn sie meine zivilen Rechte bestimmen will. Hoppla, das müssen wir uns gut merken!
Wenn man sich physisch in einem anderen Staat und einer anderen Jurisdiktion aufhält als in der, wo man seinen Wohnsitz genommen hat, dann ist die Erklärung des Status nicht bindend für die fremde Jurisdiktion, in der man sich befindet. Ein italienischer Durchreisender in der BRinD. Drehen wir das Spiel einmal um:
„Wer außerhalb seines Gebiets Recht spricht, darf ungestraft missachtet werden“ [wegen Verstoßes gegen die Zuständigkeitsordnung] Maxime des Rechts: extra territorium jus dicenti impune non paretur [10 Co.77;Dig.2.1.20; Law`539;Broom, Max.100, 101]

Der Wohnsitz macht die Jurisdiktion, der ich unterliege. Und der Wohnsitz hängt allein nur von einem Zusammen-fallen von physischer Präsenz und der Absicht ab, dauerhaft dort zu bleiben. Wie ich uns kenne, ist es keinesfalls unsere Absicht, dauerhaft am Ort der Jurisdiktion auf diesem kleinen Stückchen Papier zu verbleiben. So viele wohnen auf diesem Stückchen Papier, sodass wir wahrscheinlich gar nicht alle Platz hätten. Wie sollte auch eine juristische Person, eine Geburtsurkunden-Vermögensmasse einen geografischen Wohnsitz haben können? Wenn also der neue Vertrag, den wir als Souverän mit der Regierung abschließen werden, an unserem neuen Wohnsitz zustande kommt, dann müssen wir die Strohmann-Regierung als private Partei behandeln. Wir handeln ja aus einem Privatvertrag heraus. Der Regierungs-Beamten-Strohmann hat dann keine souveräne, offizielle oder richterliche Immunität mehr in Bezug auf uns.

Und hier unsere Ausstiegsklausel: Das Heilmittel für das 14. Amendment gleichwie für die “Deutsche Staats-angehörigkeit” ist 15 United States Statute at Large (Expatriation Statute)

15 Statutes at Large, Chapter 249 (section 1), enacted July 27 1868
Chap. CCXLIX. --- Ein “Act” betreffend die Rechte Amerikanischer Bürger in fremden Staaten

Wo das **Recht der Ausbürgerung** ein natürliches und angeborenes Recht aller Leute ist, unverzichtbar für das Ausleben des Rechts auf Leben, Freiheit und dem Streben nach Glücklichsein; und wo in Rücksichtnahme auf dieses Prinzip diese Regierung gerne Immigranten von allen Nationen aufgenommen und sie mit Bürgerrechten ausgestattet hat; und wo solche amerikanischen Bürger mit ihren Nachkommen Subjekte fremder Staaten sind, die der Regierung hieraus ihre Treuepflicht schulden; und wo es zur Aufrechterhaltung des öffentlichen Friedens notwendig ist, dass dieser Anspruch fremder Treuepflicht sofort und endgültig geleugnet wird; gießen wir in Ge-setzeskraft..., dass jegliche Erklärung, Anweisung, Meinung, Anordnung oder Entscheidung jeglicher Beschäftig-ten dieser Regierung, die dieses Recht auf **Ausbürgerung** verleugnen, einschränken, beeinträchtigen oder in Frage stellen, hiermit als unvereinbar mit den fundamentalen Prinzipien dieser Regierung erklärt werden.

Wenn wir also umziehen, und das müssen wir definitiv, werden wir uns das “**Expatriation Statute**” zu eigen machen, den Vertrag auflösen, der Juridsiktion die Treuepflicht entziehen und einen neuen Vertrag mit einem besseren Land abschließen. Überlegt Euch bis zum Ende des Skripts, wo ihr am liebsten leben würdet! Ah, ja, einen Friedensvertrag schließen wir natürlich auch!

Übrigens: sollte es Euch genauso stören wie mich, dass ich hier ständig Ami-Gesetze anführe... sie dienen uns nur als Anker, als Halt für den Weg hinaus, für unser Entkommen. Ich bevorzuge lieber die Gesetze des Prinzi-pals, als die des Vasalls. Die BRD würde diese nie ableugnen. Und noch ein Trost! Wie die letzten Kapitel zeigen, gibt es außer uns keinen Souverän und keine Autorität. Wir werden am Ende niemanden etwas fragen und nie-manden etwas nachweisen müssen, außer, dass

wir eine Veröffentlichung machen. Es wird genau umgekehrt sein, denn wir bringen sie dazu, uns etwas nachweisen zu müssen!

Fassen wir zusammen:
Eine Verfassung etabliert einen Public Trust, der ein Kunstgebilde ist. Der Korpus des Trusts sind alle öffentlichen Rechte und alles öffentliche Vermögen. Die Treuhänder des Trusts sind alle Leute, die als Einwohner, Bürger, Ausländer, Ansässige usw. in der Regierung als sozialversicherte Public Officers und Steuerzahler arbeiten. Alle privaten verfassungsmäßigen Bürger, - nicht die Public Officers- , sind die Begünstigten, sofern es noch welche gäbe. Der Stifter des Trusts ist der Staat und seine Regierung, die er geschaffen hat. Menschen sind selbstver-ständlich nicht Vertragspartei oder Treuhänder oder begünstigt. Und dies alles wird zusammengehalten vom **Wohnsitz**. Denn...

... „es ist die Örtlichkeit, die die Anwendung der Verfassung bestimmt und nicht der Status der Leute.” [Balzac v. Porto Rico, 258 U.S. 298 (1922)]

Wenn es also keine Örtlichkeit gibt, oder eine ganz andere, dann ist die Anwendung der Verfassung und der Statutengesetze nicht möglich! Wie war das in der Einleitung zu diesem verwirrenden Kapitel? Die Personen-adresse ist eine staatliche Firmenadresse des öffentlichen Strohmanns und ein großzügiges Privileg der Regierung. Haben wir jetzt noch etwas vergessen? Wir haben die Post und die Postleitzahl vergessen. Auch sie sind Privilegien, auf die wir den Titel nicht haben und die uns zu Untertanen ihrer Statuten machen. Also setzen wir die Postleitzahl zukünftig lieber in eckige Klammern, um das Privileg auszuschließen.

Was bezwecken wir eigentlich mit der Bekanntmachung der Änderung unseres Wohnsitzes und unserer Bürger-eigenschaft? Die Scheidung von der BRD bedeutet:

... legaler, politischer und kommerzieller Komplettausstieg aus der BRiD und U.S. Inc. (States of...)
... Bestätigung der Örtlichkeit, an der wir geboren wurden, sofern erwünscht
... keine Aufgabe der Nationalität, sofern erwünscht
... ein souveräner Mensch zu werden, anstatt eine statutarische Person der Jurisdiktion zu bleiben
... ein Nichtsteuerzahler zu werden
... eine de facto staatenlose Person (nicht de jure), aber ein Mensch zu werden (= zu bleiben)
... eine sozialversicherungsfreie Person zu werden, aber ein rundherum „versicherter“ Mensch (siehe später)
…eine dem jetzigen “Staat“ gegenüber ausländische und souveräne Jurisdiktion auf Augenhöhe zu sein

Wie wir das hinkriegen? Wir machen eine komplette verwaltungstechnische Aufzeichnung, die unser Standing und unsere Absichten gegenüber der Regierung dokumentieren. Wir hebeln ihre unrechtmäßigen Vermutungen aus, schaffen uns ihre Privilegien vom Hals und erklären uns als freie Souveräne, denen eine Regierung zu dienen hat. Mit einer guten verwaltungstechnische Aufzeichnung haben wir einen guten Beweis vor Gericht, zu dem wir nicht hingehen. Wir nutzen dabei den Vorteil

aus, kein Regierungsformular zu benutzen, weil es a) für diesen Zweck keines gibt und b) dieses uns nur unwillentlich zurück in ihre Handelsverträge brächte.

Denkt künftig bitte immer an unseren Italienurlaub. Mit dem Wohnsitz sind wir vor allem aus ihrer Jurisdiktion und aus der „Steuerpflicht“ ausgestiegen. Wir sind jetzt völlig Fremde gegenüber dem Staat. Und unser „Staat“ und unsere „Regierung“ sind jetzt uns gegenüber völlig fremd! **Wir** sind jetzt der ausländische Staat gegenüber der ausländischen (vormals unsrigen) Regierung und operieren in fremder Jurisdiktion. Wir sind äußerst immun und getrennt von ihm.

Anmerkung zum Verständnis: wie wir am Ende der Ausführungen sehen werden, wurden de jure bereits 2012 sämtliche Staatskonzerne, Behörden und Banken vorschriftsmäßig zwangsvollstreckt, öffentlich bekannt ge-macht über das UCC-1 - Financing Statement. Der Vatikan hat ebenso seine Herrschaft beendet. Aber... de facto drangsalieren sie uns wie eh und je und noch schlimmer. Wenn wir uns schon mit ihrem „Rechtssystem“ beschäf-tigen, dann sollten wir uns auch jetzt daran halten, wie wir es schon immer getan haben. Wir müssen irgendwas tun, was ihren heiligen Verwaltungsanweisungen entspricht, damit sie uns glauben. Wenn es kein Formular oder keine Vorschrift gibt, werden sie missmutig. Deshalb werden wir uns an ihre Vorschriften halten, damit sie „mit-denken“ können. Personen mit schwachem Verstand gegenüber sollten wir höflich sein.

Aber es gibt keine Autorität mehr, da alle Autoritäten bankrott und zwangsvollstreckt sind. Jeder haftet jetzt per-sönlich. Ich habe herumprobiert, aber sie haben mir nicht geglaubt. Deshalb stehe ich auf dem Standpunkt, dass wir radikal umdenken und das Prinzip von Befehl und Gehorsam, eine Fiktion unserer Gedankenwelt loswerden müssen. Es gibt keine Obrigkeit mehr. Es gibt niemanden, den wir um Erlaubnis oder um einen Stempel fragen müssten. Dieser Lernprozess erfordert Wissen, Mut und Ausdauer, aber er wird uns glücklicher machen. Ich möchte wetten, dass die Erkenntnisse und Werkzeuge dieser paar Seiten ihren Beitrag dazu leisten könnten. Deshalb sehe ich nicht, dass wir viel Anstrengung unternehmen sollten, um frei und souverän zu werden. Denn frei und souverän sind wir schon, nur nicht in unseren Köpfen! Also sind nicht sie das Haupthindernis sondern wir selbst, möglicherweise, weil wir uns als Opfer sehen! Das ist die tödlichste aller Fallen, die sie für uns aufgestellt haben. Denn sie sind seit 25.12.2012 gar nicht mehr existent. Unsere „hoheitliche“ Vertragspartei ist weggefallen. Nur in unseren Köpfen sitzt noch das falsche Gedankengut. Und genau daran sollten wir wirklich arbeiten!

In Afrika gibt es einen See, wo die Einheimischen Fische mit langen Stangen fangen. Sie halten diese über die Wasseroberfläche. Wenn die äquatoriale Sonne scheint, werfen die Stangen lange Schatten und damit treiben sie die Fische in ihre Netze. Wie lange nochh wollen wir uns von den Schatten ihres Rechtssystems in ihre Netze treiben lassen? Also stehe ich auf dem Standpunkt, dass wir uns gar nicht mehr auf sie einlassen müssen, denn es gibt sie nicht mehr. Also können wir auch nicht zerstören, was nicht da ist, indem wir rebellisch werden oder unseren Unmut äußern! Gott bewahre!

12.2. Adresse

Bevor wir uns gleich an unserer Adresse zu schaffen machen, möchte ich Euch noch auf etwas hinweisen. Ich denke, damit richtig zu liegen. Wie die Rechtswörterbücher uns lehren, ist Rechtliches Fiktion und der Mensch die alleinige Wirklichkeit. Mehrfach haben wir es erwähnt. Wirkliches kann mit Fiktionalem niemals interagieren. Also hat man den Strohmann als Mittelsmann eingeführt. Nur er kann im Rechtlichen interagieren. Er ist im Rechtli-chen der Prinzipal, der Mensch hat im Recht nichts zu suchen, es gibt ihn dort nicht. Er ist sozusagen erhaben und ein Außenstehender! Somit kann der Mensch nur als Agent seines privaten Strohmanns, die einzig mögliche Vertragspartei, Schriftsätze an das fiktive Rechtssystem weitergeben. Bevor dieser Schwachsinn nicht endgültig revidiert ist, müssen wir uns vorerst wohl mit dieser «Realität» zufrieden geben und unseren privaten Strohmann bemühen, den ich beim Start meines Skripts eigentlich abschaffen wollte.

Hier also mein Vorschlag zur Adresse nach dem Motto: der Mensch schreibt, der Strohmann übermittelt:

[MP]Hans-Xaver:Meier ©
`Am Abwasserkanal 1`
c/o [98765] `Hinterschmiding`
-nicht Adresse - nicht Person - nichtansässiger Fremder- nicht Wohnsitz - ohne BRD/US - nicht Militär -
derzeit Bayern - kein erzwungener Agent - Inhaber des Titels und Begünstigter der Geburtstreuhand -
-Secured Party und Kreditor - öffentlich aufgezeichnet – autorisierter Repräsentant - privates Standing -
nicht haftbar gemäß HJR 192 - Kreditor der CROWN CORPORATION - außerhalb BAR-alle Interaktio-
nen im Handelsrecht:..auf Armeslänge (BlacksLaw 1st/ 2nd/7th) - ohne Präjudiz-alle Rechte vorbehalten -
UCC # 1-103 und UCC # 1-308 -ohne Rekurs-souverän-kein Subjekt der Jurisdiktion-nicht inländisch-
-sämtliche Vertragsbeziehungen und Bezugnahmen im UCC-1 Financing Statement öffentlich gemacht-

Es ist augenscheinlich, dass es unsere neue Adresse in sich hat. Die Kleinschreibung des Namens, ein Mensch unter souveränem Standing, der Strohmann in privatem Recht, ohne Wohnsitz, somit nicht steuerpflichtig, ein Kreditor der Regierung, nicht haftbar und alle Geschäftsbeziehungen auf Armeslänge, somit kein Treuhand-verhältnis, klagefähig unter Common Law und keine Möglichkeit gegnerischer Rechtsmittel (kein Rekurs) sowie eingetragen und öffentlich bekannt gemacht mit Copyright.
Damit mag ich zwar von irgendjemanden Post erhalten, ich akzeptiere diese aber nicht, denn die Person ist nicht vorhanden, der man das Angebot machen könnte. Wenn künftige Briefe, die nicht korrekt adressiert sind, ankom-men, dann gibt man den Brief zurück, indem man darauf vermerkt: „nicht wie adressiert zustellbar"!

MP: kleingeschrieben (micro print); zeigt, dass ein Mensch aus Fleisch und Blut vorhanden ist

Black`s Law Dictionary stellt in Band 6, Seite 264, revidierte 4. Ausgabe (revised 4th edition) von 1968 fest: **„Die Großschreibung der Buchstaben jemandes natürlichen Namens endet mit einer Verminderung oder dem Verlust des rechtlichen Status oder der Staatsbürgerschaft, indem man sogar zum Sklaven oder zum Gegenstand des Inventars wird. Die Methode, durch welche der Staat eine natürliche Person veranlasst, sich „freiwillig" in die Sklaverei zu übergeben, erfolgt durch das Formen der Einrichtung einer juristi-schen Fiktion (eben: alle Buchstaben als GROSSBUCHSTABEN)."**
Es gibt verschiedene Kapitalisierungsarten des Namens:
Mensch: john doe alle Rechte vom Schöpfer
natürliche Person: John Doe alle Rechte der Magna Charta
künstliche Person: John DOE hat noch verschiedene Rechte
korporative Person: JOHN DOE hat die Rechte, wie der Admiral der Korporation es bestimmt (Seerecht-Statuten)
Kriegsname: DOE, JOHN keine Rechte und kompletter Sklave des Admirals

©: siehe Beispiel in den Schriftsätzen...

c/o: care of, in der Bedeutung von „bei"; im Sinne von „vorübergehend zur Untermiete", um nicht den Anschein eines Wohnsitzes zu erwecken, den man in gegenwärtiger Absicht dauerhaft angenommen hätte

[ ]: eckige Klammern schließen die Postleitzahl aus, die uns ansonsten als Privileg ausgelegt werden würde; in eckige Klammern gesetzt sind Postleitzahlen "irrelevant, erläuternd und eingefügte Sachen" [The Style Manual for the California Supreme Courts, 1984]. Damit hat die Postleitzahl keine Kraft und Wirkung mehr im Gesetz.

ohne Rekurs: kein Zurückkommen darauf möglich, Rückgriff, Bezugnahme, Einspruch oder Regress nicht erlaubt,
nicht verhandelbar
Ohne Regressanspruch (no recourse): kein darauf Zurückkommen, keine Rückkehr, keine Vermu-
tung jeglicher Haftung, egal worüber [Blacks Law 4th page 1198]

Secured Party: …. wird später erläutert...

: Doppelpunkt zwischen dem Vor – und Familiennamen sollte in hinreichender Weise die Schreibweise vom Per-
sonennamen unterscheiden.

12.3. Das Problem mit der Post

Postlieferung frei Haus wird als kommerzieller Benefit im Krieg betrachtet (commercia belli bedeutet kommerzielle Vereinbarung im Krieg, Kriegsvertrag). Alle diejenigen, die Adressen benutzen, wurden in kommerzielle Personen konvertiert, somit wir alle. Der Beweis hierfür ist, dass nur bezahlt wird für den Transport von

Postamt zu Postamt. Kostenfreie Postzustellung ist ein Militärprivileg (aus dem Sezessionskrieg von 1863). Die Auslieferung an des Endkunden Briefkasten ist ein Benefit, denn diese Postzustellung ist frei. Jeder Briefkasten vor der Haustür impliziert also ein Privileg aus einer Treuhandbeziehung. Eine wirksame Abhilfe wäre ein Postfach, um dem Privileg zu entgehen! Noch viel besser wäre es, würden sich mehrere „echte" Menschen zusammentun und gemeinsam ein Postfach halten. Aber dass sich Gleichgesinnte zusammentun und sich gegenseitig schützen und unterstützen ist ohnehin die ultimative Antwort auf jegliches Rechtssystem.

„**Jeder** ... ist ein **Begünstigter** (Beneficiary). …. [die Existenz des Postdiensts] ist Beweis, dass das wahre Ziel der Post der Service ist und nicht, Geld zu machen." [U.S. Postal Policy, D. Aplleton and Company 1931] Dieses freie Lieferservice-Privileg der Post hatte jedoch eine weit größere Wohltätigkeit im Auge, nämlich die Teilnehmer damit unwissentlich zu Co-Schuldnern und Handelsnamen des Strohmanns zu machen und in ein Treuhandsystem zu packen. Das Akzeptieren von freien Postdiensten macht jedermann zu einem **Begünstigten** und einen Schutzsu-chenden einer Treuhand. Diejenigen, die nicht selber für sich sorgen können, sind Subjekt der parens patriae – Doktrin. Willkommen im Club der Unfähigen!

Kurzum: die Privilegien durch die Postzustellung alleine werden uns unsere Souveränität auch nicht mehr weg-nehmen können und sie sind wirklich nicht unser größtes Problem!

12.4. Unterschrift und Autograph

Lebende Menschen siegeln Dokumente mit einem Autograph; Korporationen (Personen) benutzen Unterschriften.
Unterschriften machen Public Officers aus einem Public Office heraus. Streng genommen ist es ihnen nicht er-laubt, uns zu adressieren, da wir, wie oben gehört, ein fremder Staat sind. Und wenn sie mit uns sprechen, haben sie es schwer mit ihrer Täuschung, dass wir tot seien.
Unseren Autograph setzen wir **in roter Tinte** mit Vorname Zuname und Nachname, am besten wie unten darge-stellt. Rot hat hier die Bedeutung von Blut und bedeutet das Recht des Landes (Law of the Land); Blau würde für Wasser stehen und weist auf Ihre maritime Jurisdiktion hin, den UCC. Man siegelt das Dokument mit einem Daumenabdruck mit roter Tinte in der rechten unteren Ecke des Schriftstücks. Zuletzt würde man eine briefmar-kengroße farbige Kopie des Familienwappens danebensetzen. Das komplettiert die Siegelung des Dokuments. Der Daumenabdruck steht für den lebenden Menschen, das Familienwappen für den Familiennamen. Wenn Ihr 100%-ig sichergehen wollt, dass die Demonstration ankommt, dass hier ein Mensch schreibt, dann schreibt hand-schriftlich.

MP Hans-Xaver: Meier ©
`Am Abwasserkanal 1`
c/o [98765] `Hinterschmiding`

Sehr geehrter Herr August Public Officer,

…................................

…......................................

…...

…...

…......................... .

Mit freundlichen Grüßen

handschriftlich bestätigt, mein Autograph, gesiegelt mit meinem Daumenabdruck

Daumenabdruck Wappen

hans xaver meier ____________________ nicht übertragbarer Autograph, alle Rechte reserviert UCC 1-103 und UCC 1-308, auf Armeslänge (Black`s Law Dict. 1st 2nd 7th)

nicht Adresse - nicht Person - nichtansässiger Fremder- nicht Wohnsitz - ohne BRD/US - nicht Militär - derzeit Bayern - kein erzwungener
Agent - Inhaber des Titels und Begünstigter der Geburtstreuhand - Secured Party und Kreditor - öffentlich aufgezeichnet – autorisierter
Repräsentant - privates Standing - nicht haftbar gemäß HJR 192 - Kreditor der CROWN CORPORATION - außerhalb BAR- alle Interaktio-
nen im Handelsrecht:..auf Armeslänge (BlacksLaw 1st/ 2nd/7th) - ohne Präjudiz - alle Rechte vorbehalten - UCC # 1-103 und UCC # 1-308 -
ohne Rekurs-souverän-kein Subjekt der Jurisdiktion-nicht inländisch- öffentliche Bekanntmachung im UCC-1 Financing Statement-

13. KAPITEL Steuern

Wenn uns die Regierung besteuern will, macht sie uns per Assimilation in die Mutterfirma BRinD zum öffentlichen Angestellten bzw. Franchisenehmer und schnappt sich die legale Identität der Person. Wie das Private zum Öffentlichen gemacht wird, haben wir ja oben schon gesehen. Privat wird gestohlen, indem man die Privaten zum Subjekt einer Jurisdiktion macht, indem man ihren privaten Status klaut, um einen Public Officer zu erzeugen und indem man den Wohnsitz von geografisch auf korporativ verändert und indem bei alledem freiwillige Verträge vermutet werden.

Einfallsreichtum, Kreativität und Pfiffigkeit sind eines Till Eulenspiegels würdig. Sie geben der Firma den selben Namen wie das ehemalige Staatsterritorium, sie erfinden doppelsinnige Formulierungen und Wortspiele und defi-nieren sie in den Einzelstatuten genau andersherum und sie sprechen wie die Psychiater relativ viel Lateinisch. Das ist in aller Hochachtung Betrug vom Allerfeinsten. Da Öffentlich und Privat letztlich nur und ausschließlich über freiwillige, gegenseitige Zustimmung verbunden werden können, haben sie für diesen Zweck eigens etwas erschaffen, das sie Justiz nennen, hergeleitet von lat. justitia für Gerechtigkeit.

"**Justiz** ist das Ende der Regierung. Es ist das Ende der zivilen Gesellschaft. Es war immer so und wird immer so weiterbetrieben, bis das erreicht ist oder bis die Freiheit während des Weiterbetriebs verlorengeht. [The Federalist No. 51 (1788), James Madison]

Ein Steuerzahler wäre jemand, der einem Steuergesetz unterworfen ist und dafür haftet. Das Wort **haftbar** ist der ausschlaggebende Begriff, der einen legalen Zwang etabliert, Steuern zu zahlen.

“Es soll die **Pflicht** von allen volljährigen Personen sein, die ein Einkommen von mehr als 3500 $ pro Steuerjahr haben....“ [Revenue Act 1894, Sektion 29]

Als fieseliger Rechtswörterexeget beachte man das Wörtchen „**Pflicht**“ und „**soll...sein**“! Denn seither wurde nie-mals mehr vom Kongress versucht, ein Steuergesetz zu verabschieden, das eine legale Verpflichtung zur **Haftung** für natürliche Personen beinhaltet, eine direkte Steuer zu bezahlen.
Haftung: Der Zustand im Recht, gebunden oder verpflichtet zu sein, zu zahlen oder wiedergutzumachen; legale Verantwortung [Black`s Law 2nd Ed.]

Es gibt im gesamten deutschen Steuergesetz oder im amerikanischen Internal Revenue Code **keine einzige Bestimmung**, wonach natürliche Personen **haftbar** für die Bezahlung von Steuern sind. Denn Einkommensteu-ern sind für alle natürlichen Personen **freiwillig**. Ein Betrag, den man schuldet (amount you owe) ist nicht dassel-be wie ein Betrag, für den man haftet (amount you are liable for). Bevor eine Verwaltungsaktion unternommen werden kann, muss die Vermutung einer Haftbarkeit (liability) bestehen und demonstriert werden. Ganz grund-sätzlich wird eine Haftbarkeit erst dann erzeugt, wenn der Souverän freiwillig zustimmt.
„**Ein Souverän** ist von der Klage ausgenommen... aufgrund der logischen und praktischen Begründung, dass es kein legales Recht gegen die **Autorität** geben kann, die das Gesetz macht, auf dem das Gesetz beruht“ [205 U.S. 349, 353,27 S. Ct.526, 527, 51 L.Ed. 834 (1907)].

Unterworfen zu sein (subject to) bedeutet gemäß 26 U.S.C. §7701(a)(14) dasselbe wie haftbar zu sein (liable for) Ein Steuerzahler wäre somit jemand, der jeglichem Steuergesetz unterworfen ist. Aber für niemanden gibt es ein solches Gesetz außer..... für einen Public Officer. Er kann haftbar gemacht werden. Es ist aber eine Haftbarkeit im Rahmen seines Dienstverhältnisses in der Regierung. Also kann niemand, der kein Public Officer ist, Steuerzah-ler sein. Steuer ist somit die **Last** (burden) für das **Privileg**, als Public Officer staatsangestellt zu sein. Jetzt kom-men wir der Sache schon näher. Denn auch Zwang oder Betrug machen keinen rechtmäßigen Vertrag. Da ein Gesetz aber nichts ohne existierende Haftbarkeit erzwingen kann, kann es auch niemanden bestrafen. Kann die Regierung eine spezifische Haftbarkeit erschaffen, wenn es kein korrespondierendes Gesetz dazu gibt? Nein, das kann sie keinesfalls! Die Legislative muss das Gesetz erschaffen, welches die Exekutive ausführen darf.
Eine **Regulierung**, die nicht mit einem Gesetz der Legislative gedeckt ist, ist ungültig [361 U.S. 87,89 (1959)] und [354 U.S. 351,358-359 (1957)]
Wenn es also kein Gesetz gibt, welches die Haftbarkeit eines Steuerpflichtigen konstatiert, dann kann keine Exe-kutive der Welt Steuerzahlung von ihm erzwingen. So ist das! Aber wie der Name schon sagt, besteht eine soge-nannte Steuer - Pflicht für ihn. Nur hier sind Zahlungen nicht erzwingbar, da freiwillig!

„ In der Gesetzgebung korrespondiert **Recht** mit **Pflicht**.“ [Black`s Law 2nd Ed.]
„**Pflicht** bezeichnet auch moralische Verpflichtung außerhalb rechtlicher Sphären. **Die Weigerung ist kein Anlass zu einer Aktion**. Hier ist Pflicht das Äquivalent zu moralischer Verpflichtung.“ [Black`s Law 2nd Ed.]
Steuer: im allgemeinen Sinn ist eine Steuer jeglicher Beitrag, der Individuen durch die Regierung auferlegt ist für Beiträge zur Nutzung und für den Dienst des Staates,

ob unter den Namen von … [Zoll] toll, tribute... [Verpflich-tung] duty... oder andere Namen.“ [Black`s Law 2nd Ed.]
„Das Prinzip, dass **Steuern**, die freiwillig bezahlt sind, nicht rückerstattet werden können, ist gründlich etabliert.“ [200 U.S. 488,192 U.S. 253]
Einkommensteuer... „ist quasi-vertraglich nach seiner Natur.“ [219 U.S. 250]
Entität (entity): Bezeichnung für ein reales Wesen, Existenz, Organisation, um es besteuern zu können
Quasi – vertraglich: „Eine Verpflichtung, die das Gesetz erschafft in der Abwesenheit von Übereinstimmung.“ [Black`s Law 6th page 1245]
“Unser **Steuersystem** basiert auf freiwilliger Steuerveranlagung und Bezahlung, nicht auf Zwang” [Flora v. U.S., 362 U.S. 145 (1959)]

Privates könnte demnach niemals besteuert werden und wird es auch nicht. Alle Steuern beziehen sich auf das Öffentliche, auf die Regierung selbst und sind von ihren Mitarbeitern für das Privileg aufzubringen, staatsange-stellt zu sein. Steuerpflichtig kann somit nur ein Public Offcer sein. Und ein Public Officer ist nur, wer einen Wohn-sitz hat.
„ Das Finanzamt hat das **Domizil des Public Officers** in den District of Columbia platziert.“ [4 U.S.C. §72 und 26 U.S.C. §7701(a)(9) und (a)(10) und 26 U.S.C. §7701(a)(39) und 26 USC §7408(c)]
Wenn man seinen Wohnsitz nicht im Statutengesetz des Staates hat, dann gelten die Privilegien und Franchises nicht. Es gibt den Public Officer nicht und eine Erzwingung von Steuern kann nicht legal stattfinden.

IRC 877(c): „**Steuervermeidung** wird nicht vermutet in bestimmten Fällen.... wenn das Individuum durch Geburt ein Bürger der Vereinigten Staaten geworden ist sowie ein Bürger eines anderen Landes und **fortfährt**, ein Bürger dieses anderen Landes zu sein“. (2) (i). Und in der BRinD? Als man deutscher “Staatsangehöriger” wurde, hat man damit die Zugehörigkeit zu seinem Bundesland verloren? Nein! Man hatte die doppelte “Staatsange-hörigkeit” die ganze Zeit. Man muss nur das weniger Wünschenswerte fallenlassen**!!!**

Wir müssen uns nicht anstrengen, denn im „BRD-Recht“ gelten die selben Maßstäbe. Auch hier hängt die Haft-barkeit des Bürgers von einem Steuergesetz ab, woraus diese Haftbarkeit hervorgehen muss. Gibt es aber nicht! Hierzu lässt sich weit und breit nichts finden. Im deutschen EStG steht zwar, wer steuer**pflichtig** ist (...natürliche Personen etc.), man hat aber dort ebenfalls keine Haftbarkeit formuliert. Die Haager Landkriegsordnung sieht Steuerabgaben ebensowenig vor. Das Finanzamt hat einfach keine gesetzliche Legitimierung und Handhabe, uns zu bestrafen, denn auch hierzulande ist die Steuer eine freiwillige Schenkung. Ihr kennt sicherlich die Lizenzbe-dingungen für das ELSTER-Programm, wo wir fündig werden. Und keinesfalls bin ich der Meinung, dass sich hier alles nur um die Benutzung dieses Programms dreht.

§ 6 Haftung

1 Die Haftung für die Verletzung von Amtspflichten (§ 839 BGB, Artikel 34 GG) wird durch diesen **Vertrag** und insbesondere § 6 nicht beschränkt. Unbeschränkt haftet die Steuerverwaltung in den Fällen der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit sowie nach dem Produkthaftungsgesetz.

2 Im Übrigen haftet die Steuerverwaltung nach den gesetzlichen Vorschriften des **Schenkungsrechts**.

Aber wenn wir uns nicht sicher sind, dann fragen wir einfach mal beim Finanzamt nach:

„Teilen Sie uns bitte mit, aus welchem Gesetz Sie die Haftbarkeit einer Steuerzahlungpflicht für einen Menschen herleiten und übermitteln sie uns in diesem Zusammenhang eine beglaubigte Rechnung (true bill) des Haftungsgläubigers. Schicken Sie uns zudem die Kopie eines Steuergesetzes, welches einen Steuerpflichtigen **haftbar** für die Einkommensteuer (etc...) macht. Und weil wir uns schon die Mühe machen, teilen Sie uns in diesem Zusammenhang gleich mit, wer denn der **Eigentümer der Steuernummer** ist!
Sollte Ihre Antwort sein, dass wir als Menschen die Eigentümer sind, dann gilt mit Wirkung vom heutigen Tage folgendes:
… bezahlen sie ihre Steuern künftig bitte selber, denn gerne schenken wir Ihnen unser Eigentum; sofern Sie die-ses Geschenk nicht annehmen möchten, werden wir unser Eigentum zunichte machen.
Eigentum: „die komplette Herrschaft, Titel oder Besitzrecht an einer Sache oder an einem Anspruch.“ [Black`s Law 2nd Ed.] (Per definitionem kann man mit Eigentum machen, was man will.)

Sollte ihre Antwort sein, dass die Steuernummer ihnen gehört, dann werden sie sicherlich wissen, wie sie mit ihrem Eigentum zu verfahren haben. Alternativ empfehlen wir ihnen, alle Steuern pünktlich auf eines ihrer angegebenen Konten zu überweisen. Sie werden sicherlich verstehen können, dass wir unsererseits ihr Eigentum nicht mehr länger verwenden dürfen. Da wir privat sind, wäre es eine Straftat, fremdes öffentliches Eigentum als das eigene und für den öffentlichen Gebrauch auszugeben.

Teilen Sie uns mit, ob die folgende Aussage zutrifft: ...ausschließlich öffentlich Bedienstete oder Vertragspartner im offiziellen Amt können rechtmäßig besitzen, was für den Gebrauch oder die Kontrolle öffentlichen Eigentums bestimmt ist oder Eigentum, das dem öffentlichen Gebrauch gewidmet ist. Ja Nein

Teilen Sie uns mit, ob die folgende Aussage zutrifft: ...eine Privatperson, die öffentliches Eigentum, zum Beispiel eine Steuernummer, für persönliche Vorteile nutzt, begeht die Straftat, einen öffentlichen Beschäftigten zu verkör-pern, der in Verletzung gesetzlicher Bestimmungen Amtsanmaßung begeht. [18 U.S.C. § 912 TITLE 18, PART I, CHAPTER 43] Ja Nein

Teilen Sie uns mit, ob die folgende Aussage zutrifft: ...der Besitz der Steuernummer konstatiert einen prima facie - Beweis, dass die Person in possessio in einer offiziellen Kapazität als Regierungspersonal agiert [Title 5, Part I, Chapter 5, Subchapter II, §552a] Ja Nein

Teilen Sie uns mit, ob die folgende Aussage zutrifft: ...es ist illegal, öffentliches Eigentum für einen privaten Zweck oder persönliche Vorteile zu benutzen [TITLE 18 Part 1 CHAPTER 11 § 208] Ja Nein

Teilen Sie uns mit, ob die folgende Aussage zutrifft: ...ohne einen garantierten Vorteil oder Nutzen kann kein lega-les, erzwingbares Recht oder Titel oder Besitz beansprucht werden Ja Nein

Teilen Sie uns mit, ob die folgende Aussage zutrifft: ...wenn jemand Steuern bezahlt, dann bezahlt er diese frei-willig und somit sind sie als Geschenk zu betrachten, denn Steuern sind definiert als ein nichtrückzahlbares, unwi-derrufliches Geschenk. Ja Nein

Liegen wir mit unserer Rechtsvermutung richtig, dass der Einschluss des einen der Ausschluss des anderen ist (expressio unius est exclusio alterius)? [Bouvier`s maximes of Law 1856]

Sie sind uns doch sicher nicht böse wegen unserer Fragen, denn „derjenige, der legale Rechte benutzt, verletzt niemanden." (qui jure suo utitur, nemini facit injuriam) [Bouvier`s maximes of Law 1856]

Wir erklären hiermit, dass wir kein öffentlicher Bediensteter sind, weil wir so schlau waren, dem öffentlichen Stroh-mann rechtzeitig zu kündigen und unseren Wohnsitz zu verlegen und verweisen in diesem Zusammenhang auf alle unseren mühselig erarbeiteten und bereits öffentlich bekanntgemachten Dokumente am Ende dieser Ausfüh-rungen. Steuern muss nur der zahlen, der es glaubt und ein Mensch schon gar nicht! Dankeschön! Schachmatt!"

Wir haben ja nur ein paar höfliche Fragen gestellt, nichts Wildes, um uns ein wenig auf den künftigen Schriftver-kehr einzustimmen. Man sollte sich vor einer solchen Aktion immer erst mit dem wirklich wichtigen Hintergrund-wissen präparieren, bevor man zuschlägt. Aber wie man sieht, wird der „Beamte" im Finanzamt erst einmal stau-nen. Er bekommt selten einen Fragebogen, den **er** für einen „Steuerpflichtigen" ausfüllen soll. Schon aufgrund seiner jahrelangen Konditionierung denkt er auf Anhieb an eine neue, pfiffige Variante von angekündigter Steuer-hinterziehung. Da er selber ein Steuerpflichtiger ist, kopiert er sich den Fragebogen für schlechtere Zeiten... sicherheitshalber. Spaß beiseite... der nächste Weg führt ihn zu seinem Vorgesetzten. Und dessen Weg führt diesen zu dessen Chef. Es hört gar nicht mehr auf! Uns ist es egal, wo unsere Majestätsbeleidigung hängen bleibt, denn wir haben die Principal-Agent-Doctrine erwähnt. Aller Voraussicht nach erhalten wir nie eine Antwort. Wenn die gesetzte Frist zur Beantwortung abgelaufen ist, müssen wir uns etwas anderes überlegen, sie dazu zu bringen, ihren eigenen legalen Bestimmungen zu folgen. Bestimmungen, die wir ihnen lediglich vor die Nase halten! Einen Versuch war`s wert! Ein paar Tricks und Kniffe werden uns bis dahin schon noch einfallen.

Jedenfalls, sollten die sich um eine Antwort bemühen, kommen sie schwer aus der Nummer wieder heraus - und... sie wären damit schon beinahe in unserer Jurisdiktion. Geben sie zu, dass **wir** Menschen die Eigentümer der Steuernummer sind, dann lösen wir unser Eigentum natürlich legal auf. Sind **sie** aber der Eigentümer, dann zahlen sie aus ihrer Verpflichtung heraus ihre Steuern selber. Dass Eigentum verpflichtet, sagt uns sogar „unser" Grundgesetz (Artikel 14). In realiter beantworten sie unsere Fragen erst gar nicht oder sie umschiffen. Eine direk-te nachweisbare Lüge werden sie uns leider nie auftischen, sodass wir uns aller

Voraussicht nach damit abfinden müssen, nichts von ihnen zu hören. Sie übergehen es einfach und schicken uns im Gegenzug die Aufforderung zur Abgabe der Steuererklärung, - diesmal mit etwas mehr Nachdruck! Und wir stehen wieder da! Uns allen ist klar, dass wir ein paar gute private Aufzeichnungen brauchen, die in beinahe absoluter Weise mit ihren Gesetzen korrelieren. Unser Weg der Anstrengung und des Mutes wird nicht einfach sein aber viel schwieriger ist es, alles so zu belassen und nichts zu tun. Das können wir Frauen und Männer uns einfach nicht antun!

Mit der Steuernummer verhält es sich so ähnlich wie mit einem Brandzeichen für ein Stück Vieh. Die eingebrann-te Nummer ist einmalig, aber sie kann nie einen Menschen nachweisen, sondern nur den Hornochsen, der wir bisher waren. Wie kann der Staat als fiktives Rechtskonstrukt sagen, wer ich, der Mensch wäre. Er sieht vielleicht verschwommen einen Menschen vor sich stehen, einen Querulanten noch dazu. Er kann aber nicht erkennen, wer ich bin, weil der einzige, der das wissen kann, nur ich bin. Aber er hat es ja auch nicht auf den Menschen abgesehen, denn der Gesuchte ist ein anderer. Also schaut sich der Herr Verkehrspolizist meinen Personalaus-weis an. Aha! Der Herr Meier... und gibt mir damit zu verstehen, dass ich **das selbe** bin, **wie** dieser Ausweis! Wenn ich ein Hornochse bleiben möchte, identifiziere ich mich mit dem Ausweis und gebe damit zu, dass ich dasselbe bin wie diese kleine Sache,... dieser Pappkarton mit Photo. Ein fiktives Rechtskonstrukt wie ein Polizist kann weder hören, verstehen noch begreifen. Wie kann ein Personalausweis, der mir nicht einmal gehört, ihm, dem anderen Pappkarton, sagen, wer ich bin? Natürlich weiß jeder, dass ich nicht dasselbe bin wie mein Perso-nalausweis. Aber fiktionale Juristen glauben das, denn mit dieser Identifizierung***** haben sie uns dort, wo wir hingehören, nämlich als Angeklagte vor Gericht! Und schon sind wir beinahe beim nächsten Thema gelandet.

***** von lateinisch: idem: dasselbe; entitas: das Seiende; facere: machen;

14. KAPITEL Anwälte

Heutzutage ist ein Rechtsanwalt ein vereidigter Officer des Gerichts und aufgrund seines eigenen Zugeständnis-ses als dieser Officer ist es seine Pflicht, **dem Bürger den Willen des Staates aufzuzwingen**. (Today an attorney is a sworn officer of the court, and by his own admission, as that officer, his duty is to impose the will of the state against the citizen.) [**A**MERICAN **B**AR **A**SSOCIATION, TREATY OF 1947] (ABA: Gegründet in Saratoga Springs New York, 21. August, 1878)

Dieser Abschnitt hat das Kapitel kaum verdient, wie man an der obigen Postenbeschreibung eines Anwalts sehen kann! Ich mach` auch ganz schnell! Würde unter Euch zufälligerweise einer sein, was ich kaum glauben mag, dann sollte er eventuell seine Berufswahl nochmals überdenken oder nicht mehr weiterlesen. Letzteres wäre mir lieber, denn ich möchte niemanden in **Gewissenskonflikte** bringen. Was? Ach so, was das Wort bedeutet? Du kennst es gar nicht?

BAR: British **A**ccreditation **R**egistry
Rechtsanwalt (Attorney) von attorn = übertragen, drehen;
„ATTORN, [Latin ad and torno] Im Feudalrecht, drehen, oder eine Huldigung oder Dienste von einem Lord zu einem anderen übertragen. Das ist die Handlung von

Lehensmännern, Vasallen oder Pächtern bei der Übereignung von Besitz“ [Estate]. [Webster's 1828 Dictionary]
„Ein **Anwalt** besetzt eine doppelte Position, welche eine zweifache Verpflichtung zur Folge hat. Seine erste Pflicht gebührt den Gerichten und der Öffentlichkeit, nicht den Mandanten.“ (7CJS§4)
„**Mandanten** werden bezüglich ihrer Beziehung zu ihren Anwälten auch Schutzbefohlene des Gerichts [wards of the court] genannt.“ (7CJS§2)
„Das **Zertifikat** des Supreme Court autorisiert einzig, Gesetze in Gerichten als ein Mitglied des rechtsprechenden Zweigs der Regierung zu praktizieren. Kann **nur** Schutzbefohlene des Gerichts (wards of the court), Kleinkinder, Personen von schwachem Verstand repräsentieren“ [Corpus Juris Secundum, Volumen 7, Sektion 4]
„**Schutzbefohlene** des Gerichts: Kinder und Personen mit schwachem Verstand.“ (290 Ky.644,162 S.W.2d 189, 190)
[mit schwachem Verstand: lat. “non compos mentis”]
“Alle **Anwälte** und **Richter** haben einen Anwalt als Anker, um sie zu repräsentieren.” [Black´s Law 6th Ed.]
Kol Nidre (aramäisch.: כל נדרי „alle Gelübde“)**: Widerruf und Brechen aller persönlichen Gelübde, Eide und Versprechungen gegenüber Gott**
„Alle Gelübde, Verbote, Bannsprüche, Umschreibungen und alles was dem gleicht, Strafen und Schwüre, die ich gelobe, schwöre, als Bann ausspreche, mir als Verbot auferlege von diesem Jom Kippur an, bis zum erlösenden nächsten Jom Kippur. Alle bereue ich, alle seien aufgelöst, erlassen, aufgehoben, ungültig und vernichtet, ohne Rechtskraft und ohne Bestand. **Unsere Gelübde seien keine Gelübde, unsere Schwüre keine Schwüre**.“

Alle Anwälte und Richter sind in einem Berufsverband organisiert, den wir in der BRinD als Anwaltskammern und Richterbund kennen. International sind diese Kammern als die **BAR Association** strukturiert. Egal, wo auf der Welt die BAR`s sitzen, sie registrieren alle in Großbritannien und sind dort der CROWN TEMPLE SECRET SOCIETY untergeordnet. Diese eine aus der dreifachen Krone (CROWN CORPORATION) ist das finanzielle Machtzentrum der Welt mit Sitz in der CITY OF LONDON, ein eigener “Staat” wie der VATIKAN oder WASHING-TON D.C.. Alle BAR-Anwälte schulden somit ihre Verpflichtung und ihren Eid der CROWN, die selber übrigens außerhalb jeglicher kirchlich-kanonischer Jurisdiktion steht. Alle BAR-Anwälte sind somit Franchisenehmer der „Krone“ und nutzen deren Privilegien mit dem Zweck, private Rechte und privaten Besitz in öffentliche Rechte und öffentlichen Besitz zu übertragen. Die Methode, mit der sie das machen ist offensichtlich: mit Statuten auf der Basis Ihres Treuhand- und Privilegienspiels! Man muss ihnen lassen, dass sie fleißig sind, denn seit 1938 haben sie an die 60 Millionen Statuten für uns erfunden.
Merke: **Jeder Bürger** wird so betrachtet, dass er das Gesetz kennt [7 Wall(74 US 169) 666 (1869)]
Wenn das mal keine Rechtsvermutung ist, um die wir uns dringend kümmern müssen...

“Die Ausübung von Recht kann durch keinen Staat lizensiert werden” [U.S.C. 353 U.S. 238, 239], so dass alle Anwälte nur aus einem Grund Anwälte sind: sie schulden ihre Treue, Ergebenheit und den Gehorsam ihrem Berufsverband, der CROWN. Die

Regierung schuldet ihre Ergebenheit ebenfalls der CROWN. Und von ihr haben alle Anwälte ihre Lizenz, denn **die Regierung repräsentiert** keinen Staat sondern die ausländischen Machthaber, **die CROWN**. Eine Lizenz ist im Gesetz definiert als eine Erlaubnis, etwas Illegales zu tun. (“license” is defined in law as, “A permit to do something illegal.”) [Blacks Law Dictionary, 6th and 7th Edition] Eine zweite wesentliche Aufgabe des Anwalts darf hier nicht fehlen. Wie wir später noch genauer inspizieren, schwört ein Anwalt einen Eid, dass er alles tun muss, um zu verheimlichen, dass er ein bankrottes Unternehmen repräsentiert und verwaltet.
Wenn man jetzt erkennt, dass ein Anwalt als Agent des Gerichts innerhalb der BAR Rechte und Besitz an die „Krone“ zu übertragen hat, sollte man Freundschaft und Vertrauen zu ihm eventuell nochmals überdenken.
Wir dürfen nicht übersehen, dass die CROWN CORPORATION nicht dem britischen Monarchen untersteht, denn auch die Königin muss sich anmelden, wenn sie die CITY OF LONDON betreten möchte. Vereinfacht könnte man sagen, dass die Rechtsanwaltskammern von den Elitebänkern der Welt gelaufen werden und die Anwälte deren Anweisungen ausführen, weltweit Kohle heranzuschaffen. Auch die Federal Reserve gehört der CROWN und untersteht wie alle Zentralbanken der BIS (Bank for International Settlement).
Wenn wir jetzt eine Verbindung mit lebensrettenden Maßnahmen unsererseits herstellen wollen, sieht dies alles recht verworren und unauflösbar aus. Das ist es aber nicht! Nehmen wir als Beispiel die amerikanische Unabhän-gigkeitserklärung zur Loslösung der 13 Vereinigten Staaten von Amerika vom britischen Empire im Jahr 1776. Diejenigen, die die Erklärung <u>für die amerikanische Seite</u> unterzeichnet haben, waren fünf BAR- Anwälte, die mit ihrem Eid der CROWN CORPORATION verpflichtet waren aber nicht der amerikanischen Regierung. Somit befanden sich auf beiden Seiten des Vertrags die selben Leute bzw. die selbe CROWN. Natürlich ist ein Vertrag ungültig, wenn ihn nicht wenigstens zwei Vertragsparteien unterzeichnen. Die 1776 er Unabhängigkeitserklärung sieht bestimmt schön aus, aber sie ist wertloses Papier, denn sie ist kein Vertrag. Eine Unabhängigkeit Amerikas von England gibt es nicht!
Somit sind in der US Inc. genauso wie in der BRinD alle sogenannten Gerichte Gerichte der Krone. Und <u>nur ein Bürger der Krone</u> kann dort als Partei vor Gericht zugelassen sein. Das müssen wir uns sorgfältig merken!

Ein kleines Problemchen musste jedoch gelöst werden, denn auch die Gerichtsbarkeit der CROWN-Bänker hat ihren Meister und dieser Meister ist Gottes Gesetz, die Bibel. Und aus den ersten fünf Büchern der Bibel geht hervor, dass eine menschengemachte Rechtsprechung strengstens untersagt bzw. verboten ist. Die derzeitige britische Königin Elisabeth Battenberg schwor 1953 einen Eid auf die Bibel und dieser Schwur verpflichtet Richter und Anwälte der BAR nach außen hin, den Gesetzen Gottes zu gehorchen. In Wahrheit schwört jedoch kein Anwalt auf die britische Königin sondern auf die CROWN. Der Schwur der Königin war somit vollkommen wertlos.

Anwälte gehorchen Gottes Gesetz nicht, weil sie das nicht dürfen. Der CROWN CORPORATION verpflichtet, müssen sie deren Gesetzen Folge leisten und diese stehen, wie schon erwähnt, außerhalb des kanonischen Rechtssystems und außerhalb der Bibel. Auch das hat einen tieferen Sinn, denn Richter und Anwälte sind anzu-sehen wie Priester in einem Tempel der CROWN. Die Religion, auf deren Basis

die CROWN operiert, erlaubt das **Kol Nidre-Prinzip** in der Anwendung maritimer Rechtsverfahren oder im Kriegsrecht. Hier sind Täuschung und Betrug kein Hindernis und selbst Schwüre dürfen ohne Konsequenzen gebrochen werden. So können richterliche Verfahren simuliert werden, ohne dass es den Verantwortlichen an den Kragen geht. Aber, wir haben ja schon geahnt, dass das Rechtssystem von Grund auf böse ist und hier befinden wir uns an der Wurzel des Übels. Nehmt ihr mir das alles überhaupt noch ab? Seid Euch bitte bei der Gelegenheit im Klaren, dass ich auch nicht dabei war, sondern dies alles nur gelesen habe. Mir scheint die Lage der Dinge jedoch nur allzu logisch zu sein!

Um es nicht unerwähnt zu lassen. Das obige Problem, das mit „Gottes Gesetz" bestand, haben die Bänker mithil-fe ihrer BAR-Anwälte trefflich gelöst, indem sie sicherheitshalber die LEGALE PERSON erfunden haben. Eine Geburtsurkunde kann sich schlecht auf die Bibel berufen. Um der BAR-Jurisdiktion und der CROWN zu entkom-men, müssen wir uns natürlich, ob wir es wollen oder nicht, auf Gottes Gesetze berufen. Nur damit können wir sie toppen. Und wir können uns die drei wichtigsten Regeln des Rechts des Himmels auch gut merken: 1. halte Frie-den 2. verletze niemanden 3. behandle andere, wie Du Dich selbst behandeln würdest. Mit diesen drei einfa-chen Grundregeln beherzigen wir das Recht zu Wasser, zu Land und zu Luft. **Das ist das Gesetz des Himmels**.

Unser guter BAR-Anwalt wäre keiner, wenn er nicht einer Anwaltkammer zugehörig wäre und damit ist er ein Agent der CROWN CORPORATION. BAR- Anwälte übertragen Besitztümer **auf den Staat.** Die US Inc., deren Gesetze, wie ich hier behaupte, bei uns gelten, sind eine separate, fremde, internationale, maritime Jurisdiktion. „**Die US-Regierung ist eine fremde Korporation mit dem Ansehen eines Staates**" [19 Corpus Juris Secundum, Corporation, §883 (2003)] und untersteht damit unmittelbar der CROWN und damit der BIS, die Anfang der 30- er Jahre vom Vatikan gegründet wurde. Was die US-Regierung macht? Sie hält die Leute als Geiseln, als Pfand und Sicherheit im Auftrag der CROWN unter dem Federal Reserve Act von 1913 und der HJR 192 vom 5. Juni 1933, um Geld für die Bänker zu erzeugen. Die US-Regierenden und damit die BRinD-Regierung sind fremde Agenten einer fremden Regierung, die Anwälte und Richter auch. Wir sind deren Feinde, definiert im Enemy-Act von 1917. Der ehemalige Mensch muss ein CROWN-Bürger geworden sein, damit sie ihn vor ihre Gerichte zerren können.

Sollte man also immer noch der Auffassung sein, einen Rechtsanwalt konsultieren zu müssen, dann unterwirft man sich automatisch der Jurisdiktion der BAR und damit den betrügerischen Kol Nidre - Gesetzen der CROWN CORPORATION und erst dann wird man eine Vertragspartei gegenüber der CROWN. Man wird noch etwas! Man wird ein Schutzbefohlener des Gerichts und damit zu einer Person mit schwachem Verstand. Jemand, der also einen Anwalt ins Spiel bringt, bringt keinen rechtmäßigen Prozess gegen die Notstands-Gerichte zuwege, denn Anwälte sind Agenten des Gerichts und sie benutzen nur vom Gericht erlaubte Prozesse, nämlich um... **privaten Besitz in öffentlichen Besitz zu transferieren!** Dieser Jemand hat nicht alle Tassen im Schrank, er **muss** schwachsinnig sein!
Dass wir blöd waren, haben wir vorher schon geahnt, wir wussten nur nicht genau, warum und wie wir das fertig-gebracht haben. Jetzt ist das geklärt. Ein kleiner Trost verbleibt am Ende dieses traurigen Kapitels. Alle Anwälte und Richter werden

repräsentiert von einem Anwalt als Anker, also sind alle Anwälte und Richter ebenfalls Perso-nen mit schwachem Verstand. Ich befürchte beinahe, dass die gesamte BAR-Association schwachsinnig ist, denn sie wird selber bald ein paar gute Anwälte brauchen. Sagte ich schon, dass die BAR letzten Oktober (2015) auf einen Schadenersatz von 279 Billionen Dollar in Gold verklagt wurde?
Ja, es gibt einen winzig kleinen Hund namens Toto, der einen großen Magier entlarvt hat, den Zauberer von Oz, entlarvt als einen alten, betrügerischen Mann.

15. KAPITEL Gerichte

„Es gibt seit 1789 keine Richter in Amerika, es gibt nur Verwalter." [FRC v. GE 281 US 464, Keller v. PE 261 US 428 1Stat. 138-178]
Die Aufgabe der Juristen ist es, privaten Besitz in öffentlichen zu transferieren.

15.1. Die Frage der Jurisdiktion

Mit der Einstimmung durch die letzten Kapitel werden wir uns leichter tun, zu verstehen, wie Gerichte „funktio-nieren" und was es mit ihrer Autorität auf sich hat. Denn bevor wir nicht grundlegend wissen, aus welcher Juris-diktion heraus sie uns fertigmachen, kommen wir der Lösung keinen Schritt näher. Welcher Lösung? Wozu sollten wir sie benötigen? Souveräne Menschen brauchen vielleicht ein paar gute Gespräche aber sicherlich keine betrü-gerischen Firmen, die per Lizenz unseren Besitz in den ihrigen übertragen wollen! Dieses Kapitel ist wesentlich in meinen Ausführungen, denn es führt uns zwangsläufig ins praktische Leben. Wenn wir zickig sind, werden wir dort landen. Wenn wir uns weigern, wir landen vor Gericht. Ungehorsam und Strafe treffen vor Gericht aufeinan-der. Wir zahlen einen Strafzettel nicht und tun nichts. Wir landen eines Tages vor Gericht und im Kittchen. GEZ nicht bezahlt, wir stehen vor Gericht und kommen neuerdings ins Gefängnis. Steuern nicht bezahlt, Herrgott!!!

Wollen wir eingangs festhalten, dass die Herren der Welt es einzig und allein auf Macht und unseren materiellen Besitz abgesehen haben. Empirisch wissen wir das längst. Wir konnten sehen, wie sie uns unsere Besitztitel vor-enthielten, indem sie uns Zertifikate für unsere Besitztitel (z.B. Geburtsurkunde) gaben. Wertlose nicht erzwing-bare Papiere. Ein Goldzertifikat anstatt Gold. Sie verkauften uns Privilegien, damit wir das öffentliche Eigentum benutzen dürfen, welches sie uns vorher abgeluchst hatten. Da nichts, außer der Tod umsonst ist, zahlen wir die Miete für dessen Benutzung in Form von Steuern an sie zurück. Wenn wir uns ein Haus bauen, und den Kapital-dienst nicht mehr tragen können, nehmen sie uns das Haus weg und geben das Privileg, ihren Besitz benutzen zu dürfen, einem anderen. Mit dem Kunstgriff des LEGALEN NAMENS sind wir selber zum Staatsbesitz und öffentlichen Beschäftigten geworden und damit sind sie allesamt fein raus. Denn damit ist alles legal geworden.

Unsere schöne Souveränität wurde in ein kommerzielles staatliches Privileg verwandelt. Aber wie verliert ein Staat oder auch eine einzelne Person seine Souveränität und seinen gesamten Besitz?

Wir sprachen es schon an! Entweder durch **Krieg und Eroberung** oder durch einen freiwilligen **Vertrag**. So oder so gehört jetzt alles dem betrügerischen Sieger. Das beraubte und besiegte Volk ist jetzt vom Sieger aus betrach-tet der Feind und um diese Tatsache festzumachen, schreibt man das am besten in ein Gesetz. Mit dem **Trading With the Enemy Act of October 6, 1917 (40 Stat. 411)** wurden alle amerikanischen Bürger zum Feind erklärt. Von uns Deutschen muss ich erst gar nicht sprechen, denn die ganze U.N. wurde auf der Basis des Feindstaates Deutsches Reich errichtet. Solange es zu keinem Friedensvertrag kommt, herrscht also Krieg und weil der Enemy Act in Kraft ist, ist Kriegszustand, auch bei uns. Und während Kriegszeiten regiert Kriegsrecht, auch bei uns. Und das alles nur wegen Geld!
Die einzige wahre (= vorrangige) Jurisdiktion, die unsere Herren in Anwendung haben, ist also Notstands (Emer-gency)- und Kriegsrecht unter 12 U.S.C. 95a & 95b, geschaffen mit dem Act vom 9. März 1933. Das hört sich gar nicht gut an, denn in Kriegszeiten ruhen laut Cicero alle anderen Rechte. **Und damit steht Kriegsrecht über**
allem anderen! Es gibt dort keine Regeln, denn alles wird von der Notwendigkeit geleitet und Not kennt kein Gesetz.

„Die gegenwärtige Statutengesetzgebung verbietet Mitgliedsbanken des Federal Reserve Systems, Bankgeschäf-te während eines durch den Präsidenten proklamierten **Notstands** durchzuführen, außer unter Regulierung des Finanzministers." [12 U.S.C.A., Section 95 und Black's Law Dictionary 6th Edition (page 146).]
Der FEDERAL RESERVE's Emergency BANKING Relief Act vom 9. März 1933 ist nach wie vor aktiv. Wegen des 12 U.S.C.A. 95 erneuert jeder Präsident jährlich den Zustand nationaler **Notlage.**

Für das Gesamtverständnis müssen wir einen kleine Ausflug in die Geschichte machen....

Jahr 1871

Wollen wir uns daran erinnern, dass in den USA seit 1863 der nationale Notstand die Grundlage aller Regie-rungsaktionen war, denn die USA als hoheitliches Staatskonstrukt waren pleite. Die Firma U.S. Inc. wurde gebo-ren. Der Grundstein für diese neue Weltfirma wurde im Jahr 1871 gelegt. In diesem Jahr kam es zu einem Erlass, dem **District of Columbia Organic Act of 1871**. Dies geschah kurz nach dem amerikanischen Bürgerkrieg, der 1865 endete. Mit diesem "Act of 1871" wandelte der 41. US-Kongress Washington D.C., die Regierung der Vereinigten Staaten, in ein **gewerbliches Unternehmen** um. Mit der vertraglichen Einbindung aller amerikani-schen Einzelstaaten in dieses Unternehmen (Korporation) wurde jeder amerikanische Bürger unbewusst zum Quasi-Angestellten der Firma US Corporation. Die Staatsbürger wurden entlassen und im Staatskonzern als Public Officers angestellt.
UNITED STATES CODE, Title 28, § 3002 (15) (A) (B) (C):(15)

"United States" means—(A) a Federal corporation; (B) an agency, department, commission, board, or other entity of the United States; or (C) an instrumentality of the United States.

Washington D.C. ist also eine kommerzielle Firma, ist kein Bundesstaat und gehört auch zu keinem. Darum bestehen die USA auch nicht aus 51 Bundesstaaten, sondern aus ***50 States + Washington D.C.*** Der District ist ein Firmengelände und gehört damit nicht zu den US-Bundesstaaten, so wie die City of London nicht zu Großbritannien, der Vatikan nicht zu Italien und die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich nicht zur Schweiz gehören. Es existieren heute also zwei verschiedene "USA". Einmal die ***united states of America*** mit ihrer Verfassung, der c*onstitution* ***for*** *the united states* und ihrem Noch-Präsidenten Barack Obama, und dann die *UNITED STATES OF AMERICA* mit der *Constitution* ***of*** *the UNITED STATES* und dem CEO Barack Obama*.*

Jahr 1913

Mit dem "Federal Reserve (FED)-Act" von 1913 wurde ein privates Banker-Konsortium zur Zentralbank der USA, mit dem Recht, Geldnoten zu drucken und den Geldfluss zu kontrollieren. Dieser „Act“ ermöglicht es der FED bis heute, Geld ohne Gegenwert „zu erschaffen“, das sich der „Staat“ (die US-Corporation) dann für seine „Staats“-ausgaben gegen Zinsen ausleihen muss. Zur Bezahlung der Zinsen muss der „Staat“ von „seinen Bürge(r)n“ „Einkommenssteuern“ eintreiben, die von der Verfassung verboten sind, nicht aber von den AGB`s des Staats-konzerns.

Jahr 1933

Durch den ersten Weltkrieg und die nachfolgende Wirtschaftskrise ging die UNITED STATES (CORPORATION) im Jahr 1933 in Insolvenz. Man könnte auch sagen, dass es die Privatbanken, besser die CROWN endlich ge-schafft hatten, die US in den Bankrott zu treiben. Der Kongressabgeordnete James Traficant, Jr: "Es ist eine anerkannte Tatsache, daß die Bundesregierung der United States durch den von Präsident Roosevelt verkündeten Emergency Banking Act vom 9. März 1933 48 Stat.1, Public Law 89-719 als bankrott und insolvent aufgelöst wurde". Um weiterhin geschäftsfähig bleiben zu können, boten die bankrotten UNITED STATES Inc. über die House Joint Resolution (HJR) 192 der Federal Reserve ihre Bürger/Angestellten als Sicherheit an. 1933 wurden zum ersten Mal obligatorische Geburtsurkunden für die Einwohner eingeführt, die gleichzeitig als Banken-bürgschaft und Wertpapier fungierten. Deren Wert entspricht einem durchschnittlich erwarteten Profit pro Bürger, der sich aus seiner Lebensarbeitsleistung, kreativen Ideen, Konsum und damit verbundenen Steuerzahlungen in seiner durchschnittlichen Lebenszeit errechnet. Die rote Nummer auf der Rückseite der US-Geburtsurkunde ist der Registrierungscode eines an der Börse gehandelten Wertpapiers.

“Das **Eigentum am Besitz** liegt im Staat; individuelles Eigentum gibt es nur in Bezug auf die Regierung, z.B., Gesetz, das auf bloße Nutzung hinausläuft; und die Benutzung muss mit dem Gesetz in Übereinstimmung stehen und der Notwendigkeit des Staates unterworfen sein.” [Senate Document No. 43, 73rd Congress, 1st Session]

Durch die Insolvenz der UNITED STATES Inc., die Loslösung des Dollars von der Goldpreisbindung und die hemmungslose „Erzeugung von Geld“ durch die FED (Fiat-Money), werden die Banknoten zu reinen Schuldver-schreibungen - nur gedeckt durch den unbewussten Kredit, den der einzelne Bürger (unwissentlich) „seinem Staat“ mit seiner Geburt gegeben hat. Und wer Federal Reserve Notes, also den

Dollar (Euro) benutzt, befindet sich in einem privaten UCC-Handelsgeschäft, da er als Zahlungsmittel Papiere einer Privatfirma benutzt. Wenn
das nicht ein Riesenprivileg ist!

Für die Menschen der USA und für uns ist das essentiell. Die originale, organische Verfassung gewährte ihnen unveräußerliche Rechte, die durch den Betrug von 1871, als der Bürger zum Public Officer wurde, zu relativen Rechten oder Privilegien wurden. Wer in den USA einen Gerichtssaal betritt, begibt sich in die Jurisdiktion des Handelsrechts - angezeigt durch die goldbesaumten Flaggen - und steht damit letztlich außerhalb der Verfassung und der Rechte, die diese ihm garantiert.

Fassen wir also zusammen: ursprünglich dachten wir (bessergesagt ich), der **(1.) kommerzielle Handel im UCC** wäre die Lösung unserer Jurisdiktion, denn alle Staaten und Behörden sind nachweislich registrierte kom-merzielle Handelsunternehmen. Dann haben wir den Papst gefragt und festgestellt, dass der ganze kommerzielle Handel in ein **(2.) Treuhandsystem** eingebunden ist, das über Privilegien und Treuhandverhältnisse funktioniert, von denen wir nichts wussten. Soeben erfahren wir, dass die ganze Welt bankrott ist und alles unter **(3.) Not-stands – und Kriegsrecht** läuft.

Die Hauptvermutung, die wir hieraus erahnen ist, dass die vordergründigen Herren der Erde die Bänker sind. **Die Bänker haben sich dieses System ausgedacht**, es von langer Hand geplant und es in voller Absicht erschaffen und... **sie wollen es um jeden Preis aufrecht erhalten!!!** Also müssen wir am Ende die Themen Besitz und Geld klären, wenn wir unsere Souveränität zurückhaben wollen. Treffender ausgedrückt: es ist **(4.) der Bankrott**, den sie verwalten, der uns das Kriegsrecht eingebrockt hat.
Mit unserem geschichtlichen Ausflug haben wir die Gesuchte endlich gefunden (most wanted):

Die Jurisdiktion, in der wir uns alle befinden ist die ausländische Verwaltung des Weltbankrotts unter Kriegsrecht der CROWN CORPORATION.

Damit wir jetzt keine Depressionen bekommen, weil es den Anschein hat, dass wir all dem niemals entrinnen kön-nen, möchte ich ein wenig für Entspannung sorgen und vorab den Prozess benennen, der uns aus dieser hundsgemeinen Falle herausholt...
Wir wollten den UCC knacken und haben das mit dem 1-103 und dem 1-308 geschafft. Im Nu waren wir im Ge-wohnheitsrecht gelandet und müssen jetzt jemanden schädigen, bevor wir belangt werden können. Wir wollten die Treuhandverhältnisse loswerden und haben das mit Zurückweisen „auf Armeslänge“ gemacht. Wir wollten den Public Officer-Strohmann und seine Privilegien loswerden und haben den Wohnsitz gewechselt! Aber zu Kriegs-zeiten gelten keine anderen Rechte und Gesetze! Nur Kriegsrecht! Und dort befinden wir uns definitiv! Sie tun und lassen, was sie wollen! Wie kommen wir dagegen an?
Wir knacken ihr Kriegsrecht mit einer Ungültigerklärung (Abatement)! Die Ungültigerklärung ist wie es aussieht die einzige Möglichkeit, die Anwendung des Kriegsrechts zu unterbinden, denn gegen ein Abatement hat die Kriegsjurisdiktion kein Standing.

Ungültigerklärung (Abatement): “Aber, wenn herausgegeben gegen Militärmächte und ihre Gerichte in öffentli-chen oder administrativen Fällen haben den Effekt, alle Verfahren in einem Gericht **außer Kraft** zu setzen, denn Militärmächte haben **kein Standing** zu antworten.” [Black's, 3rd (1933), page 7 bis 8]

Alles, was wir oben an geschichtlichen Zusammenhängen zusammengetragen haben, soll uns niemals den Blick auf den größeren Zusammenhang verstellen, denn nach wie vor führen die BAR-Anwälte (Rechts - Staatsanwälte und Richter) die Anweisungen der CROWN-Bänker aus, für sprudelnde Geldquellen zu sorgen; und es ist wahr:

- **die einzige Aufgabe eines Gerichts besteht darin, Konten zu verrechnen -**

„Der Vorgang des **Kontenausgleichs** besteht darin, wo jemand Waren oder Geld für einen anderen [z.B. die CROWN] in treuhänderischer Funktion erhalten hat, um den entsprechenden Ausgleich sicher - und wiederher-zustellen.“ [Black`s Law, 8th Edition]

Und sie machen das unter Kriegsrecht, sodass sie im Gerichtssaal nicht lange fackeln oder im Gegensatz zu uns höflich sein müssen. Da es rein um den Kommerz geht, versteht man jetzt auch besser, warum schwere Strafta-ten, wie Raub, Mord, Erpressung und Totschlag als Kapitalverbrechen, also als kommerzielle Verbrechen definiert sind.
„Kommerzielle Verbrechen sind: Raub, Kidnapping, Erpressung, Versklavung, Schwindel, Drogenmissbrauch, Prostitution ...“ [27 CFR 72.11-code]

“**Franchise-Gericht** (franchise court)…ein privat gehaltenes Gericht das aufgrund einer königlichen Konzession [Privileg] existiert, mit Jurisdiktion in einer Vielzahl von Belangen,...“ [Black’s Law Dictionary Seventh Edition] (...A pri-vately held court that (usu.) exists by virtue of a royal grant [privilege], with jurisdiction over a variety of matters,...)

„Ein fremder Feind, im internationalen Recht ein Fremder, der ein Subjekt oder Bürger irgendeines feindlichen Staates oder einer feindlichen Macht ist. Dadurch, dass eine Person eine andauernde oder temporäre Treue-pflicht gegenüber der feindlichen Macht hat, erhält sie zur Kriegszeit den Stempel eines Feindes.“ [1 Kent, Comm. 74, and Black’s 3rd]
„Alle Bürger der **v**ereinigten Staaten wurden zum **Feind** der **V**ereinigten Staaten Inc. erklärt.” [Congressional Re-cord, 9.März 1933, including H.R.1491, Amended Trading With The Enemy Act. (12 USC 95(a) & (b),Stoehr v. Wallace, 255 U.S. 604.]
„Feind ist nicht begrenzt auf die feindliche Regierung oder seine bewaffneten Truppen. Alle Bürger des einen Kriegsteilnehmers sind Feinde der Regierung und alle Bürger des anderen.“ [Manual for Courts Martial, supra,page IV-34, Art. 99-23c(1)(b).] (‘Enemy’ is not restricted to the enemy government or its armed forces. All the citizens of one belligerent are enemies of the government and all the citizens of the other.")

Nom de guerre: „buchstäblich, Kriegsname. Ein fremder Feind [wir, das Volk] kann während des Kriegs in seinem Namen keine Handlung aufrechterhalten." [Wharton's Pa. Digest, Section 20, page 94, (1853)]
„Wie bei unabhängiger Souveränität fällt es in den Zuständigkeitsbereich und die Pflicht eines Staates, Einmi-schung in den Status seiner eigenen Bürger durch andere Staaten oder fremde Mächte zu verbieten.“ [Black’s Law Dictionary, 4th Ed., p 1300]“
„Ein **Name** ausgedrückt in GROSSBUCHSTABEN oder Initialen eines Namens sind kein angemessenes Haupt-wort, um eine spezifische Person zu bezeichnen, aber sie sind [geeignet für] einen fiktiven Namen oder den Namen einer toten Person oder für einen Kriegsnamen.“ [Gregg's Manual of English] "A **name** spelled in all capital letters or a name initialed, is not a proper noun denoting a specific person, but is a fictitious name, or a name of a dead person, or a **nom de guerre**."
“Alle Gesetze, die nicht mit der **Verfassung** vereinbar sind, sind null und nichtig.” [Marbury vs. Madison, 5 US (2 Cranch) 137, 174, 176, (1803)] (All laws which are repugnant to the Constitution are null and void)

“Niemand ist verpflichtet, einem Gesetz zu gehorchen, das der **Verfassung** widerspricht und keine Gerichte dür-fen [das Gesetz] erzwingen.” [16 Am Jur 2 nd , Sec 177 late 2d, Sec 256] (No one is bound to obey an unconstitu-tional law and no courts are bound to enforce it)

“Wenn ein Richter weiß, dass es ihm an Jurisdiktion mangelt oder wenn er auf klaren und validen Statuten han-delt, die ihn eindeutig der Jurisdiktion berauben, dann ist die richtige Immunität beim Teufel.“ [Rankin v. Howard, (1980) 633 F.2d 844, cert. den. Zeller v. Rankin, 101 S.Ct. 2020, 451 U.S. 939, 68 L.Ed2d 326] When a judge knows that he lacks jurisdiction, or acts in the face of clearly valid statutes expressly depriving him of jurisdiction, judicial immu-nity is lost.
„Rechtsprechung des Gerichts bei einem Mangel an Jurisdiktion ist nichtig.“ [Burnham v. Superior Court of California, County of Marin, 110 S.Ct. 2105 (1990)]

Bedeutung von Justiz (und „privat“): Das Recht, allein gelassen zu werden (to be let alone). [277 U.S. 438, 478]

15.2. Unter dem Gericht sind alle gleich

Es ist nicht so einfach, in diesem Kapitel Ordnung zu schaffen, denn wie oben gesehen, bietet die Jurisdiktion mehrere Ebenen an, auf welchen wir uns vor Gericht wiederfinden könnten. Auf Gerichte lassen wir uns in der Regel deshalb ein, weil wir nicht wissen, an welchem Ort sonst wir Ansprüche geltend machen sollen. Umgekehrt könnten wir selber von einem privaten oder einem öffentlichen Anspruch betroffen sein. In beiden Fällen entschei-det ein sogenannter Richter, der in Auslegung geltender Gesetze „Recht“ spricht. So jedenfalls denken die Leute darüber. Das Ergebnis dann vor Gericht: einer verliert, der andere noch viel mehr!
Für den Fall, dass **wir selber** Ansprüche erheben, gibt es alternative Abhilfen, die wir uns im Kapitel „Geld“ anse-hen werden.
Für den Fall einer Klage **gegen uns** wäre es wie eine Erlösung, wenn wir gar nicht erst vor Gericht müssten und sich der Fall in Wohlgefallen auflösen würde. Wäre dies

so einfach möglich, müssten wir natürlich unser Gewis-sen fragen, ob und in welcher Höhe ein gegnerischer Anspruch gerechtfertigt ist oder nicht. Hier kommt unsere Ethik ins Spiel. Für die Anständigeren unter uns wäre ein klärendes Gespräch und eine faire einvernehmlichen Einigung mit dem Anspruchsteller der beste Weg, die Angelegenheit zu klären und nach Bereinigung ad acta zu legen. Ein ebensolches Verhalten hat heutzutage jedoch exotischen Seltenheitswert!

Worauf wir in diesem Kapitel hingegen hinauswollen sind Ansprüche, die sich aus den Mühlen der Bürokratie er-geben. Wir sind zu schnell gefahren, haben einen Strafzettel erhalten, erhalten gelbe Briefchen aufgrund Zah-lungssäumigkeit, haben eine natürliche Abneigung gegen GEZ-Beiträge, können die erforderliche Steuernach-zahlung nicht aufbringen und kommen ganz allgemein nicht mehr zurecht mit unseren Finanzen oder haben einfach nur die Schnauze voll oder beides. Zahlen wir nicht, landen wir zwangsläufig vor Gericht. Notfalls sperren sie uns ein.

Um dem Thema beizukommen, müssen wir aus verschiedenen Blickwinkeln schauen:

Welches Hauptinteresse hat unser privates Franchise-Gerichts an dem Verfahren?
Der einzige Zweck eines Gerichts gemäß obiger Definition ist es, Konten zu verrechnen. Sie tun dies ganz im Sinne ihrer privaten Obrigkeit, nämlich der BAR und deren Auftraggeber, den Elitebänkern der CROWN. Unseren Rechtsanwalt können wir als BAR-Agenten des Gerichts demselben Zweck zuordnen. Als kommerzielle Handels-unternehmen **ist ihr Hauptinteresse „unser“ Geld** (siehe weiter unten, wie sie das praktisch anstellen!).

Aus welcher Position heraus handeln die Gerichte?
Es geht seit Jahrzehnten das Gerücht, dass jeder einzelne Richter einen geheimen Eid leisten muss (?), mit dem er gelobt, den Bankrott aufrecht zu erhalten. Denkt immer daran, dass sie uns 1933 als Sicherheit verpfändet ha-ben (HJR 192 etc.), wir jedoch die wahren Gläubiger und Kreditoren und sie die Schuldner sind. Sie haben **unse-ren Wert** gestohlen. Sie dürfen aber niemals preisgeben, wer der wahre Gläubiger des Bankrotts ist. Der Anwalt darf das auch nicht sagen! Also gibt es vor Gericht in Wahrheit zwei Parteien. Privater Kläger bzw. privater Ange-klagter als Gläubiger contra Gericht / Rechtsanwalt (und ggf. Staatsanwalt) als Schuldner. Durch unsere Misere der Unkenntnis und Unwissenheit glauben wir ihnen jedoch, dass es genau anders herum ist. Kläger und Angeklagter sind die Schuldner und der Staat ist grundsätzlich der Kreditor. Wir ahnen schon, dass das nicht gut für uns ausgeht. Klagt jetzt eine Behörde, z.B. das Finanzamt gegen Euch, lauten die beiden de facto-Parteien: wir als Beklagte = Schuldner contra Gericht / Rechtsanwalt / Finanzamt = Gläubiger; für das Gericht zählt hierbei nur, dass es ein Verfahren gibt. Ob Kläger oder Beklagter verlieren oder gewinnen, ist für das Gericht unerheb-lich. Es gewinnt immer, wenn es ein Verfahren gibt. Im besagten Fall gewinnt natürlich die Schuldnerpartei, außer in Einzelfällen, die publikumswirksam aufgemacht werden, der „Gerechtigkeit“ halber! Das Gericht und das Finanzamt stehen auf der selben Seite! Denkt an die amerikanische Unabhängigkeitserklärung von 1776!
Vor Gericht erscheint jedoch die wahre Partei, der Schuldner, niemals. Nein, die internationalen Bänker erschei-nen nie vor Gericht! Somit sind die wahre Natur des Verfahrens und der Verfahrensgegenstand (nature and cause of the action)

unbekannt. Sie müssten die wahren Gläubiger des Bankrotts offenbaren, nämlich uns. Der wahre Gläubiger müsste sagen: Sie verwalten den Bankrott! Das ist ein Bankrott-Verfahren! In diesem Bankrott bin ich der Gläubiger (Kreditor) und das Gericht der Schuldner. Dann bin ich keine Partei für Sie! (Ein Schuldner kann **nie** einen Kreditor vor Gericht herausfordern!)
Also will man die wahre Natur des Verfahrens wissen und beansprucht das über einen Anwalt. Er wird, er darf das nicht tun. Wenn man ohne Anwalt vor Gericht wäre und den Betrug aufdecken würde, dann sind die Gerichte ge-zwungen, das Verfahren nicht zuzulassen, weil es veröffentlicht werden könnte. Denn das verstößt gegen ihren Treueeid. Was spräche zum Beispiel dagegen, unsere „Power of Attorney" zurückzuholen und ihnen zu sagen, dass sie ihren Bankrott nicht länger verwalten brauchen?
Die internationalen Bänker hatten die Regierung erpresst und ihnen 1933 mit einer schlimmeren Depression als dem Vorgeschmack gedroht, den sie 1929 veranstalteten. Und sie machten alle weiter, als wären sie solvent mit der Absicht, uns so lange wie möglich zu melken. Man kann einer Behörde nie an den Kragen gehen, weil sie einfach den Bankrott verwaltet. Sie haben 1930 in Genf einen Vertrag abgeschlossen, in welchem alles so verein-bart wurde. Hierzu gibt es nicht einmal ein Gesetz, nur diesen Genfer Privatvertrag.
Die korrekte Antwort auf die Frage ergo lautet: alle Gesetze und Statuten gibt es nur, um den Bankrott aufrecht zu erhalten; d**as Gericht handelt aus der Position der Verwaltung eines Bankrotts heraus**. Das Gericht sind in Wahrheit die Bänker!

Das ist **diiiiiiie Hauptvermutung** dieses Kapitels schlechthin!!! Wir werden noch darauf zurückkommen!

Aus welchen Rechtsebenen heraus handeln sie gegen uns, um den Bankrott zu verschleiern?
Wir haben es bereits herausgefunden und drei Rechtsebenen entdeckt, die jetzt auf einmal logisch erscheinen.

Erste Ebene: Kriegsrecht
Im Krieg ruhen sämtliche Rechte. Der Richter kann tun und lassen, was er will. Das Volk wurde zum Feind erklärt, so dass Kriegsrecht legal in Anwendung ist. Regierung und Gerichte handeln aus einem Notstand heraus, einer Notlage, die von den mächtigsten Banken der Welt seinerzeit erzwungen wurde.
Unsere Abhilfe: **ein Abatement** (Ungültigerklärung der Wirksamkeit des Kriegsrechts), denn Kriegsgerichte können Common Law-Prozesse nicht hören.

Zweite Ebene: Treuhandrecht
Das Gericht dichtet uns ein oder mehrere Treuhandverhältnisse an. Einmal sind wir der Begünstigte des Trusts, ein andermal der Treuhänder. Treuhandverhältnisse müssen nicht offenbart werden. Im Treuhandrecht sind wir absolut rechtlos. Warum? Weil wir staatsangestellt sind und Privilegien erhalten. Ein Public Officer zahlt Steuern, weil er das Privileg hat, staatsangestellt zu sein. Ein Sozialversicherungspflichtiger genießt das Privileg, evtl. spä-ter einmal Rente zu erhalten. Ein Krankenversicherter erhält das Privileg der Kostenübernahme von Krankheits-kosten. Ein Briefeschreiber erhält das Privileg, die Postleitzahl benutzen zu dürfen. Ein Autofahrer erhält mit der Lizenz der Fahrerlaubnis das Privileg, am

öffentlichen Straßenverkehr teilzunehmen und als Staatsangestellter im trade und business (für den Staat) zu arbeiten. Aus dem Bankrott heraus haben wir das Privileg erhalten, mit Schulden bezahlen zu dürfen. Die Liste ist unerschöpflich.
Der Treuhänder eines Trusts hat allein die Pflicht, seine Treuhandaufgaben zu erfüllen. Er ist genauso staatsan-gestellt wie der Richter! Wozu sollte er Rechte haben? Ein Begünstiger eines Trusts ist ja schon begünstigt und mit Privilegien ausgestattet. Wozu sollte er Rechte haben und meckern? Er hat ja schon alles!
Wie wir schon wissen: Der Kläger, also der Begünstigte glaubt, dass das Gericht ihn hört, aber da liegt er falsch, denn er hat den legalen Titel nicht. Die Aufgabe des Gerichts ist, das legale Recht zu bestimmen und festzulegen. Wenn man keinen legalen Titel auf das Subjekt hat, kann man auch keine legalen Rechte auf dieses Subjekt reklamieren... und dann hat man kein Standing im Gesetz! … und geht in Unehrenhaftigkeit (dishonor)!
Die beste Lösung hier wäre: die Geburtsurkunde gehört mir nicht, der Personalausweis auch nicht, der Führer-schein auch nicht, die Steuernummer auch nicht, die Sozialversicherungsnummer ebensowenig... denn ich habe keinen legalen Titel darauf.... also gehe ich nicht vor Gericht.... denn, wenn man keinen legalen Titel hat, gibt es für ein Gericht nichts zu entscheiden oder festzulegen. Wir haben keine Rechte oder Rechtsmittel, um uns zu verteidigen und unterliegen der Gnade des Gerichts. Da sich alle Staaten im Bankrott befinden, verwendet man das Treuhandrecht als Auffanggesellschaft.

Dritte Ebene: Handelsrecht UCC

In allen Ebenen, die wir hier besprechen, handeln Gerichte aus Vermutungen heraus. Wir müssen aufpassen und alle Vermutungen aufgreifen und zurückweisen. Sie sind nicht verpflichtet, ihre Rechtsvermutungen offenzulegen. Im Handelsrecht besteht die Vermutung, dass wir als Public Officer einen Wohnsitz im Forum ihrer Jurisdiktion haben. Damit sind wir im Handel und Geschäft engagiert und als Public Office ein Handelspartner im Kommerz.
Weisen wir nicht zurück, unterliegen wir den Gesetzen und Statuten des UCC. Gerichte operieren in einer Juris-diktion, die niemals etwas mit den Fällen zu tun hat. Sie arbeiten in martitimer Jurisdiktion, obwohl sie etwas anderes vortäuschen. Sie akzeptieren einseitige Verträge als gültig und sie verlangen keinerlei Beweise der Gül-tigkeit maritimer Jurisdiktion. Wenn der Richter uns zur „Identifikation“ den Personalausweis zeigen lässt, will er wissen, ob wir staatsangetellt sind und als Handelspartner in Frage kommen. Wir zeigen ihn vor und kommen als Handelspartner in Frage. Unser Personenname zeigt ihm zugleich, dass uns das Geburtsestate begünstigt. Das mag er nicht, denn er möchte der Begünstigte sein. Also fragt er, ob ich der (Treuhänder) HANS MEIER bin. Freilich bin ich dieser! Und schon sind Treuhänder (ich) und Begünstigter (er) sauber dividiert und sich einig, das Protokoll des Urkundsbeamten kann das jederzeit beweisen.
Uns fällt nicht ein, ihn zu fragen: Wenn ich Ihre Frage beantworte, gehe ich dann einen Handelsvertrag mit Ihnen ein? Verhandeln Sie hier ein Treuhandverhältnis? Wollen Sie mir meine Begünstigteneigenschaft abluchsen? Sind Sie mein gesetzlicher Richter nach Artikel 101 GG? Die letzte Frage bringt uns in Verdruss und ist nicht klug gewählt, denn als Konzernangestellter geht er nach den AGB`s, denen auch wir unterliegen und ganz sicher ist er sogar unser gesetzlicher Richter nach Konzernstatuten.

Ein „Ja“ unsererseits bringt immer die Zustimmung zu einem Handelsvertrag zum Ausdruck. Wie der Verkäufer einer Lebensversicherung fängt er uns auf der Ja-Straße ein und bringt uns geübt und geschmeidig in seinen Handelsvertrag, dem wir nicht mehr entrinnen können. Es läuft alles auf einen Vertrag hinaus. Sie tun alles, um unsere Zustimmung zu dem Vertrag zu erhalten! **Der Zweck im kommerziellen Recht ist, einen Vertrag zu erhalten, um Bezahlung für die Krone zu bekommen**. Wir täten gut daran, HERRN AUGUST FLEGEL, den Richter, im Zuge der Vorladung einige Bemerkungen zur Rechtssituation zukommen zu lassen, insbesondere die Reservierung unserer Rechte nach UCC.

Vierte und zusammenfassende Ebene: Der Bankrott

Die U.S. Inc. ging am 4. März 1933 bankrott. Inländische Transaktionen wurden damit illegal. Handel mit dem Feind ist immer illegal. Wir sind jetzt der Feind der CROWN. Unser inländischer Handel ist der Handel mit den Feinden unserer fremden Herren. Inländische Transaktionen können somit reguliert und bestraft werden, außer, wenn wir ausgebürgert sind oder der Handelspartner ausgebürgert ist. Hätte jeder von uns 50 ausgebürgerte Freunde, wäre unser Handel untereinander fremd und somit von jeglichen Statuten und Steuern ausgeschlossen. Ich bin im übrigen ein Fan davon, 50 solcher Freunde, Nachbarn und Bekannten zu haben.

Die Regierung selbst ist Schuldner einer ausländischen Assoziation und agiert somit ausschließlich als Agent ihrer fremden Herren und Meister.

"Der Bürger kann sich nicht beschweren, weil er sich freiwillig solch einer Art von Regierung unterworfen hat.“[92 US 551]

„…alle Regierungen sind Korporationen, geschaffen durch Gebrauch und allgemeine Zustimmung“... [36 U.S. 420 (1837)]“

Ergo ist die US-Regierung wie die deutsche eine bankrotte Korporation und fungiert in seiner eigenen Militärjuris-diktion unter dem Emergency-Act, charakterisiert durch den Zustand ständiger Notlage (state of emergency). Ein Notstandsgesetz ist kein Gesetz, da der Notstand selbst die Unzulänglichkeit und den **Mangel an Daseinsbe-rechtigung** dieses Gesetzes beweist. Der Notstand liegt im ständigen Krieg zwischen Regierung und Volk. Bürger der US sind klassifiziert als Feinde der privaten, kommerziellen korporativen Regierung (US Inc.). gemäß Trading with the Enemy-Act vom 9. März 1933) Der ständige Zustand der Notlage, eine wissentliche und willent-liche und absichtliche Eigenkreation, welcher von den Banken und der Regierung selbst erschaffen wurde, ist der Begünstigte und kodifiziert u.a. in **12 USC 95 Appendix of Title 50**. Die kommerziellen Maximen sind rechtsdomi-nant, weil die Leute nie widerlegen und alles Gesetz auf Vermutungen basiert. Sie haben uns dazu gebracht, unser Gold und Silber aufzugeben und haben uns dafür **colorable money**, gefärbtes Geld, gegeben.
Alle fiktiven Statuten treten de facto auf und nicht de jure und sind letzlich Regeln einer Elite gründend auf Ge-walt. Die logische Folge ist: Kriegsrecht, gewinnen-verlieren, Gesetz der Notwendigkeit, Abschaffung der Geset-ze, kein Gesetz, Gesetzlosigkeit als komplette Abwesenheit gültiger Gesetze;

<u>Daraus folgt vertragsrechtlich:</u>

Kein rechtmäßiger Vertragsgegenstand, kein übereinstimmender Vertragszweck, keine freie Zustimmung der Parteien, Anwesenheit von Betrug und Zwang, kein erzwingbarer Vertrag, keine erzwingbare Vertragsumgebung, absoluter Anspruch auf Selbstverteidigung, totales Recht und **Pflicht** zur Nichtachtung und Zurückweisung dieser kriminellen Aggression.
Jeder, der eine Sozialversicherungsnummer beantragt hat, hat seine Staatsbürgerschaft der CROWN unterwor-fen als Pfand für die nationalen Schulden. Alle diese Nummern müssen gelöscht werden. Durch eine Nummer wird man zum Subjekt der Regierung. Und man stimmt zu, dass man kein souveräner Bürger ist, den die Regie-rung schützt, (hauptsächlich vor sich selbst und seiner eigenen Dummheit). Sie verhöhnen uns obendrein! Ein geschützter Bürger ist dumm (non compos mentis), inkompetent und schwach. Schutz bedeutet Subjekt sein. Man wird ein Schutzbefohlener des Staates, verliert seine Power of Attorney usw. usw.....

Unser Gericht ist ein Agent der CROWN und betrachtet uns als Feind nach Kriegsrecht. In Wahrheit jedoch sind wir der Wert, der als Sicherheit ihren Bankrott deckt. Wir sind die Kreditoren ihres Betrugs. Sie sind die Debito-ren/Schuldner. Im Gericht werden nur Debitoren verhandelt. Wenn wir das aufdecken, haben sie uns gegenüber kein Standing mehr, denn ein Schuldner kann keinen Kreditor beanspruchen. Wenn wir ihren Betrug entlarven, fällt ihr Kartenhaus zusammen, sicherlich nicht kampflos, aber es fällt.

Derjenige, der **betrügt**, handelt mit Verallgemeinerungen (Dolosus versatur generalibus) [2 Korinther 34.]
Betrug liegt in Verallgemeinerungen verborgen (Fraus latet in generalibus). [2 Korinther 35]
Ein **verallgemeinernder** Ausdruck beinhaltet nichts sicheres. (Generale nihil certum implicat) [2 Korinther 34.36] und [Bouvier's Maxims of Law, 1856]
Einem **Betrüger** wird alles zugetraut (Omnia praesumuntur contra Spoliatorem) [Broom`s Maximes of Law 1845]
IRS – Publikationen..... Während sie eine gute Quelle genereller Informationen ist, sollten (diese) Publikationen nicht zitiert werden, um eine Position zu stützten.“ [Internal Revenue Manual (I.R.M.), Section 4.10.7.2.8]

15.3. Wie uns Gerichte hereinlegen und was wir dort nie tun dürfen....

Gerichte stellen Fragen und definieren das Wort nicht! Wer weiß schon, dass das Wort „**muss**“ tatsächlich „**kann**“ bedeutet. Wir sollten unsere eigenen Definitionen benutzen, um nicht in ihre Privilegienfalle zu laufen. Sie spre-chen Latein und erläutern es nicht. Wir sollten Latein lernen oder erst gar nicht dort erscheinen. Die erste Verfassungsänderung (US Verfassung) garantiert das Recht zu: „sprechen, **nicht zu sprechen**, die beabsichtigte Bedeutung jedes Worts, das wir sprechen, zu definieren“ als unveräußerliches Recht!

„Angeklagter, Sie sind verpflichtet, die Wahrheit zu sagen!“ Die Wahrheit sagen? Hilfe! Nein, denn vor einem Gericht kann die Wahrheit nicht gesagt werden!!! Das Gericht ist eine Fiktion. Eine Fiktion kann die Wahrheit nicht hören. Ein solches Handelsangebot ist sofort zurückweisen! Wessen Wahrheit denn? Es gibt kein Gesetz gegen Lügen also gibt es auch kein Gesetz für Wahrheit. Etwas Wirkliches

wie Wahrheit ist einer Fiktion wie dem Gericht völlig unbekannt. Es ist eine Falle! Denn Gesetze gibt es nicht, sie werden nur vermutet. Verträge gibt es nicht (kein echtes Geld!), denn sie werden nur vermutet. Mit der Verpflichtung des Angeklagten zur Wahrheit macht man die besten Vertragsabschlüsse.
Übrigens: In den USA benutzen die Richter mittlerweile ihr eigenes privates Corporate Law. Alle Statutengesetze haben ein Copyright. Wären es öffentliche Gesetze, hätten Sie niemals ein Copyright. Die öffentlichen Gesetze gelten schon noch, aber die Richter haben sie entsprechend geändert und benutzen sie für private Zwecke (ca. ab 1965)
Das dümmste, was man machen kann, ist, das Gericht und seine Jurisdiktion anzuzweifeln. Ein Richter kann in eigener Sache gar nicht urteilen (nemo judex in causa sua) [Blacks Law 6th page 502] Das Gericht ist ein auslän-discher, maritimer, goldbeflaggter Schriftsatzort. Wir befinden uns nicht in der BRinD, wenn wir vor Gericht ste-hen. Hier hat der Hausherr das Sagen. **Ob man dort etwas zu suchen hat, ist die entscheidende Frage.** Und wir haben dort nichts zu suchen, denn wir haben vorher geklärt, dass wir dort nicht erscheinen werden, ohne dass das Gericht sich bis auf die Knochen blamiert. Im Gericht werden Debitoren verhandelt keine Kreditoren, so wie wir sie sind.

Angeklagter, verstehen Sie die Klage? Übersetzung: Du hast doch sicherlich als vollbewusster Mensch hinter dem Strohmann stehend willentlich, wissentlich und absichtlich das Gesetz verletzt und bist mit meinem Handels-angebot einverstanden, die Vertragsbedingungen des Systems vollumfänglich zu erfüllen? Seit wann bin ich Kläger oder Beklagter, wenn ich Kreditor bin und du, ehrenwertes Gericht, der Schuldner? Hast du gerade den Bankrott vergessen, den Du verwaltest?

Angeklagter, verstehen Sie mich (do you understand me)? Übersetzung: natürlich unterstehe ich Dir nicht, Euer Ehren! Ich stehe ganz im Gegenteil über Dir, denn ich bin Dein Kreditor! … und.... du bist doch auch meiner An-sicht..., bzw. vermute ich korrekt, dass sich unser Handelsvertrag damit erledigt hat? Ich bin Kreditor und habe nichts vor Gericht zu suchen, da ich keine Partei bin. Das müsst ihr Schuldner schon unter euch selber aus-machen! Denn... keine Partei zur CROWN... kein Fall!

Eine ganz witzige Methode hat einer im Internet beschrieben: er hat vorab seine Lebenderklärung mit Verweis auf einige seiner veröffentlichen Dokumente eingebracht und wollte dort lediglich als Mensch erscheinen. Also kam er als Mensch. Der Richter fragt ihn nach dem Personennamen, er kann den Richter nicht hören. Er erahnt ver-schwommen die Mundbewegung einer Fiktion, aber er kann nichts hören! Der Richter fragt nochmals, er versteht ihn einfach nicht. Er kann die Fiktion nicht sehen, nicht hören, nicht erkennen. Nach einigen weiteren Fragen, die nicht gehört werden können, beendet der Richter die Sitzung und schlägt das Verfahren nieder.

Der Richter fragt den Strohmann: Angeklagter! Verstehen Sie Ihre Rechte? Ich bin der Kreditor und Souverän: ich muss ihnen in ihrer Sache nicht antworten; es ist nicht ihr Geschäft, ob ich meine Rechte verstehe oder ob ich ihre fiktionalen Worte verstehe; der Grund, warum ich das nicht muss ist, weil ich keine Person bin, die vom Staat reguliert wird. Ich halte keinen Status eines öffentlichen Office. Ich habe ein Standing zu Lande (on the Land). Sie, Euer Ehren, können nur ihre eigenen Arbeitnehmer / Angestellten drankriegen. Ich bin nicht einer davon!

Aber, wollen wir es überhaupt so weit kommen lassen? Nein, das wollen wir nicht! Sollten wir, aus welchen Grün-den auch immer, dennoch vor Gericht erscheinen, dann können wir die Sache auch mit ein bisschen Spaß betrachten. Wir sind ja mittlerweile auf dem Boden ihrer lächerlichen Tatsachen gelandet und machen jetzt eine kleine Übung:

Der Richter fragt Euch als erstes: wie ist Ihr Name? Wie lautet Ihr Name?
Nein, das ist er nicht!
Wie meinen Sie?
Ich sage, w i e ist nicht mein Name!
Ich frage nach Ihrem Namen!
Ich habe mengenweise Namen, welchen meinen Sie?
Ich meine Ihren richtigen Namen!
Meine Eltern nennen mich Sohn, meine Töchter nennen mich Papi und mein Hund nennt mich wuff! Ich höre dann immer! An welchem Namen sind Sie interessiert?
Freundchen, ich mache hier keine Spaßveranstaltung, ich möchte wissen, ob Sie HANS MEIER sind?
Der Name, den Sie da gerade nennen ist ein Copyright-Name und mein Besitz. Ich habe dies öffentlich bekannt gemacht. Wenn Sie meinen Besitz nochmals beanspruchen wollen, dann mache ich Sie darauf aufmerksam, dass das eine gesalzene Gebühr kostet. Sie können gerne frei entscheiden, ob Sie diesen Namen weiterhin beanspruchen wollen oder nicht. Wie entscheiden Sie sich?
Bürschchen, Du bringst Dich gerade in Schwierigkeiten! Geben Sie mir jetzt Ihren Namen!
„Bürschchen" ist kein Name, der mir gehört. „Herr" schon gleich gar nicht! Und niemals würde ich ihnen einen Na-men übergeben!
Egal wie Ihr Name ist, ich weise Sie an, sich zu identifizieren!
HERR AUGUST FLEGEL, ich bin einzig daran interessiert, meine Besitzrechte zu wahren; weisen Sie mich an, meinen Privatbesitz an Sie zu übergeben, ohne dass ich etwas dafür bekomme, ohne Kompensation?
Nein, ich frage nur nach Ihrem Namen!
Ok, ich gebe meinen Besitz nicht her und ich vermute, dass Sie mich nach dem NAMEN fragen, dass Sie meinen Besitz benutzen können, richtig?
Nein, das ist nicht richtig, ich brauche Ihren Namen, damit wir mit dem Tagesgeschäft fortfahren können! Ich möchte, dass Sie sich identifizieren!
Ja, wenn Sie nicht wissen, wer ich bin, was machen wir hier denn überhaupt? …. dann.... nennen Sie mich mei-netwegen einfach Sicherungsnehmer - Kreditor (Secured Party Creditor).
Also Herr Sicherungsnehmer - Kreditor. Wo wohnen Sie?
Ich wohne innerhalb der Grenzen meiner Haut!
Waaas ist Ihre Aaaadresse?
Ich haaaabe ihre Aaaadresse nicht! Ich bin kein Eigentümer einer Aaaaadresse!
Wo schlafen Sie nachts?
In einem Bett!
Ich meine das Gebäude, in dem Sie schlafen!
Ich schlafe in keinem Gebäude, ich schlafe in einem Bett!
RICHTER FLEGEL: Lass gut sein.... wir brechen hier ab...... ein ganz ein Schlauer... (= compos mentis)

Das alles ist witzig, aber es ist die Wahrheit. Mit dem Namensspiel und dem Wohnsitz unterwerfen Sie uns ihrer Jurisdiktion....

Wenn ein Richter Euch in Zwangslagen fragt, wie ihr heißt, dann buchstabiert wenigstens Euren Menschenna-men, damit er sich nicht anhört wie Euer Personenname. Hierdurch entgeht Ihr der Person auch! Und... Ihr seid der, von dem Ihr sagt, der Ihr seid!!! Eine Identifikation von Euch, dem Menschen, ist eine Unmöglichkeit des Rechts. Recht kann nichts Unmögliches erzwingen (Lex non cogit ad Impossibilia) [Broom`s maximes of Law 1845] Es wäre lächerlich, jemanden weismachen zu wollen, dass man dasselbe sei wie ein Photo auf einem abge-stempelten Pappkarton! Und- Hand auf`s Herz und nichts gegen Eure Eltern, aber wir wissen nicht einmal genau, wann und wo wir geboren wurden. Wir wissen es nur vom Hörensagen, stimmt`s? <u>Und übrigens</u>: Es gibt **kein Gesetz**, dass man sich selbst identifizieren muss! Weil es unmöglich ist, einen Menschen zu identifizieren. Nur Sachen können identifiziert werden. Die können Euch gar nichts!!!

Wenn man vor Gericht erscheint, wird angenommen, dass man ein 14. Amendment-Bürger, ein Sklave ohne Rechte ist, einen Wohnsitz hat etc. etc. Schaut bitte, wie sie das beweisen!!! **Es wird dadurch bewiesen, indem man vor Gericht erscheint** [FRCP §2.4(2)(4)]**!!!** **Vorladung**: „**Instrument, benutzt, um eine zivile Aktion einzuleiten oder ein spezielles Vorgehen und ist ein Mittel, <u>um</u> Jurisdiktion über eine Partei <u>zu bekommen</u>**. ...“ [Black`s Law 6th page 1436] Unser Erscheinen macht die Jurisdiktion, **sonst nichts**!!!

Wollen wir uns künftig klar darüber sein, dass die Gerichte nur drei Dinge verhandeln:
1. Aktionen des Gesetzes (Statuten)
2. Aktionen bezüglich Besitzrechte und
3. Aktionen des Notlage - und Kriegsrechts
Man kann diesen einen <u>kriegsentscheidenden</u> Fehler machen, wenn wir in einer Behördenaktion verstrickt sind, die uns letzlich ein Gerichtsverfahren einbringt...., **wir erscheinen aufgrund Appellation**. Der Trugschluss, dass wir Folge leisten müssen, entspringt unserer natürlichen Annahme, dass es um einen zu klärenden Sachverhalt ginge. Das ist nicht wahr! Es geht immer nur um die Rechte, die dem „Staat“ aus einem Vertrag heraus zustehen und um den Selbstzweck des Verfahrens. Wenn Euch die Gemeinde auffordert, eine kommunale Sonderabgabe für den neuen Kinderspielplatz im Nachbarort nach § R2D2 zu entrichten, dann geht es vorrangig um ein Han-delsangebot. Es handelt sich um ein Angebot eines kommerziellen Unternehmens an ein kommerziellen Unter-nehmen. Wenn Ihr jetzt Stellung nehmt zur Sachlage, z.B. dass der Spielplatz gar nicht in Eurem Dorf gebaut wird und Ihr eine finanzielle Beteiligung nicht einseht, dann habt Ihr selbstverständlich das Handelsangebot ange-nommen. Warum? Ihr habt all das zugegeben, was die Gemeinde schon vorher vermutet hat! Ihr habt zugeben dass Ihr der Jurisdiktion Eurer Gemeinde unterworfen seid! Ihr habt die Gültigkeit des § R2D2 bestätigt! Ihr habt zugegeben, dass ein Treuhandverhältnis besteht! Ihr habt zugegeben, dass ein Handelsvertrag existiert! Ihr habt zugegeben, dass Ihr ein Strohmann aber kein Mensch seid, ansonsten hättet Ihr die Fiktionalität der Gemeinde nicht hören können! **Merke: Es geht immer um die Rechte, es geht nie um die Sache!** Kurz: ihr seid

auf das Handelsangebot eingestiegen und habt Euch der Jurisdiktion, besser den AGB`s der Gemeinde unterworfen. Und diese AGB`s sehen vor, dass Ihr zahlen müsst.
Es ist egal, ob Ihr jetzt vernünftige Gründe findet, die gegen Eure Beanspruchung sprechen oder nicht. Dies ist ein emotionsloser unnatürlicher Vorgang und nur schwer können wir uns damit abfinden. Dennoch, der Handels-vertrag wird legal, wenn Ihr nicht sofort Eure Rechte reserviert (Stempel mit UCC 1-103 und 1-308) und das Handelsangebot in einem zweiten Schreiben nach UCC-Methode zurückweist. Ihr geht mit keinem Wort auf den Sachverhalt ein. Ihr fordert Auskunft über die hoheitlichen Befugnisse der Gemeinde und entlarvt das Schreiben als kommerzielles Angebot eines Handelsunternehmens. Ihr setzt Fristen zur Beantwortung und Ihr präsentiert Eure ABG`s, die bei Nichtwiderlegung Eurer Rechtsvermutungen rechtswirksam werden. Wenn die Gemeinde nicht in der Lage ist, Eure Rechte zu entkräften, dann befindet sie sich nach Fristablauf in Eurer Jurisdiktion, in Euren AGB´s. Und sicherlich habt Ihr dort Vorsorge getroffen mit einer Schadensersatz – und Gebührenordnung und Euch ein Pfandrecht gesichert. Somit habt Ihr das Vorgehen der Gemeinde abgekupfert und umgedreht. Jetzt ist sie in Eurem Handelsvertrag. Es spricht natürlich nichts dagegen, dass Ihr Euch trotzdem an den Kosten des Kinderspielplatzes beteiligt, freiwillig. Bald ist ja auch das notwendige Kleingeld vorhanden!

Übrigens: Eine Ungültigerklärung oder eine Copyright-Prozedur wäre in diesem Fall genauso denkbar....

Weitere Tricks der Gerichte:

Benutzung von Vermutungen inkl. der 12 Schlüsselvermutungen der BAR Association. Diese sind: 1. die Staatsurkunde 2. Öffentlicher Dienst 3. Amtseid 4. Immunität 5. Vorladung 6. Sorgerecht 7.Vormundschafts-gericht 8. Treuhändergericht 9. Regierung als Vollstrecker / Begünstigter 10. Schadensersatz-Vollstrecker (unparteiisch) 11.Unfähigkeit 12.Schuld
Die unwissentliche Akzeptanz ihrer **Rechtsvermutungen** führt in die Unehrenhaftigkeit (dishonor), weil es den Mangel an Standing zeigt. Merke: Dishonor kann nicht vorgeworfen werden, wenn die Rechte vorher reserviert waren.
Benutzung von Kunstworten und erfunden Wörtern (z.B. Steuerzahler, Public Officer, Führerschein, Anord-nung....)
Benutzung von Definitionen, die in jedem Rechtsgebiet etwas anderes bedeuten (z.B. Bürger, Ansässiger, Fremder, Wohnsitz etc.) Wo aber steht im Gesetz, dass ein Begriff, der rechtlich nicht definiert ist, nicht von mir definiert werden darf? (z.B. wir selbst als spirituelles Wesen?)
Unterstellungen und **Verdrehungen** nach dem Prinzip: Schlagen sie ihre Frau immer noch?
Trust-Franchise als rechtsgültig zu verkaufen und die Unterstellung, dass ein Treuhandverhältnis bestünde
Die **Vermutung**, dass ein Statut öffentliches Recht sei
Die **Vermutung** des Gerichts, dass es Jurisdiktion über den Kläger und den Beklagten hätte
Die Unterstellung, ein **Subjekt** und eine **Person** und **haftbar** zu sein
Nichtpräsentieren der Beweise der Gültigkeit ihrer (maritimen) Jurisdiktion

Beweislastumkehr oder Negativbeweis (etwas nicht-Existentes muss bewiesen werden)... geht nicht!
Den Souverän soweit zu bringen, zuzugeben, dass er der **Strohmann** ist, ihn zum Schuldner zu machen und ihn damit in Unehrenhaftigkeit (dishonor) zu setzen
Nötigung und **Erzwingung** von Unterschriften durch Drohgebärden
Insgesamt: durch Verstecken, Verheimlichen und Betrug

Die **beste** Lösung, nicht zu verlieren ist, den Kläger anzugreifen und mit ihm das Gericht seiner Jurisdiktion, wel-ches er bemühen will. Wenn man das nicht macht, wird man verlieren, weil dann ein Verfahren stattfindet.

Die **allerbeste** Lösung, nicht zu verlieren ist, nicht vor Gericht zu erscheinen oder den Richter **als Treuhänder** zu ernennen.

Niemals verhandelt das Gericht einen Fall! Sie **verwalten und verrechnen Treuhandkonten**. Ein Pieps genügt, um ihrer Jurisdiktion auf den Leim zu gehen. Äußert Euch **niemals** zu ihren Handelsangeboten! Legt Euer Stan-ding dar und antwortet mit einem Prozess (siehe weiter unten)! Äußert Euch **niemals** zu einem Handelsangebot einer Behörde! Für ein Gericht reicht dies als Beweis für einen vermuteten Handelsvertrag!

15.4. … seht mal, was Mary Croft zu den Gerichten zu sagen hat

...das einzige, was fiktionale Entitäten von uns wollen, ist unsere Lebensenergie in Form von Geld, und der ein-zige Weg für sie, diese zu bekommen, ist durch unser Einverständnis. **Ohne uns können sie nicht funktio-nieren**, also müssen sie uns vor Gericht zerren, damit wir die Schulden bezahlen, die sie selbst durch die Klage gegen die Treuhand [HANS MEIER] kreiert haben.

Da Common-Law-Gerichte nicht mehr existieren, wissen wir, daß ein Fall niemals mit "Fakten" oder lebendigen Menschen zu tun hat - daher ist **j e d e r** verloren, der eine Aussage macht oder gar über Fakten in einem Fall berichtet. **A l l e** Gerichte operieren unter Treuhands - / Konzernrecht (Trust Law), basierend auf Kirchenrecht, welches sich im tückischen Handelsrecht (UCC) manifestiert hat, und wir stehen nur vor Gericht, um die Zeche zu zahlen - wenn sie uns nur dazu bringen können, uns darauf einzulassen.

Dafür benutzen sie alle Regeln der Kunst: Einschüchterung, Angst, Bedrohung, Verhöhnung, Wutausbrüche, Lächerlichmachen etc., nur um Gerichtsbarkeit zu simulieren und **unsere Zustimmung zu erhalten**, daß wir der NAME HANS MEIER (Treuhand) sind. Nachdem wir unseren Namen, Hans Meier, genannt haben, sind wir auf die Rolle des Treuhänders festgelegt, also demjenigen, der für die Verwaltung der Treuhand haftet - ähnlich einem Geschäftsführer einer GmbH. Ergo war es bis jetzt eine Verschwendung unserer Zeit, Energie und Emotionen, an einen Ort zu gehen, an dem es so gut wie feststeht, daß die Haftungspflicht an uns kleben bleibt.
Durch unsere Indoktrinierung, Programmierung und Aus-Bildung wissen wir, **daß Richter unparteiisch sind und einen entsprechenden Amtseid geleistet haben.**

Das bedeutet, daß er weder den Ankläger noch den Vertei-diger bevorzugen darf. **Doch unsere Erfahrung lehrt uns, daß er in Wirklichkeit den Ankläger begünstigt -** ein eklatanter Interessenskonflikt wird hier allzu deutlich: Staatsanwalt, Richter und Protokollführer/ Urkunds-beamter arbeiten alle für den Staat(-skonzern), dem Eigentümer der Treuhand für tote Rechtspersönlichkeiten ["Cestui Que Vie Act" von 1666], anders ausgedrückt, **der Staat als Besitzer und Lizenzgeber** des CQV -Treuhandvermögens HANS MEIER.

Es geht nicht um „Gerechtigkeit" – es geht darum, ein Treuhandvermögen zu verwalten. Sie vertreten ein Treuhandvermögen, das dem Staat gehört, und wenn wir die **Nutznießer/Begünstigten** sind, bleiben nur noch zwei Positionen übrig, die des **Vollstreckers** und die des **Treuhänders**.

Wenn Du also die Befangenheit eines Richters nachweist – obwohl ich bezweifle, daß es soweit kommen wird – kannst Du sie wissen lassen, daß Du Dir dieser Rollen bewusst bist. Unter Kartellrecht können sie nicht der **Vollstrecker oder Treuhänder** eines Treuhandvermögens sein und gleichzeitig der **Nutznießer**, da dies in Konflikt miteinander stünde, da der **Begünstigte** nicht in seinem Sinne agieren kann. Die einzige Möglichkeit, wie Staatsbedienstete die **Nutznießer** des Treuhandvermögens sein können, ist, wenn sie die Haftung, die sie innehaben, auf uns übertragen, weil sie eben nicht beides sein können, der **Vermögensverwalter** und der **Nutznießer** des Treuhandvermögens. Die Treuhänderschaft und das Amt des Vermögensverwalters (executor-ship) sind also heiße Kartoffeln, die sie loswerden müssen, damit sie der **Nutznießer des Vermögensguthabens** sein können.

Als wir geboren wurden, wurde ein Treuhandfonds – ein **Cestui Que Vie-Fonds** (CQV) – zu unseren Gunsten eingerichtet. Beweis dessen ist die Geburtsurkunde. Aber was war der Wert, der in diesen Treuhandfonds befördert wurde, um diesen zu erschaffen? Der Wert war **Dein Recht auf Eigentum** mittels Deiner Geburt in diese Welt, **Dein Körper** mittels der Lebendgeburt-Aufzeichnung, und **Deine Seele** mittels des Taufzeugnisses. Der Staat, der diesen Treuhandfonds eingetragen hat, ist **der Besitzer** und **der Treuhänder** … der Verwalter des Treuhandvermögens. Da der Staat aber **der Nutznießer** des Vermögens sein möchte, muss er Dich (**den tatsächlichen Nutznießer**) dazu bringen, ihm zu erlauben, das Treuhandvermögen zu belasten mittels **Deiner Unterschrift** auf einem Dokument (einer Vorladung, einem Antrag etc.), um somit **die Treuhänderschaft auf Dich zu übertragen,** wenn er **der Nutznießer** eines bestimmten „Constructive" Trust (Treuhandverhältnisses) sein will.

Ein Treuhandfonds kann überall eingerichtet und die Parteien des Fonds können jederzeit eingesetzt werden. Und da der **Nutznießer** das Treuhandvermögen nicht belasten kann (das kann nur ein **Treuhänder**), ist es **der Staat als Treuhänder**, der **das Vermögen** belastet – aber er tut das zu **seinem Vorteil**, nicht zu Deinem. Unter Kartellrecht ist also der **einzige Weg für den Staat**, von seiner Belastung des Treuhandvermögens zu profitieren, **Dich dazu zu bringen, die Rollen zu tauschen – vom Nutznießer zum Treuhänder** (derjenige, der verantwortlich ist für die Verrechnung), **während er von der Rolle des Treuhänders in die des Nutznießers schlüpft** (weil keine Seite beide Rollen gleichzeitig im gleichen Treuhandverhältnis spielen kann). Unter Kartellrecht ist also der einzige Weg für ihn, das

Treuhandvermögen zu belasten, die **Zustimmung des Nutznießers** zu erlangen. Warum solltest Du zustimmen, die Rollen zu tauschen, wenn das Treuhandvermögen Deinem Wohl dient? Und wie schaffen sie es, dies zu bewerkstelligen?

Nun, die beste Vorgehensweise ist die, Dich vor Gericht zu zerren und so auszutricksen, daß Du unwissentlich genau das mit Dir machen lässt. Wenn Du aber die Zusammenhänge kennst, bevor Du dort erscheinst, weißt Du, was Du zu sagen hast, damit dies nicht geschieht.

Der Urkundsbeamte (court clerk) ist die **Schlüsselfigur**, auch wenn der Richter die Schlüsselfigur zu sein scheint. Der Urkundsbeamte ist **der Treuhänder** für das CQV-Treuhandvermögen, das dem Staat gehört. Er oder sie ist verantwortlich dafür, **den Treuhänder (trustee)** und **den Vollstrecker / Vermögensverwalter (executor)** zu bestimmen für das Treuhandverhältnis in diesem bestimmten Gerichtsfall. Also bestimmt der **Urkundsbeamte den Richter als Treuhänder** (der das Vermögen **verwaltet**) und er bestimmt den Staatsanwalt **als Vermögensverwalter (executor)** des Treuhandfonds (der das **Treuhandvermögen vollstreckt**) (the one to **execute** the trust). Der **Vermögensverwalter (executor)** ist letztlich verantwortlich für die Verrechnung, weil er oder sie den Fall im Auftrag des Staates vor Gericht gebracht hat (**der wiederum das Treuhandverhältnis erschaffen hat**), welcher das CQV-Treuhandvermögen belastet hat. Nur ein **Vermögensverwalter/Staatsanwalt (executor/prosecutor)** kann ein Treuhandverhältnis erschaffen bzw. in die Wege leiten, und **wer immer etwas anderes erschafft, trägt die Haftung** und muss für eine **Schadensbehebung** sorgen **(must provide the remedy).**

Das ist der Grund, warum alle Staatsanwälte verpflichtet sind, ihr Scheckbuch mit zu Gericht zu bringen, denn **wenn sie es nicht schaffen, ihre Haftung auf den angeblichen Angeklagten (den Beschuldigten) zu übertragen, oder der angebliche Angeklagte (der Beschuldigte) lehnt das Angebot des Staates, die Haftung zu übernehmen, ab**, dann muss jemand den Treuhandfonds um den entsprechenden Betrag entlasten, um die Schulden zu verrechnen. Und dieser „Jemand" ist der Staatsanwalt. Da der Staatsanwalt derjenige ist, der das Treuhandvermögen verrechnet, muss der **Staatsanwalt / Vollstrecker** (**Prosecutor/ Executor PE)** die Belastung abgelten.Wenn der **Richter (Verwalter,Treuhänder) den Namen des Treuhandvermögens**, HANS MEIER aufruft, kannst Du stehen bleiben und fragen:

„Für das Protokoll... ist dieser Aufruf so zu verstehen, dass hier die Rechtsvermutung zutrifft, daß es sich um ein Cestui Que Vie - Treuhandvermögen handelt und daß dieses Treuhandvermögen, das Sie jetzt verwalten, das HANS MEIER-Treuhandvermögen ist?"

Damit wird festgestellt, daß Du weißt, daß **der Name ein Treuhandvermögen ist, nicht ein lebender Mann.** Was ist normalerweise die erste Frage des **Richters (Verwalters, Treuhänders) „Wie ist Ihr Name?"** oder **„Geben Sie Ihren Namen zu Protokoll"**. Du musst sehr aufpassen, daß Du Dich nicht mit **dem Namen des Treuhandvermögens** identifizierst, denn wenn Du dies tust, tauscht Du die Rollen und machst Dich **zum Treuhänder** und den Richter **zum Nutznießer**. Wenn Du von Anfang an weißt, daß der **Richter der Treuhänder** ist, dann weißt Du, daß der

Richter HANS MEIER in diesem Treuhandverhältnis (Constructive Trust) ist. Das ist geisteskrank, stimmts? Ihre Verzweiflung macht sie verrückt, also projizieren sie ihre Verrücktheit auf Dich und ordnen psychologische Maßnahmen für Dich an für **DEREN** eigene Verrücktheit (Patientenverfügung nicht vergessen!!!)!!! Das ist der Punkt, wo Du fragen kannst: **„Deuten Sie mit diesem Aufruf / Anordnung an, daß Sie vermutlich nicht wissen, wovon ich rede? (Geben Sie damit Ihre Inkompetenz zu? Sollen wir jemanden kommen lassen, der weiß, wovon ich spreche?)“**

Sie müssen Dich dazu bringen zuzugeben, **HANS MEIER** zu sein, sonst müssen sie die Zeche zahlen – und Du **darfst nicht** ihre Nötigungen akzeptieren, sonst zahlst Du. Denn der **Richter ist der Treuhänder** – eine prekäre Position – das Beste in diesem Fall wäre zu sagen … **„HANS MEIER ist in der Tat vor diesem Gericht!“** und auf den Richter zu zeigen**. „Mit allem Respekt, das sind Sie! Als Treuhänder sind Sie heute HANS MEIER, vermute ich da richtig?!!!“** Du musst respektvoll und freundlich bleiben, sonst fällst Du auf ihr Niveau herab. Wenn der Richter frustiert ist, weil Du nicht zugibst, der **Name des Treuhandvermögens zu sein – also der Treuhänder, Verwalter des Vermögens** – solltest Du fragen, wer **er** ist.

„Bevor wir hier weitermachen, Euer Ehren, muss ich wissen, wer S I E sind.“ Richte Dich an den **Urkundsbeamten (clerk of the court)** und frag ihn – **den Treuhänder** des CQV-Treuhandfonds des Staates, **„Sie sind vermutlich der Treuhänder, der den Richter bestimmt hat, der Verwalter/ Treuhänder in dem Treuhandverhältnis Nr. 12345 zu sein? Haben Sie den Staatsanwalt bestimmt, der vermutliche Vollstrecker in diesem vermutlichen Treuhandverhältnis zu sein?“** Dann zeig auf den Richter mit den Worten,**„Sie sind also der <u>Treuhänder</u>“ ,** und auf den Staatsanwalt zeigend, „**und Sie sind der <u>Vollstrecker-</u> und ich bin der <u>Nutznießer</u>. Also beauftrage ich Sie, dieses Treuhandverhältnis aufzulösen und zu entlasten.“**

„Ich beanspruche hiermit meinen Körper, also löse ich den CQV-Treuhandfonds auf, den Sie belastet haben, weil es dort keinen Wert gibt. Sie haben gegen sämtliche Gesetze verstoßen!“

Höchstwahrscheinlich wird es dazu nicht kommen, da der Richter anordnen wird **„Klage abgewiesen“** … oder noch wahrscheinlicher wird der Staatsanwalt rufen **„Wir ziehen die Klage zurück“.**

Denn merke: jeder Treuhänder oder Vollstrecker, der sich weigert, einen CQV-Trust sofort aufzulösen für eine Person, die ihr Standing und ihre Kompetenz darlegt, ist schuldig des Betrugs und Bruchs der Treuhandpflichten, was ihre sofortige Entlassung und Bestrafung erforderlich macht.

Wir haben des öfteren erwähnt, dass wir einer Vorladung des Gerichts nicht mehr Folge leisten werden, denn die einzige Methode, das Spiel zu gewinnen ist, **es nicht zu spielen**! Mit einem geeigneten Schriftsatz werden wir uns die Vorladung bzw. das

Erscheinen bei Gericht vom Halse schaffen. Da wir ausschließlich an Lösungen interessiert sind, sollten wir uns nochmals vor Augen führen, wie die Gerichte Gesetze erzwingen; hier die beiden einzigen Möglichkeiten:

„1. vom hierin erklärten **Wohnsitz** des Souveräns... und, nachdem das gemacht ist...2. **Schriftlicher Vertrag** zwischen dem fremden Souverän und der Regierung, welche Agentur und Haftbarkeit mit einer Person erschuf.... sofern die beiden Dinge vorliegen..... [Federal Rule of Civil Procedure 17(b)]
Wenn ein Gericht eines von beiden nicht vorweisen kann, dann wendet es illegale Erpressung an [298 U.S. 144, 157-158) und (431 U.S. 783 (1977)]

Haben wir keinen Wohnsitz und keinen schriftlichen Vertrag, ist das Gericht machtlos. Also läuft freilich alles daraus hinaus, dass wir uns zu einer fremden Entität Ihrer Jurisdiktion gegenüber machen, indem wir unseren Wohnsitz verlegen und sie damit keine Zuständigkeit mehr für uns haben werden.Hierfür werden wir ein Werkzeug benutzen, welches man Affidavit (eidliche Erklärung) nennt. Denn... **vor Gericht glaubt man niemanden außer einem Eid!** und... **ein unwiderlegter Affidavit wird zum richterlichen Urteil im Kommerz!**

Maxime des Rechts: Wer außerhalb seines Gebiets Recht spricht darf ungestraft missachtet werden (wegen Verstoßes gegen die Zuständigkeitsordnung)Extra territorium jus dicenti impune non paretur [10 Co.77;Dig. 2.1 .20;Law`539;Broom Max.100, 101]

Wir wollten noch nachtragen, wie das Gericht mit unserem Verfahren kommerziell umgeht:
Richter investieren sämtliche Fälle durch das Gerichts-Registrierungs-Investment-System (CRIS). Sie legen alle Fälle in die Zentralbank als Sicherheit ein. Jeder Gerichtsfall ist eine Finanztransaktion. Mit unserem Gerichtsfall wird eine öffentliche Schuldennummer herausgegen. Aus dieser Nummer entsteht eine gefälschte Schuldobliga-tion nach 18 USC 472 et seq. 473,474; ein “klassisches” Schuldinstrument. Die gefälschte Schuldverschreibung begünstigt die Federal Reserve. Die Gerichtsverwaltung fälscht die selbe Schuldverschreibung, indem sie zu dem Instrument eine CUSIP-Nummer hinzufügt. Diese begünstigt den IWF. CUSIP ist ein eingetragenes Warenzei-chen der ABA (American Bankers Association). Die Gerichtsverwaltungen arbeiten für die Bank und die Bank gewinnt immer. Sie ist der Erschaffer des Rechtssystems.“

Hier zum Abschluss die Empfehlung eines „US-Bürgers“, der 20 Jahre lang Richter war. Der Titel lautet:

Wie man das Gericht beseitigt!

„Unter unserer Konzernregierung kann kein Souverän rechtmäßig eines statutarischen Verbrechens für schuldig erklärt werden. Ich fand kürzlich heraus, wie die Verfolgung innerhalb des Trusts zu vermeiden ist, wenn man einen Souverän vor einen Konzernanwalt – oder Richter schleift:

Erstens: der Souverän muss nachfragen, ob alles aufgezeichnet wird und wenn nicht, dann muss er darauf bestehen. Sag` nichts, unterzeichne nichts und beantworte keine Fragen, bevor Du nicht überzeugt bist, dass das Verfahren aufgezeichnet wird.
Zweitens: alles, was ein Souverän für die Aufzeichnung sagen muss ist: Ich bin der Begünstigte des Trusts und ich ernenne Sie als meinen Treuhänder!
Drittens: der Souverän weist dann den Treuhänder an, seine Anweisung auszuführen. Als mein Treuhänder will ich, dass Sie dieses Verfahren, dessen ich angeklagt bin, entlasten und die Aufzeichnungen darüber vernichten.
Viertens: falls der Souverän irgendwelchen Schaden erlitt, z.B. infolge seiner Inhaftierung, kann er den Treuhän-der anweisen, dass er über den Trust durch das Gericht entschädigt wird, indem er sagt: " ich wünsche in Höhe von 10.000.- Schnitzel als Wiedergutmachung entschädigt zu werden"

Diese Aussage genügt, um die Autorität und Jurisdiktion von jeglicher Verfolgung durch einen Anwalt oder einen Richter wegzunehmen. Der Angeklagte wird sofort aus der Haft entlassen und zwar mit einem Scheck, einer Erlaubnis oder einem Anspruch, den er als den Schaden identifiziert. Es ist egal, welches die Grundlage des Verfahrens war. Egal, ob es durch ein Statut oder eine öffentliche – kriminelle Handlung klassifiziert wurde. Es funktioniert immer! Ende des Kommentars!
Aus dem oben gesagten versteht es sich von selbst, dass wir selber niemals gegen jemanden eine Klage erhe-ben. Allerdings sitzen wir dann da und wissen nicht, wie wir unsere Ansprüche durchsetzen sollten. Es gibt ein paar Möglichkeit und ich werde sie Euch später verraten.

Verstand (mind): in seinem rechtlichen Sinn bedeutet Verstand nur die Fähigkeit, zu wollen, anzuweisen, zu er-lauben und zuzustimmen [Blacks Law 6th]
Ergebnis des Rechts (Fructus Legis): „z.B. **Exekution**." [Blacks Law 4th]
Jeder **Bürger** wird so betrachtet, dass er das Gesetz kennt [7 Wall(74 US 169) 666) (1869)]
Recht kann nichts Unmögliches erzwingen (Lex non cogit ad Impossibilia) [Broom`s maximes of Law 1845]
Von den Worten des **Gesetzes** gibt es kein Abweichen (a verbis legis non est recedendum) [Bouviers 1856 Dictio-nary]
Es ist genug Strafe für den **Richter**, dass er Gott als Rächer hat (Judicis satis poena quod Deum habet ultorem) [Bouviers 1856 Dictionary]
„Alle menschengemachten **Gesetze** sind kommerziell in ihrer Natur …
(ausgenommen viele Gesetzesmaximen)" [Broom und Bouviers 1856]
„**Maxime**: Grundsätze, die ohne sie zu beweisen gelten, wie Axiome in der Geometrie" [Bouviers 1856 Dictionary]
"Legal" ist die Antithese zu "recht und billig" und das Äqivalent zu "schöpferisch" [2 Abbott's Law Dict. 24; A Dictionary of Law (1893)]
Alles **Recht** wurde von Menschen geschaffen, ausschließlich um Privatrechte und Besitz zu schützen.
Ein **Recht** zu handeln kann nicht aus einem Betrug heraus entstehen (ex Dolo malo non oritur Actio) [BROOM`s maximes of Law (1845)]
Ein **Recht** zu handeln kann nicht aus einer blossen Übereinstimmung heraus entstehen (ex nudo Pacto non oritur Actio) [BROOM`s maximes of Law (1845)]

Was ursprünglich **ungültig** war wird nicht gültig durch Verstreichen von Zeit (quod ab Initio non valet in Tractu Temporis non convalescit) [BROOM`s maximes of Law (1845)]
Einem **Betrüger** wird alles zugetraut (Omnia praesumuntur contra Spoliatorem) [BROOM`s maximes of Law (1845)]
Sind **Gottes Gesetze** konträr zu Menschengesetz, wird dem ersteren gehorcht (summa ratio est quae pro Religione facit) [BROOM`s maximes of Law (1845)]
Die **Gesetze** dienen den Wachsamen und nicht den „Schlafschafen“ (Vigilantibus non dormientibus Jura subve-niunt) [BROOM`s maximes of Law (1845)]
"**Gerichte**, die Statuten erzwingen, handeln nicht gesetzlich.” [Thompson v. Smith, 154 SE 579; FRC v. GE, 281 US 464; Keller v. PE, 261 US 428.]
Vorsatz ist gleich einem Betrug (lata culpa dolo aequiparatur [Bouvier`s Maximes of Law 1856]
Verträge unter Zwang sind ungültig.
Schuld und Vertrag haben keinen speziellen Ort (debitum et contractus non sunt nullius loci) [Bouvier´s Maxims of Law 1856]
Der **Ort des Kontrakts** regiert den Akt (locus contractus regit actum) [Bouvier´s Maxims of Law 1856]
Merke: der Ort der Jurisdiktion bestimmt den Akt!
True-man doctrine: ein Prinzip, das besagt, dass eine angegriffene Person das Recht hat, aufrecht zu stehen und sich zu verteidigen mit Gewalt und falls der Angreifer dabei stirbt als nicht schuldig angesehen wird
Alter Ego Doktrin: unter dem Leitprinzip von alter ego (second self) lässt das Gericht das Unternehmen (corpo-rate entity) einfach unberücksichtigt und hält bzw. macht das Individuum verantwortlich für alle Handlungen, wis-sentlich und absichtlich begangen im Namen des Unternehmens [Blacks Law 6th]
Gesetz und **Betrug** können nicht gemeinsam existieren (jus et fraus nunquam cohabitant)[Bouviers 1856 Dictionary]
Keine **Strafe** ohne Gesetz (nulla poena sine lege) [Bouviers 1856 Dictionary]
Statut: der festgelegte Wille der Gesetzgebung [Bouviers 1856 Dictionary]
Maxime des Rechts: ehrenvoll zu leben, niemanden zu verletzen, jedem seinen Anteil zu überlassen [Inst.1,1,3 ; B1, Comm.40-a maxim of law]
sui juris: Latein: “aufgrund eigenen Rechts” 1. Einer der alle Rechte hat, für die ein freier Mann anspruchsbe-rechtigt ist; einer, der nicht unter der Gewalt eines anderen steht, als Sklave, Geringerer und so ähnlich. 2. Um einen rechtsgültigen Vertrag zu machen, muss eine Person generell sui juris sein. Jeder Volljährige ist vermutolich sui juris. [Bouviers Law Dictionary]
Seit März 1933 befinden sich die US in einem Zustand erklärten **Notstands**.” [Senate Report 93-549, July 24, 1973]

Die **Gesetze des Kongress´** bezüglich dieser Angelegenheiten erstrecken sich nicht in die territorialen Grenzen der Bundesstaaten sondern haben nur Rechtskraft im District of Columbia und andere Orte, die innerhalb der exekutiven Jurisdiktion der Nationalregierung liegen. [Caha v. United States , 152 U.S., at 215]

Lasst uns bitte aus diesem Kapitel die wichtige Erkenntnis mitnehmen, dass wir bei jedem gegen uns gerichteten Anspruch die betreffende Amtsperson zu unserem Treuhänder berufen müssen. Jeder Treuhänder oder Vollstrek-ker, der sich weigert, einen **TRUST** für eine Person, die ihren Status und für jeden Menschen, der sein

Standing und seine Kompetenz dargelegt hat, sofort aufzulösen, ist schuldig des Betrugs und Bruchs der Treuhandpflich-ten, was die sofortige Entlassung und Bestrafung dieser Amtsperson erforderlich macht.

16. KAPITEL Ungültigerklärung (Abatement)

Wir haben bereits gehört, dass ein sogenanntes Abatement das einzige Rechtsmittel ist, Kriegsrecht zu bereini-gen und loszuwerden. Wie genau machen wir das? Denn Kriegsrecht muss grundsätzlich und bei jedem Rechts-vorgang zurückgewiesen werden, weil es den Bankrott beweist und das große Rätsel unserer bisherigen Misser-folge war (... neben dem Treuhandrecht).
Notstandsgesetze und Kriegsrecht müssen eine Angriffsfläche bieten, denn sie sind defekt in Form, Inhalt und Autorität, wenn man solche Gesetze mit rechtmäßigen Prozessen vergleicht. Sie müssen defekt sein, weil sie einen Mangel an Wissen, Verantwortung und Kontrolle rechtmäßiger Prozesse haben und einen Kommunika-tionsmangel in Regierungsaktionen zugeben, da sonst kein Krieg und damit kein Kriegsrecht bestünde. Krieg würde ich beinahe definieren als ausgeprägten Mangel an Kommunikation. Und so defekt Kriegsgesetze sind, sie sind gültig, außer sie werden für ungültig erklärt.
Abatement: “Aber, wenn herausgegeben gegen Militärmächte und ihre Gerichte in öffentlichen oder administrati-ven Fällen haben den Effekt, alle Verfahren in einem Gericht **außer Kraft** zu setzen, denn Militärmächte haben **kein Standing** zu antworten.” [Black's, 3rd (1933), page 7 bis 8]
"**Abatement** ist eine ordungsgemäße Angelegenheit des Rechts" [Simmons v. Superior Court(1943), 96 C.A. 2d 119, 214 P. 2d 844.]
Abatement: „Einem Gerichtsverfahren ein Ende setzen“ [Black`s Law 2nd]

Zum Beispiel werden sämtliche Defekte der Jurisdiktion und seiner Prozesse durch „freiwilliges“ Erscheinen [FRCP §2.4(2)(4)] geheilt, denn wie schon erwähnt bedeutet das Wort „muss“ in einer Vorladung ein „kann“ [Plea-sant Grove Union School Dist. V. Algeo, 61 Cal. App. 660, 215 P. 726]. Da die Menschen das nicht wissen, lassen sie sich scharenweise und freiwillig in die Verhandlungen zitieren und ermächtigen so die defekte Jurisdiktion, indem sie ihr durch blankes Erscheinen das Daseinsrecht einhauchen. „Erscheinen ist der Akt im Verfahren, wo sich der Angeklagte vor dem Gericht platziert, um am Verfahren teilzunehmen.“ Schon mit einem „Ja“ beim Namensaufruf bestätigt der Angeklagte die Jurisdiktion des Gerichts und dann benutzt er das „Privileg“ der Diskussion und per-fektioniert so das Verfahren. Die Regel des Gerichts ist: mit der Präsenz des Körpers heilt man den Irrtum des Namens, denn alles Erscheinen vor Gericht ist freiwillig. Denkt an den Artikel 24 der Haager Landkriegsordnung, der Kriegslisten erlaubt!
Es gibt keine anderen Rechtsmittel, eine Gerichtsjurisdiktion im Notlagezustand herauszufordern, außer man erklärt die Prozesse für ungültig. Abatements fordern jedoch nicht die Gerichtsjurisdiktion als solche heraus, sie sind das Rechtsmittel, auf Treu und Glauben **Irrtümer des Prozesses zu korrigieren.**
So wie die PERSON und der NAME HANS MEIER am Familiengericht liegt und sein WOHNSITZ die Adresse der Jurisdiktion ist, genauso ist ein Gerichtsverfahren der bloße Schriftverkehr und nichts weiter! Das Gericht ist also nicht das Gebäude oder

der Richter, es ist die Papierarbeit (Paperwork), militärisch gesprochen der Papiersoldat, der kämpft. Wenn man so will ist das Gericht der Schriftsatz!

Damit wir selber keine defekten Prozesse erzeugen, muss uns mittlerweile klar sein, dass wir privat, nicht wohn-haft und kein Staatsbeschäftigter in einem Public Office sein dürfen. Man darf sich nicht in irgendeiner Weise als Person outen. Ein Abatement kann nur derjenige machen, der sich in keinem Trustverhältnis befindet (außer als Begünstigter der legalen Titel seiner Estates), keine Privilegien nutzt, kein Wähler oder Lizenznehmer ist und außerhalb des UCC steht. Wir dürfen keinerlei Gesetze zitieren, außer die Maximen des Rechts. Nicht lokalisiert zu sein an einer Adresse ist unabdingbar für den Erfolg. Wir benutzen zudem keinerlei Gerichtsterminologie, um nicht in den Verdacht der Unterwerfung zu geraten und natürlich bedrohen wir niemanden, weil wir dann erledigt sind. Sollte ein weiterer Fall vor diesem Gericht laufen und ein Anwalt konsultiert sein oder eine parallele Klage andernorts vor Gericht stattfinden, dann lasst ab, denn damit habt Ihr gezeigt, dass Ihr der Jurisdiktion unterliegt und Eure Ungültigerklärung eine Lüge ist. Dies hätte böse Konsequenzen! Und- so schwer es fällt! Ihr dürft keinerlei kommerzielles Interesse haben, denn dann fällt die Ungültigerklärung in sich zusammen, einfach wegen der psychologischen, inneren Einstellung.
Wir müssen uns für dieses Abatement freimachen und uns souverän außerhalb jeglicher menschengemachter Gesetze begeben. Obwohl Kriegsrecht Prozesse des Common Law nicht hören kann, gehen wir auch dort nicht hin. Ja, verflixt, zu welchem höheren Gesetz gehen wir dann? Mit einem Abatement kommt unsere Christlichkeit ins Spiel, denn es wird durch das christliche Gesetz der Vermeidung gesichert. Wir dürfen unseren Schöpfer nicht vermeiden.
Vermeidung (Avoidance) „ein Ungültigmachen, nutzlos, leer, wirkungslos; annullieren, löschen, entfliehen oder herausgehen.“ [Black’s 3rd, page 176]

Wenn das ganze Rechtssystem auf der Bibel basiert, dann müssen wir zugeben, dass wir letztlich nicht der Erbe unseres Estates sein können, bevor wir nicht die Tochter oder der Sohn des Schöpfers werden. Angeklagter, wie lautet Ihr Name? Euer Merkwürden, meinen wahren Namen kennt nur der Schöpfer. Ich nehme aber gerne auch den, den mir meine Eltern gegeben haben. Ein rechtmäßiger freiwilliger und wissentlicher Vertrag eines Namens jedoch besteht diesbezüglich nicht, da ich als Baby inkompetent war! Wie bitte, wo ich wohne? Mein Wohnsitz ist das Himmelsreich, Johannesevangelium 4:4, das wissen Sie doch!
Die Bibel ist die einzige Verteidigung gegen die imperialen Mächte der CROWN, selbst wenn diese unter Kol-Nidre agieren. Da sie dies nicht zugeben dürfen, steht die Bibel über allem und wir werden diese nutzen, wenn nötig auch völlig ungeniert.
Ungültigerklärungen funktionieren nur, weil in einem Verfahren sämtliche Parteien auf dem selben Level stehen müssen. Kriegsgerichte haben ein untergeordnetes Standing bezüglich rechtmä-ßiger Instrumente jeglicher Form; **Abatements** hingegen arbeiten gegen unrechtmäßige Prozesse, Regeln, Vermutungen, Andordnungen und Regulierungen und somit im Gesetz eines höchstrangigen Standings, nämlich nach Gottes Gesetz.

Menschliche Gesetze: „Gesetze, deren Autor der Mensch ist im Unterschied zum göttlichen Recht, dessen Autor Gott ist.” [Borden v. State, 11 Ark. 519, 54 Am. Dec.

21 7, 220. Law Dictionary with Pronunciations, by James A. Ballentine, 1948 Edition. Lawyers Co-operative Pub. Co., Rochester, N.Y]
Mit einem Abatement wird also der christliche Mensch bedient mit der einzigen Antwort, einen Kriegsprozess zu stoppen. Der Power of Attorney-Strohmann arbeitet das Abatement aus und (Überraschung!) schickt es der gegnerischen Partei. Die gegnerische Partei, z.B. das Finanzamt, hat gemeint, wir kämen unserer Steuerpflicht nicht in vollem Umfang nach. Ergo ist das Finanzamt die eine Partei, wir sind die andere Partei. Von einem Ge-richt ist noch weit und breit nichts zu sehen. Wenn das Finanzamt sich nicht darauf einlässt, ist das „Paperwork“ defekt und der Prozess geht nicht weiter. Es wurde ein rechtmäßiger Prozess eingeführt, er wird nicht bearbeitet, er stoppt das Verfahren. Es ist davon auszugehen, dass der Kläger innerhalb der nächsten 10 Arbeitstage kaum eine Einwendung erheben wird und wir nach Ablauf des 10. Tages ein DEFAULT (Verzug) erklären. Das Resultat ist: „Vorgang eingestellt, Forderung erledigt!“

Wie wir schon lange vermuteten, mussten wir das Pferd von hinten aufzäumen, um uns das Wissen zu verschaf-fen, rechtmäßige Prozesse in Anwendung zu bringen. Obiges muss Euch keinen Kummer machen, denn unser Vertrag als „Secured Party“ mit dem Strohmann wird uns da herausholen; denn dann sind wir der wahre Kreditor und sie die Schuldner und wir verlieren nichts, denn sie können eines nicht akzeptieren: wenn wir Ihnen sagen, dass sie den Bankrott verwalten! Natürlich muss in unserem Secured-Party-Vertrag vorher alles eliminiert werden, was danach riecht, Subjekt ihrer Jurisdiktion zu sein. Dann verschaffen wir unserem Mittelsmann die Power of Attorney und lassen ihn das Abatement in unserem Interesse anfertigen, indem er
1. eine Mitteilung der Ungültigerklärung,
2. ein Memorandum des Rechts und
3. eine Zurückweisung korporativer Existenz ausarbeitet. Natürlich helfen wir ihm dabei!

Bisher hätten wir dies alles noch ganz anders gemacht. Wir hätten dem Finanzamt einen Brief geschrieben und hätten darauf verwiesen, dass die Steuergesetze diese und jene Rechte für uns vorsehen, insbesondere die Paragrafen A-Z! Was aber haben wir oben geschworen? Wir beantworten niemals ein Behördenschreiben inner-halb deren Jurisdiktion! Niemals! Es geht immer und ausschließlich nur um die Differenzierung der Rechte. Und das Recht, um das es geht, ist das Kriegsrecht und mit Verlaub, es ist defekt. Unsere Briefe provozieren wiede-rum nur Antworten zur Sachlage. Es gibt keine Sachlage, es gibt nur Rechte und eine Einlassung darauf ist ab sofort strengstens untersagt! Ergo antwortet man nie mit einem Antwortbrief sondern mit einem rechtmäßigen Prozeß, z.B. einer Ungültigerklärung. Wir könnten auch mit einem kommerziellen Schadensersatz - Angebot antworten. Natürlich wollen sie dann austesten, ob man im Recht geschult ist oder ob man die Kugel eines anderen verschossen hat, aber wir werden ihnen zeigen, dass das Kaliber, mit dem sie es zu tun haben, die Durchschlagskraft einer Panzerhaubitze hat und trotzdem nur aus Papier besteht.

Anderer Fall: gegen uns wurde eine Klage bei Gericht eingereicht. Das Gericht schickt uns eine Vorladung, die Polizeiverwaltung klagt wegen eines schweren Vergehens im Straßenverkehr. Wir waren nicht angeschnallt und haben niemanden

geschädigt. Irgendwie sind wir trotzdem vor Gericht gelandet. Wir sind gewarnt und werden uns als allererstes bewusst, dass wir nichts einreichen. Wir reichen niemals ein Abatement beim Gericht ein, weil sonst eine „Handelsangebotsantwort“ auf das Gerichtsschreiben vermutet wird. Wir tischen dem Gericht lediglich eine Petition auf (serve it, don`t file it!), indem wir den Defekt des anfänglichen, ersten Vorgangs aufgreifen: Hierbei halten wir uns sechs Hauptaspekte vor Augen:

1. Es gibt heutzutage kein Gericht, welches die Autorität hat, die Ungültigerklärung zu hören
2. Das Gericht hört nur einen Fall
3. Abatements werden aufgetischt. Es gibt auch keinen Kläger oder Beklagten oder die Bezeichnung Gericht
    oder einen Herrn Oberrichter und nichts dergleichen. Fordernder oder Kreditor wären eine gute Bezeichnung
    für unseren Hut.
4. Wir tischen somit unser Abatement einer Person auf und nicht einem Richter, der in unserem Fall HERR
    AUGUST FLEGEL heißt; wir tischen es ihm (ohne Titel) in seiner privaten Kapazität auf
5. Wir wissen, dass Begünstigte der Kriegsrechtsregierung auf Abatements nicht antworten können; nur recht-
    mäßige Entitäten im Common Law können das; die gibt es aber nicht.
6. Die Ungültigerklärung kreiert sein **eigenes Gericht**, wenn das Abatement aufgetischt wird

Wir rekapitulieren nochmals....
Der Kläger muss seine Fehler korrigieren; es geht nicht um den argumentativen Inhalt sondern um die Defekte der äußeren Form. Der Beklagte wird mit einem Abatement zum Fordernden, der ursprüngliche Kläger wird zum Beklagten. Das Verfahren stoppt. Mit dem Abatement bringt man zum Ausdruck, dass die Klage gegen uns lügt. Jemand hat ein Verfahren gegen uns in Gang gebracht, der kein Standing hierfür hatte. Man kann nicht jemanden in der einen Jurisdiktion anklagen und in der anderen Jurisdiktion verfolgen lassen. Einer in höherer Postition kann nicht verfolgt werden von jemanden mit geringeren Position im Gesetz. Parteien unter Notstandsmächten, Kriegsrecht, internationalem – und Kommunalrecht haben kein Standing im Gesetz und können auf Abatements eines Christenmenschen nicht antworten. Gottes Gesetz ist hierbei das höchste, Kriegsgesetz ist das niedrigste. Der Mensch ist von Gott erschaffen, die Person von der Regierung. Der Mensch hat die Pflicht, Gottes Gesetz zu gehorchen. Das Abatement lügt nicht, wenn es von einem Christenmenschen kommt, es lügt, wenn es von einem Begünstigten der imperialen Mächte kommt. Imperiale Mächte wollen den Bankrott nicht erwähnen.

Es ist die „Natur der Aktion“, auf die wir hinauswollen. Wir wissen offiziell nichts vom Kriegsrecht, wir wissen nichts von ihrem Bankrott. Wir wissen nichts davon, dass Betrug im internationalem Recht erlaubt ist und dass sie deshalb vorschriftsmäßig lügen, dass sich die Balken biegen. Aber sie können den Prozess nicht einfach auf die Seite legen, da eine Ungültigerklärung ein legaler Prozess ist. Wenn sie mit etwas anderem antworten, müssen wir Vorsorge treffen.

Die **Natur der Aktion regiert die Regeln der Prozessführung**. Stünde das Territorium unter Kriegsrecht, dann wäre der Prozess eine Angelegenheit eines Militärgerichts. Damit müssten die Leute ein Rechtsmittel durch das Gesetz erhalten. In die Klage einsteigen hieße nur, dass wir ihre Militär-Jurisdiktion anerkennen und akzeptieren würden. Die Hauptargumente auf unserer Seite sind natürlich:

- ich bin keine artifizielle Person samt Nebenwirkungen!
- ist die Natur der Aktion das Kriegsrecht ?
- erfolgt der Angriff auf föderalem Territorium (am Sitz der Jurisdiktion, wo wir schon lange nicht mehr wohnen)?
- ist es eine Militärangelegenheit und wenn ja, steht die Nation unter Kriegsrecht?
- ich bin kein Soldat!
- falls Kriegsrecht herrscht, entstand dieses aus einem Bankrott heraus?

Wir mussten unsere Ungültigerklärung mit höchster Sorgfalt anfertigen und durften keinerlei Vermutungen des Gesetzes zum Ausdruck bringen. Wir durften nichts zu ihren Gunsten sagen und wir mussten das Abatement bei der allernächsten Gelegenheit auftischen.
Sie werden das Verfahren immer einstellen, weil sie die Natur der Angelegenheit nicht zugeben können und dürfen! Hier ein Wortlaut, der uns einen ersten Eindruck vermitteln soll, wie man ein Abatement anpackt...

...Sehr geehrter HERR AUGUST FLEGEL,

die Klage gegen HANS MEIER, ein fiktiver Name, geriet in meine Hände. Ich übergebe diese „Petition“ in Ihre persönliche Kapazität, damit die juristischen Entitäten das Instrument bezüglich HANS MEIER für ungültig erklä-ren.
Die Natur und der Grund der Anklage sind unverständlich. Deshalb besteht keine Möglichkeit, auf die Klage ein-zugehen bis eine Gelegenheit zur Verfügung steht, eine vernünftige Verteidigung gegen diese Elemente aufzu-bauen. Eine nicht dargestellte Rechtsvermutung kann nicht zurückgewiesen werden.
1. Die Freiheitsrechte dürfen nicht eingeschränkt werden
2. Dass das Instrument an mich ging stellt klar, dass der Name und die Identität falsch sind; es muss sich um
einen Irrläufer handeln: die sogenannte Klage benennt mich nicht als „Partei“
3. Falls der „Kläger“ irgendeinen „Anspruch“ gegen mich erhebt, dann kann er seine Anklage unter Verwendung
meines wirklichen Namens und meiner wirklichen Adresse erheben. Ein korrekter Schriftsatz ist der haupt-
sächliche Zweck der Verhandlung im Rahmen der Angelegenheit einer Ungültigerklärung.
4. Per Inhalt, Begründung, Absicht und Definition ist das eine Petition der Ungültigerklärung und nicht eine Klage
in BAR. Und deshalb darf daraus nichts konstruiert werden. Es ist eine „legale Aktion“ der „Zurückweisung“,
das Verändern des „Instruments“ ist nicht gestattet.

Nehmen Sie gebührende Notiz von diesem Instrument. Respektvoll präsentiert...... Hans, Mann aus der Familie Meier (privat und souverän etc...).

So schreiben wir die Ungültigerklärung noch nicht, aber die Kernprämissen sind darin schon enthalten.

Ist eine Ungültigerklärungs-Petition bei Herrn Flegel, muss er dem Petitenten den Benefit des Zweifels geben als Mindeststandard des soeben geschaffenen Treuhandverhältnisses. Wo Bedingungen für die Herausgabe einer Ungültigerklärung vorhanden sind, dann sind diese:

a) Ungültigerklärung als eine Sache des Rechts und nicht eine Sache der Verschweigung
b) die Mißdeutung und Falschbenennung einer Angeklagtenpartei ist Begründung für eine Ungültigerklärung.
c) die Vermutung und Annahme, das Gericht hätte das Recht, über Menschen zu urteilen aufgrund einer still-
schweigenenden Zustimmung (tacit)

Was wir in einer Ungültigerklärung niemals tun dürfen:
Wir gehorchen nicht ihren Gesetzen, wir befolgen Gottes Gesetze und beanspruchen diese. Wir beanspruchen das Privileg der Erlösung, welches vom Schöpfer kommt. Wir agieren souverän, der Erlaubnis von Gott. Also sind wir jetzt unsere eigene Regierung.
Wir beziehen uns deshalb mit keinem einzigen Wort auf ihre Gesetze; keine Vermutung, kein Statut, kein Rechts-zitat, kein UCC, kein Common Law und nicht einmal ein juristischer Fachbegriff käme uns jemals in einer Ungül-tigerklärung über die Feder. Sie würden uns für non compos mentis halten, denn wir würden damit auf den Privi-legien ihrer Gesetze beharren. Auf Eigentore können wir gerne verzichten. Maximen des Rechts (Maxim´s of Law) (unveränderbare Wahrheiten) dürfen jedoch verwendet werden, weil sie aus der Bibel stammen. Wir müs-sen auf dem rechtmäßigen Prozess auch bezüglich der Gegenseite beharren. Ein rechtmäßiger Prozess zeigt sich durch **1.**, ein Siegel / Emblem eines echten hoheitlichen Staates und **2.**, der Unterschrift in schwarzer Farbe durch einen rechtmäßigen Richter sowie **3.** in der Einzelbeschreibung der Vorwürfe ohne falsche Benennung des Beklagten. Hier werden sie es schwer haben, denn heutzutage werden nicht einmal mehr Urteile unterschrieben. Eine Ungültigerklärung muss eine Anordnungsklausel enthalten (ordering clause), ansonsten ist sie ungültig. Alle Begriffe, die sich auf den Strohmann beziehen, müssen großgeschrieben werden wie... MICH UNSER HERR FRAU. Wir dürfen niemals den Anlass eines Anscheins erwecken, dass wir ihre Privilegien benutzen. Die PLZ ist in eckige Klammern gesetzt und wir nummerieren unsere Ungültigerklärung mit „Seite EINS VON ZWEI“ usw.

Falls wir, die Fordernden, innerhalb von zehn (10) Tagen vom Finanzamt in der PERSON von FRAU ANGELA SCHNAPP oder in unserem anderen Fall von einem HERRN AUGUST FLEGEL nichts hören, wird der Mangel der Antwort die Vermutung etablieren, dass hier keine ungelösten materiellen Fakten oder dass überhaupt eine Kontroverse zwischen den Parteien existiert. Nach Abgabe der Ungültigerklärung zählt man beginnend mit dem nächsten Tag exakt 10 Tage ohne Sonn- und Feiertage. Wir werden das nicht gesondert erwähnen. Das ist das Datum, an dem die Frist abläuft. Bis dann muss man Antwort erhalten. Wenn kein Schreiben zugeht,

zieht man den Verzug (default) heraus und übermittelt unseren bereits vortbereiteten Text am selben Tag! Das ist die Fristversäumnis auf das Urteil, die sich Praecipe nennt: **Praecipe:** „eines von verschiedenen legalen **Schriftsätzen**, die eine Person anweisen, etwas zu tun oder zu erscheinen und den Grund seiner Handlungsweise anzuzeigen, warum er oder sie nicht sollte" [Merriam Webster Dictionary]

Nach der Abgabe des Default wird eine öffentliche Mitteilung und das Datum des Default bekanntgemacht. Im-mer wenn ein Abatement unbeantwortet bleibt, macht man einen „Verzug", kommt etwas Neues, macht man eine neue "Ungültigerklärung". Wir dürfen auch nicht vergessen, dass zwei bis drei Zeugen das Abatement und den Default bezeugen müssen. Wenn man Antwort erhält, öffnet man und antwortet, wenn die Antwort korrekt adressiert ist. Ist sie nicht korrekt adressiert, nimmt man das Schreiben nicht an und schreibt „nicht zustellbar wie adressiert" darauf. Die Namens-gleichheit oder Namensähnlichkeit können uns egal sein, da der Personenname ihrem Franchise gehört aber nicht uns!

Wichtige Anmerkung für ungültigerklärende Frauen (peinlich für die heutige Zeit, aber das „Recht" stammt ja von der katholischen Kirche!):
Bei Ehefrauen muss die Ungültigerklärung der Mann schreiben und auf den Tisch legen, da Mann und Frau ein Fleisch werden [coverture: siehe Bouvier`s Dictionary]. Eine unverheiratete Frau muss sich ein „Cover" suchen (Vater, Bruder, Freund), darunter muss „et uxor" (auch Ehefrau) stehen. Im schlimmsten Fall schreibt man: Eva Meier suae potestate esse (aufgrund eigener Macht).
Abatements sind nur bei Christen erfolgreich! Christliches Recht ist das einzige, das höher als das Recht der de- facto Kriegsregierung steht.
Die gegnerischen Papiere entwertet man: `zurückgewiesen aus wichtigem Grund ohne Unehrenhaftigkeit und ohne Rekurs`
Für die Übergabe des Abatements braucht man zwei bis drei christliche Zeugen. Man braucht einen Zeugen bei der Übergabe. Am Rule Day geht ein Zeuge hin und nimmt die Antwort entgegen oder gibt den Default ab!

"Die gegenwärtigen provisiorischen Regierungen existieren, um die niederen und gesetzlosen Formen der **Menschlichkeit** aufrechtzuerhalten." [Arkansas v. Kansas & T. Coal Co. (CC.) 96 F. 362]
"Das **Gesetz Gottes** und das Gesetz des Landes sind beides das selbe;" [Bouvier`s Maximes of Law 1856]
"Denn **unter den Waffen** schweigen die Gesetze" (inter arma enim silent leges) [Bouvier`s Maximes of Law 1856]
"Denn welche der Geist Gottes treibt, die sind **Gottes Kinder**. [Roemer 8:14.]
Sinngemäß: "**Muss**" bedeutet "**kann**" und ist nicht zwingend... [Pleasant Grove Union School Dist. V. Algeo, 61 Cal. App. 660, 215 P. 726.]
Kriegslisten sind erlaubt [HLKO Art. 24]
"Vom Schriftstück zählen **10 Tage**" [1 Samuel 25:38, Jeremiah 42:6-9, Daniel 1:12-16, Acts 25:6, Revelation 2:10)]
Gesetz der Kaufleute: Die Regeln, anwendbar für kommerzielle Papiere wurden vom Handelsgesetz in das **Common Law** transplantiert. [A Dictionary of Law, by William C. Anderson, 1893 pages 670-671]

Handelsbrauch: Ein System von Bräuchen, entstanden von Kaufleuten und zugelassen für den Benefit des Han-dels als Teil des **Common Law**. [A Dictionary of Law, by William C. Anderson, 1893 page 303]

“**Kein Mensch** kann irgendeiner Sache von seinem eigenen Gericht beraubt werden”.[Kapitel 34 Magna Charta] "**Stille** ist eine Art des Verfahrens und erzeugt eine stillschweigend unterstellte Darstellung der Existenz fraglicher Fakten. Stille funktioniert als eine Hemmung, wenn sie von solchem Charakter ist oder unter den entsprechen-den Umständen zum Betrug wird." [Carmine v. Bowen, 64 A. 932]

17. KAPITEL Betreten verboten !

Das Haus ist der bestgeschützte Rückzugsort von jedem; „mein Haus ist meine Burg“ („my home is my castle“, Domus sua cuique est tutissimum Refugium) [Duhaime`s Law Dictionary]

Zur Auflockerung möchte ich hier eine Idee vorstellen, mit der wir das bisherige Wissen in der Praxis anwenden könnten. Vielleicht habt Ihr schon gehört, dass für 2016 / 2017 das Endstadium zur Einführung des Seerechts in unseren Kommunen vorgesehen ist. Die Kommunen haben mit der Einführung von Doppik (doppelte Buchfüh-rung in Konten) ihre Gemarkungsrechte verloren und es steht zu befürchten, dass unser sogenannter Besitz da-mit ganz legal zum Kriegsbesitz fremder Entitäten geworden ist, ganz und gar offiziell und legal meine ich jetzt! Meine Stadt hat nicht viel darüber gewusst, nicht einmal über die...Zitat... „unbefugte“ Eintragung der Stadt als kommerzielles Unternehmen bei Dun & Bradstreet.
Wir müssen da ein paar Rechtsvermutungen zurückweisen und wollen das jetzt nachholen und jedes unbefugte Betreten auf diesen Umstand aufmerksam machen. Wir wollen gleich den UCC anwenden und mit der Präsen-tation eines Handelsangebots aufwarten. Dies ist nur eine Idee, aber sie ist interessant und könnte hoheitlich aktive PERSONEN in Nöte (Emergency) bringen. Was wäre, wenn wir unseren Besitz mit folgendem Wortlaut kenntlich machen?

HANDELSANGEBOT

Unbefugtes Betreten verboten ! Kein Zutritt!

Bekanntgabe an fremde Jurisdiktion auf privatem Land; vor Betreten lesen!

Du wirst darauf hingewiesen, dass Du, wenn Du dieses Land betrittst, folgendem Vertrag zustimmst: Dieses Land ist privat und nicht Gegenstand öffentlicher Nutzung oder öffentlicher Kontrolle. Der souveräne Eigentümer dieses Grundstücks ist privat und handelt seinem Charakter nach in suae potestate esse. Der Eigentümer erlässt Verfü-gungen, wovon eine davon eine Landnutzungsgebühr in Höhe von 5000.-€ ist, die beim Betreten des Grund-stücks ohne vorherige schriftliche Erlaubnis pro Frau und pro Mann und pro Tag anfallen; Beweis ist die unerlaub-te Anwesenheit auf dem Land des Besitzers; zu bezahlen ist die Gebühr innerhalb von 30 Tagen in Silbermünzen. Hiermit erteilt die Frau oder der Mann, der unerlaubt das Land betritt, seine Zustimmung zu einem unbeschränk-ten Pfandrecht bei Fristablauf von 30 Tagen. Alle Betretenden sind Subjekt dieser Bestimmung, außer bei Erlaub-nis durch

den Besitzer. Eine komplette Liste der Verfügungen ist beim Besitzer erhältlich. Die Nichtbeachtung die-ser Verfügung ist keine Entschuldigung, noch entläßt sie die unbefugt Betretenden aus der Haftung. Jegliche er-teilte Lizenz oder der Nutzungsgebrauch dieses Landes kann innerhalb von fünf Minuten mündlich widerrufen werden.

Bekanntgabe an Regierungsagenten!

Beim Betreten akzeptierst Du alle obigen Bestimmungen in Gänze und stimmst diesem Handelsvertrag zu. Zu-sätzlich akzeptierst Du unter Strafe für Meineid meine legalen Titel meiner Begünstigung, das bürgerliche Recht (common law) und meine Allgemeinen Geschäfts – und Handelsbedingungen (AGB`s), die Dir jederzeit auf Anfrage überreicht werden. Zudem achtest Du meine unveräußerlichen Rechte, die mir als souveränem Men-schen angeboren sind. Diese Rechte zu brechen verpflichtet Dich zur Zahlung von 100.000.-€ in Silbermünzen.

Öffentliche Bekanntgabe meines Standings: privat-souverän; alle kommerziellen Interaktionen „auf Armeslänge" [Black`s Law 1st 4th 7th]; nicht-Wohnsitz, nicht-Adresse, nicht-inländisch; nicht-Person; nicht Feind- durchreisend in Bayern, ohne BRinD; ohne US Inc.; nicht-ansässiger Fremder; kein erzwungener Agent; außerhalb BAR und außerhalb CROWN; nicht haftbar gemäß HJR 192 und Standing als Secured Party; öffentlich aufgezeichnet; Kreditor gemäß Bankruptcy Act Section 101 (11); unter Zurückweisung sämtlicher legalen Rechtsvermutungen und stillschweigender Verträge; alle Rechte vorbehalten nach UCC 1-103 und 1-308; Gültigkeit der UCC Doc. # 2012127914 vom 28.11.2012 mit Auftrag zur Widerlegung; ohne Rekurs; souverän und kein Subjekt der fremden Jurisdiktion; unter Gültigkeit des Motu Proprio vom 11.7.2013; Kriegsrecht ungültigerklärt; nicht-Militär; nicht-Soldat; Zahlungsmittel ausschließlich Gold und Silber; autorisierter Repräsentant und legaler Titelinhaber und Begünstigter des Geburts-Estates als „Holder in due Course" (vorher Cestui Que Vie jetzt Foreign Situs Trust); verfahrend einzig nach der Goldenen Regel und Gottes Gesetz

18. KAPITEL Affidavit (… denn vor Gericht glaubt man niemandem außer einem Eid)

Das AFFIDAVIT: Eine handschriftliche oder gedruckte Erklärung oder Statement oder Statement der Fakten, freiwillig gemacht und bestätigt durch einen Schwur (oath) oder Bekräftigung (Affirmation), gemacht vor einer Amtsperson, die die Autorität hat, einen solchen Eid zu vollziehen. Ein Affidavit ist eine schriftliche Erklärung unter Eid, gemacht ohne Bekanntgabe an die Gegenpartei. [Black's Law Dictionary 2nd]
affidavit: lat. (er) hat bestätigt

Schwur (oath): ein feierliches Gelöbnis an eine **Gottheit** oder geehrte Person oder Sache, um zu bezeugen, dass man die Wahrheit spricht. [Dictionary.com]
Schwur (oath): „jegliche Form einer Handlungsbestätigung, durch die eine Person zeigt, dass sie an ihr Gewis-sen gebunden ist und eine Handlung ehrlich und wahr darstellt... Eine Bestärkung der Wahrheit eines State-ments, die einem strafrechtlich einen Meineid einbringt, wenn man absichtlich die Unwahrheit versichert. Ein durch die Person an die Öffentlichkeit gerichtetes Gelöbnis, dass die Bestätigung oder das Versprechen im Sinne einer unmittelbaren Verantwortung **vor Gott** gemacht wird. Ein feierlicher Appel an das **höchste Wesen** in Bestä-tigung der Wahrheit eines Statements. Ein externes Gelöbnis oder Zusicherung....., einhergehend mit einem Ap-pell an ein **heiliges** oder **verehrtes Objekt**, welche die ernsthafte und ehrfurchtsvolle Geisteshaltung der Partei beweist, oder mit einer Anrufung [Invokation] eines **höchsten Wesens** zum Zeugnis der Worte der Partei, wel-ches ihn mit Bestrafung heimsucht, sollten sie [die Worte] falsch sein.“ [Black's Law Dictionary, Fifth Edition, p. 555.]
und nochmals zur Wiederholung....
Kol Nidre („alle Gelübde“): Widerruf und Brechen aller persönlichen Gelübde, Eide und Versprechungen gegen-über Gott.... „unsere Gelübde seien keine Gelübde, unsere Schwüre keine Schwüre.“

Das vorletzte Kapitel hat uns bereits gezeigt, dass, wenn ein souveräner Mensch etwas zu erklären hat, er es seinen Mittelsmann in das Rechtssystem hineintragen läßt. „Souveränität kann natürlich kein Hauptprinzip des Gesetzes sein, da es der Autor und die Quelle des Gesetzes ist.“ [18 U.S. 356,65.Ct.1064 (1886)] Das Affidavit funktioniert aus einer ähnlichen Position des Übergeordnetseins des Menschen heraus. Aber auch hier müssen wir aufpassen, dass wir bei der Anfertigung keine Fehler begehen und einem Meineid in die Arme laufen. Das Affidavit beeidet und bestärkt eine persönliche Wahrheit, die am Ende das richterliche Urteil darstellt, sofern kein Gegenaffidavit (bei Strafe für Eidbruch) den beeideten Sachverhalt widerlegt. Und darauf allein kommt es uns an. Wir wollen ein richterliches Urteil ohne Gericht. Erinnern wir uns an die 10 Maximen des Handelsrechts, speziell Punkt 6....:

4. Wahrheit kommt zum Ausdruck in Form eines **Affidavits**
5. Ein unwiderlegtes **Affidavit** steht als Wahrheit im kommerziellen Handel
6. Ein unwiderlegtes **Affidavit** wird zum **richterlichen Urteil**
10. Ein Pfandrecht oder Anspruch kann befriedifgt werden durch:
    a) Zurückweisung durch **Gegenaffidavit** Punkt für Punkt

Zwei Dinge in Black`s Definition sollten uns zu denken geben. Zum einen gibt es keine Amtspersonen mehr, die ein solches Affidavit entgegennehmen und vollziehen könnten, weil sämtliche Autoritäten der Öffentlichkeit seit dem 25.12.2012 zwangsvollstreckt sind, unwiderlegt. Wir werden das im letzten Kapitel eingehend besprechen, aber uns jetzt schon damit abfinden. Nochmals: es gibt keinen Staat, es gibt keine Beamten, es gibt keine Hohei-tlichkeit, keine Autorität, keine Legitimität, keine Gesetzlichkeit! Übriggeblieben allein sind wir, die mehr oder weniger souveränen Menschen und die Anarchie unserer Unterdrücker.

Das zweite ist, dass Gottes Gesetz das höherrangigste Gesetz ist und unser Kriegsrecht das geringwertigste. Und nur mit dem christlichen Gesetz der Bibel

können wir den Sieg über ihr Kriegsrecht erringen. Mir persönlich hat es nie eingeleuchtet, wie man es geschafft hat, ein altes und ein neues Testament in einem Buch unterzubrin-gen, aber es ist halt so. Die Bibel steht über allem! Und deshalb kann ein christlicher Schwur nur dem Schöpfer gelten und niemals einem Menschen. Würden wir gegenüber einer „Amtsperson“ schwören, würden wir uns in BAR befinden und gegenüber deren BAR-Gottheit die Wahrheit beeiden. Wir werden einen Teufel tun und die fremde Kol-Nidre-Gottheit beschwören. Das tun nur die antisozialen Persönlichkeiten auf der Gegenseite. Ein Christ schwört also vor dem Schöpfer und niemals einem Menschen, denn ein Schwur ist ein religiöses Versprechen an Gott. Und von diesem kommen alle Rechte, die unveräußerlich und von einer Regierung nicht veränderbar sind. Also schwört man in Rechtsdingen Gott, wie wir auch immer dazu stehen.

Das Affidavit ist also deshalb im Recht unsere rettende Gnade, weil nur ein Gotteskind, ein christlicher Mensch, einen Schwur leisten kann. Personen leisten eine eidesstattliche Versicherung (eine Zusicherung anstatt eines Eides!). Also benutzen wir selbstverständlich das Affidavit, um uns selbst als lebendes Menschenkind zu bewei-sen und wenn es korrekt gemacht ist, ultimativ. Es ist keiner Person möglich, diese unumstössliche Wahrheit mit einem Gegenaffidavit zu widerlegen. Leute, wir haben gute Karten, unsere Lebendmeldung mit einem Affidavit unwiderlegbar zu machen, **denn vor Gericht glaubt man niemanden, außer einem Eid**! Ein Versagen, fristge-recht mit Beweis zu widerlegen, wird eine Rechtshemmung (estoppel) konstituieren, das ist das (Versäumnis)- urteil und dann ist Stille.
"**Stille** ist eine Art des Verfahrens und erzeugt eine stillschweigend unterstellte Darstellung der Existenz fraglicher Fakten. Stille funktioniert als eine Hemmung, wenn sie von solchem Charakter ist oder unter den entsprechen-den Umständen zum Betrug wird." [Carmine v. Bowen, 64 A. 932]
Die Secured Party hat **nach Versäumnis** das Recht, den Besitz zu ergreifen [UCC 9-607 bis -610]

Bevor wir uns an die Ausfertigung eines Affidavits heranwagen, muss uns wie beim Abatement bewusst sein, dass wir mit einem Schwur zum ersten Mal **als Menschen** auftreten dürfen und **jeglicher Anschein einer Person** dieses Affidavit **zerstört**. Warum? Die eine Fiktion kann die Wahrheit nicht sprechen und die andere Fiktion kann die Beschwörung der Wahrheit nicht hören! Wiederum zwingt uns hier die Vermutung des Rechts zu einem Komplettausstieg aus dem System. Also muss man vorher alle Verträge auflösen, wenn man sie mit dem Affidavit nicht brechen möchte. Wir werden derlei Probleme am Ende der Reihe nach auflösen.

<u>Ein Affidavit der Fakten hätte folgende Rechtskette zur Grundlage (Retrospektive):</u>
Ich verfüge über **keine** Verträge, Anstellung, Agentur mit der Regierung, noch erhalte ich irgendeinen Benefit, der mir einen Vorteil verschafft, so dass ich den Statuten gehorchen müsste. Ich bin ein durchreisender Ausländer (transient foreigner) [„einer, der das Land besucht, ohne die Absicht zu bleiben (Black´s 6 page 1498)] in Bezug auf die Einheimischen und somit kein Ansässiger des Staates wie oben erwähnt. Ein Ansässiger unter dem Internal Revenue Code ist ein Ausländer, definiert in 26 U.S.C. § 7701(b)(J)(A) und die einzigen Individuen, die unter die Steuerpflicht fallen, sind Ausländer unter 26 CFR §1.1-1(a)(2)(ii). (Logik: da die Regierung eine ausländische

Korporation ist, muss für sie das einheimische Volk ausländisch sein... und im Krieg feindlich obendrein!). Aber ich bin kein Ausländer/Fremder, sondern ein durchreisender Ausländer/Fremder. Die Steuerbehörde vermutet, ich hätte eine föderale Haftung, aber dafür gibt es keinen Beweis, denn ich bin nicht ansässig und nicht fremd unter föderalem Recht. Also arbeite ich nicht innerhalb der BrinD oder der US Inc. Ich bin ein Nicht-Bürger, nicht-national unter 8 U.S.C. §1101(a)(21). Meine Staatsbürgerschaft fällt nicht unter föderales Recht oder wird da-durch begrenzt, denn die Regierung kann keine Gesetze machen, die auf Personen Anwendung finden, die **ausserhalb der Gesetzgebung** stehen. Meine Steuernummer gehört nicht mir, sondern ihnen und ich bin kein Steuerzahler, weil ich kein Ansässiger oder Bürger bin. Der Begriff Arbeitnehmer (employee) schließt einen Officer einer Korporation ein (26 C.F.R.§31.340 (c) -1; da ich kein Arbeitnehmer bin, kann ich auch kein Public Officer sein. Und somit bin ich nicht privilegiert im Handel und Geschäft, also kann ich keinen Lohn oder Gehalt erhalten mit der Folge, **dass ich auch nichts bezahlen kann!!!**

Nein, wir haben das lästige Kapitel 12 noch nicht los! Wir wollen umso mehr beschwören, dass sie nicht zustän-dig sind und es darf keinen Gegenbeweis geben, der unser Affidavit zum Meineid konvertiert. Also haben wir noch einiges zu tun, um unseren Schatz an befreienden Unterlagen und Dokumenten vorzubereiten, bis wir uns an ein Affidavit heranwagen können... halt! … unsere Dokumente werden ja in Form eines Affidvit geschrieben, damit sie für jeden glaubhaft sind! Holt euch ein rotes Stempelkissen!

Unser **Ziel** mit dem Affidavit ist natürlich, eine Beweiskette auf Papier zu dokumentieren, die unsere Absichten und unser Standing belegen und um zu verhindern, dass uns jemand in „freiwillige“ Verträge zwingt. Wir werden damit unser eigener Richter sein und unser eigenes Gerichtsurteil anfertigen.

Hier die Zutaten des Rezepts...

1. Das Affidavit behauptet nur Fakten auf der Basis des persönlichen Wissens; Wissen aus erster Hand, keine
   Schlussfolgerungen, Theorien oder Hörensagen. Die beeideten Fakten müssen direktes, unmittelbares Wis-
   sen zum Ausdruck bringen, keine Informationen und Annahmen.
2. Kann nicht argumentativ sein
3. Darf keine Schlüsse aus dem Gesetz ziehen
4. Kann zu jeder Zeit durchgeführt werden, ohne Bekanntmachung an die Gegenpartei; ein Affidavit ist ein einsei-
   tiger Prozess
5. Muss von einem Zeugen***** zertifiziert sein, gewöhnlich von einem Notar.
6. Wenn es nicht beeidet ist, wird es nicht als Affidavit betrachtet.
7. Konstitiuiert eine mögliche Art des Testaments und steht als unangefochtener Beweis, wenn es nicht recht-
   zeitig und Punkt für Punkt mit einem Gegenaffidavit der Gegenpartei zurückgewiesen und widerlegt wird
8. Muss durchgeführt werden, indem man beeidet, dass es wahr, korrekt und komplett ist und indem man die
   Natur der kommerziellen Haftung festmacht bezüglich Wahrhaftigkeit, Genauigkeit, Erheblichkeit und Nach-

prüfbarkeit von allem, was das Affidavit zum Ausdruck bringt.
9. Kann nur verletzt oder ungültig gemacht werden durch Widerlegung durch ein Gegenaffidavit, Punkt für Punkt,
beeidet als wahr, komplett und korrekt.
10. Steht als die Wahrheit betreffend jeden Punkt, der nicht wie oben dargestellt widerlegt ist; das gesame Affida-
vit steht als die Wahrheit der Angelegenheit, wenn überhaupt nicht geantwortet wird.
11. Steht in Gänze als das Gerichtsurteil (Rechtsgültigkeit), sofern unwiderlegt durch Gegenaffidavit; ermächtigt
die Exekutive des Gesetzes betreffend jeden Punkt, der nicht wie oben dargestellt ausdrücklich durch Gegen-
affidavit widerlegt ist;

***** Die **Zertifizierung eines Affidavit**, z.B. durch einen „Dritte Partei-Zeugen“ ist wahrscheinlich seit Jahrtausenden in Anwen-dung. Der Prozess begann mit jemanden, der den Unterzeichnenden kannte und beglaubigte, dass es der wahre Name des Eidleistenden war und nicht der eines Betrügers. Der Maßstab wurde also angelegt, um Betrug zu verhindern. (Quelle Internet)
Die Gegenpartei muss bezüglich eines **kompetenten Zeugen** zwei Dinge tun: 1. Den Gegenbeweis der festgestellten Fakten antreten (widerlegen) oder alternative Fakten einbringen; 2. Die Anwendung der Gesetze bezüglich der dargestellten Fakten oder alternative Fakten beweisen. Wenn die Gegenpartei nicht eine der beiden Möglichkeiten erfüllt, ist das Zeugnis des **kompetenten Zeugen** als ein unstrittiger Beweis etabliert.

Anwälte sind hier natürlich keine geeigneten Zeugen, denn sie leisten der Wahrheit, der ganzen Wahrheit und nichts als der Wahrheit nicht Folge, da sie unter dem System aber niemals unter unbegrenzter Haftbarkeit stehen. Wir wissen das schon!
Ob wir einen Public Officer, pardon... einen Notar beauftragen, das Affidavit zu beglaubigen? Ich stelle mir die Frage die ganze Zeit schon, denn ich möchte den vertraglichen Kontakt zum System nicht mehr. Nach Kanonischem Kirchenrecht genießen notarielle Urkunden öffentlichen Glauben und die Gegenseite wird dies wissen. Ergo tendiere ich in die Richtung, dass es schlauer ist, wenn wir der Gegenseite etwas Beglaubigtes und somit etwas Erhabenes präsentieren und in diesem Fall einen Notar hinzuziehen, ohne uns den Anschein eines Public Office und eines Vertragsverhältnisses mit der Regierung zu geben. Diesbezüglich müssen wir (wie immer) Vorsorge treffen.

„Öffentlicher Notar: Ein **Public Officer**, dessen Funktion es ist, -handschriftlich und mit offiziellem Siegel-
bestimmte Klassen von Dokumenten zu attestieren und zu zertifizieren, um ihnen Glaubwürdigkeit und Authenti-zität in **ausländischen** Jurisdiktionen zu geben; Beglaubigungen vorzunehmen mit notariellen Urkunden und Auflassungen und selbige zu zertifizieren...“ [Black's Law 1st]
Notar: „**Ein Officer**, ernannt von der Exekutive oder einer anderen ernennenden Institution, unter dem recht verschiedener Staaten.“ [Bouvier's Law Dictionary 6th]

Der Eidleistende (Affiant) ist ein Treuhänder des Schöpfers, der ein Nichtsteuerzahler ist und deshalb sind wir alle Nichtsteuerzahler. Unser legales Standing basiert auf dem Charakter der Souveränität in unserer Position als Treuhänder in Repräsentation der Schöpfung. Demzufolge wurden wir zu fremden Diplomaten. In der Konse-quenz daraus steht dies als Fakt, bis es glaubwürdig und authentisch von einer Person mit persönlichem Wissen per Beweis widerlegt ist.
Gott hat uns erschaffen und uns die Erde anvertraut, welche „Gründe" er auch dafür gehabt haben mag. Gott ist der einzige Beschützer und Gesetzgeber. Sein „Domizil" ist der Himmel und nicht irgendein Platz auf der Erde. Also kann der Eidleistende weder auf der Erde ansässig sein, noch ein Bürger, noch ein Bewohner jeglicher irdischer Jurisdiktion, denn alle diese Statuten haben eines gemeinsam: **ein Domizil, einen Wohnsitz!** Unser Ursprungsort und unsere Heimat jedoch ist der Himmel und nicht die Erde (Philippus 3:20);

Wie man ein Affidavit schreibt...

Erstens: Bestimmung des Titels mit „Name" und „Adresse" des Eidleistenden (Bezugnahme auf den Vorgang)
Zweitens: Im Paragraph eins platziert man seinen „Namen", die persönlichen Umstände, das Standing, die
„Adresse", den „Geburtstag"
Drittens: Eröffnungssatz in der ersten (?) Person, dass das Affidavit in freiem Willen angefertigt wurde
Viertens: Darstellende Beschreibung der Hauptwahrheit
Fünftens: Darstellung der Einzelwahrheiten in einzelnen Paragrafen
Sechstens: Durchnummerieren der einzelnenn Zeilen
Siebtens: Beilegen unterstützender Dokumente
Achtens: Abschluss-Statement
Neuntens: Autograph mit Siegel und roter Tinte (repräsentiert das Blut des Menschen)
Zehntens: Einen Block für die notarielle Beglaubigung offenhalten

Geschrieben in sauberem, klaren und minimalistischen Stil; im Präsens; Fürwörter wie „mein", „dein", „sein" und „zu" und „oder" (Doppeldeutigkeit!) sind zu vermeiden; Adjektive und Adverbien sind ebenso zu vermeiden, der Autograph erfolgt wie in Kapitel 12 dargelegt in roter Tinte; bestätigende Unterlagen sollten so viele wie möglich beigefügt werden;
Das Affidativ muss wie oben aufgezählt wahr, korrekt und komplett beeidet sein; wahr und korrekt alleine gilt als Meineid durch Unterlassen!!!
Eine Sachlage muss in Worten ausgedrückt sein, um gelöst zu werden. Der erste, der vom Schlachtfeld geht, verliert durch Verzicht. **Maxime**: Wenn der Kläger seinen Fall nicht beweist, ist der Beklagte entlastet

Für welche Zwecke kann man Affidavits in Anwendung bringen?
Es gibt eine Vielzahl von Vorgängen, deren Wahrheitsgehalt wir besser beweisen sollten. Erinnert Ihr Euch an das Finanzamt in Kapitel 13, von dem wir eine true bill, eine echte Rechnung des Haftungsgläubigers verlangt haben? Wir haben natürlich ein Affidavit gemeint, wofür sie nimmermehr den Hauch einer Anstrengung investie-ren würden. Vor allem kommerzielle Dokumente kann man beeiden. Es wird noch

richtig lustig, wenn wir uns über die Aufhebung des Goldstandards und die HJR 192 etc. unterhalten, denn wir können nichts bezahlen. Wir erhal-ten auch keinen Lohn oder Gehalt eines Public Office; wie sollten wir innerhalb der Konzernfirma dann etwas bezahlen können? Ja, es läuft in Wahrheit alles auf das Geld hinaus, ich schwöre es!
Im kommerziellen Bereich könnten wir also beeiden, dass wir keine true bill erhalten haben und zu einer beeide-ten (**1**) Erklärung der Rechnungslegung ***** auffordern. Wir können Affidavits der (**2**) Mitteilung an eine Behörde schicken, wenn sie uns nicht Autorität, Identität und Legitimität nachweisen. Wir können (**3**) Verträge (Vertrags - Affidavit / Affidavit of Agreement) bestätigen. Mit Affidavits kann man (**4**) Mitteilungen von Ansprüchen oder (**5**) Zwangsvollstreckungen und Beschlagnahmungen bestätigen (Affidativ of distraint = dinglicher Arrest), oder (**6**) Pfandrechte glaubhaft machen (Affidativ of obligation). Und alles, was Euch noch dazu einfällt. Eingangs hatten wir erwähnt, dass es diese scharfe Waffe gibt. Sie ist scharf, aber sie könnte anstatt den Gegner auch uns verlet-zen. Also wäre es kein schlechter Ratschlag, sich eingehend mit diesem Thema zu befassen, bis man ganz genau weiß, was man tut, bevor man etwas unternimmt. Haltet Euch bitte vor Augen, dass wir nicht innerhalb BAR operieren und hier keine „Beratung in Rechtsdingen“ stattfindet. Als Laie tat ich mich genauso schwer oder so leicht wie Ihr, dies alles zu verstehen. Also gibt es hier nur die Fakten, die ich mehr oder weniger mühsam zusammengeklaubt habe, da sie ohnehin jedermann offen zugänglich sind. Ich habe sie nur ein bisschen in einen Kontext gebracht. Und da meine Adressaten echte, souveräne Menschen sind, werden die schon wissen, was sie damit machen. Die anderen können es ohnehin nicht lesen!

*** Rechnung** (Bill): „**der schriftliche Beweis eines Vertrags**“ [Blacks Law 6th Ed.]

Alles, was jetzt an Beispielen aus dem Internet folgt, ist lediglich die Methode, wie man an Affidavits herangeht und beileibe noch kein Muster!!! Hier ein erster, zaghafter Schritt, wie wir unser ESTATE zurückbekommen könnten:
Man entzieht seiner Jurisdiktion die Gefolgschaft, verzichtet auf seinen Schutz und wählt das Land einer geo-grafischen Nationalität nach Landrecht. Dann schreibt man ein Affidavit: „… ich bin volljährig, auf dem Land geboren und halte den Titel als rechtmäßiger Inhaber (holder in due course) des HANS XAVER MEIER – ESTA-TES. Ich beanspruche den TITEL als Exekutor des ESTATES.“ Zwei Zeugen beschwören mit einem Affidavit, dass sie mich schon lange kennen. Ich nehme meine Geburtsurkunde zur Hand und schreibe in roter Tinte vorne auf die Kopie: „nur für administrativen Gebrauch“; auf die Rückseite schreibe ich in roter Tinte: „...ich bestätige als Inhaber des Dokuments, dass dies eine echte und korrekte und komplette Kopie der Geburtsurkunde des HANS XAVER MEIER ist.... …. unterzeichnet Hans Xaver Meier, alle Rechte vorbehalten, gesiegelt mit einem Daumen-abdruck in rot etc... . Danach kann ich die Geburtsurkunde und das Zeugenaffidavit von einem Notar öffentlich beglaubigen lassen...
Mit der öffentlichen Bekanntmachung sollte der Prozeß abgeschlossen und der Anspruch zurückerhalten sein. Jetzt ist man der Exekutor des Trusts und der handlungsfähige, rechtmäßige Titelinhaber. Perfekt hört sich das zwar noch nicht an, aber in diesem Sinne in etwa könnten wir verfahren...

Rechtmäßiger Inhaber (Holder in due Course); „eine Bezeichnung für den ursprünglichen Inhaber eines Instru-ments, der es in Treu und Glauben annimmt und dafür etwas Wertvolles eintauscht“ [Blacks Law 2nd Ed.]
sowie: „ im kommerziellen Recht der Inhaber eines Instruments der es für Wert in Treu und Glauben annahm ohne Anspruch oder Abwehr UCC 3-302(1) und der das Instrument frei von allen Ansprüchen erzwingen kann.“ (UCC 3-305)

ein weiteres Formulierungsbeispiel zum **Nachsatz** in einem Affidavit...
… ich.... Hans..., ein lebendiger Mann, ein natürlicher Bewohner des Landes, volljährig, kein Kind, nicht verloren auf hoher See oder zurückgeblieben auf dem Schlachtfeld, souverän, kompetent im Kommerz, erkläre aus mir selbst heraus, motu proprio, mit unbegrenztem Wert, dass ich den obigen **Affidavit der Verpflichtung** gelesen habe und weiß, dass der Inhalt wahr, korrekt und vollständig ist und nicht in die Irre führt.... oder

Affidavit der Treuepflicht (Affidavit of Allegiance)
…. ich... Hans Meier... etc. erkläre hiermit durch Eid, dass ich jegliche Treuepflicht und Treue absolut und voll-umfänglich aufgebe und jeglichem fremden König, Potentaten, Herrscher, STAAT, KORPORATION, Monarch, CoL , VATIKAN, BIZ, FED, UN, oder BANK und allen Derivaten hieraus abschwöre und keiner höheren Autorität als der des Schöpfers verpflichtet bin, nunc pro tunc praeterea praeterea [lat. von Anfang an und für alle Zukunft]
Meine Verfassung ist das Recht des Himmels und lautet wie folgt: 1. Ich halte Frieden 2. .....usw. Diese Verfas-sung werde ich verteidigen... . Mein Friedensvertrag hat folgenden Wortlaut.... (als ein Beispiel, dass man sein ganzes Standing auf Affidavits aufbauen kann und wie man sich sein neues Leben für sich selber nach seiner Fasson einrichten kann... wir beziehen ja immerhin einen neuen Wohnsitz!)... oder

Affidavit der Reservierung der Rechte (Affidavit of Reservation of Rights)
…. es sei allen gesagt, dass ich, Hans Meier... ausdrücklich meine Rechte reserviere und meine Rechte und Freiheiten vorbehalte, zu jeder Zeit und an jedem Ort von meiner Geburt an und in alle Zukunft nunc pro tunc praeterea praeterea ... ich bin kein Bürger der BRD, kein US-Bürger (Citizen) oder ein 14th – Amendment – Bür-ger. Ich bin ein Mensch aus Bayern und halte mich derzeit dort auf als ein freier und souveräner Mensch, als ein Friedensstifter. Die Verletzung meiner Freiheit kostet..... usw.
Der Eidleistende Hans Meier, ein natürlich geborener Mann auf dem Land beeidet, dass er die vorhergehenden Tatsachen geschrieben und gelesen hat in Übereinstimmung mit dem besten Wissen und der Überzeugung, über die er zu diesem Zeitpunkt verfügte. Meine Angaben sind meine Wahrheit, wahr,korrekt und komplett und nicht irreführend; meine Wahrheit, die ganze Wahrheit und nichts als die Wahrheit... oder
1 ...Hans..., der lebende Mann, geboren gemäß Hörensagen am ersten März im Jahr des Herrn neunzehn hun-
2 dert und ein und achzig (01.03.1981), zukünftig bezeichnet als Eidleistender, erklärt und konstatiert, dass
3 die folgenden Fakten nach dem besten Wissen wahr, korrekt und vollständig sind und man Wissen von Din-

4 gen aus erster Hand hat, die hierbei beeidet werden. Man... Hans... ist volljährig und kompetent, Zeugnis
5 der Angelegenheiten hierin abzugeben. Falls irgendeine Frau oder ein Mann wünscht, auf diesen Affidavit zu
6 antworten, machen sie es auf die Art dieses Instruments und antworten innerhalb von fünfzehn (15) Tagen
7 oder es gilt Versäumnis. Es soll nur mit handgeschriebener Unterschrift gültig sein.
8 Erstens: Der Eidleistende weist zurück und bestreitet, dass folgende Korporationen die Fähigkeit, zu klagen
9 und beklagt zu werden, haben:
10 BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
11 FREISTAAT BAYERN
12 STADT HINTERDUPFING
13 ALLE BAR ASSOCIATIONS
14 UNITED STATES, ALLE GERICHTE UND BEHÖRDEN.... etc... etc... und alle Derivate und Äquvalente
15 hieraus etc.... etc.... etc.....
16 etc...
17 Zweitens: man hat keinen wissentlichen und/oder freiwilligen und/oder transparenten Vertrag mit den obigen
18 Fiktionen
19 Drittens: man hat alle Sozialversicherungsnummern, Steuernummern und alle gegenwärtigen und zukünfti-
20 gen Benefits zurückgewiesen....
21 Viertens: man hat kein internationales, maritimes Agreement unterschrieben mit keinem sogenannten Staat
22 oder Regierung oder internationaler Äquivalente etc..., weder absichtlich noch willentlich noch wissentlich,
23 welche Admiralty-Jurisdiktion den Gerichten geben würde und trägt nicht vor zu eben dieser Jurisdiktion
24 Fünftens: man ist Mensch und hat Standing auf dem Land. Man ist nicht Subjekt zu irgendeiner Korporation 25 oder System des Verwaltungs- Treuhand – oder Kriegsrechts oder irgendeines Rechts oder haftbar.
26 Sechstens: man ist keine Korporation oder Mitglied oder Trustee oder Begünstigter jeglicher Trusts erschaf-27 fen vom Gesetzgeber, keine legale Fiktion oder juristische Person und weist jeglichen unbekannten Zusam-28 menhang zwischen ihm und jeglicher dieser Entitäten zurück.
29 Siebtens: man kann nicht gehalten werden in unfreiwilliger Sklaverei (13th Amendment)
30 Achtens: man kann nicht gehalten werden als Sicherheit für den Bankrott und hat nie die Zustimmung gege-31 ben für die Teilnahme an jeglichem Bankrott – Schema der obigen Entitäten... und man kann nicht mit Ban-
32 krott gleichgesetzt werden
33 Neuntens: man ist ein lebender Mann und ein Durchreisender Fremder etc... .
34 Man erklärt unter Strafe für Eidbruch, dass die vorhergehenden Erklärungen und Fakten wahr, korrekt und
35 komplett sind in Bezug auf das beste geistige Können und die Fähigkeit zu Wissen. Bei Nichtwiderlegung

36 ist dies das Gesetz. Weiter sagt der Eidleistende nichts. [Ende der Ausarbeitung]

Der Autor dieser Ausarbeitung steht auf dem Standpunkt, dass man «man» sagt und nicht „ich“; denn „ich“ ist immer ein Unterzeichner, eine Nummer einer Entität. Das alles ist man nicht....
Erfolgt innerhalb der Frist kein Gegenaffidavit, dann ist die Gegenpartei im Verzug. Dieser Verzug wird mit einem Affidavit beeidet.

Mitteilung des Versäumnisses (Default) auf ein Affidavit:

1 Man... konstatiert den Eintritt des Verzugs gegen den Empfänger. Eine fristgerechte Unzulässigerklärung per
2 Affidavirt innerhalb von 15 Tagen nach Erhalt des Affidavit zu widerlegen ist nicht eingegangen. Der Empfänger 3 hat keine Widerlegung durch Affidavit konstituiert und deshalb gibt der Empfänger Ruhe und befindet sich in
4 statutarischem Verzug. Die Verzichts-Mitteilung soll genug Beweis sein, dass Hans Meier in seiner Analyse
5 der Gesetze und anderen Recherchen hierin richtig liegt. Durch diese Versäumnismitteilung ist der Empfänger
6 gehemmt vor jeder zukünftigen Aktion gegen den lebenden Menschen und ist ohne legales Standing, da keine
7 Kontroverse im Recht oder in materiellen Fakten zwischen den Parteien bestehen.

Wie lautet die Definition von Recht/Gesetz (law) in der 6. Ausgabe von Black`s Law Dictionary? „Recht wird be-nutzt, um einen **Eid** zu bezeichnen oder das Privileg, zu **beschwören**....“ („law is used to signify an oath, or the privi-lege of being sworn...“) oder eine andere Definition: „Recht ist, was richtig ist.“

Lasst uns endlich das machen, was richtig ist und unsere eigenen Gesetze beschwören! Die ihren haben nicht funktioniert, weil ihre Schwüre allesamt Lügen waren.

Erst dann kehrt Stille ein!

„Wenn es eine legale oder moralische Pflicht gibt **zu sprechen** oder wo eine Anfrage unbeantwortet bleibt, um absichtlich in die Irre zuführen, nur dort **kann Stille mit Betrug gleichgesetzt** werden” [U.S. v. Prudden, 424F.2d. 1021(5thCir. 1970)]

19. KAPITEL Vertrag mit dem Strohmann und UCC-Financing Statement

Jeder **Treuhänder** (Fiduciary) wird im Gesetz als ein **Treuhänder für den Strohmann** betrachtet. Alle Dokumen-te, welche die natürliche Person jemals unterschrieben hat, waren an den Namen des Strohmanns addressiert und für ihn, den Prinzipal, haben wir als natürliche Person (im Status seines Agenten) alles unterschrieben.

Der Strohmann ist der Resident (Ansässige), -lat.: „dasselbe wie eine Sache“- und wird als unsere LEGALE PERSON innerhalb der gegebenen Jurisdiktion identifiziert. Ich gestehe, dass es mir äußerst schwer fiel, diese „legale Wahrheit“ zu verstehen und zu akzeptieren, aber wir befinden uns die ganze Zeit in einem Rechtssystem, in welchem es nur Fiktionen, Täuschungen und Betrug gibt. Von Menschen weit und breit keine Spur! Es sieht so aus, dass wir im 1. Kapitel richtig lagen. Wir werden ihn im Gesetz niemals finden! Er selbst war nie das Angriffs-ziel der Gesetze, sondern ausschließlich sein Geld und sein materieller Besitz. Und da wir es satt haben, dass sie uns um selbige ständig betrügen, müssen wir uns vorerst mit Kompromissen zufrieden geben. Wir werden den Strohmann akzeptieren und ihn für unsere Zwecke zum Einsatz bringen. Und wenn viele das zustande gebracht und Erfolge damit hatten, dann ist uns auch klar, dass wir paar Hanseln uns wieder neu organisieren müssen. Wir können nicht alleine leben und was organisiert sich besser, als eine Gruppe wacher, souveräner Menschen, die den nötigen Durchblick hat.

Wie vorhin schon festgestellt, sind wir nur deshalb nicht frei und souverän, weil wir „annehmen“, es nicht zu sein. Das tägliche Leben überzeugt uns stetig vom Gegenteil und beweist unsere Vermutung, wehrlose Opfer zu sein. Es war so tief verwurzelt und eingebrannt, dass ich alles, was nicht nach Mensch aussah, heftigst zurückgewie-sen habe. Meiner Mitstreiterin Anja geht das genauso und vielen von Euch bestimmt auch. Ich bin somit auch froh, dass ich hier nur meine eigenen Erkenntnisse und Lösungsmöglichkeiten aufzeigen brauche und nicht in der Pflicht stehe, Euch „sichere, juristische“ Ratschläge vermitteln zu müssen. Den Lügen, mit denen Sie uns fangen, muss jeder von uns ins Auge sehen und jeder muss sie auf seine Art und durch seine eigenen Erkenntnisse zum Verschwinden bringen. Ein paar tausend Jahre Sklaverei und Unterdrückung abzuschütteln wird diese kleine Anstrengung sicherlich wert sein!
Ich habe den Titel dieses Skripts geändert, denn zuerst wollte ich dem Rechtssystem entkommen, aber nach 70 Seiten sehe ich ein, dass wir es gar nicht brauchen und dass das Verschwinden des Systems im gesamten wün-schenswert ist. Man kann den Menschen nicht mit Recht betrauen, solange er sich seiner Ethik nicht bewusst ist. Wenn er aber weiß, dass nur seine Ethik die Grundlage für ein optimales Zusammenleben ist, dann kommt ihm auch die zwingende Erkenntnis, dass er das Recht gar nicht braucht.
Den Trick, wie man etwas zum Verschwinden bringt, habe ich schon kurz erwähnt. Man geht einer unguten Sache einfach auf den Grund, indem man sie ausreichend inspiziert und die Überlegungen entdeckt, die zu ihrer Ent-stehung geführt haben könnten. Dann erkennt man die Lüge und den Betrug darin und hat bei Erkenntnis ausrei-chend Gelegenheit, sich an seiner bisherigen Dummheit zu erfreuen. Ein Gefühl von echter Freiheit wird sich ein-stellen!
Das irdische Rechtssystem beabsichtigt nach meiner Einschätzung die Inbesitznahme eines ganzen Planetens und die vollständige Kontrolle seiner Bewohner. Weil nur unsere Zustimmung hierzu den Vertrag perfekt macht, müssen wir alle freiwillig votieren, dass dies völlig in Ordnung sei und nach vielen schönen Reden und politischen Kabarettveranstaltungen unterschreiben wir ihren Freifahrtschein halt. Als Einzelner kann man ja eh nichts ma-chen! Es ist nur zu befürchten, dass sie uns am Ende gar nicht alle brauchen können!??! Somit wäre die aller-erste und wichtigste Übung unsererseits, zu lernen, „Nein“ zu sagen, ohne vor unserer eigenen Antwort zurück-schrecken zu müssen.

Worauf ich hinauswill, ist mir während des Schreibens auch ein bisschen klarer geworden. Wir überwinden das Gesetz mit dem Gesetz, aber wir können nur gewinnen, wenn wir danach ihr Spiel nicht mehr spielen. Der Zu-schauer eines Spiels zu sein, ist nur am Anfang lustig, aber nicht auf Dauer, vor allem, wenn das Spiel russisches Roulette heißt. Ergo möchte ich gerne ein Spieler werden und das Spiel ist natürlich am schönsten, wenn man sein eigenes spielt, mit eigenen Regeln und so. Meine Freiheiten und Barrieren kann ich mir auch selber ausden-ken. Da es ihnen letztlich nur um`s Geld und unsere Zustimmung geht, haben sie einige recht hilfreiche Erfindungen entwickelt. Der Prinzipal ist also der Strohmann. Er schuldet alles. Der Agent ist „sein" Mensch, der sui juris (= kompetent, Verträge einzugehen) die Sicherheit (Surety) darstellt. Da ich es auch nie richtig verstanden habe, wiederhole ich die Mitwirkenden des Theaterstücks besser noch einmal:

Öffentlicher Strohmann: HANS X.MEIER, Prinzipal und verschuldet bis über beide Ohren, weil angestellt beim Staat; auch Schuldner genannt; Begünstigter des Trusts, wenn er diese Eigenschaft nicht ständig weitergäbe;
Privater Strohmann und natürliche Person: Hans Xaver Meier, Agent und seines Zeichens autorisierter Reprä-sentant obigen Schuldners sowie Sicherheit (Surety) für HANS XAVER; wurde durch sui juris legal haftbar für alle Verpflichtungen des Prinzipals; Treuhänder des Trusts;
Mensch: Hans:Mann aus der Familie Meier und tatsächlicher, echter und unumstößlicher Kreditor des Gesamt-betrugs der CROWN-BÄNKER (Begünstigter seines Geburtsestates, bewiesen durch die Aufzeichnung der Lebendgeburt)
Staat, Regierung, Behörden, Gerichte: vorgeblicher Kreditor, in Wahrheit aber die tatsächlichen Schuldner so-wie seit 25.12.2012 de jure zwangsvollstreckt; nicht mehr lange Treuhänder und Exekutor des Geburtsestates
Wir müssen das sehr gut verstehen, weil wir später mit dem Strohmann einen Vertrag aufsetzen; hier die Defini-tion aus The Free Dictionary by Farlex (frei übersetzt)...

Sicherheitsbeziehung (Suretyship): „Eine **vertragliche Beziehung**, wo eine Partei, -die Sicherheit (surety)- übereinstimmt, die Schulden der anderen Partei, des Prinzipals zu bezahlen oder seine oder notleidende Ver-pflichtungen (obligations) im Fall seines Ausfalls (default) zu erfüllen."
Der Prinzipal und Begünstigte HANS XAVER ist der Schuldner - die Person, die einem Kreditor, seinem Dienst-herrn, dem Staat, als Public Officer verpflichtet ist. Die Sicherheit, der Treuhänder Hans Xaver, der die ganze Arbeit macht, ist der „Gefälligkeitsaussteller" (accommodation party) und Agent – eine dritte Person, die für die Bezahlung der Verpflichtung verantwortlich wird, wenn der Prinzipal ausfällt.

Gefälligkeitsaussteller (accommodation party): eine Partei, die ein Darlehen für eine andere Partei garantiert ohne eigenen Vorteil [Black`s Law 2nd]

Der Prinzipal bleibt vorrangig haftbar, wohingegen die Sicherheit, der Agent zweitrangig haftet. Genau wie der Papa, der für die Anschaffung des ersten Autos seines Sprösslings geradesteht. Sohnemann ist der Prinzipal und Begünstigte bei Autokauf und Nutzung, der Papi hält als Treuhänder und Agent nur den Kopf hin... sollte etwas schiefgehen. Der Kreditor als Kaufmann muss zuerst die Bezahlung beim Prinzipal als Käufer anmahnen, bevor der Papa als Sicherheit des Käufers die

Verpflichtung erfüllen muss. Nach vollständiger Bezahlung des Kreditors kann die Sicherheit die Bezahlung beim Prinzipal anmahnen. Eine Sicherheitsbeziehung (Suretyship) entsteht aus Angebot und Annahme und führt zu einer Vereinbarung (agreement). Die Parteien müssen kompetent sein (sui juris) und die werthaltige Gegenleistung erkennen. Die Parteien müssen öffentlich zustimmen, so dass alle Parteien untereinander bekannt sind. Die Sicherheit muss als solche identifiziert sein, so dass der Kreditor sie nicht für die erstrangig haftende Person hält. Wenn der Vertrag eine Sicherheitsbeziehung anzeigt, erhält der Kreditor eine geeignete Mitteilung des Drei-Parteien-Arrangements. Für die Prinzipal-Sicherheit-Beziehung ist keine spezielle Vertragsform erforderlich. Gerichte prüfen lediglich die Substanz und nicht die Form, wenn es um die Identifikation und Existenz einer solchen Beziehung geht. Die Sicherheit kann ihre Haftung auf einen speziel-len Betrag limitieren und wird erst haftbar, wenn der Prinzipal den Vertrag mit dem Kreditor bricht.“ [West's Encyclopedia of American Law, edition 2. Copyright 2008 The Gale Group, Inc.]

Schaut man in die Weltgeschichte, als Souveräne Kredite z.B. für ihre Kriege aufnahmen, dann erhielt immer der Kreditor höchste Ansprüche gegen das Herrschaftsgebiet des Souveräns. Dass die kreditgebenden Bänker als Dritte Partei meist auch gleich noch für die Kriege sorgten, ist aber im allgemeinen Durcheinander nicht weiter aufgefallen.

Jetzt geht uns auch ein Licht auf und der weise Spruch von Hermes Trismegistos kommt uns in den Sinn, wenn er zum Ausdruck bringt, dass alles, so wie es sich im Kleinen verhält, sich auch im Großen so verhält.

Die CROWN-Bänker ergattern unseren Besitz, weil wir die Sicherheiten ihres Schuldners, der Regierung sind. Die Regierung aber sind wir, weil wir in ihr Public-Officer-Pflichten verrichten. Durch den stillen Public-Officer-Ver-trag hat die Regierung ihre Schulden auf uns umgewidmet und benutzt die Sicherheit des Strohmanns, in dem Fall Hans Xaver, alle Schulden an die Bänker abzuzahlen. HANS XAVER selbst ist ein klassischer Totalausfall, denn er ist finanziell am Ende und wirtschaftlich so gut wie tot, weil er nicht denken kann und deshalb nichts über seine Geburtsurkunde weiß. Übrigens: wenn einer von Euch denkt, dass ich mit meinen Schlüssen nicht richtig liege, dann mag das zweifellos zutreffen. Veröffentlicht Eure Erkenntnisse und ich korrigiere mein Zeug, denn das ganze Rechtssystem zu entschlüsseln kann nur eine kooperative Gesamtaufgabe unter uns einfachen Leuten sein.

Die Mitwirkenden des großen Theaterstücks also sind:

Kreditor des Schauspiels und immer unerkannt im Hintergrund: die CROWN-BÄNKER
Agenten des Kreditors: die Kettenhunde für Recht und Gesetz bekannt als BAR-Juristen
Schuldner des Schauspiels: die Regierung, besser bekannt als die nicht-inkorporierte Assoziation von Wohlfahrtsempfängern der Sozialversicherung (Trust) und Public-Officers, auch bekannt als Strohvolk oder „wir alle“!

Agenten des Schuldners: a l l e gewählten Schauspieler „unserer“ Regierung, allesamt angestellt bei der CROWN und somit ausländisch, aber gerne mit 99%-iger Sicherheit wiedergewählt, wenn sie ihre Pflicht erfüllen
Sicherheit des Schuldners: alle Agenten des Strohmanns, der Privat-Strohmann oder die natürlichen Personen, die sich als Treuhänder bis zum Eintritt der Altersarmut abrackern, um es zu etwas zu bringen.
Mensch: nicht weiter der Rede wert, da in diesem Schaustück ohnehin nichtexistent!

Es gibt aber ein Theaterstück hinter dem Theaterstück. Deren Mitwirkende sind:

Schöpfer: erschuf die Menschen und hauchte ihnen ihre Seele und ihre „Rechte“ ein, hält sich meistens raus und deshalb relativ unerkannt;
Mensch: souverän und frei mit allen seinen unveräußerlichen Rechten; rechtlich gesehen der Souverän und Kreditor sowie Treuhänder und Begünstigter von Gottes Schöpfung, Autor des Theaterstücks Erde; Prinzipal und Erschaffer seiner Regierung und der Steuer; sehr vergeßlich, opferbereit, nicht nur dumm, eher ängstlich; glaubt alles, was Autoritäten sagen und sagt zu allem „Ja“;
CROWN-BÄNKER und andere Eliten: Schuldner und Agenten der Menschen; Treuhänder, deshalb rechtlos; glauben, Gegenspieler des Schöpfers zu sein; ihr Handwerkszeug ist Recht und Geld;

Und so steht es in der Bibel:
“Der **Reiche herrscht** über die Armen; und wer borgt, ist des Gläubigen **Knecht**.“ [Sprüche 22, 7]
„Sei nicht einer von denen, die mit ihrer Hand haften und für **Schulden** Bürge werden; denn wenn du nicht bezahlen kannst, so wird man dir dein Bett unter dir wegnehmen.“ [Sprüche 22, 26-27]

Wenn der Kreditor und Geldgeber diese Rechte hat, ist es offensichtlich, dass er die Politik für den Souverän macht. So kam es, dass den CROWN-Bänkern zu Weihnachten 1913 endlich alle „Regierungen“ gehörten, die fortan ihre Schuldner waren. Für einen Kreditor gibt es im UCC eine Möglichkeit, dass er eine formale öffentliche Bekanntmachung der legalen Beziehung zwischen ihm und dem Schuldner macht, um seinen Anspruch zu per-fektionieren. Das erlaubt dem Kreditor als Sicherungsnehmer (Secured Party), ein Sicherungsrecht am Vermögen des Schuldners bekanntzugeben (zu perfektionieren). Hiermit besichert er die Rückzahlung eines Darlehens z.B. und schließt damit offiziell jegliche dritte Partei von Ansprüchen gegenüber dem Schuldner aus, selbst die Regie-rung. Als Sicherheit kann sich der Kreditor alles mobile und immobile Vermögen des Schuldners als Pfand (collateral) sicherungsübereignen lassen.
Ihr fragt Euch vielleicht, wozu wir das alles so genau besprechen!?! Die Antwort ist einfach: das vorgenannte The-aterstück hat uns gezeigt, dass die Regierung den Strohmann benutzt, um über ihn an die Sicherheit der natür-lichen Person zu kommen. Die Regierung gibt vor, mit dem Strohmann einen diesbezüglichen Vertrag zu haben. Wir werden das Gegenteil beweisen, denn der Strohmann wird einen Vertrag mit der natürlichen Person unter-schreiben und zukünftig ihr gehören. Und der Mensch wird einen Vertrag mit der natürlichen Person abschließen, der sämtliche Interaktionen regelt. Auf gut deutsch: Wir schnappen dem Staat den Strohmann vor

der Nase weg. Wer hatte den legalen Titel auf den Namen und auf die Benutzung der Person?
Die Geburtsurkunde ist der Beweis, dass ein legaler Titel existiert und wir die Besitzer dieser Titel sind. Und jetzt machen wir das vertraglich fest. Wir machen später noch mehr und ein paar Vorbedingungen müssen wir auch noch erfüllen, z.B., dass wir uns das Copyright auf den Namen sichern könnten; aber jetzt kümmern wir uns um das Nutzungsrecht des Strohmanns, der ab sofort uns gehört und nicht mehr ihnen! Ab sofort sind wir, die natürli-che Person, der Kreditor und Sicherungsnehmer (Secured Party Creditor) des Strohmanns und er ist unser Schuldner.

19.1. UCC – Financing Statement

Eine öffentliche Bekanntmachung durch eine Aufzeichnung im UCC-1 Financing Statement macht ein Schuldver-hältnis perfekt. Denn das UCC-1 Financing Statement ist der einzige Vertrag in der Welt, der nicht gebrochen werden kann. Dieses UCC-Filing ist ein öffentlicher Ort für die Bekanntmachung privater Verträge. Es **setzt ledig-lich dritte Parteien** vom perfektionierten Sicherungsrecht des Kreditors in das Pfand des Schuldners **in Kennt-nis**. Keineswegs muss ein Privatvertrag öffentlich bekanntgemacht werden, denn damit würden wir ihm den Anschein geben, dass er doch öffentlich ist und die Regierung über eine Vermutungsarie Zugriff hätte.
Wir nehmen darin nur Bezug, dass ein privatvertragliches Dokument besteht. Damit wird die öffentliche Anerken-nung gewährleistet, ohne die Substanz des Vertrags preiszugeben.
Das UCC-1 Financing Statement ist ein schlichtes Formular, woraus der (1.) Name des Schuldners, (2.) der Name des Sicherungsnehmers/Kreditors und (3.) eine ausreichende Angabe des Besitzes hervorgeht, der als Pfand für die Schuld durch den Schuldner für die Transaktion hinterlegt ist. (UCC 9-502(a)). Der Eintrag der Daten und die Übermittlung erfolgt auf elektronischem Weg. Änderungen des UCC 1 Financing Statement können als Teil des Originals jederzeit gemacht werden.
Die Veröffentlichung der Bezugnahme geschieht im öffentlichen Bereich des UCC-1, weil dies … hmmm... alle Kundigen im Internet inkl. Mary Croft behaupten.
Seitdem alles, was mit dem Euro oder dem „Dollar“, bzw. Federal Reserve Notes zu tun hat, in den Privatbereich fällt, -die Herausgeber dieser „gesetzlichen Zahlungsmittel“ sind Privatfirmen-, findet auch der weltweite Kommerz im privaten Bereich statt. Aber bei der öffentlichen Bekanntmachung durch den Sicherungsnehmer/Kreditor erhalten seine Privatverträge mit dem Schuldner öffentliche Anerkennung. Und das ist der hauptsächliche Zweck!

Aus Wikipedia: Ein UCC-1 Financing Statement ist eine legale Formalität, die ein Gläubiger einreicht, um bekanntzumachen, dass es einen Anspruch auf einen persönlichen Vermögenswert eines Schuldners gibt. **Achtung:** vorher muss es einen Vertrag geben, dass der Schuldner dem Gläubiger schuldet. 1. Dieses Formular wird eingereicht, um das Sicherheitsinteresse eines Gläubigers öffentlich bekannt zu geben, dass es ein Recht gibt, Besitz zu ergreifen. 2. Man perfektioniert einen Sicherungsanspruch, einen gesicherten Kredit. 3. Macht man auch, um die Priorität bekanntzugeben, die das Darlehen hat. Das Financing Statement braucht nur drei

Anga-ben: Name und Adresse des Schuldners 2. Name und Adresse des Gläubigers 3. eine Angabe der Kreditsicher-heit

Zusammenfassung: Durch öffentliche Bekanntmachung im UCC-1 Financing Statement wird ein Common Law Anspruch auf den Handelsnamen und den Besitz des Strohmanns perfektioniert. Das begründende Dokument zwischen Kreditor und Schuldner ist eine Privatvereinbarung, welches die kommerzielle Vertragsbeziehung be-weist. Wie die Eintragung erfolgt, sehen wir uns später an!

19.2. Verträge mit dem Strohmann, oder wie wir uns den Strohmann schnappen...

Die Geburtsurkunde ist der originale Titel des Strohmanns. Wir können jede Verpflichtung, die der Strohmann hat, auflösen, indem wir ihn als Schuldner beanspruchen. Auf deutsch: er schuldet nicht mehr seinem Dienstherrn sondern uns. Warum? Weil der legale Titel am Strohmann, am Namen, unser ist. Er ist vertraglich unser Besitz, unser Schuldner geworden!
Wenn man den Strohmann kontrolliert, dann kontrolliert man die Rechte auf den Besitz, den der Strohmann mit seiner Geburtsurkunde verlangt. Wir erwerben und sichern uns den Titel an ihm, indem wir seine Geburtsurkunde beanspruchen. Der Tag der Geburt Eures Strohmanns ist aller Voraussicht nach nicht Euer Geburtstag!?! Schaut mal in die Geburtsurkunde, wie das Datum der Firmengründung (Ausstellung) Eurer Person lautet. Vielleicht datiert sie auf drei bis vier Tage später?
Alle Ansprüche der Eliten laufen also gegen den Strohmann. Wir wurden lediglich als Sicherheit und Accommo-dation-Party benutzt. Alle Belastungen waren immer schon ein Anspruch gegen den Strohmann und in allen heiligen Zeiten nie gegen uns selbst.
Achtung! Für das Recht auf den **Titel des Körpers** muss die Geburtsurkunde, die Quittung des Wareneingangs, gesichert werden. Auch dies müssen wir legal bewerkstelligen. Nachdem wir auch diese quittiert und eingelöst und alles öffentlich über das UCC-1 Financing Statement aufgezeichnet haben, haben wir das vollständige Recht auf Besitz des Strohmanns, den wir ab jetzt kontrollieren, wiedergewonnen. Der Bond, der verpfändete Anspruch auf Besitz, der dazumal auf dem Kapitalmarkt platziert wurde, gehört nun uns. Zumindest seine Nutzung. Ein Teil des Spiels, das ungewinnbar war und bei dem jeder außer der Bank verlor, ist nun zurückgewonnen.

Eingangs erwähnten wir, dass wir mit unserer Geburt zu Begünstigten des Lebensestates wurden. Danach verloren wir jedoch unser Eigentum, denn als illegitime Bastarde konnten wir nicht erben. Mit dem Beweis der Geburtsurkunde wurden wir nun zum Treuhänder für den Besitztitel des Strohmanns, der legalen Person, welche die Regierung repräsentiert. Indem der Strohmann zu einem integralen Bestandteil der Regierung wurde, wurde über ihn die Regierung zum Begünstigten, denn er ist ihr Mitarbeiter und gehört ihr. Dieser advokatische Winkel-zug war phantastisch!
Ein Treuhänder ist immer eine natürliche Person. Und obwohl sie kein legales Darlehen, Recht oder Anspruch haben, halten die Bänker den Titel durch die Geburtsurkunde. Man gewinnt die Kontrolle zurück, indem man im UCC-1 Financing Statement einfach ein Pfandrecht gegen die Geburtsurkunde mit Bekanntmachung

des Dar-lehens sichert. Solche Mitteilungen über die Aufzeichnungen von Darlehen passieren ständig. Banken sichern ihre Interessen in alle Arten von Besitztümern, wie Häuser, Fahrzeuge, Geschäftsausstattungen täglich, indem sie den Besitz auflisten und als Pfand im UCC 1- Financing Statement benennen. Dasselbe können wir mit unserer Geburtsurkunde machen, die unser Besitz ist und nur wir können dieses Darlehen bekanntgeben.

Schauen wir uns zunächst an, was Mary Croft darüber weiß:
„Die Secured Party (SP) muss eine Fiktion, ein Strohmann sein, denn nur Fiktionen können im Kommerz handeln. So beansprucht die SP den Strohmann als Schuldner. Dann überschreibt der Schuldner alles der SP. Für die gesicherte Partei bin ich, der Mensch, der Agent und alles gehört der gesicherten Partei über einen privaten Vertrag, dem Security Agreement. Dieses gibt Dir, dem Agenten der Secured Party den höheren Anspruch über den Strohmann-Schuldner, indem man den Menschen als Sicherheit des Strohmanns zurückzieht. Die einzige Möglichkeit, ihre Vermutung zurückzuweisen, dass man eine Sicherheit ist, ist, ihnen mit dem Financing Statement zu berichten. Man selber kann im Kommerz nicht operieren, also operiert der Strohmann für mich und macht das Financing Statement aktenkundig. So ist es also die Secured Party, die den Anspruch gegen den Schuldner einträgt. Nun kann jede Belastung gegen den Schuldner von mir entlastet werden, die dritte Partei des Interesses, die nun einen höheren Anspruch über alle Rechte, Titel und Interessen des Strohmanns hat. Das Problem, das die Registrare haben, diese Ansprüche einzutragen ist, dass der Schuldner und die gesicherte Partei als dieselbe Partei erscheinen... da muss man mit den Namen ein wenig kreativ sein. Frauen können ihren Mädchennamen benutzen etc..., um den Ehenamen zu beanspruchen...Ansonsten, erinnere Dich daran, wer Du bist, denn sie sind unsere Diener. Wir haben es mit der Post weggeschickt und das können wir nachweisen. Ich war der erste. Es ist nicht registriert, aber wir zeichnen auf. Wir haben unlimitierten Kredit mit der Federal Reserve und können diesen bekommen. Dies alles gilt nur für die Öffentlichen Schulden, denn es gibt kein Geld.“

Es gibt insgesamt drei Privatdokumente, die wir als Kreditoren und Sicherungsnehmer mit dem Strohmann als Schuldner vereinbaren müssen. Das erste ist die **Privatvereinbarung** (Private Agreement). Zum zweiten hält der Schuldner den Kreditor schadlos mit der **Haftungsfreistellung und der Vereinbarung zur Schadloshaltung** (Hold Harmless and Indemnity Agreement). Die **Sicherungsvereinbarung** (Security Agreement) als drittes ent-hält die Aufzählung des Pfandgutes, die genaue Beschreibung der abgetretenen Sicherheiten des Schuldners, mit dem der Schuldner den Kreditor absichert. Vielleicht sollte ich wegen eines besseren Verständnisses nochmals ansprechen, dass wir dies alles über den Namen aktivieren. Denn mit dem Namen findet der Handel statt, weil der Name ein Handelsname ist. Und diesen Handelsnamen werden wir mit einem Copyright versehen, sodass nur wir das Recht haben, diesen Handelsnamen zu verwenden. Der Name ist es, der den Wert des Besitztitels repräsentiert und am Ende dürfen **nur wir** ihn benutzen. Andere auch, aber nur mit unserer Autorisierung. Der Kreditor ist dann legaler Sicherungsnehmer (Secured Party Creditor). Wenn der Schuldner die Sicherungsverein-barung unterschreibt, wird die Vereinbarung vor dem Gesetz erzwingbar.

Die Privatvereinbarung (Private Agreement)
Diese Vereinbarung etabliert die vertragliche Beziehung zwischen uns, der privaten natürlichen Person als Kredi-tor und der ens legis, dem Strohmann, dem Handelsnamen und Titelinhaber aller legalen Namen, Entitäten und Derivate hieraus als Schuldner. Aus meiner Logik erscheint auch hier der Mensch nicht, da wir uns nach wie vor im fiktionalem Thema des Handels und der Verträge befinden. Die einzige Erfordernis für diese Vereinbarung ist die persönliche Gewissheit, dass man nicht sein Handelsname ist. Dieser Handel der Parteien entspricht den Vorgaben des UCC 1-102(3) und ist ein Agreement zwischen dem fiktiven Charakter Hans Xaver Meier und dem Strohmann HANS XAVER MEIER in ihrer jeweiligen Eigenschaft als Kreditor und Schuldner. Dieser unverletzliche Vertrag ist privat und wird **keinesfalls** öffentlich bekannt gemacht.

Haftungsfreistellung und Schadloshaltung (Hold Harmless and Indemnity Agreement)
Wird diese Vereinbarung nicht korrekt addressiert und etabliert, kann dieses Versäumnis alles andere zunichte machen. Die Haftungsfreistellung ist ein legales Dokument, mit dem der Handelsnamen-Schuldner feierlich schwört, dass erstens der Kreditor niemals eine Sicherheit noch eine Partei eines Überbrückungskredits (UCC 3-419) für den Schuldner ist und zweitens stellt der Schuldner den Kreditor von der Haftung frei und hält den Kreditor schadlos vor allen legalen Ansprüchen, legalen Aktionen, Anordnungen, Haftbefehlen, Gerichtsurteilen, Forderungen, Haftungen, Verlusten, eidesstattliche Aussagen, gerichtlichen Vorladungen, Gerichtsfällen, Kosten, Bußgeldern, Darlehensverpflichtungen, Abgaben, Strafen, Schäden, Zinsen, und gleicht alle Kosten aus, die he-rausgegeben wurden und mit dem Handelsnamen des Schuldners verbunden sind.
Seine Herausgabe ist äußerst wirksam, wenn sich z.B. herausstellt, dass anstatt des Schuldners der Kreditor in Untersuchungshaft sitzt. Der Handelsnamen-Strohmann fungiert für uns somit als Dummy, der, so wie er auf dem Papier steht, alle unsere legalen Auseinandersetzungen verantwortet.
Die Haftungsfreistellung wird der nachfolgenden Sicherheitsvereinbarung angehängt und unter Bezugnahme im UCC-1 Financing Statemenst öffentlich bekannt gemacht. Hiermit ist beweiskräftig dokumentiert, dass der Stroh-mann nicht die natürliche Person und schon gar nicht der Mensch aus Fleisch und Blut ist. Diese Unterscheidung hat erhebliche und signifikante Bedeutung, wenn man die Techniken des Gerichtssystems bezüglich ihrer Akqui-sition neuer Kundschaft betrachtet.

Die Sicherungsvereinbarung (Security Agreement)
Ein Security Agreement ist eine einvernehmliche Vereinbarung, wobei der Schuldner ein Sicherungsrecht (secu-rity interest) als Pfand im Austausch für eine wertvolle Gegenleistung einbringt (UCC 9 -102(a)(73)). Ein Siche-rungsrecht ist ein Vermögensrecht, welches die Zahlung einer Verpflichtung absichert. UCC 1-102 (37). Mit dieser Sicherungsvereinbarung wird der Kreditor zur besicherten Partei, zum Sicherungsnehmer (Secured Party Credi-tor) Der Schuldner muss diese unterschreiben.
Ein Sicherungsrecht wird „scharf“ und erzwingbar in dem Moment, wo drei Voraussetzungen gegeben sind:
<u>erstens:</u> es gibt eine adäquate Sicherungsvereinbarung zwischen den Parteien, welche das Sicherungspfand beschreibt

zweitens: der Sicherungsnehmer ordnet dem Sicherungspfand einen Wert zu
drittens: der Schuldner hat Rechte als Eigentümer des Sicherungspfands und die Kapazität, Rechte in das Pfand zu transferieren UCC 9.203 (b).
Aus dem Security Agreement entstehen 3 Dinge:
1. man erhält limitierte Kontrolle über die Fonds
2. man wird der Holder in due course des Strohmanns
3. Man hat ein entsprechend hohes Darlehen auf den Strohmann....

Jetzt hält man den höheren Anspruch und wenn die Regierung den Strohmann belasten will, muss sie zuerst meinen höherrangigen Anspruch auszahlen.

Es gibt zwei Typen von Eigentum, nämlich dingliche und immaterielle Wirtschaftsgüter:
dingliche Wirtschaftsgüter sind: Konsumgüter, Agrarprodukte, Lagerbestände und Betriebsmittel
immaterielle Wirtschaftsgüter sind: kommerzielle Ansprüche, Mobiliarvermögen, Instrumente, Einlagekonten, Kreditbriefe, verbriefte Rechte, Konten, Dokumente und allgemeinene immaterielle Wirtschaftsgüter

Ein Sicherungsnehmer kann ein Sicherungsrecht, beispielsweise eine Bankeinlage nur durch **Kontrolle** perfek-tionieren (UCC 9-314). Ein Sicherungsrecht in zertifizierte Sicherheiten in registrierter Form kann nur perfektio-niert werden durch **Übergabe** in den Besitz der Secured Party (UCC 8-301). Beides muss nicht öffentlich bekannt gemacht werden.
Ein **Pfandrecht** nach Common Law ist: ..“ein **Recht** erweitert auf eine Person, um den Besitz zu behalten, was einer anderen Person gehört, bis die Forderung oder Belastung von der besitzenden Person bezahlt oder befrie-digt ist. [Black`s Law 4th]

Somit verbleibt dieser Rechtsanspruch auf Besitz innerhalb der Vertragsbeziehung mit dem Handelsnamen-Strohmann und außerhalb jeglicher Statuten und Gerichtsbarkeiten, basierend auf einem Vertrag. Dieses Recht bleibt bestehen, bis der Strohmann seine Verpflichtung zurückgezahlt hat. Ein Recht zur außergerichtlichen Zwangsvollstreckung ist demgemäß ebenso machbar. Weder der Strohmann noch irgend jemand anderes kön-nen auch nur ein Stück des Besitzes des Secured Party Creditors wegnehmen. Jedes kleine Stück Besitz muss in einem Security Agreement aufgenommen werden.

Mit dem UCC-Wiedergutmachungs - Prozess kann man alle “freiwilligen” Verträge rückgängig machen, in denen man als Treuhänder für den Strohmann handelte. Der Prozess erlaubt uns, die Privilegien und Benefits des Stroh-manns an eine natürliche Person zu verschenken, aber nicht dessen Haftbarkeiten. Wie im Märchen sortieren wir die guten ins Töpfchen und die schlechten ins Kröpfchen. Diese natürliche Person ist man entweder selber oder sogar jemand anderes.
Der “Secured Party Creditor”-Status stoppt die Vermutung, dass wir Besitz des Staates sind. Nur Bürger (Skla-ven) des Staates haben Privilegien. Wenn wir unser Bild nicht auf der Unabhängigkeitserklärung und der Verfas-sung sehen oder unsere Unterschriften nicht auf dem Grundgesetz finden können, sind wir keine Partei des Vertrags. Wenn wir eine Erklärung zu unserer eigenen „Verfassung“ machen und unsere Rechte beanspruchen, dann haben wir ein unilaterales Recht, dies zu tun.

Diesen Schutz gewähren die Bestimmungen der UN-Konfe-renz Seite 105, Publikation 2490, Konferenz-Serie 83 (1946). Da wir jetzt um einiges schlauer sind, werden wir natürlich nicht den Fehler begehen, uns zur Vertragspartei der UN und damit des Vatikans zu machen.

Die Geburtsurkunde ist der originale Titel des Strohmanns. Wir können jede Verpflichtung, die der Strohmann hat, auflösen, indem wir ihn als Schuldner beanspruchen. Hierzu beanspruchen wir unsere Geburtsurkunde und ak-zeptieren eine beglaubigte Kopie für Wert. Die Geburtsurkunde sagt, dass ein Titel existiert. Nachdem der zertifi-zierende Beamte ein Gerichtsbeamter war, wird das Gericht die Urkunde als Beweis des Titels akzeptieren, in Abwesenheit des realen Titels. Die Urkunde selbst ist nicht der Titel. Die beglaubigte Kopie eines Zertifikats ist ebenso nicht der Titel, beweist aber, dass der Titel existiert.
Kann man die Geburtsurkunde im Original bekommen? Nein! 1. Der Standesbeamte bewahrt das Dokument für den Eigentümer auf. 2. Wenn er es nicht hat, kann niemand den Eigentümer zwingen, sein Eigentum herauszu-geben. Die Geburt des Strohmanns ist der Tag der Ausstellung der Geburtsurkunde. Dann beanspruchen wir, der vorrangige Secured Party Creditor zu sein und wir registrieren unseren Anspruch im UCC-1 unter einem Set von Dekreten oder privaten Copyright-Gesetzen. Man muss alles auf der öffentlichen Seite des UCC registrieren, sonst funktioniert es nicht.
Wenn man das UCC-1 ausfüllt, indem man die obige Vertragsgestaltung veröffentlicht, trennt man sich selbst von der Gefälligkeitsausstellung (Accomodation Party) und nimmt die Position des ersten Kreditors ein. Die Schulden gehören dem korporierten Ich, aber bisher hat immer die natürliche Person die Zeche bezahlt. Jetzt aber steht man an vorderster Linie, das Pfand des Geburts-Trust-Kontos zu benutzen. Man könnte theoretisch eine Bank beauftragen, einen Kredit zu vergeben und die fiktive Entität, der Strohmann, müsste die Schulden tragen. Eine simple Transaktion entlastet die Schulden. Wer könnte sich jetzt beschweren, dass die Schuld nicht befriedigt wird. Man hat genau das gemacht, wozu man zugestimmt hat. Es war einfach eine nicht bare Transaktion in der öffentlichen Fiktion des Kommerz unter UCC.

Alle ihre Ansprüche laufen also gegen den Strohmann. Alle Belastungen sind ein Anspruch gegen den Stroh-mann, aber nicht gegen uns. Das Konto, deren Verrechnung Hauptaufgabe des Gerichts ist, besteht selbst ledig-lich aus Kredit und Schulden, denn die Zahlen wandern nur von der einen Seite auf die andere. Die Gegenwehr würde uns in Schwierigkeiten bringen, so akzeptieren wir die Belastungen und entlasten die Belastung, indem das Konto durch den Strohmann ausgeglichen wird. Die Belastung zu akzeptieren glättet die Kontroverse und so kann es nicht vor Gericht gehen. Die Belastung **als Wert** zu akzeptieren erlaubt uns, den negativen Anspruch gegen das Konto umzuwenden, und der holder in due course des Anspruchs zu werden. Jetzt kann man verlangen, dass der Strohmann das Konto ausgleicht. Der Strohmann gleicht das Konto aus, weil wir uns mit einem Surety-Bond mit einer gewissen höherstelligen Summe gegen ihn abgesichert haben. Genauso könnte man jegliche Haftungsschäden gegenüber Dritten (Versicherung) mit dieser Summe abdecken. Wie nur wir die Macht haben, Kredit zu erschaffen, so haben wir auch die Macht, das Konto auszugleichen. Alle Schulden sind auf Papier

kreiert, also werden alle Schulden nur auf Papier ausgeglichen. **Merke: Der Mensch ist der Wert und nichts anderes erschafft Wert, außer der Mensch!**

Wie wir noch ausführlich sehen werden, kann man Schulden nicht bezahlen, da es kein Geld hierfür gibt. Schul-den können nur entlastet und lediglich ausgeglichen (discharged) werden. Mit Kredit. Wie wird Kredit geschaffen? Mit unserer Unterschrift. Und immer, wenn wir etwas unterschrieben haben, gaben wir unsere Verschonung auf. Jetzt übernimmt der Strohmann die Schulden und niemand kann ihn uns mehr wegnehmen.

Was meines ist, kann nicht ohne meine Zustimmung weggenommen werden (Quod meum est sine me auferri non potest) [Bouvier's Law Dictionary, 8th Edition, p.2159]

Wie Black`s Dictionary sagt, hat der Agent eine treuhänderische Verpflichtung gegenüber dem Prinzipal: nämlich, „in einer Position von Vertrauen mit der höchsten Loyalität und zum Vorteil des Prinizipals zu handeln. Der Agent handelt keineswegs in seinen eigenen besten Interessen oder profitiert von seiner Position, außer, der Prinzipal stimmt einem solchen Profit zu."

Wie schon mehrfach erwähnt, stieß ich erst während meiner Nachforschungen auf dieses Gebiet vor, so dass in den letzten drei Monaten keine Chance bestand, dies alles auszutesten. Insofern übermittle ich Euch nur die blanke Theorie dessen, was ich bisher herausgefunden habe. Eine gewisse Logik der Sachverhalte ist jedoch nicht zu bestreiten. Schon lange ist uns klar, dass wir nichts mehr benötigen, als einen Satz fundierter und durch-dachter Dokumente, denn Beweise sind ihnen heilig. Die unseren sind richtig, die ihren sind falsch!

Ein solches wichtiges Dokument ist sicherlich die **Erklärung der Generalvollmacht** (Power of Attorney): „Ein schriftliches Dokument mit welchem eine Person (der Prinzipal) eine andere Person als einen oder ihren Agenten in seinem Auftrag beruft, indem er dementsprechende Autorität auf den Agenten überträgt, damit dieser bestimm-te Handlungen oder Funktionen im Auftrag des Prinzipals ausführt." [The Free Dictionary by Farlex]

Die Erklärung der Generalvollmacht steht jedem zu (Power of Attorney) (Property Law Act 2007, Section 22 (1) (c) (2))
„Das, was ein Bevollmächtigter in seiner Autorität als Begünstigter mit seiner Unterschrift bestimmt, ersetzt ande-re Bestimmungen." (Code of Federal Regulations: 26 CFR 601.503)
„ Die Autorität über irgendeinen Teil eines Trusts, diesen zurückzuerhalten ist **ohne die Zustimmung** einer entge-gengesetzen Partei ausübbar! (Code of Federal Regulations: 26 CFR 1.676 A-1)

Wenn man es einem anderen überläßt, seine Angelegenheiten zu regeln, dann gibt man ihm die **Power of Attor-ney** durch **Nichtverhindern**. „Tacit procuration" nach Black's Law Dictionary, Sixth Edition, p. 1207 (tacit: lat. er schweigt; stillschweigende Prokura)

Sieh` mal an, wie weit sie ihre Vermutungen getrieben haben. Nur, jetzt haben wir sie durchschaut und ein gewis-ser Silberstreifen am Horizont wird langsam sichtbar, wenn wir uns an unsere Souveränität zurückerinnern. Die obigen beiden Definitionen haben gewaltige Duchschlagkraft, denn wir brauchen niemanden, der sich der Inbe-sitznahme unserer Trusts entgegenstellen könnte. Und für ihren Begünstigten, unseren Strohmann, haben wir gute Verwendung, wenn ein paar Bestimmungen zu ändern und neue Bestimmungen einzuführen sind. Mit einer Generalvollmacht (Power of Attorny) steht dies jedem zu. Mit unserer Souveränität kommen noch ganz andere Dinge zum Vorschein. Denn letztlich wird sich erweisen, dass wir die einzigen Kreditoren sind, die es auf Planet Erde gibt und damit stehen wir oberhalb des Standings der Schuldner und haben vor ihren Gerichten nichts mehr zu suchen. Gleichfalls sind wir so souverän, dass wir gleichzeitig Richter, Anwalt, Bänker etc. in einer einzigen Privatstrohmannperson (natürliche Person) sind. Ihre Rechtsdefinitionen werden uns zu diesen Posten verhelfen. Wir werden einen schönen Wohnsitz in einem schönen Bundesland mit einer schönen geografischen Landesan-gehörigkeit nehmen und werden dann in eigener Jurisdiktion fremd / ausländisch gegenüber der ihrigen sein. Sollten ihre Gesetze noch einen Pfifferling wert sein, dann werden sie einiges einsehen müssen und davon ablassen, uns ständig in ihre Statuten hineinzuzwingen, die wir wissentlich nie akzeptierten.

Achtung! Wenn Ihr UCC-1 Statements in englisch macht, ist es besser, wenn Ihr euch an die Terminologie des UCC haltet. In dem Fall schreibt Ihr Secured Party Creditor nicht, sondern Kaufmann (merchant). Man kann den Begriff „Secured Party Creditor“ nur benutzen, wenn man ein Darlehensgeber ist. Wenn man Vermögen verleiht und es ist nicht Geld, dann ist man kein Secured Party Creditor sondern ein Kaufmann. SPC ist nicht passend, wenn man den UCC benutzt, um sich vor der Regierung zu schützen.
… siehe: Merchant UCC 2-104(1) Buyer UCC 2-103(1) (a)

19.3. Souveränität

Individuelle Souveränität könnte man auf ein paar sehr grundlegende Prinzipien zurückführen, die sich etwa folgendermaßen anhören könnten:

Souveräne oder freie Frauen und Männer sind diejenigen, die nicht durch einen Eid gebunden sind, jemanden anderem zu dienen

Subjekte sind diejenigen, die jemand anderem oder einer Gruppe einen Eid geleistet haben, diesen zu dienen

Jeder Souverän, der den Gesetzen des Schöpfers folgt, hat das Recht, seine eigenen Kontroversen in einem eigenen Gericht zu bereinigen

Freie Menschen können gegen andere freie Menschen klagen, denn sie haben gleiches Standing, sofern sie nicht durch Eid oder Vertrag an ein fremdes Gericht gebunden sind

Ein freier Mensch kann alle seine Angelegenheiten ohne Einmischung von außen selber regeln und führt so ein selbstbestimmtes Leben

“Als unabhängige **Souveränität** ist es der Bereich und die Pflicht des Staates, Einmischung durch einen anderen Staat oder eine fremde Macht in den Status seiner eigenen Bürger zu verbieten.” [Black's Law Dictionary, 4th Ed., p. 1300] … wobei wir jetzt von unserer eigenen Jurisdiktion in Bezug auf die vorgebliche Regierung der BRinD sprechen...

“Die wirkliche Bedeutung von “**Souveränität**” ist, dass die **Anordnung** des Souveräns das Gesetz macht.” [American Banana Co. v. United Fruit Co., 29 S.Ct. 511, 513, 213 U.S. 347, 53 L.Ed. 826, 19 Ann.Cas. 1047.]

Um die Leute ihrer **Souveränität** zu berauben ist es zuerst notwendig, die Leute dazu zu bringen [to agree], sich der Autorität der Entität zu unterwerfen, die sie geschaffen haben. Das wird gemacht, indem sie beanspruchen, Bürger dieser Entität zu sein.” [Verfassung <u>für die</u> U.S.A., 14th Amendment]

Zwang: “Jegliche unrechtmäßige Drohung oder Nötigung einer Person, um eine andere zu veranlassen, zu handeln...” [Black’s Law Dictionary, 6th Edition, page 504]

freiwillig: “Zwanglos ohne Einmischung; unbeeindruckt vom Einfluss eines anderen; spontan; selbst handelnd.” [Black’s Law Dictionary, 6th Edition, page 1575]

Fremde Regierung: “Die Regierung der USA im Unterschied zu der Regierung der einzelnen Staaten.” [Black’s Law, 5thEdition] Übersetzung: Die Regierung der BRinD im Unterschied zu der Regierung der einzelnen Bundes-länder.

“Die **Zustimmung** macht das Gesetz (Consensus facit legem) [Bouvier`s Maximes of Law 1856]

“Ein **Vertrag** ist ein Gesetz zwischen Parteien, der nur durch Zustimmung Kraft erwirbt." [Bouvier's Maxims of Law, 1856]

Wir stoßen jetzt langsam in den Bereich vor, was es mit unserem Geld auf sich hat. Ab hier wird es ernst, denn Geld ist der Dreh – und Angelpunkt aller Anstrengungen des Rechtssystems. Ich würde mich wehren, wenn je-mand behaupten wollte, dass es mir in meinen Ausführungen darum ginge, zu Geld zu kommen. Ich persönlich will vieles, nur das nicht, denn mit Geld konnten sie ihr System zementieren. Wahrscheinlich ist für uns alle die schwierigste Sache die, unsere Einstellung zu ihrem Geld grundsätzlich und komplett zu verändern. Kein Gesetz zwingt uns, ihr Geld zu benutzen. Und wer die Geschichte von Wörgl und Silvio Gesell kennt, der weiß, dass es auch anders geht. Allerdings müssten wir dann alle viel besser zusammenhalten und uns einig sein.

Ihr werdet staunen, wenn Ihr später die Summen seht, mit denen der Strohmann für uns haftet. Trotzdem ist Geld nur ein Spiel und wir werden das Mysterium im übernächsten Kapitel entzaubern. Und gerade weil wir so scharf darauf sind, spricht viel dafür, dass es die perfekte Falle ist. Sie haben uns mit Geld um den Verstand gebracht.

Um etwas durchzuatmen, schauen wir uns vorher noch ein einfacheres Kapitel an.

20. KAPITEL Maximen des Rechts und Bibelzitate

Eine einzige Sache können die Herren des Rechts nicht überbieten und diese einzige Sache ist das Wort Gottes. Von der Bibel leiten sie das gesamte Rechtssystem ab. Es stimmt zwar nicht, aber sie halten diese Lüge um jeden Preis aufrecht. Also müssen wir die Bibel nutzen, um am Ende ihr Rechtssystem zu besiegen. Das ganze Thema mit Kriegsrecht und Trusts werden wir in unseren Schriftsätzen über die Bibel erschüttern.
Die Maximen des Rechts sind genauso unumstößlich wie die Axiome in der Geometrie. Wir dürfen diese Maximen auch in Affidavits und Abatements verwenden, ohne uns der Vermutung preiszugeben, Subjekte ihrer Statuten zu sein.

Eine **Maxime** ist ein Lehrsatz, der von allen Menschen ohne Beweis, Argument und Diskussion anerkannt und gebilligt wird.” [Black's, 3rd , (1933) page 1171]

DER KONGRESS ERKLÄRT DIE BIBEL ALS DAS WORT GOTTES [Public Law 97 - 280, 96 stat 1 211” Oct 4 1982 & Executive Order 6100 of Sept 22 1990]

Hier eine Auswahl von Bibelzitaten und Maximen, die Ihr für Eure Ausarbeitungen verwenden könnt:

20.1. Biblische Gesetze

„Ich habe die **Erde** gemacht und die **Menschen** darauf erschaffen.“ [Jesaja 45:12]
„In der Tat gehört der Himmel und die höchsten Himmelreiche Gott und auch die **Erde** mit allem, was in ihr ist.“
[Deuteronomium 10:14]
“Dann sagte Gott, lasst uns die **Menschen** machen nach unserem Ebenbild; und lasse sie herrschen über die Fi-sche des Meeres und über die Vögel der Lüfte und über das Vieh und **über die gesamte Erde**,..“ [Genesis 1:26-28]
„Laßt uns die Hauptsumme aller Lehre hören: fürchte Gott und halte seine **Gebote**; denn das gilt für alle Men-schen.“ [Prediger 12, 13]
„Doch weil wir wissen, daß der Mensch durch Werke des **Gesetzes** nicht gerecht wird, sondern durch den Glau-ben an Jesus Christus,...“ [Galater 2, 16]
„Das **Gesetz** ist spirituell“ [Römer 7:14]
„Nicht einmal der Vater richtet jemanden, denn er hat dem Sohn alle **Rechtsprechung** übergeben... und er gab ihm die Autorität, das Richteramt auszuüben, weil er der **Menschen** Sohn ist.“ [Johannes 5:22 und 27]
„Weil der Herr unser **Richter** ist, der Herr ist unser Gesetzgeber,...“ [Jesaia 33:22]
"Die Liebe zum **Geld** ist die Würzel allen Übels." [1 Timotheus. 6:10]

20.2. Maximen aus Bouvier´s Maximes of Law 1856

Der **Beweis** liegt bei dem, der behauptet und nicht bei dem, der leugnet (Affirmati, non neganti incumbit probatio)

Prinzipien können nicht angefochten oder geleugnet werden (Contra negantem principia non est disputandum).
Das Gesetz duldet niemals etwas, das gegen die **Wahrheit** gerichtet ist (Contra veritatem lex numquam aliquid permittit)
Ein **Vertrag**, der auf einer falschen und unrechtmäßigen Gegenleistung basiert oder gegen die guten Sitten verstößt, ist nichtig. (Contractus ex turpi causa, vel contra bonos mores nullus est)
Von einem **Schuldner** wird nicht vermutet, dass er schenkt. (Debitor non praesumitur donare)
Eine delegierte **Autorität** kann nicht delegieren. (Delegata potestas non potest delegari)
Eine **Schenkung** wird nicht vermutet [sondern ist real] (Donatio non praesumitur]
Einer, der außerhalb des **Gesetzes** steht ist bürgerlich tot. (Extra legem positus est civiliter mortuus)
Falsch in einem, falsch in allem. (Falsus in uno, falsus in omnibus)
Fiktion ist gegen die Wahrheit, aber man muss Wahrheit haben. (Fictio est contra veritatem, sed pro veritate habetur)
Flüsse und Häfen sind **öffentlich**, deshalb steht das Fischen allen zu. (Flumina et protus publica sunt, ideoque jus piscandi omnibus commune est) [Wozu bräuchte jemand eine Fischereilizenz? (Autorus Hansus Xaverus)]
Gott bestimmt den Erben und nicht der Mensch. (Haeredem Deus facit, non homo)
Das **Gesetz** wurde zum Wohl des Menschen gemacht (Hominum causae jus constitutum est)
Unfähigkeit entschuldigt das **Gesetz** (Impotentia excusat legem)
Im **Gericht** glaubt man niemanden, bevor es nicht beeidet ist. (In judicio non creditur nisi juratis)
Demjenigen, der schwört, muss im **Gericht** geglaubt werden. (Jurato creditur in judicio)
Schwören bedeutet Gott anrufen, was eine religiöse Handlung ist. (Jurare est Deum in testum vocare, et est actus divini cultus)
Ein **Recht** kann nicht von etwas Falschem entstehen (Jus ex injuria non oritur)
Das **Gesetz** stellt immer ein Heilmittel (Rechtsmittel) bereit. (Lex semper dabit remedium)
Das **Recht** betrachtet immer die natürliche Ordnung. (Lex spectat naturae ordinem)
Der **Körper** eines <u>freien</u> Menschen lässt keine Wertermittlung zu. (Liberum corpus aestimationem non recipit)
Das Verhalten gibt dem **Geschenk** das Recht (Modus leges dat donationi)
Totgeboren ist nicht geboren (Mortuus exitus non est exitus)
Die Vielzahl derjenigen, die irren ist keine Verteidigung für den **Irrtum** (Multitudo errantium non parit errori patrocinium)
Niemand ist an etwas **Unmögliches** gebunden (Nemo tenetur ad impossibile)
Gegen die **Wahrheit** können wir nichts machen (Nihil possumus contra veritatem)
Namen sind die Bezeichnungen für Sachen (Nomina sunt notae rerum)
Namen sind Symbole für Dinge (Nomina sunt symbola rerum)
Es gibt keine stärkere Verbindung zwischen den Menschen als durch einen **Eid** (Non est arctius vinculum inter homines quam jusjurandum)
Mit einem, der **Prinzipien** abstreitet, lässt sich nicht streiten. (Non est disputandum contra principia negantem]

Ein **Gesetz** ist nicht verpflichtend, bevor es nicht veröffentlicht ist. (Non obligata lex nisi promulgata)
Gehorsam ist der Zweck des **Gesetzes** (Obedientia est legis essentia)
Ein **Amt** sollte niemanden schädigen (Officium nemini debet esse damnosum)
Sünden gegen die **Natur** sind die schlimmsten (Peccata contra naturam sunt gravissima)
Derjenige, der alles sagt, schließt nichts aus. (Qui omne dicit, nihil excludit)
Diejenigen, die sich fürchten, verstecken sich und vermeiden. (Qui timent, cavent et vitant)
Was die **Notwendigkeit** erzwingt, verteidigt [rechtfertigt] sie (Quod necessitas cogit, defendit]
Wenn das **Gesetz** säumig ist, herrscht die Regel (Regula pro lege, si deficit lex)
Das Wohl der Menschen ist das höchste **Gesetz** (Salus populi est suprema lex)
Die Bedeutung der Wörter ist der Geist des **Gesetzes** (Sensus verborum est anima legis)
Wo das **Gesetz** ungewiss ist, dort ist kein Gesetz (Ubi jus incertum, ibi jus nullum)
Die **Wahrheit** der Demonstration beseitigt den Irrtum des **Namens** (Veritas demonstrationis tollit errorem nominis)
Der Ehemann und seine Frau werden im Gesetz als eine **Person** betrachtet (Vir et uxor consentur in lege una persona)
„Der **Betrug** des Besitzers vorverurteilt (schadet) nicht den Nachfolger" (Dolus auctoris non nocet successori)
“Die **Steuer** ist im Grunde eine freiwillige Schenkung an einen Wohltätigkeitstrust” (Autorus Hansus Xaverus)

21. KAPITEL Geld

Geld:früher: (gold – und silbergedeckte) Werteinheit (unit of value) [Black`s Law Dictionary bis 1933]
Geld heute: Verrechnungseinheit für gegenseitige Forderungen auf der Basis Schuld und Kredit [unit of account] (UCC 1-201 (24))
Geld: In der gewöhnlichen und gebräuchlichen Wortbedeutung meint es Münzen und Papierwährung, benutzt als Zirkulationsmedium des Austauschs und schließt **nicht Banknoten**, **Schuldenbeweise** oder anderen persönli-chen Besitz oder Grundvermögen mit ein. [Black’s Law Dictionary, Sixth Edition, p. 1005]
Die **Gültigkeit der Öffentlichen Schulden** darf nicht in Frage gestellt werden, aber all diese Schulden, Anleihen und Ansprüche sollen als illegal und nichtig angesehen werden. [14th Amendment §4]
Die **Geburtsurkunde** selbst ist **kein** kommerzielles Instrument, ein Solawechsel oder ein anderes übertragbares Wertpapier. Die Aufzeichnung der Lebendgeburt ist ein kommerzieller Kontrakt, unterzeichnet vom Arzt und von den Eltern in Form eines Formulars. Eine Geburtsurkunde ist nur ein **Beweis**, dass es einen kommerziellen Kontakt mit der Regierung gibt und der Staat die Schutzherrschaft hat. Eine Geburtsurkunde ist kein Vertrag und hat keinen Wert an sich, sondern ist nur ein Beweis, dass eine Lebendgeburtaufzeichnung existiert.

Geld ist das, was jeder will und keiner hat. Meistens befindet es sich in Panama oder in den Taschen derer, die mit dem Rechtssystem kooperieren. Da Ihr meine Ausführungen lest, -was den Schluß nahe legt, dass ihr mit dem Rechtssystem nur bedingt kooperiert-, verfügt Ihr vermutlich auch nur bedingt über gefüllte Kassen! Mein Skript ist aber kein Werkzeug, wie man zu Geld kommt, sondern nur eine Gedankenanregung für selbstbetimm-tes Handeln. Ihr könnt aber trotzdem weiterlesen. Für mich war dieses Kapitel das schwerste und ich musste mich wirklich zusammenreissen. Wie Ihr wisst, kann man beim Thema Geld die meisten Fehler machen.

21.1. Geschichtlicher Abriss

Am 5. April 1933 forderte der US-Präsident per Exekutivorder alle auf, bis zum 1. Mai ihr Gold bei der Federal Reserve Bank abzugeben. Diese Aufforderung wurde in allen Postfilialen ausgehängt. Bei Verstoß gegen die Exekutivorder winkten 10.000 $ Bußgeld oder 10 Jahre Gefängnis.
Am 5. Juni 1933 ließ Präsident Roosevelt die HJR (House Joint Resolution) 192 passieren mit der Folge, den Goldstandard aufzuheben. Der Grund war der Bankrott der US Corporation, die jetzt vollständig in Bänkers Händen war. Eine Zahlungsaufforderung in Gold wurde als gegen das öffentliche Interesse gerichtet angesehen. Ergo konnte keine Verpflichtung (obligation) mehr mit „Goldgeld“ bezahlt werden. Da jedoch Gold und Silber die einzigen rechtmäßigen Zahlungsmittel waren, **hatten die Leute ab dem 1. Mai 1933 kein Geld mehr**. Zum Ausgleich wollte die Regierung **alle Schulden** für die Menschen übernehmen. Wie bereits im Kapitel 8 erwähnt, konnte ab diesem Tag niemand mehr seine Schulden bezahlen, bis zum heutigen Tage nicht! Das Problem wurde gelöst, indem die Regierung versprach, alle Schulden der Menschen zu bezahlen, indem sie ihnen unbegrenzten Kredit gewährten. **Wem das Gold gehört bezahlt alle Rechnungen**. Der Diebstahl des Goldes der Leute hätte einen Strafantrag wegen Betrugs und Verrats zur Folge haben müssen. Aber niemand hat Anzeige erstattet. Um Schulden entlasten zu können, musste man somit jegliche Form von Währung erlauben. Alle und jegliche Formen von Währung und Instrumenten sind also unser Kredit. Andernfalls käme deren Nichtanerkenntnis einem Bruch der Public Policy PL 73-10 gleich. Diese „Versicherung des Lebens“ schützte also einerseits die Gesetzgeber vor Strafverfolgung wegen Verrats und Betrugs gleichwie sie die Menschen vor Schäden durch die Federal Reserve schützte. Da dieser Kuhhandel lediglich den Machern bekannt war, flog er nie auf oder sein Auffliegen wurde einfach im Keim erstickt. Die Regierung tut heute noch **a l l e s** , den Bankrott zu verbergen.

Die US-Regierung ging 1933 **bankrott** und wurde durch eine kommerzielle Firma ersetzt, die den Banken gehört [28 U.S.C. §3002 (15)(A)]
Instrument: „ein geschriebenes Dokument..., so etwas wie ein Vertrag, Wille, Schuldverschreibung, Urkunde, Mietvertrag.“ [Blacks Law 2nd Ed.]
negotiable Instrument: „eine Anweisung, unterzeichnet von einem Beglaubiger (endorser), den Inhaber bedingungslos zu bezahlen,“ [Blacks Law 2nd Ed.] „sowie jegliche schriftliche Sicherheiten.“ [Blacks Law 4th] **übertragbar** (negotiable): „fähig durch Beglaubigung übertragen zu werden.“ [Blacks Law 4th]

Nachdem man nichts mehr bezahlen konnte, sollte von jetzt an jede Schuldverpflichtung mit einem gesetzlichen Zahlungsmittel entlastet werden können (discharge), Euro für Euro und Dollar für Dollar. Ihr fragt Euch sicherlich wie ich auch, warum wir unsere Rechnungen trotzdem selber bezahlen müssen, wenn doch derjenige, der das Gold hat, alles bezahlen muss? Wir brauchen uns gar nicht mehr groß anzustrengen, denn sie haben das ge-macht, was sie immer machen. Bevor sie das Gesetz einführen, eliminieren sie den Anwender. In dem Fall schafften sie natürlich den Privatmann ab, für den sie die Schulden hätten bezahlen müssen. Denkt bitte daran, dass der Strohmann geschmeidig und anpassungsfähig ist! Sie haben alle „Bürger“ in ihr Treuhandsystem geschubst, wahrscheinlich genau am 1. Mai 1933 und öffentliche Public Officers aus ihnen gemacht. Für Korpora-tionen gilt der Schuldenablass natürlich nicht, denn seit diesem Tag wurde alles öffentlich, **nichts** mehr war privat! Der Public Officer ist jetzt definitionsgemäß im Handel und Geschäft tätig. Und im Handel und Geschäft innerhalb der Regierung entlastet man Verpflichtungen mit Ihrer öffentlichen legalen Papierschnipselwährung. Ein Public Officer-Schuldner hat das Privileg, öffentliches Geld zu verdienen, um damit seine „Schulden“ / Verpflichtungen zu entlasten. Ein Privatmann verdient natürlich keine öffentlichen Papierschnipsel, hat ergo damit kein Geld und kann demzufolge auch nichts entlasten („bezahlen“). Ein Privatmann braucht somit niemals seine Schulden bezahlen, weil er es gar nicht könnte. Lex non cogit impossibilia, wie die Rechtsmaxime von Bouvier`s uns sagt! Das Gesetz kann nichts Unmögliches einfordern.
Da es kein Geld gibt, gibt es natürlich auch keine Schulden, die man mit ihm bezahlen könnte und wir wären damit alle fein raus......, wenn wir nur kein Public Officer wären! Das ist das ganze Geheimnis des „Geldes“. Denn Geld ist nichts anderes als eine Schuldverschreibung der öffentlichen Belange! Wenn wir mit Euro bezahlen, ge-ben wir diese Schuldverschreibungen einfach an jemand anderen weiter. Je mehr Euros einer hat, umso mehr Schulden hat er! Das beruhigt mich ungemein...

“ Die besagten **Noten** sollen Obligationen [Schuldscheine] der US sein... sie sollen, **in rechtmäßiges Geld um-getauscht** werden, eingefordert beim US Schatzamt....“ [12 USC § 411]

Die HJR 192 ersetzte Öffentliches Recht mit gefärbtem Recht (Colored Law), also mit vermuteten Statutengeset-zen. Kein Vertrag konnte mehr erfüllt werden mangels werthaltigem, rechtmäßigem Geld. Ab sofort wurden Ver-träge nur vermutet und jeder haftete für die öffentlichen Schulden. Also haben sie den UCC eingeführt. Jeder-mann war nun ein Staatsbediensteter des öffentlichen Wohltätigkeitstrusts. Niemand besaß mehr irgendwelchen Besitz, denn er hatte diesen für den Wohltätigkeitstrust gestiftet... und ich brauche mich weiter nicht wiederholen, denn dies alles wissen wir schon!

Ab 1938 wurden Verträge zur Grundlage aller Gerichtsverhandlungen. (Erie Railroad vs. Tompkins!) Aus keinem Gerichtfall darf seither mehr zitiert werden, der vor 1938 liegt, als das Common Law noch galt.
Durch den **Administrative Procedures Act** in 1946 gingen Regierung und Gerichte vollständig verloren.

1965 wurde **Silber** als Instrument für die Schuldenzahlung vollständig aufgehoben und der Uniform Commercial Code avancierte zum höchsten **Recht des Landes** (Privatrecht der Banken) und die Gerichte agieren seither nach dem **Recht der See** (Admiralty Law).
Die Leute, -wir alle-, die ihr Gold abgegeben haben, sind mit der HJR 192 von der Bezahlung ausgenommen, weil ihnen das Mittel der Bezahlung weggenommen wurde, was die Ausnahme (Exemption) kreierte. Die Vereinbarung ist: **niemals zahlen für Schulden** … unter diesem Arrangement werden alle US-Bürger Subjekt der 14. Verfas-sungsänderung und wir Deutsche unter ihrem Besatzungsrecht entsprechend. Die HJR 192 gibt den Leuten die Wahl zwischen dem a) Common Law oder dem b) Sozialversicherungs-Statuten-Steuern-Privilegien-Franchise-usw.-System. Mit der 14. Verfassungsänderung ist die Hauptvermutung, dass man ein Staatsbürger ist mit Privi-legien und Immunitäten.

Und endlich sind wir da angelangt, wo wir hinwollten, denn **Steuern sind einfach eine Schenkung für das Privileg, Schulden nicht bezahlen zu müssen!!!** Aber Schulden existieren nicht, also fällt unser Privileg der Steuerzahlung komplett ins Wasser. Und es gibt noch eine weitere gute Nachricht: das Recht, Verträge zu schließen lebt gemäß US-Verfassung Artikel 1 Sektion 10 weiter. Das bedeutet, dass man gemäß HJR 192 zu nichts gezwungen werden kann, wenn man kein Mitglied der Bankassoziation (= Staat) ist. Wenn man hier nicht in „Privilegien und Immunitäten“ involviert ist, dann ist man auch keine Vertragspartei. Wenn man kein Subjekt der Privilegien ist, befindet man sich auch nicht freiwillig und vertragsgemäß in einem Territorium der Bankassozia-tion, denn dann ist der Wohnsitz nicht mehr vorhanden und somit ist kein Wohnsitz der Schulden vorhanden, um zu dieser Bankassoziation gezwungen zu werden. Dasselbe Schema hatten wir bereits!

Wenn man aber freiwillig in die zwischenstaatliche Bankenassoziation (CROWN/BAR) eintritt, um im UCC-Kom-merz zu agieren, dann stimmt man überein, niemals Bezahlung für etwas zu verlangen. Allein der Fakt, Schulden nicht bezahlen zu können, zwingt uns jedoch nicht, Mitglied der Bankassoziation, also Public Officer zu sein. Wo man Schulden nicht bezahlen kann, ist kein Common Law, nur Billigkeitsrecht. Wenn man an der Entlastung der „Schulden“ teilnimmt, hat man sein Vermögen vertragsgemäß dem öffentlichen Gebrauch gewidmet.

<u>Dieses Märchen könnte man auch einem Kleinkind erzählen...</u>
Der böse Wolf hat dem Dorf im großen Wald das ganzes Gold weggenommen. Denn er hatte versprochen, fortan alle Einkäufe für die Dorfbewohner zu erledigen. Die Bedingung war lediglich, dass diese sich bei Geschäften untereinander gegenseitig zu bezahlen hätten. Hierfür gab er ihnen einen großen Sack gelber Kieselsteine, von denen sich reichlich in der Höhle befanden, in der er wohnte. Dann schickte er ein paar kräftige Männer mit ei-nem Beutel gelber Steine in die Stadt, damit sie die Einkäufe für die Dorfbewohner erledigten. Nach getaner Ar-beit steckte er einem jeden ein Beutelchen Steine zu und nahm ihnen das Versprechen ab, den anderen nichts zu verraten. So käme kein Neid auf! Es kam der Winter, die Menschen hatten zu essen, ein Jahr nach dem ande-ren verging und jeder war´s zufrieden... vor allem die Shopping-Fraktion. Da aber der Wolf die Menschen insge-heim hasste und den großen Wald für sich allein haben wollte, begann er wehzuklagen. Trotz seiner großen Mü-hen gaben ihm die Menschen nichts zurück. Er hielt eine schöne Rede

und die Menschen stimmten zu,1% ihrer Kieselsteine als Wohltätigkeitssteuer an den Wolf zu bezahlen. Dann kam das große Unglück. Braunbär Dolch-zahn hat einen Dorfbewohner gerissen, meinte der Wolf. Nur wenige fragten sich, wie der Wolf das wissen konnte und nur ein Mutiger traute sich in die Wolfshöhle, in der er die gelben Steine fand. Das Dorf wurde fortan geschützt und die Steuer auf 10% erhöht. Es ereigneten sich weitere Schreckenstaten, der Mutige war gleich der nächste. Als die Steuer bei 99 % angekommen war, waren endlich die letzten Dorfbewohner verhungert...oder von einem Unglück ereilt. Und wenn sie deswegen nicht alle gestorben wären, lebten sie heute noch.....

Der Name auf einer Rechnung ist nicht unser Name. Es ist der Name einer regierungskreierten Korporation, cle-ver verkleidet in Großbuchstaben. Nur der Strohmann ist für die Schulden haftbar, denn der Name gehört uns nicht. Das einzige Gesetz der Erde ist Vertragsrecht. **Gesetze gelten nur für Korporationen und finden nur auf Korporationen Anwendung**. Das liegt daran, dass der Gesetzgeber selber eine Korporation ist und nur mit sei-nesgleichen interagieren kann. Wenn wir keinen Vertrag mit dem Rechnungssteller haben, haften wir nicht! Nur ein Public Officer, eine Korporation, kann finanziell haften. Wir können schwerlich einen Vertrag haben, weil Kor-porationen keine Verträge machen können. Alle diese Verträge machen Strohmänner. Und diese haften persön-lich! Alles Gesetz ist Kommerz, aller Kommerz ist Vertrag; gibt es keinen Vertrag - gibt es keinen Fall. Es gibt kein einziges „Amt“, das beweisen kann, dass wir für Schulden zahlen müssen. Dies wäre eine Unmöglichkeit, weil es etwas derartiges wie Schulden nicht gibt. Es gibt auch etwas derartiges wie Geld nicht. Es gibt nur Kredit und Verpflichtung. Es gibt nur Kreditoren und Schuldner. Und wie wir schon wissen, ist es eine unserer vordringlich-sten Aufgaben, die korrekten Posten zuzuweisen. Der Kreditor ist nicht die CROWN-CORPORATION. Der Kre-ditor sind wir Menschen. Sie sind die Schuldner, nicht wir! Und das können wir ihnen beweisen!

21.2. Gesetzliche Zahlungsmittel

Man benutzt den Begriff gesetzliches Zahlungsmittel, um wertloses Papier zu beschreiben, mit dem man Ver-pflichtungen entlasten kann. Die Euros selber gehören der EZB, einer Privatfirma; die EZB ist Eigentümerin des Euro und hat den legalen Titel. Wir nutzen den Euro und haben als Public Officer das Billigkeitsrecht der Nutzung (equitable title). Wenn wir ein Auto mit Euro kaufen, wem gehört dann das Fahrzeug? Der EZB, denn das Eigen-tum der EZB, ihr gesetzliches Zahlungsmittel, hat es gekauft. Geteilte Eigentümerschaft, geteiltes Besitzrecht. Wenn jemand vor Gericht darauf besteht, dass es um seinen Besitz geht, dann lügt er. Man hat nur den Billig-keitstitel der Nutzung und deshalb hat man bei Besitzansprüchen kein Standing vor Gericht. Ihr wisst das alles schon! Fremdes Eigentum (Euro) hat meine Anschaffung bezahlt! „Meinen Besitz“ gibt es nicht, denn dieser Besitz gehört der Öffentlichkeit, denn „ich“, der Strohmann, hat als öffentlicher Angestellter mit öffentlichem Geld öffentliches Eigentum bezahlt. Im besten Fall sind wir immer nur nutzungsberechtigt. Und dann wissen wir, dass wir öffentliches Eigentum nur als öffentliche Bedienstete verwenden dürfen.

Du besitzt kein **Eigentum**, Sklaven besitzen kein Eigentum. Du bist gelistet als ein Pächter. [Senate Document 43, 73rd Congress 1st Session] (sinngemäß übersetzt)
Wertlose Sicherheiten (2)..., die Bezeichnung „Sicherheit“ bedeutet: ein Bond, **eine Schuldverschreibung**, No-te oder Zertifikat oder anderer Beweis der Verschuldung (indeptedness), von einer Korporation oder Regierung herausgegeben.... oder in registrierter Form. [IRC Code Title 26 §165 (g)(2)(C)]

Ein gesetzliches Zahlungsmittel ist weit von einem Privileg entfernt. Jeder Vorgang im Leben ist ein Kontovor-gang, abgerechnet über Kontoeinheiten (units of account). Hieraus entstehen zwei Fragen: gibt es eine Konto-beziehung zwischen Kläger und Angeklagtem und gibt der Angeklagte zu, dass er Schuldner ist. Gerichtsfall und Kontovorgang sind immer Synonyme. Nach Black`s Law kann eine Kontoaktion nur treuhänderisch erfolgen, denn nur eine natürliche Person kann Konten ausgleichen. Und ein Treuhänder ist immer eine natürliche Person.

Konto (Account): „genauer Nachweis gegenseitiger Forderungen im zwischenparteilichen Bereich von Schuld (dept) und Kredit (credit); die Forderungen entstanden aus Verträgen heraus oder aus irgendeiner **treuhänderi-schen** Beziehung“; [Blacks Law 3rd,1933]
Geld: ist eine Verrechnungseinheit von Schulden aus einer treuhänderischen Beziehung
Gerichte: Versuche von Kontenausgleich (action of account), der Vorgang des Kontenausgleichs
Der Vorgang des **Kontenausgleichs** besteht darin, wo jemand Waren oder Geld für einen anderen in treuhänderischer Funktion erhalten hat, um den entsprechenden Ausgleich sicher – und wiederherzustellen. [Black`s Law, 8th Edition]

Ist man kein Treuhänder, gibt es keinen Kontovorgang und somit gibt es keinen Gerichtsfall. Alle Gerichtsver-handlungen sind Kontoaktionen (actions of account). Auf Armeslänge ist man, wie wir wissen, kein Treuhänder! Also hat der Angeklagte nicht freiwillig zugestimmt, ein Treuhänder des Klägers zu sein. Die Aufgabe der Gerichte ist lediglich, Konten im Bankrott zu verrechnen. Im Bankrott kann der Schuldner nicht gezwungen werden, seine Schulden zu bezahlen, nur wenn er freiwillig zugestimmt hat, kann er seine Schulden entlasten.

Banknoten der Schuld sind kein Einkommen. Im privaten Bereich ist kein Geld im Umlauf, weil es den privaten Bereich nicht gibt. Alles ist öffentlich, ebenso wie es nur öffentliches Geld gibt. Alle Autos fahren auf öffentlichen Straßen. Es gibt kein rechtmäßiges Geld namens Euro. Niemand wird für etwas bezahlt. Jetzt wird uns auch klar, dass die Steuerbehörde niemals Kredite oder Schulden besteuern kann. Die Politik erlaubte den Gebrauch von Euros / Dollars für die Entlastung von Schulden im Verfahren des Bankrotts. Die Benutzung des Euro könnte man als erlaubte Geldwäsche bezeichnen. Wenn man einen Scheck bekommt, auf dem Euro steht, dann testiert man mit seiner Unterschrift, dass man etwas von substanziellem Wert erhalten hat, obwohl das nicht stimmt. Mit der Aufschrift „auf dem Konto hinterlegt für Kredit oder eingetauscht für nicht einlösbare Euro“ könnte man diesen Irrtum korrigieren und den Scheck in einen Wechsel konvertieren. Mit seiner Arbeitskraft verdient man Euros oder besser, man verdient einen Beweis für Schulden. Niemals erhält jemand für seine Arbeit ein Einkommen.

Ich habe gerade von einem offenbar authentischen Fall gelesen, der sich folgendermaßen zutrug: jemand überfiel eine Bank und kam frei, weil er „nichts von Wert“ erbeutet hatte. Gemeint damit waren natürlich Dollarnoten. Das Gericht schlug den Fall nieder, damit er nicht öffentlich aufgezeichnet werden konnte. Rein aus der Logik heraus hätte dieser Fall so stattfinden können, aber Euer Autor Hans weiß es nicht genau, weil er selber nicht dabei war. (Ich schwöre ein Affidavit!) Man kann also nicht in eine Bank gehen und Gold und Silber im Austausch für Euros verlangen. Man kann nicht einmal mehr eine Bank überfallen, um Gold und Silber zu stehlen. Es ist traurig!

Nur die allgemeine stillschweigende Zustimmung, der Vertrag, hält das ganze System aufrecht. Man hat ein lega-les Angebot angenommen. Und Ihr seid sicherlich meiner Meinung, wenn wir feststellen, dass ihr Kartenhaus ganz schön wackelt. Wahre Scheunentore tun sich auf. Schaut euch einmal die nachfolgende Gedankenkette an und macht Euch Euren eigenen Reim darauf:

Bezahlung (Payment) ist die Erfüllung eines Versprechens [Black`s Law 3rd Ed.]
Geld ist ausschließlich physisches Gold und Silber [US-Verfassung]
Die **legale Definition von Geld** schließt Banknoten aus [Black`s Law 6th p.1005]
Das Wort Banknote und Obligation (Schuldverschreibung) bedeuten dasselbe
Der Euro ist dasselbe, wie die Banknoten aus Black´s Law, Seite 1005, also Schulden
Ergo sind Euro und rechtmäßiges Geld keine Synonyme
Was den Euro legal macht, ist die Möglichkeit, ihn in Instrumente einzutauschen
Dieser „Rechtsbruch“ fand unter nationalem Notstand, also im Kriegsrecht statt
Die EZB und die FED sind Privatfirmen
Die Unterschriften auf dem Euro (*Mario Draghi*) sind die des Schuldners und nicht des Kreditors, denn eine Schuldverschreibung unterschreibt immer der Schuldner
Die EZB muss eine dritte Partei sein, denn man kann sich selbst nichts schulden (Nemo potest sibi devere)
Niemand handelt gegen sich selbst (Nemo agit in seipsum)
Solange der Euro nicht in Gold oder Silber eintauschbar ist, hat die Regierung die Macht, Geld zu drucken mit der Macht, Geld zu leihen ersetzt. Dies erlaubt der EZB, unerschöpfliches Geld aus dem Nichts (Fiat-Geld) zu er-schaffen
Fiat Geld wurde in Form von Federal Reserve Notes (FRNs) / Euros von der Regierung ausgeliehen
Der Euro ist nicht gedacht, um private Schulden sondern um öffentliche Schulden zu verrechnen

Beachtet bitte, dass es in Bezug auf den „Dollar“, der namentlich in (fast) keinem Gesetz erwähnt ist und der nur als Federal Reserve Note firmiert, drei verschiedene Schreibweisen gibt:

Frn (in Zirkulation nach 12 USC § 411)
Frn (wie in HJR 192 erwähnt und außer Kraft gesetzt) und
FRN (gegenwärtig herausgebracht)

Federal Reserve Association: eine religiöse non-profit Korporation #0042817

Was **ähnlich** ist, ist nicht das selbe (Talis non est eadem, nam nullum simile est idem) [Bouvier's Law Dictiona-ry,1914]
"…. eine Dollarrechnung ist nur ein Stück Papier..." [Modern Money Mechanics (page 2)]
Federal Reserve Notes sind klassifiziert als "Obligationen" der US-Regierung nach 12 U.S.C. §411
FRN`s werden von der Regierung nicht aus dem Recht herausgegeben, Münzen zu prägen [Artikel 1, Sektion 8,
Klausel 5 der Verfassung], sondern aus dem Recht, Geld zu leihen nach Klausel 2 desselben Artikels.
Die Benutzung von **FRN`s** konstituiert ein Franchise-Privileg, welches mit dem Recht der Regierung einhergeht, Steuern zu kassieren (Niemand braucht mit FRN`s Schulden bezahlen!!!)
Also ist der Dollar und der Euro als ein registriertes Instrument mit Seriennummer Beweis von Schuld.

Die Regierung machte es unmöglich, Verpflichtungen mit rechtmäßigem Geld zu bezahlen; der Geldschein ist deshalb kein rechtmäßiges Geld, weil er keinen inneren Wert hat (ca. 0,002 $ Kosten pro Schein) und obendrein durch nichts gedeckt ist. Rein technisch gesehen hat letztlich die CROWN das Recht, Schuldscheine an die Re-gierungen herauszugeben, die diese als sogenanntes Geld über die Ausbeutung der Menschen mit Zins und Zinseszins zurückbezahlen. Die Scheine selber kosten so gut wie nichts und es scheint, dass dieses Geschäft eine extrem kurze Amortisationszeit, gerechnet in Millisekunden, hatte.

Die Regierung muss keine Steuern verlangen, um ihre Schulden zu bezahlen, sie muss nur neues Geld drucken
Die einzige Sache, die den Wert aufrechterhält, ist die Versorgung mit Geld
Die FED und die Steuerbehörde sind privat und nicht Teil der Regierung; die FED erzeugt Geld und verleiht es an die Regierung; dieses "Geld" basiert ausschließlich auf Schulden
Die Geburtsurkunde wird zu einer Schuldensicherheit, welche die Regierung auf ein zentrales Konto einzahlt und womit sie entscheidet, wieviel sie beleiht
Das Wirtschaftsministerium führt eine Datenbasis bzgl. der Geburtsurkunde, damit das Büro für öffentliche Schul-den weiß, wieviel "Geld" es für den Strohmann ausleihen kann
Die Regierung kann kommerziell nur über den Strohmann agieren
Die Steuernummer und die Sozialversicherungsnummer sind eine Lizenz für die natürliche Person, repräsentiert durch den Public Officer, in der kommerziellen Arena zu agieren

Wenn die von uns delegierte Regierung die Rechte hat, Sicherheiten zu monetarisieren, dann dürfen wir das als Souverän auch! Die Herausgabe von promissory notes (Eigen- oder Solawechsel) wäre ein legitimer Weg, Ver-pflichtungen zu entlasten. Du kannst alles entlasten; besicherte Darlehen, Leasingraten, Kredite, Vorladungen, Schulden, Forderungen, Strafen, Steuerverpflichtungen, Gerichtsurteile, GEZ-Gebühren... alles, wovon wir im-mer

gedacht hatten, es bezahlen zu müssen. Schuldenentlastung und Accept for Value basiert auf dem Verste-hen, wie sie uns 1933 in die Irre geführt haben.

21.3. Akzeptiert für Wert (Accept for Value/A4V)

Hier ein schöner Artikel von Mary Croft, den ich sinngemäß übersetzt habe. Ich möchte Euch damit eIne Möglich-keit vorstellen, wie man bis vor kurzem öffentliche Rechnungen hätte begleichen können. Dieses Kapitel bringe ich somit lediglich für Euer tieferes Verständnis und nicht für die Anwendung. A4V funktioniert aus einem be-stimmten Grund derzeit offenbar nicht. Es gibt eine bessere Variante …
So weise ich Euch vorab darauf hin, dass auf Mary Crofts Treasury Direct Account (TDA) derzeit niemand Zugrifff nehmen kann. Meine Mitstreiterin Anja hat das in ihrer kämpferischen Art ganz pragmatisch herausgefunden, in-dem sie den Zugriff versucht hat, der dann aber fehlschlug. Danke Anja, dass wir wenigstens das gesichert wis-sen.
Jemand hat die Sicherung unseres Geburtsestates per UCC-1 Financing Statement bereits für uns alle vorge-nommen. Wir müssen diesbezüglich gar nichts mehr unternehmen, aber wir kommen derzeit auch nicht an unser Vermögen heran. Offensichtlich haben wir es in der Geschichte der Finanzen gerade mit einem Sonderfall zu tun. Der IWF ist angeblich bereits seit 2013 bankrott in der Bedeutung, dass es ihm nicht mehr gelingt, annähernd die Summen zu stehlen, die er für sein Überleben bräuchte. Die Sache mit der Unam Sanctam habe ich Euch bereits erzählt. Der Papst wünscht, dass die Menschen ihre Estates zurückbekommen und die CROWN CORPORATION dem nicht Folge leistet. Ich **vermute**, dass ein antiker Vertrag des Vatikans ausgelaufen ist. Gleichfalls wurde die BAR über einen Schadensersatz-Affidavit unter Federführung von Anna-Maria von Reitz mit einem Widergutma-chungsbetrag von 279 Billionen Dollar in Gold konfrontiert. Es dringt auch immer mehr durch, dass der Dollar fal-len wird und bereits über 180 Länder sich einer goldgedeckten, asiatischen Währungsreform anschliessen möch-ten, inklusive und angeblich auch das "richtige Deutschland"!?! Jedenfalls soll sich Russland sehr um Deutsch-land bemüht haben. Erschwerend kommt hinzu, dass die Eliten seit Jahren Fehlschläge erleiden, einen wirklich großen, "neuen" Krieg anzuzetteln, der ihnen den Arsch retten würde. Aber noch nicht einmal der I. Weltkrieg ist beendet, da wohl nur ein Friedensvertrag mit Russland besteht. (Brest-Litowsk? Korrigiert mich bitte, wenn es jemand besser weiß!!!)
Es gibt noch ganz andere Geschichten, die gerade im Umlauf sind, aber die könnt Ihr selber herausfinden und auf ihren Wahrheitsgehalt untersuchen. Abgesehen davon helfen diese Theorien uns nicht weiter, wenn wir nicht end-lich selber die Initiative ergreifen und Vorsorge mit fundiertem Wissen und intelligentem Handeln treffen.

Immer noch wollen wir uns herankämpfen an ein Stück Souveränität und Freiheit und glaubt mir ruhig, dass wir entscheidende Schritte vorwärtsgekommen sind! Wie? Wir sagten es schon. Der Schlüssel zur Freiheit vom System ist die Erschaffung eines Sets klarer, kompletter, wahrer, kompromissloser und eisenharter Sets von Verträgen zwischen dem Schuldner und dem Kreditor. Hierbei müssen jegliche Vermutungen einer Vermengung zwischen uns und dem System ausgeschlossen werden. So machen wir uns frei von ihren gerichtlichen Syste-men unter Nutzung sämtlicher

Rechtsmittel (remedies), die ihre Gesetze vorsehen ohne mit den Gesetzen in Kontakt zu kommen.

Jetzt aber zu(r sehr frei übersetzten) Mary Croft...

„Die US-Regierung erschuf ein kommerzielles Schuldpapier und machte aus jedem Mann, Frau und Baby ein Stück Vieh als Pfand für die Schulden, - mit der Geburtsurkunde als registrierte Sicherheit. Das einzige Problem: wir haben sie nie dazu autorisiert! Da die fiktive Regierung nicht mit einem wirklichen Menschen sprechen kann, hat man den Mittler, den Strohmann erfunden. Alles seit 1933 arbeitet im Kommerz und Kommerz basiert auf Verträgen. Die Regierung hat einen unterstellten Vertrag mit dem Strohmann und der Strohmann ist ihr Subjekt der Jurisdiktion. Aber wenn wir, die Menschen aus Fleisch und Blut in ihren Prozess einsteigen, werden wir auto-matisch zu ihrer Sicherheit. Fiktion und Wirklichkeit wurden umgedreht. Jetzt wurde der Mensch haftbar für die Schulden des Strohmanns. Wir haben alle „hier“ geschrien, als sie nach dem Strohmann riefen. Genau das müs-sen wir wieder umdrehen und den Strohmann in die fiktionale Welt zurücksetzen und uns selbst in die reale. Wir müssen ein nichtübertragbares privates Charge Back und eine nicht übertragbare Bill of Exchange an das US Schatzamt schicken, zusammen mit einer Kopie unserer Geburtsurkunde, den Beweis unseres Strohmanns und dabei den Treasury Direct Account (TDA) adressieren. Man fragt sich jetzt, was der Strohmann wert ist, aber im Kommerz ist wichtig, dass Buchungen vorhanden sind und ständig fließen. Ähnlich wie bei einem Hai, der ständig in Bewegung sein muss, damit er nicht stirbt.
Jeglicher fiktionale Angriff einer Behörde ist ein fiktionaler Anspruch auf den Strohmann. Wie können wir das Spiel mitspielen und gewinnen? Der einzige Vertrag auf der Welt, der nicht gebrochen werden kann ist das UCC1-Financing Statement.
Wir müssen erst das TDA aktivieren und dann das UCC-1 aktenkundig machen. Für das erste erhalten wir unbe-grenzten Zugang auf das Konto; mit dem zweiten werden wir der Holder in due Course des Strohmanns. Das gibt uns die virtuelle Eigentümerschaft über den von der Regierung erfundenen Strohmann. Mit dem Besitz des Stroh-manns verliert die Regierung die Verbindung mit dem Menschen in ihre virtuelle Welt.
Wenn sie uns von jetzt an eine Forderung (presentment) präsentieren, werden wir zustimmen und mit einem „ak-zeptiert für Wert“ (accept for value) antworten. Das eliminiert die Kontroverse. Indem wir das machen, weisen wir den negativen Anspruch gegen unser Konto zurück und werden Inhaber (Holder in due Course) dieses An-spruchs. Als Holder in due Course kann man eine eidliche Aussage des Fordernden (presenter) unter Strafe für Meineid verlangen und beanspruchen, dass das Konto ausgeglichen wird. Das alles ist eigentlich ganz einfach, wenn wir uns ein paar Grundregeln vor Augen halten. Dies alles ist Kommerz und wir spielen die Regeln des Kommerz, wir akzeptieren den Anspruch, werden Holder in due Course, und fordern den Erheber des Anspruchs heraus, ob er die geeignete Autorität hat oder nicht, den Anspruch als erster zu erheben. Wenn sie die Autorität nicht nachweisen können, wird der Betrag entlastet und er verschwindet. Er hat die Autorität nicht, weil wir jetzt die Autorität über den Strohmann haben! Wir haben ihn mit einem Vertrag an uns gebunden!

Die Macht der Verträge ist das übergeordnete Prinzip. Gegen einen Vertrag und ohne unsere Zustimmung kön-nen sie nichts machen. Der Accept for Value-Prozess gibt uns die Möglichkeit, mit ihnen zu dealen, mithilfe des Strohmanns, und sie rechenschaftspflichtig in ihrer eigenen kommerziellen Welt zu machen. Für jegliche Aktio-nen, die sie gegen uns unternehmen. Ohne ihre Autorität, mit Vertragsdokumenten Nachweise zu erbringen, müs-sen sie uns alleine lassen (let alone)... oder die Konsequenzen selber bezahlen. Wir wissen jetzt, dass sie solche Dokumente nicht haben, denn wir besitzen jetzt diese Dokumente!“ … soweit Mary Croft!
… wie gesagt, der Vorgang funktioniert leider derzeit nicht...

Formulierungshilfen für „Akzeptiert für Wert“ (rein für Schulungszwecke!)

Ein Schreiben einer unserer Lieblingsfirmen, genauer eines nicht-rechtsfähigen Vereins, der GEZ, kommt herein. Wir könnten jetzt antworten: „...bezüglich Ihrer Forderung gegen die Person über Ihre Beitragsnummer 123 456
789 übersende ich Ihnen in meiner Funktion als bevollmächtigter, nichthaftender Administrator für die genannte Person ein Buchgeldwertpapier der Zahlung zur Verrechnung. Der Wert der indossierten Urkunde entspricht exakt dem Wert ihrer Forderung, so dass die Gegenbuchung / Verrechnung Ihrerseits problemlos vorgenommen werden kann. Das Konto der genannten Person ist damit auszugleichen und zu verrechnen und der betreffende Vorgang abzuschließen. Falls Sie der Meinung sind, dass Ihre Forderung bestehend aus Beschriftung von Papier und Eintragung in digitale Buchungskonten einen höheren Vermögenswert darstellt als die hiermit vollzogene Zahlung bestehend aus der Beschriftung von Papier und einzutragen als Gegenbuchung in die betreffenden digitalen Buchungskonten, dann erbringen Sie Beweise für die Ungleichheit der zu verrechnenden Buchgeldver-mögenswerte in Form von handschriftlichen Urkunden....
… ich übersende Ihnen hiermit auch Ihre Sozialversicherungnummer zur Identifizierung des Kontos....

Zusatzangaben für ein „akzeptiert für Wert“:

... nicht verhandelbar... without recourse [ohne Rückanspruch]... akzeptiert für Wert... von der Erhebung ausge-nommen (exempt from levy).... zur Verrechnung genehmigt.... Wertakzeptanz und alle Indossamente [beglaubi-gende Unterschriften] in Übereinstimmung mit UCC 3-419 und HJR 192 vom 5. Juni 1933, 73 Congress 1st Ses-sion, Public Law 73-10 … Verrechnen aller Erträge, Produkte, Konten, Unbewegliches und die Gerichtsord-nung .... gebührenfrei für Hans Xaver … zu hinterlegen beim Finanzamt der BRinD und dasselbe zu verrechnen mit dem HANS XAVER-Account.

Achtung! Hier würde Hans Xaver©, der autorisierte Bevollmächtigte, die natürliche Person mit **blutrot** unter-schreiben! Ebenso würde man keinen Betrag einsetzen, da dies alles ungültig machen würde!
Die GEZ schreibt also der legalen PERSON (als Herr oder Frau), welche glaubt, der Mensch zu sein, um den Menschen **haftbar** für die Summe zu machen. Das genau wird mit Schulden oder Steuern gemacht. Die Akzep-tanz für Wert löst die Kontroverse als kommerzielles Heilmittel. Man ist ja zahlungswillig! Also kündigt man alle Abbuchungsaufträge und zahlt nicht mit Euro, sondern mit einem übertragbaren

(negotiable) Instrument. Wie? Man indossiert (beglaubigt mit Unterschrift des Generalbevollmächtigten des Strohmanns) den Zahlschein der GEZ und setzt den obigen Wortlaut im Winkel von 45° auf dieses Dokument.

UCC 1-201: (sinngemäß)... eine Person gibt Wert für Rechte....

Eine Person muss Wert geben, um Rechte zu erhalten. Wenn eine Partei für Wert sorgt, muss die andere Partei für Rechte sorgen. Eine Person tauscht Wert für das Recht ein, am kommerziellen Handel teilzunehmen. Wenn man A4V verwendet, beruft man sich auf das Recht des Begünstigten des Trusts, erschaffen durch Präsident Roosevelt mit der HJR 192 vom 5. Juni 1933. Akzeptiert für Wert bestätigt meinen Platz als Holder in due Course, als Überträger und Erzwinger des Instruments und als der wahre Begünstigte des Trusts. A4V ist ein autorisiertes Zertifikat, für welches man ein Sicherheitsinteresse am Instrument im Gegenzug erhält. Der Herausgeber des Instruments haftet für das Instrument. Und wie wir schon wissen, wird er sich schwer tun, weil er seine Autorität nicht nachweisen kann.
Tut euch bitte den Gefallen und lasst zunächst die Finger von A4V. Das Internet ist voll davon, dass es so nicht funktioniert. Allerdings kennen sich die meisten, die es verwenden, gar nicht gut aus. Jedenfalls wollte ich, dass Ihr den Begriff kennt und mitreden könnt.

21.4. Die wahren Kreditoren oder wie man „hoheitliche Forderungen“ wirksam stoppt

Bevor wir herausfinden, wie wir Ansprüche und Forderungen gegen uns wirksam vermeiden, sollten wir uns noch-mals vor Augen halten, wer die wirklichen Kreditoren sind, auf denen ihr gesamtes Geldsystem fußt.

Schaut Euch einmal den Bankruptcy Act im U.S. Code § 101 (10) an:
“Der Begriff “**Kreditor**” bedeutet – (A) eine Entität, welche einen Anspruch gegen den Schuldner hat, der zur Zeit oder vor dem “**Insolvenzbeschluss**” -den Schuldner betreffend- entstand; (B) **eine Entität, die einen Anspruch auf ein Estate hat....”**
[The term “creditor” means— (A) entity that has a claim against the debtor that arose at the time of or before the order for relief concerning the debtor; (B) entity that has a claim against the estate....]

“Der Begriff **Entität** schließt ein – Person, **Estate**, Trust, Regierungsabteilung und US-Treuhänder”
(15) The term “entity” includes person, estate, trust, governmental unit, and United States trustee.

Um ein **Schuldner** zu sein, muss die PERSON in den U.S. [oder deren “Vasallenstaaten”] ansässig sein oder dort einen Wohnsitz, Eigentum oder einen Ort des Geschäfts haben [§109(a)]. (In order to be a debtor, person must reside or have a domicile, property or place of business in the U.S.) Nein wirklich? In dem selben Act wird Schuld als “**Haftbarkeit für Ansprüche**” definiert. Haftbar ist, wer vom Gesetz **gezwungen** werden kann.

Obige Definitionen könnten bedeuten: Sie haben ihren Betrug so hingedeichselt, dass man kurz und bündig be-haupten könnte, die Regierung sei deshalb Kreditor, weil wir alle in ihrer Jurisdiktion wohnen. Verlassen wir ihre Jurisdiktion, ihre öffentliche Wohlfahrt, dann sind wir kein Schuldner und unterliegen nicht ihrer Jurisdiktion. Nach Bouvier`s Maximes of Law ist der Einschluss des einen der Ausschluss des anderen und ein "Kein-Schuldner" kann keine Partei eines Gerichtsverfahrens sein.

Obige Definitionen könnten aber auch bedeuten: der Insovenzbeschluss HJR 192 hat unsere Lebensestates ge-stohlen. Unsere Eltern, Großeltern oder Urgroßeltern waren am 1. Mai 1933 zum Zeitpunkt des Insolvenzbe-schluss` die wahren Kreditoren, als die **Entität**, ihr Lebensestate, Ansprüche gegen die Schuldnerregierung hatte. Wären wir nicht als legitime Bastarde zur Welt gekommen, hätten wir ganz sicher die Ansprüche unserer Eltern geerbt.

Eines ist klar. Wir Menschen sind die einzigen Kreditoren, denn außer uns Menschen gibt es niemanden, der alles auszubaden hat. Sie und ihre Fiktionen verschwinden einfach von der Bildfläche, wir Menschen nicht. Wir, die lebenden Menschen und unsere Erben sind also die einzigen Kreditoren und Titelinhaber, vor allem, wenn wir uns all die Dokumente zulegen, die das auch beweisen können. Auch wenn sie uns zum Schuldner umdefiniert haben, läßt sich alleine aus der Logik heraus beweisen, dass ihr Gegenbeweis, zu dem wir sie auffordern, eine Unmöglichkeit wäre.

Wir sprachen oben von einer alternativen Variante zum "Akzeptiert für Wert", hier ist sie:

Eine solide Dokumentation unserer Beweise vorausgesetzt, halten wir uns zuerst noch einmal vor Augen:
Stoppen wir ihre actions of account als Schuldner! Wir sind die Kreditgeber, unser Strohmann ist unser Schuldner. Der Staat ist Treuhänder des Strohmanns. Der Strohmann ist sein Begünstigter. Lassen wir den Strohmann dem Staat die Treuhändereigenschaft zuweisen, damit dieser all unsere Wünsche erfüllt. Holen wir uns die Power of Attorny von unserem Strohmann und handeln als seine Agenten im Kommerz. Welche Dokumente benötigen wir dazu nochmals?

Erstens ein Security Agreement: ein privates Dokument, welches den Vertrag zwischen mir und dem Strohmann beweist. Zum Beispiel schuldet uns jetzt der Strohmann 10.000.000 Einheiten in Gold und Silber, bzw. unbe-grenzt, was uns vor den Raubrittern zu Land und auf hoher See schützt. Jetzt sind wir die Gläubiger auf Rang-stelle 1 und erst dann, wenn alle Einheiten aufgebraucht wären, kämen alle Raubritter zum Zug. Einen besseren Schutz vor denen über einen solchen Vertrag ist kaum möglich.
Zweitens: Hold Harmless and Indemnity Agreement: mit dieser Schadensersatzvereinbarung stellen wir die Schadloshaltung der Öffentlichkeit sicher und schützen die materielle Situation derer, denen wir in der Öffen-tlichkeit einen Schaden zufügen. Dieses Agreement ist nichts anderes als eine normale Versicherung.
Drittens: Private Agreement: Ein Bündel an Aufgaben und Zielvorgaben zwischen den Parteien: Beispiel: der Strohmann stimmt überein, alle unsere Rechnungen zu

begleichen. Er hat das Recht, denn ab 1933 wurde für jeden ein CQV bzw. Foreign Situs eingerichtet, in dem sich Millionen befinden. Dieser Trust zahlt alle Schulden.

Das geht gerade nicht, aber es ist uns egal, denn bezüglich der Abwehr von öffentlichen Forderungen und An-sprüchen entscheiden wir uns für folgende Schritte:

1. Wir verlangen unter Fristsetzung den Nachweis von Identität und Autorität der entsprechenden „Amts- person" nach UCC 3-501. *(UCC 3-501: die Zuständigkeit und Jurisdiktion muss bewiesen werden, bevor es eine Gerichtsautorität über Privat- und Landbesitz, sowie seine Autorität, mich zu vertreten, geben kann.)*
2. Wir machen ein Gegenangebot bzw. bieten eine Schadensersatzvereinbarung nach UCC an, die ent-sprechend unseren AGB`s nach Fristverstreichen wirksam wird. *(Mit dem Gegenangebot (Counter-offer) wird alles rechtmäßig und mit Rechtmäßigkeit erzeugt man den Zwang, dass Behörden dem Gesetz gehorchen.)*
3. Zeitgleich verlangen wir nach einer „True Bill", einer korrekten Rechnung, einem <u>schriftlichen</u> Beweis des wahren Haftungsgläubigers in Form eines Affidavit (wahr, korrekt, komplett) und ernennen die „Amtsperson" zu unserem Treuhänder mit der Anweisung, die True Bill vorzulegen
Rechnung (Bill): der <u>schriftliche Beweis</u> eines Vertrags [Blacks Law 6th]
„**Eine Rechnung** wird durch Nicht-Akzeptanz nicht eingelöst a) wenn sie ordnungsgemäß zur Akzeptanz präsentiert wird und eine solche Akzeptanz wie in diesem ACT beschrieben zurückgewiesen oder nicht erlangt werden kann oder b) wenn die Darstellung für die Akzeptanz entschuldigt ist und die Rechnung nicht akzeptiert ist (2) den Bestimmungen dieses ACTS ist unterworfen, wenn eine Rechnung durch Nichtakzeptanz nicht eingelöst wird, ist ein sofortiger Regressanspruch gegen den Aussteller (der Rechnung) und der Beglaubiger (Indorser) wird zum Halter und keine Darstelluntg für die Zahlung ist notwendig." [**Bill of exchange act** 1882, Part II Section 43 (1)]
(Insgeheim wissen wir, dass die „wahren" Anspruchsteller und Haftungsgläubiger die CROWN-Bänker der City of London sind. Aber wie war die Abmachung? Der Bankrott darf niemals offenbart werden? Und das würde er, wenn sich der tatsächliche Anspruchsteller herausstellen würde. Dieses Geheimnis schützt uns, ohne dass wir unsere Kreditoreneigenschaft nachweisen müssten. Kurz: die True Bill kriegen wir nicht! Ein zweites Problem ist, dass ein Treuhänder einwandert, wenn er seine fiduziarischen Pflichten versäumt.)
4. Damit läuft aller Voraussicht nach die Frist unserer rechtmäßigen Forderung ab, die sich in eine still-schweigenden Annahme unseres Schadensersatzangebots verwandelt.
5. Wir schicken ihnen ein Affidavit und schwören den wahren, korrekten und kompletten Sachverhalt, der zu unseren Schadensersatzansprüchen geführt hat.
6. Wir erwarten den fristgerechten Gegenaffidavit, *(der sicherlich niemals ankommen wird)*
7. Wir zeigen ihr Versäumnis an und erlassen das außergerichtliche Versäumnisurteil
8. Dann gehen wir zurück ins Handelsrecht, mahnen die Zahlung des Schadensersatzes an und veröffentlichen unser AGB-Pfandrecht über das

UCC-1 Financing Statement. *(Im Pfandrecht nach UCC hat der Schuldner 90 Tage Zeit, sein entehrendes Vorgehen zu heilen. Wenn das Pfandrecht eingetragen und scharf ist, haben wir 99 Jahre Zeit, zu vollstrecken. Vollstreckung erfolgt durch jede Bank oder Inkassounternehmen, man kann sogar Wertpapiere darauf auflegen)*

Die penibel aufgezeichneten Dokumente beweisen mit dem außergerichtlichen Versäumnisurteil unseren An-spruch auf Zwangsvollstreckung, welches wir über ein beliebiges Inkassounternehmen außergerichtlich durch-führen könnten.

Dies ist eine meiner Lösungen, die ich im Rahmen der Verhältnismäßigkeit ihrer Bedrohungen zum Einsatz brin-gen werde. Wir kennen jetzt zum Ende der Ausführungen viele Möglichkeiten, wie wir ihre Ansprüche stoppen, denn wir haben mengenweise dazugelernt. Jedenfalls kann ich das von mir selber behaupten. Vor allem macht es Mut, dieses Mal fundiert an die Dinge heranzugehen und mit ihnen zu spielen und zu dealen. Ihr seid gerne auf-gefordert, Eure eigenen Schriftsätze und Konzepte zu entwickeln. Erst wenn ihr jene selber geschrieben habt, wisst ihr ganz genau, wie der Hase Eurer Angelegenheiten läuft. Die Idee ist, dass wir den Anspruch umdrehen, weil sie weder True Bill noch Autorität nachweisen und dann werden wir sie beanspruchen. Persönlich. Mit recht-mäßigen Prozessen. Mit fundiertem Wissen. Mit viel Ahnung, wie es weitergeht.

Vielleicht haben wir diese eine Sache noch nicht ausreichend gut durchdacht. Eine True Bill kann niemand vorle-gen, weil er vor Gott beschwören müsste, dass er der wahre Kreditor ist; und er müsste beschwören, dass wir die wahren Schuldner sind. Für einen Meineid (als Treuhänder) aber würde er ins Gefängnis einwandern. Rekapitu-lieren wir dieses eine Geheimnis unseres Geldsystems. Als die Banken anfangs der 30-er Jahre die Regierungen mit dem Vertrag von Genf in die finanzielle Kapitulation zwangen, mussten uns letztere als Sicherheit ihrer Schulden verpfänden. Der Trick mit dem Wohlfarts-Trust machte es möglich. Da aber keiner von uns den Genfer Vertrag unterschrieben hat, kann uns dieser auch nicht binden. Der Bankrott ist also ein Vertrag! Die Regierungen übernahmen diesen Vertrag in ihre Gesetze, aber sie gelten nicht. Verträge gelten! Damit sollten die Bänker ver-traglich geschützt werden, **indem niemals dieser Betrug und ihre Urheberschaft aufgedeckt würden**. Darauf schwört die Justiz.

Unser Schachzug ist, die **wahre Natur und den Grund der Aktion** festzustellen. Für unsere Antwort an das Ge-richt müssen wir dies als Mindeststandard fordern: sie müssen uns den wahren Kreditor offenbaren! Jetzt fragen wir:

„ Allmächtiger Herr Flegel, Frau Schnapp oder sonstwer! Ich ernenne Sie zu meinem Treuhänder und mache Ihnen als diesen ein Angebot zur vollständigen Offenlegung des wahren Kreditors, denn der vorgebliche Schuld-ner, HANS XAVER, muss die wahre Natur und den Grund der Angelegenheit verstehen, um antworten zu können. Offenbaren Sie den wahren Kreditor! Tun Sie dies nicht, müssten alle Ansprüche gegen HANS XAVER fallenge-lassen und zurückgenommen werden. Zudem hätten Sie dann zugegeben, dass der wahre Kreditor **Hans Xaver ist**. Warum? Die HJR 192 ist prima facie-Beweis, dass Hans Xaver als Schuldensicherheit der öffentlichen Schulden an die Banken abgetreten wurde. Zudem können Sie nicht der wahre Kreditor (oder sein Repräsentant) sein, weil Sie nie Vermögen riskiert oder solches

gehalten haben. Ein Kreditor kann kein echter Kreditor sein, wenn er das infragekommende Vermögen nach Title 26, Subtitle A, Chapter 1 Subchapter M, Part II, §§ 850-862 nicht hält. Sie halten kein Vermögen, da Sie ansonsten Ihren Status der Steuerbefreiung verletzt hätten. Da Sie mit alledem nur vorgäben, der Kreditor zu sein, in Wahrheit aber der Schuldner wären und Hans Xaver der Kredi-tor, wäre die Angelegenheit auf Betrug aufgebaut und der Vertrag als solcher ab initio null und nichtig.

Sie müssten einen gelegentlichen Affidavit meinerseits mit einem Gegenaffidavit nach Title 12 U.S.C. § 2605 be-antworten. In diesem würde ich die wahren Rechtsverhältnisse zur Sprache bringen und meinen Gegenanspruch etwa nach folgenden Prämissen zum Ausdruck bringen:

1. Ich bin der Kreditor in dieser Angelegenheit
2. Sie sind der Schuldner oder vertreten den Schuldner in dieser Angelegenheit
3. Sie sind nicht der Kreditor oder zeichnungsberechtigt für einen Kreditor in dieser Angelegenheit
4. Ich bin nicht der Schuldner in dieser Angelegenheit.
5. Sie, oder derjenige, den Sie repräsentieren, sind nicht die wahre Partei in dieser Angelegenheit
6. Sie, oder derjenige, den Sie repräsentieren, riskieren keinerlei Vermögen in dieser Angelegenheit
7. Sie, oder derjenige, den Sie repräsentieren, vollziehen lediglich Kontoausgleiche in dieser Angelegenheit
8. Sie, oder derjenige, den Sie repräsentieren, benutzen eine korporierte Entität oder Trust oder Notstandsgeset-
ze in Unterstützung betrügerischer Handlungen in dieser Angelegenheit
9. Sie, oder derjenige, den Sie repräsentieren, zerstörten vorsätzlich die GENUINE [= originale] SCHULDVER-
SCHREIBUNG, um eine neue betrügerische Schuldverschreibung zu besichern [Diebstahl der Geburtsestates]
10. Sie, oder derjenige, den Sie repräsentieren, nennen die Schuldverschreibung SCHULDANERKENNTNIS (PROMISSORY NOTE) und/oder URKUNDLICHE ÜBERTRAGUNG (DEED)
11. Sie, oder derjenige, den Sie repräsentieren, wurden für den betreffenden Vertrag vollständig bezahlt

Sie verstehen sicherlich, dass sich HANS XAVER nicht mit Stille Ihrerseits begnügen würde. Denn wenn Sie es zu einem Versäumnisurteil (Default) würden kommen lassen, dann würde als nächste Aktion die Kompensation der Unannehmlichkeiten die Folge sein. Simultan zu dem obigen Angebot bietet Ihnen HANS XAVER seine Allgemeinen Geschäfts- und Handelsbedingungen an. Dort finden Sie auf den letzten Seiten eine Gebühren-ordnung, die zum Tragen käme, sofern Sie die dargelegten rechtmäßigen Forderungen dieses Schriftsatzes nicht erfüllen, indem sich herausstellt, dass Sie oder derjenige, den Sie repräsentieren, nicht die wahren Kreditoren sind. Auf Wiedersehen in 11 Werktagen! Hans Xaver (Agent der Person und autorisierter Repräsentant etc...)

Wenn wir in dieser Hinsicht an ein Affidavit herangehen, dürfen wir nicht schlampig sein. Jedes Wort muss sitzen und verstanden werden, auch wenn wir davon ausgehen können, dass sowieso Ruhe einkehrt. Sie werden schwer zu schlucken haben, wenn sie ein derartiges Schreiben erhalten. Schlimm ist auch, dass sie nicht genau wissen, wie gut der Gegner bewaffnet ist. Ich bin mir sicher, dass sie davon ausgehen, dass Hans Xaver im Internet ein schönes Schreiben gefunden hat, welches er hiermit zum Einsatz bringt. Ja, da haben sie sich wohl geschnitten!

21.5. Wiederholung, Zusammenfassung, erweiternde Blickwinkel

Obwohl sie überhaupt keinen Anspruch haben, halten die Banken den Titel auf die Person durch die Geburtsurkunde. Wie bereits mehrfach erwähnt, gewinnen wir die Kontrolle zurück, indem wir einfach ein Pfand-recht auf die Geburtsurkunde perfektionieren und öffentlich machen. Die Geburtsurkunde ist wie eine Gewerbe-anmeldung. Jetzt hat der Mensch eine Firma, die HANS XAVER heißt und dort ist CQV-Vermögen gebunkert. Also sollte der Wert im UCC-1 auch auf „unbegrenzt" lauten. Die Firma HANS XAVER arbeitet nun für die Regierungsfirma. Damit hat die Regierung zugestimmt, alle Rechnungen als Treuhänder und Franchisegeber der Firma HANS XAVER zu bezahlen, weil wiederum HANS XAVER zugestimmt hat, als ausländischer Feind das Sicherungspfand für die nationalen Schulden zu spielen. All das machte die HJR 192 möglich!
Um ihre Forderungen und Ansprüche zu stoppen, konnten wir diesen Weg aber nicht gehen und mussten einen anderen Weg einschlagen. Allein mit dem Wissen dieser paar Seiten könnt Ihr Euch hunderte weiterer Möglich-keiten ausdenken.

Denkt bitte immer dran! Wegen Schulden geht man nicht ins Gefängnis, sondern wegen der Verletzung von Treu-handpflichten. Der Treuhänder zahlt immer die Schulden. Die Eigenschaft als Begünstigter eines Geburtsrechts kann nicht übertragen werden, die Regierung kann diese Eigenschaft niemals wirklich erhalten. Ernennt jeden Bürokraten, der etwas von Euch möchte, immer zuerst zu Euerem Treuhänder und klärt das Treuhandverhältnis von Anfang an!
Eine Schuld wird erzeugt von einem Schuldner, indem er das Zahlungsversprechen gibt, innerhalb einer gewis-sen Zeit eine gewisse Summe zurückzubezahlen. Wenn ein Darlehensnehmer ein Darlehen erhält, dann gibt er ein Zahlungsversprechen (promissory note) an den Darlehensgeber. Per Definition erfordert eine promissory note eine Bezahlung eines speziellen Betrags an den Halter der Note. Kann eine Geburtsurkunde eine promissory note sein? Sicher nicht, denn die hierin benannte Partei hat keinerlei Verpflichtung gegenüber dem behaupteten Halter, da kein Vertrag besteht. Jedes Versprechen bezüglich Schulden muss schriftlich gemacht werden. Auch nach UCC muss ein Kaufvertrag immer schriftlich gemacht werden. Wo aber ist dann die schriftliche Antwort auf die Schulden des Strohmanns? Hat man die Vereinbarung unterschrieben, die einen legal haftbar machte für die Schulden des Strohmanns? Nein, diese Vereinbarung gibt es nicht! Aber ohne Unterschrift für eine Garantie, für die Schulden haftbar zu sein, kann man **legal nicht haftbar** sein.

Letztlich benutzen wir den Strohmann, um ihre Ansprüche gegen uns zu stoppen. Was wir tatsächlich machen ist, dass wir unser eigenes „Anti-Franchise-Franchise"

kreieren, um nach dem Motto von **gleicher Behandlung und gleichem Schutz** die selben Rechten und Methoden zum Einsatz bringen, die sie auch gegen uns anwenden.

Die Sozialversicherung als Schuldnergemeinschaft

Die HJR 192 bringt eine Dritte Partei ins Spiel, weil es um Privilegien geht. Es gibt keine Möglichkeit für ein Ge-richt, sich in einen Zwei-Parteien-Vertrag einzumischen. Wenn es um ein Privileg geht, kommt eine Dritte Partei ins Spiel und in derselben Sekunde hat das Gericht Jurisdiktion. Beide Parteien benutzen Euros. Das ist ein Privileg und sofort ist die Regierung im Spiel! Und damit der skandalöse UCC. Könnt Ihr sehen, wie sie uns mit den Privilegien vollkommen verschlungen haben?
Die Regierung geht mit ihrer „Sozialversicherungsrichtlinie“ davon aus, dass wir alle das Nichtschuldenbezahlen- Privileg nutzen möchten, indem wir stillschweigen. Und sie vermutet, dass dies alles völlig freiwillig geschieht. Für das Privileg, keine Schulden zahlen zu müssen, werden wir zu Bürgern und können so zu allem Möglichen ge-zwungen werden. Wenn wir nicht den Euro aus dem Spiel heraushalten, hängen wir permanent im Privileg fest und sind der Einmischung der Dritten Partei hilflos ausgeliefert. Damit wird die Einkommensteuer legal, denn man zahlt diese für das Privileg, Schulden nicht bezahlen zu müssen. Schulden können nicht bezahlt werden, sie können nur entlastet werden. Mit dem Entlastungsprozess ist nicht gemeint, dass man nie zahlen wird, sondern es bedeutet nach Statut lediglich, dass der Zeitpunkt der Bezahlung ungewiss ist. Seit der HJR ist Gold und Silber eine Ware und kein Zahlungsmittel mehr.

„Bruttoeinkommen: ...einschließend das Einkommen aus der Entlastung von Verschuldung“ [26 U.S.C. 61 (12)]
„Die **Entlastung** einer Verpflichtung durch eine dritte Partei ist dem Empfang [einer Verpflichtung] äquivalent.“ [457 U.S. 191]
Wenn ein **Geschenk** gemacht wird, fällt die Haftung für die Schenkungssteuer an den Schenkenden [26 U.S.C. 2502(d)].

Das bedeutet in anderen Worten: weil die Bankassoziation niemals echte Bezahlung verlangt, verlangen die Teil-nehmer niemals das Gesetz und das Land, von dem das Gesetz stammt (oder tragbares Land wie etwa Gold es ist). Das Problem ist, dass nirgendwo steht, dass man etwas schuldet, es steht nur da, dass es gegen die öffent-liche Ordnung ist, wenn man Bezahlung verlangt. Deshalb vermutet die Regierung, dass es die Absicht und der Wunsch war, etwas zu schenken. Also errichtete die Regierung einen Wohlfahrtstrust. Wenn man etwas ge-schenkt bekommt, dann schenkt man etwas zurück, das Gegengeschenk war die Sozialversicherung.
Die Sozialversicherung ist eine nicht-korporierte Bankenassoziation. Diesbezüglich konstruiert der Richter immer ein Trustverhältnis. Also muss zunächst der Trust „enttarnt“ werden, bevor man Attacken gegen die Steuer oder andere Fiktionen fährt. Aufgrund des Rechts, Verträge zu schließen, kann man niemals zu einem Nichtbezahlen von Schulden gezwungen werden. Nur wer keine Privilegien oder Immunitäten hat, die aus der Mitgliedschaft in der nicht-inkorporierten Bankenassoziation (der Schuldnergemeinschaft der Sozialversicherung) resultieren, hat keinen Kontakt zur Regierung. Aller Besitz gehört dann tatsächlich ihm gemäß [Full Faith and Credit” - Klausel des Artikel IV Sektion 1, 14th Amendment]. Jetzt ist

man kein Bürger mehr, man hat kein fiktives Territorium als Ansässiger angenommen und somit gibt es keinen Wohnsitz der Schulden mehr!

Aber, wenn es keine Bezahlung gibt, wo kann es dann einen erzwingbaren Vertrag geben? Richtig, es gibt keinen Vertrag! Er ist unerfüllbar im Sinne von Austausch von etwas Wertvollem mit etwas Wertvollem. Mit Schuldschei-nen kann man nichts bezahlen. Wenn man Mitglied in der nicht-korporierten Bankenassoziation wird, dann stimmt man zu, dass man niemals Bezahlung verlangt. Der Fakt, dass man Schulden nicht bezahlen kann, kann einen nicht zum Sklaven zwingen. Wenn man kein Mitglied ist, kann man erst recht nicht gezwungen werden. **Wenn man Schulden nicht bezahlen kann**, gibt es nur eine Schuldner-Kreditor-Beziehung und **niemals einen Ver-trag**. Wo es keine Bezahlung der Schulden gibt, gibt es kein Common Law! Es gibt UCC!
Indem man teilnimmt an der Geschenkrunde der Schuldenentlastung via nicht-korporierte Bankenassoziation hat man freiwillig und somit vertraglich seinen gesamten Besitz einem öffentlichen Gebrauch gewidmet. Also hat man beantragt, dass man durch die Öffentlichkeit kontrolliert werden will. Leben, Freiheit und Besitz wurden mit einem öffentlichen Interesse bekleidet. Das ist Sklaverei und das wollen wir nicht.

Wichtige Anmerkung: Die HJR 192 bedeutet: wenn man nichts mit Substanz bezahlen kann, dann ist die nächstbeste Möglichkeit, mit Versprechen zu bezahlen. Alle öffentlichen Schulden werden ausgeglichen durch die Federal Reserve. HJR 192 ist nur ein prima facie der Statutengesetze, es wird durch das Recht, Verträge zu schließen, **übertrumpft!!!**

22. KAPITEL Banken

„Bank“ bedeutet eine Person, die im Bankgeschäft engagiert ist [UCC 4-105 Part 1]
„Bank“ bedeutet: die Bezeichnung Bank schließt auch **eine jegliche Person** ein, die im Bankgeschäft engagiert ist. [12 CFR Sec. 229.2 Definitionen (e)]
Die Bezeichnung **„Person“** bedeutet ein Konstrukt einer legalen Fiktion (Korporation oder Trust) so wie PATRICIA A MORRIS Übertragungseinheit (transmitting utility) [12 CFR Sec. 210.2 Definitionen (d)]
Banker: „… in engerer Bedeutung eine Privatperson...., die im Bankgeschäft engagiert ist, ohne inkorporiert zu sein..., … während ein privater Banker eine im Bankwesen engagierte Person ist, ohne irgendwelche speziellen Privilegien oder Autorität vom Staat hat.“ [Black`s Law 5th]
Finanzinstitute sind Agenten der Regierung, siehe [31 C.F.R.§202.2]

Gemäß **UCC 1-201(24) and 3-104** war es unsere Unterschrift, die den Kredit erschuf!

Banken erschaffen Kredit. Es ist ein Fehler, anzunehmen, dass ein Bankkredit durch irgendeine Einzahlung bei der Bank entsteht. Ein Darlehen einer Bank ist eine astreine Hinzufügung zur Geldmenge in der Gemeinschaft. *(Banks create credit. It is a mistake to suppose that bank credit is created to any extent by the payment of money into the banks. A loan made by a bank is a clear addition to the amount of money in the community.*) [Encyclopædia Britannica, 14th Edition]
Bank: die Versammlung aller Richter eines Gerichts [Blacks Law 2nd Ed.]
“Den **Bänkern** gehört die Erde. Wenn Du ein Sklave der Bänker bleiben und die Kosten für deine eigene Skla-verei bezahlen möchtest, dann gestatte ihnen, dass sie weiterhin Geld erschaffen.” (“*The bankers own the earth. If you wish to remain the slaves of bankers and pay the cost of your own slavery let them continue to create money.”)* – Sir Josiah Stamp, Governor of Bank of England, 1920s.

„Eine **Nationalbank** hat keine Macht, seine Kredite an eine Person oder Korporation zu verleihen.“ [94 F 925 36 CCA 553] Es gibt kein Gesetz, das den Banken die Autorität verleiht, ihre Haftbarkeiten zu verleihen.
Eine nationale Bank kann sein Darlehen nicht einem anderen gewähren, indem dieser zur Sicherheit, Beglaubiger oder Garantiegeber für [das Darlehen] wird; eine solche Handlung ist ultra vires... [Merchants' Bank v. Baird 160 F 642]
ultra vires: vollmachtsüberschreitend
ultra vires: „Es bedeutet, außerhalb der eigenen Jurisdiktion. Es ist jegliche Finanzaktion, die nicht legal abge-deckt vom Firmenrecht ist. Eine dritte Partei kann klagen, wenn es fehlgemanagt wird.“ [Black`s Law 2nd]

Das Kapitel wird kurz, denn wir wissen schon alles! Spielen wir eine Interaktion mit einer Bank durch, indem wir ein Darlehen aufnehmen. Natürlich gingen wir davon aus, dass ein rechtmäßiges Handelsgeschäft zustande kam, denn jede der Parteien musste in voller Transparenz und Wahrheit ihren Teil der Vereinbarung einhalten, dachten wir zumindest. Und natürlich gehen wir davon aus, dass mit der Darlehensaufnahme ein fairer Austausch von **Wert gegen Wert** erfolgte. Abgesehen davon hatten wir das Darlehen bitter nötig und wir drückten schon natur-gemäß ein Auge zu. Allerdings ist eine ungute Sache pasiert. Dieses Skript ist uns in die Hände gefallen und wir beginnen, ein paar Fragen zu stellen. Langsam wird uns unwohl. Wir ringen uns durch und schreiben der Bank ein Briefchen! Das wollen wir jetzt genauer wissen...

Liebe Halsabschneider AG!
Unter Ihrer Darlehensnummer 12345678 haben Sie mir am 32.10.2016 ein sogenanntes Darlehen in Form von rechtmäßigem Geld gewährt, diesbezüglich ich unter Bereitstellung meiner Sicherheiten mit Zins und Tilgung, ergo unter Verpfändung meiner Arbeitskraft im Begriff bin, ordnungsgemäß und pünktlich abzuzahlen.
Jetzt jedoch vermute ich, dass Sie Ihren Teil des Handels nicht korrekt erfüllt haben und dass dieses Handels-geschäft nicht rechtmäßig zustande kam. Denn ich befürchte, dass das sogenannte Geld, die Darlehenssumme, die sie mir ausreichten, erst in dem Augenblick erschaffen wurde, als ich meine Unterschrift auf dem Darlehens-vertrag geleistet hatte. Demnach entstand der Darlehensbetrag nach Ihrem Grundsatz der sachlichen Abgren-zung genau zu dem Zeitpunkt, als Sie die Beträge des Darlehens in Ihr Computersystem eingetragen haben! Es ist somit anzunehmen, dass meine Unterschrift einen Eigenwechsel erschaffen hat, der es Ihnen im Gegenzug erlaubte, mir den Darlehensbetrag auszubezahlen. Liege ich mit meiner Vermutung richtig, daß das Geld erst durch meine Unterschrift erschaffen wurde, weil es vorher nicht vorhanden war bzw. haben Sie mir etwas gelie-hen, das Sie vorher gar nicht besessen hatten? Um ganz genau zu sein: der Erschaffer des Geldes ist alleinig meine Unterschrift. Also konnte ich Ihnen meinen Kredit zur Verfügung stellen, den Sie mir dann als Darlehen zur Verfügung stellten. Hilfe! Geben Sie mir mein Eigentum zurück!!!

Um dies alles beweistechnisch zu klären, fordere ich Sie auf, mir die nachfolgenden Fragen und die geforderten Nachweise bis zum 31.11. 2016 zukommen zu lassen:

1. Ich fordere Sie auf, die Dokumentation über vorherige Titel, Eigentum und Rechte über das Geld, das Sie mir angeblich geliehen haben, transparent zu machen.
2. Dokumentieren Sie den Werdegang und die Herkunft der Geldmittel bis in die dritte Generation bzw. zurück bis zur Erschaffung der Geldmittel.
3. Dokumentieren Sie schlüssig und transparent den Eigentumsübergang, also die Transaktion der Geldmittel in die Verfügungsvollmacht des HANS XAVER MEIER.
4. Widerlegen Sie die Vermutung, dass Sie mir mit dem angeblichen Darlehen Schuldverschreibungen übereig-net haben
5. Verifizieren Sie jegliche weitere Korrespondenz durch eine Wahrheitserklärung (Affidavit)

Erlauben Sie mir die Bemerkung, dass ich denke, dass Sie mich verarscht haben. Und meine Zweifel sind nicht unbegründet:

Zitat Bank of England: „Wann auch immer eine Bank einen Kredit vergibt, kreiert sie gleichzeitig eine passende Einlage auf dem Konto des Darlehensnehmers und **erschafft** damit neues Geld.“

Die **Deutsche Bundesbank** führte erstmals in einer eigenen Broschüre in 2011 aus: "Wenn eine Geschäftsbank einen Kredit gewährt, finanziert sie diesen in einem ersten Schritt **dadurch**, dass sie den entsprechenden Betrag an Giralgeld **selbst schafft**." [Broschüre der Bundesbank "Geld und Geldpolitik", 2011 / Seite 71 ff., resp. Bundesbank / FAQ / Geldschöpfung9.

Meine schlussfolgernde Vermutung ist: Sie haben mir niemals ein Darlehen gewährt, da es nie zu einem Aus-tausch von adäquaten Werten kam; in dem Fall kann verständlicherweise auch keine rechtmäßige oder gesetz-liche Schuld meinerseits existieren.

Ich reserviere vorsorglich meine Rechte unter UCC 1-103 und 1-308, alle handelsrechtlichen Interaktionen auf Armeslänge... etc. etc. etc. ...mit der Erfordernis einer raschen Antwort an Hans Xaver...

Da wir viel mehr wissen, als wir zugeben, wäre dieses Schreiben ein laues Lüftchen zum Antesten. Geschütze können wir dann immer noch auffahren. Ich habe das bereits ausprobiert und die Bank wusste am Schluss nicht mehr weiter. Nachdem wir uns unseren Strohmann angeeignet haben, kann er uns auch in diesem Fachgebiet weiterhelfen. Wir selber als Privatleute haben keine Möglichkeit, etwas zu bezahlen, denn nur der Public Officer kann mit Public Money, der legalen Papierschnipselwährung bezahlen, bzw. entlasten.

Die Frage der rechtmäßigen und wertvollen (valuable) Gegenleistung:
Um eine rechtmäßige Gegenleistung zu geben, muss die darlehensgebende Bank beweisen, dass sie dem Dar-lehensnehmer **rechtmäßiges** Geld gegeben hat. Ansonsten hat sie keinen Anspruch auf Ausgleich wegen eines nichtigen Vertrags aufgrund von Betrug. Die Vermutung, dass der Darlehensnehmer sein Haus als Sicherheit ver-pfändet hat und der Vertrag deshalb gültig sei, zieht nicht, weil der Darlehensgeber erst nachweisen muss, dass das geliehene Geld rechtmäßig war. Wenn er das nicht kann, ist der Darlehensvorgang **ultra vires**.
Hat dann der Darlehensnehmer einen Anspruch auf Ausgleich durch den Darlehensgeber? Ja! Der Darlehens-nehmer muss Mitteilung machen, dass der Darlehensvertrag, das Security Agreement oder die Grundschuld, die er eintragen ließ, null und nichtig sind. Ebenso hat der Darlehensnehmer Anspruch auf Ausgleich wegen des Vertragsbruchs für das Nichtverleihen von rechtmäßigem Geld z.B. unter "Civil Remedies" in [18 U.S.C. § 1964]

Geld ist dasselbe wie Schulden. Der Staat ist Eigentümer des Geldes und somit Eigentümer der Schulden und als Schuldner ist er nicht souverän!

Wir könnten unserer Bank noch ein paar weitere Fragen stellen, die sie in echte Kalamitäten brächte. Ein Affidavit nach folgendem (nur inhaltlichem) Muster wäre vorstellbar:

Geben sie zu, dass rechtmäßiges Geld nur Silber oder Gold einschließt
Geben Sie zu, dass die legale Definition von Geld Banknoten ausschließt („***Geld**: In der gewöhnlichen und gebräuchlichen Wortbedeutung meint es Münzen und Papierwährung, benutzt als Zirkulationsmedium des Austauschs und schließt nicht Banknoten, Schuldenbeweise oder anderen persönlichen Besitz oder Grundvermögen mit ein*." [Black's Law Dictionary, Sixth Edition, p. 1005]
Geben Sie zu, dass Banknote und Schuldverschreibung Synonyme sind
Geben Sie zu, dass Euro oder auch Federal Reserve Notes die selben „Banknoten" sind, wie sie in der legalen Definition von Black`s Law auf Seite 1005 beschrieben sind!
Geben Sie zu, dass die Begriffe Euro / Federal Reserve Notes und rechtmäßiges Geld keine Synonyme sind.
Geben Sie zu, dass lediglich die Fungibilität (Eintauschbarkeit) von Euros / Federal Reserve Notes in rechtmä-ßiges Geld diese rechtmäßig macht im Sinne der Definition von Black´s Dictionary
Geben Sie zu, dass allein die Notstandsgesetze, die in Kraft sind, die einzige Rechtfertigung sind, die Umtausch-barkeit der Banknoten in Gold und Silber außer Kraft zu halten
Geben Sie zu, dass die EZB eine Privatfirma ist
Geben Sie zu, dass die Unterschrift auf dem Euro nicht die des Kreditgebers ist sondern die des Kreditnehmers
Geben Sie zu, dass Sie sich nicht selber Geld leihen können und die EZB deshalb eine Dritte Partei und eben nicht ein Teil der Regierung ist
Geben Sie zu, dass, solange der Euro nicht mit Gold und Silber tauschbar ist, die Regierung ihre Souveränität, Geld zu prägen ersetzt hat mit dem lumpigen Recht, Geld zu leihen; was dem Prinzipal erlaubt, Geld aus dem Nichts zu erschaffen
Geben Sie zu, dass Geld die Edelmetalldeckung erforderlich macht und dass eine Geldmünze dem inneren Wert Ihres Prägeaufdrucks entsprechen muss.
Geben Sie zu, dass eine unrechtmäßige Minderung dieses Werts ein „Gräuel" gegen den Gott der Bibel ist (Sprüche: 11:1 und 20:10)
Geben Sie zu, dass die Benutzung von Euro lediglich für den öffentlichen Gebrauch, aber nicht für den privaten gedacht ist.

Wenn eine Bank zur Kontoeröffnung nach der Steuern- oder Sozialversicherungsnummer fragt, dann stellt sie **zwei Fragen**:

1. Bist Du staatsangestellt als Public Officer?
2. Was ist die Lizenznummer, unter welcher Du trade und business betreibst?

Wer die Nummern zur Verfügung stellt, gibt beides zu und tappt in die Vertragsfalle!
In diesem Sinne handeln alle Banken als Rekrutierungsinstitut für Public Officers und begehen damit Identitätsdiebstahl, indem sie die Leute zu erzwungenen Agenten der Regierung machen. Denn jeder Darlehensvertrag und jede Kontoeröffnung machen uns zum privilegierten Staatsangestellten in ihrem wohlfeilen Wohltätigkeitstrust.

Hier der Übung halber nochmals acht Fragen, die wir sie innerhalb von 10 Tagen mit einem Affidavit unter Strafe für Meineid beantworten lassen könnten:

erstens: geben Sie zu, dass die Steuer-Nummer Eigentum und Besitz einer öffentlichen Behörde ist
zweitens: geben Sie zu, dass es eine Straftat ist, wenn eine private Partei öffentlichen Besitz für persönliche Vor-teile nutzt
drittens: geben Sie zu, dass eine private Partei, sollte sie öffentlichen Besitz in Verbindung mit einer privaten Transaktion oder privaten Finanzinstrumenten benutzen, als ein Staatsangestellter in öffentlicher Geschäftstätig-keit betrachtet wird.
viertens: geben Sie zu, dass es einen nicht einseitig in eine öffentliche Staatsbeschäftigung bringen kann, indem man nur ein Regierungsformular ausfüllt, auch wenn man letzterem zustimmen sollte
fünftens: geben Sie zu, dass es eine Straftat ist, wenn man jemanden zur Benutzung der Steuer-Nummer zwingt
sechstens: geben Sie zu, dass es für Personen, Individuen und diejenigen, die nicht Subjekt der Statuten sind, keine Bestimmung gibt, die die Benutzung der Steuer-Nummer erforderlich macht
siebtens: geben Sie zu, dass alle die, die außerhalb der BRD wohnhaft und Bewohner eines Bundeslands sind und welche die Regierung nicht als Public Officers repräsentieren, kein Subjekt der Statutengesetze sind.
achtens: geben Sie zu, dass es nicht einmal für diejenigen, die wegen des Wohnsitzes Subjekt der Jurisdiktion sind, eine Pflicht gibt, bei Kontoeröffnungen oder jeglichen Finanztransaktionen die Steuer-Nummer zu offenba-ren oder zu benutzen.
Wie es aussieht, scheint es beinahe ausweglos, der Staatsfalle zu entkommen. Wo man geht und steht verfolgt uns das Betreuungssystem, bis in den nächtlichen Schlaf hinein. Wir haben viele Anregungen besprochen, wie man dieser Rundum-Betreuung entrinnen und wie man sich als souveräner privater Mensch etablieren kann. Es liegt allerdings noch ein Haufen Arbeit vor uns, denn wir müssen für diesen Zweck der Unabhängigkeit und Selbstbestimmung unsere Dokumente anfertigen. Lasst uns zunächst noch ein wenig in ihren „Gesetzen“ schmö-kern und danach zum Höhepunkt der ganzen Angelegenheit kommen, zur Zwangsvollstreckung sämtlicher irdi-scher Institutionen vom 25.12.2012, dem Tag des Weltuntergangs!

23. KAPITEL Definitionen und UCC-Paragrafen

23.1. Definitionen

Agent: „eine Person, die von einer anderen autorisiert ist, für ihn oder an seiner Stelle zu handeln“ [Blacks Law 5th page 59]
Bankakzeptanz (Banker`s Acceptance) „ist das Abzeichnen einer Rechnung durch einen Bänker und somit eine versprochene zukünftige Bezahlung. Die Bankakzeptanz bestimmt das Zahlungsdatum und zeigt, dass der Käu-fer stabil ist und zahlen kann. (Signing a bill by the buyers bank. It states the date to be paid by. It states also that the buyer is stable and can pay.” [Black´s Law 2nd Edition]
Beneficiary: Begünstigter
Benefit: Vergünstigung, Nutzen
Bondservant: temporäre Bezeichnung des Co-Schöpfers als Partei des universellen Vertrags mit der Quelle
Mensch = eine Inkörperung (State of body) souverän lebende Seele in Fleisch und Blut
Donor: Stifter; er platziert Vermögenswerte im Trust aus philantropen Gründen
Equitable title: Besitzitel mit Nutzungsrecht
Final notice: Schlussrechnung
Holder: „Der Holder eines Wechsels, Schuldscheins oder Schecks ist die Person, die den gesetzlichen Besitz erworben hat und das Anrecht auf Zahlung darauf hat von einer Person, die zur Übertragung per Beglaubigung befähigt ist und dafür haftet, das Instrument zu begleichen.“ [Blacks Law 2nd Ed.]
Instrument: ein geschriebenes Dokument..., so etwas wie ein Vertrag, Wille, Schuldverschreibung, Urkunde, Mietvertrag [Blacks Law 2nd Ed.]
Lehensheimfall (Escheat): „Ein Rückfall von Besitz auf den Staat in der Konsequenz eines Bedürfnisses jeglichen Individuums, welches kompetent ist, es zu vererben.“ [Blacks Law 6th Ed.]
Legal value: „ein Dokument oder der gesetzlich definierte Wert einer Aufzeichnung; der legale Beweis der Autorität oder Geschäftstransaktion, erzwingbare Rechte oder Schuldverschreibungen“ [Blacks Law 2nd Ed.]
Legal: nach geschriebenen Recht erlaubt
Legal title: erzwingbarer Rechtstitel plus Verwaltungspflichten [Blacks Law 2nd Ed.]
money: „ein allgemeiner unklarer Begriff für eine Maßeinheit von Wert …..“ [Blacks Law 2nd Ed.]
money something with intrinsic value, no longer existing since 1933
negotiable Instrument: „eine Anweisung, unterzeichnet von einem Beglaubiger (endorser), den Inhaber bedingungslos zu bezahlen“ [Blacks Law 2nd Ed.] „...sowie jegliche schriftliche Sicherheiten“ [Blacks Law 4th]
Notice of default: Inverzugsetzung
Nunc pro tunc praeterea praeterea: Lateinisch rückwirkend gelöscht
Ownership: „die völlige Herrschaft über Vermögen“ (complete dominion) [Blacks Law 2nd Ed.]
Payment: „die Erfüllung einer Pflicht, eines Versprechens oder die Entlastung einer Schuld oder Haftung durch Lieferung von Geld oder anderem Wert“ [Blacks Law 2nd Ed.]
Prejudice: Urteilsvorwegnahme

Proper notice: ordnungsgemäße Mahnung
Protector / Director: Überwachungsorgan einer Treuhand
Pro se: im eigenen Auftrag (Blacks Law 5th page 1099)
Recht: was richtig ist *(mit Niederschrift des Rechts wird dem Menschen die Kompetenz entzogen; wenn es niedergeschrieben und garantiert wird, ist es nicht mehr selbstverständlich, da es in den Kontrollbereich des Garantiegebers übergeht. Wer die Garantie gewährt, kann sie entziehen)*
Registration kommt aus dem Lateinischen „rex" für König und bedeutet, dass man damit den legalen Titel an die CROWN übergibt. Wenn man irgendetwas öffentlich registrieren lässt, überlässt man der Regierung damit immer den legalen Titel und übrig bleibt lediglich der Titel zum Recht auf Benutzung (equitable title). Es ist die Nutzung, für die man die Steuer zahlt. Alles wird über das Namensderivat gemacht, so dass es keiner merkt. Denn der Name gehört der Regierung.
Rechnung (Bill): „der schriftliche Beweis eines Vertrags" [Blacks Law 6th]
Rechtmäßiger Inhaber (Holder in due Course) „eine Bezeichnung für den ursprünglichen Inhaber eines Instruments, der es in Treu und Glauben annimmt und dafür etwas Wertvolles eintauscht" [Blacks Law 2nd Ed.]
sowie: im kommerziellen Recht „der Inhaber eines Instruments, der es für Wert in Treu und Glauben annahm ohne Anspruch oder Abwehr **UCC 3-302(1)** und der das Instrument frei von allen Ansprüchen erzwingen kann **(UCC 3-305)**."
Repräsentierend: „erscheinen im Charakter von" [Blacks Law 5th page 1169]
Trustee: Treuhänder
Titel (Title): "Rechtstitel als Anspruch der Eigentümerschaft von Vermögen" [Blacks Law 2nd Ed.]
übertragbar (negotiable): „fähig durch Beglaubigung übertragen zu werden" [Blacks Law 4thEd.]
Verifizierung: „Bestätigung der Korrektheit, Wahrheit oder Authentizität durch Affidavit, Eid oder eidesstattliche Aussage...." [Black's Law Dictionary 6th Edition]

23.2. UCC-Bestimmungen

Ich möchte Euch noch einmal ans Herz legen, den UCC nicht zu verwenden. Denn er dient uns nur in Ermange-lung von etwas besserem. Wenn wir den UCC verwenden, sind wir im UCC und wir könnten schnell an einen Meister geraten. Der UCC strickt die selbe Masche wie die gesamte restliche sogenannte Gesetzgebung. Ihr erinnert Euch sicherlich, dass er kein Handelsrecht sein kann? Es wird nur vermutet dass er ein Handelsrecht ist, stimmt`s ? Handel basiert nach wie vor auf einem Vertrag, der einen fairen Austausch gleicher Werte erfordert. Mit Euro oder Dollar kann man den Gegenwert aber nicht darstellen und so siecht der schöne Handel samt Ver-trag dahin. Denkt also dran, dass wir den UCC nur benutzen, um aus ihm auszusteigen. Wir wollen ins Common Law! Wir foppen den Gegner, weil er nicht mitbekommt, dass wir mit dem 1-103 und 1-308 längst über alle Berge und dort abgetaucht sind. Hier befindet sich unser Kriegsschauplatz, seiner befindet sich im UCC. Irgendwann tauchen wir auf. Hätte er nur sein Rechte reserviert, wie wir es taten! Da mich Anja gebeten hat, einige UCC- Be-stimmungen aufzuführen, habe ich ein paar wichtige Passus angefügt. Ihr könnt dann selber entscheiden, welche Ihr in eueren Schriftsätzen benutzt, um ein wenig die Messer zu wetzen:

Nochmals zur Wiederholung: der UCC basiert auf negotiable Instruments, nicht auf Gold und Silber bzw. ech-tem Geld. Das Remedy sind die Paragraphen 1-103 und 3-305.2 (c) 3-601

UCC 3-601. Entlastung und Auswirkung der Entlastung (DISCHARGE AND EFFECT OF DISCHARGE)

(a) Die Verpflichtung einer Partei, das Instrument zu bezahlen, wird entlastet wie in diesem Artikel bestimmt oder durch einen Akt oder Vereinbarung mit der Partei, welche eine Verpflichtung entlasten würde, indem sie Geld aufgrund eines einfachen Vertrags bezahlt.

(b) Die Entlastung einer Verpflichtung einer Partei wirkt nicht gegen eine Person, welche Rechte als Inhaber des Instruments (holder in due course of the instrument) erwirbt, ohne die Entlastung mitzuteilen

Seid mir bitte nicht böse, aber der UCC formuliert größtenteils Kauderwelsch und ist ein Verschleierungswerk allererster Güte. Ich verstehe selten, was genau gemeint ist. Retten wir uns lieber mit dem nachfolgenden Passus und alles wird gut!

UCC Doc. # 1-103; Regress: "Alle Prinzipien von Recht und Gerechtigkeit (inkl. des allg. Handelsrechts und des für die Geschäftsfähigkeit relevanten Rechts) müssen den UCC ergänzen. **Dieser Code ist eine Ergänzung zum Gewohnheitsrecht [Common Law], das gültig bleibt.** Eine Regel soll in Übereinstimmung mit dem Gewohnheitsrecht formuliert sein. Im Gewohnheitsrecht muss eine echte Schädigung erfolgt sein. Wenn man eine ausreichende, ausdrückliche Reservierung seiner Rechte bei 1-308 (alt 1-207) vorgenommen hat, kann man darauf bestehen, dass die Regeln in Übereinstimmung mit dem Gewohnheitsrecht gehandhabt werden. **Der Code kann nicht so ausgelegt werden, dass er eine Gewohnheitsrechtshandlung ausschließt**. **Gewohn-heitsrecht kann keine Handlung erzwingen!"**

UCC 1-201 (31): Der für die gerichtliche Tatsachenfeststellung Zuständige muss die Existenz einer Tatsache an-nehmen, bis ein Beweis erbracht ist, der die Entdeckung ihrer Nicht-Existenz unterstützt.

UCC 1-201: (sinngemäß)... eine Person gibt Wert für Rechte....

UCC Doc # 1-308; Rechtsmittel: „Ich behalte mir die Rechte vor, nicht gezwungen zu werden, um unter irgendeinem kommerziellen Vertrag oder Insolvenz zu handeln, in die ich nicht wissentlich, freiwillig und absichtlich eingetreten bin. Und weiterhin werde ich keine Haftung übernehmen für den erzwungenen Vorteil von irgendeinem nicht offenbarten Vertrag oder kommerzieller Vereinbarung oder Insolvenz."
Wenn man mit ausschließbarem Recht oder einem ausschließbarem Anspruch zu tun hat, wird ein Unterlassen der Reservierung dieses Rechts dazu führen, dass man das Recht verliert und seine Durchsetzung zu einem späteren Zeitpunkt ausschließt. (UCC 1-308 (alt 1-207).9)
UCC 3-104 ein übertragbares Wertpapier, (a) außer wie es im Unterparagraph (c) erklärt wird und (d), ist ein „übertragbares Wertpapier" ein bedingungsloses Versprechen oder eine Anweisung, um einen bestimmten Betrag an Geld zu

bezahlen, mit oder ohne Zinsen und anderen Gebühren, wie es beschrieben wird in diesem Ver-sprechen oder in dieser Anweisung des UCC.“

Gemäß **UCC 1-201(24) and 3-104** war es unsere Unterschrift, die den Kredit erschuf!
UCC 3-108 (a) Ein Versprechen oder Anweisung ist zahlbar nach Aufforderung (payable on demand). Und wenn es zurückgewiesen wird, ist es entlastet
UCC 3-110 (c) Die Person, für die ein Instrument bezahlbar ist, muss sich in irgendeiner Weise identifizieren, ein-schließend dem Namen, ID-Nummer oder Kontonummer
UCC 3-203(c): ob anderenorts zugestimmt ist oder nicht, falls ein Instrument für Wert übertragen wird und der Übernehmende nicht Inhaber wird, weil das Indossament des Übertragenden fehlt, so hat der Übernehmende ein Erzwingungsrecht auf das unqualifizierte Indossament des Übertragenden. Aber ein Geschäft mit dem Instrument geschieht nicht, bis es indossiert ist
UCC 3-302 (a): rechtmäßiger Inhaber (holder in due course) bedeutet den Inhaber eines Instruments
UCC 3-308. Ein Instrument ist „für Wert“ herausgegeben oder übertragen, wenn (1) das Instrument für ein Lei-stungsversprechen herausgegeben oder übertragen wird
(3) wenn es als Bezahlung (payment) oder als Sicherheit für einen vorrangigen Anspruch gegen jegliche Person herausgegeben oder transferiert wird, ob der Anspruch angemessen ist oder nicht
(4) im Austausch für ein übertragbares (negotiable) instrument

UCC 3-402: (b) wenn ein Repräsentant ein Instrument mit dem Namen des Repräsentierten unterzeichnet und die Unterschrift von der repräsentierten Person autorisiert ist, wendet man die folgenden Regeln an:
(1)wenn die Unterschrift unmissverständlich zeigt, dass die Unterschrift im Auftrag der repräsentierten Person gemacht ist, die im Instrument identifiziert ist, **ist der Vertreter nicht haftbar zu machen** für das Instrument.
(2) Gegenstand zu Unterabschnitt (c), falls (i) die Form der Unterschrift nicht unmissverständlich zeigt, dass die Unterschrift in einer repräsentierenden Befugnis oder (ii) die repräsentierte Person im Instrument nicht erkennbar ist, haftet der Repräsentant für das Instrument für den rechtmäßigen Inhaber (holder in due course), als er das Instrument ohne Benachrichtigung nahm, dass der Repräsentierte die Haftung für das Instrument nicht überneh-men wollte. Im Respekt gegenüber anderen Personen haftet der Repräsentant für das Instrument, es sein denn, er beweist, dass die originalen Parteien nicht die Absicht hatten, dass der Repräsentant für das Instrument haftet.
(c) wenn ein Repräsentant den Namen des Repräsentierten als Zeichner eines Schecks unterzeichnet, ohne den Repräsentantenstatus anzuzeigen und der Scheck von einem Bankkonto der repräsentierten Person, die auf dem Scheck identifiziert ist, zahlbar ist, haftet der Unterzeichner nicht für den Scheck, falls die Unterschrift eine auto-risierte Unterschrift der repräsentierten Person ist.

UCC 3-415(b): wenn ein Indossament zeigt, dass es gemacht ist ohne Rückanspruch (without recourse) oder in anderer Weise, **so schließt diese(r) (Vermerk) die Haftbarkeit des Indossanten aus**; der Indossant ist nicht haftbar unter Unterabteilung (subsection) (a), das Instrument zu bezahlen.

UCC 3-419 (f): Ein Gefälligkeitsaussteller (Accomodation Party), der das Instrument unterzeichnet ist Anspruchs-berechtigter **für Entschädigung**.... (c) eine Person, die das Instrument unterzeichnet, wird als Gefälligkeitsaus-steller vermutet.
UCC 3-419: Die Person, die eine Zahlungsaufforderung überträgt, wird rechtmäßig selbst für die Schulden ver-antwortlich. *(Ich verstehe das so: Firma Finanzamt überträgt an Firma Gerichtsvollzieher: das Finanzamt schuldet jetzt dem Gerichtsvollzieher; mit der Bitte um Korrektur!)*

UCC 3-501 Präsentieren eines Instruments (Presentment); die darstellende Person muss nachweisen:
(i) das Instrument beweisen *(… siehe True Bill)*
(ii) vernünftige Identifikation oder wenn im Auftrag einer anderen Person ein vernünftiger Beweis der Autorität, so handeln zu können
(iii) eine Quittung auf dem Instrument ausstellen für jegliche erfolgte Zahlung oder Übergabe des Instruments, falls vollständig bezahlt
ohne das Instrument zu entehren, muss die Partei, der das Presentment gemacht wird
(i) dieses zurückschicken für den Mangel einer notwendigen Beglaubigung
(ii) Zahlung zurückweisen für Presentment-Fehler, die mit den Bestimmungen des Instruments zusammenpassen müssen, einem Einverständnis der Parteien oder andere anwendbaren Gesetze oder Regeln

Achtung!!! Das Presentment ist wirksam am nächsten Tag! Schnelle Reaktion unbedingt erforderlich !!!

UCC 3-501: Eine Zahlungsaufforderung kann zurückgewiesen werden, wenn es nicht gelingt, nachvollziehbare Identifikation und nachvollziehbaren Beweis der Autorität vorzuweisen.

UCC 3-501 AUFFORDERUNG (alle internationalen und "STATE OF . . ." Äquivalente) *Dies ist eine Aufforderung an das Gericht, seine Zuständigkeit / Jurisdiktion zu beweisen. Das Gericht wird nicht imstande sein, die Bedin-gungen dieser Forderung zu erfüllen.*

UCC 3-501 AUFFORDERUNG *(Polizei und Staat)*

UCC 3-501: die **Zuständigkeit und Jurisdiktion muss bewiesen werden**, bevor es eine Gerichtsautorität über Privat – und Landbesitz, sowie seine Autorität, mich zu vertreten, geben kann

UCC 3-505: Urkunden/Dokumente der Bank werden durch **Nichtannahme und Nichtzahlung** rechtmäßig nicht anerkannt.

UCC 4-211: Um den Status als **holder in due course** zu bestimmen, schätzt die Bank den Wert in dem Maße ein, wie sie ein Sicherheitsinteresse an einer Sache hat, wenn die Bank andererseits der Erfordernis von 3-302 entspricht, auf dem der rechtmäßige Inhaber konstituiert ist. (Anders ausgedrückt: wir sind alle Bänker)

Neben Rechtsmittel und Regress benutze ich hauptsächlich den 3-501, weil Zuständigkeit und Autorität von kei-ner „Behörde" jemals bewiesen werden können. Nun aber kommen wir zum krönenden Abschluss unserer Anstrengungen, dem jahrhundertealten Sklavensystem beizukommen. Wir bleiben im UCC, weil dank

seiner Hilfe das gesamte Rechtssystem aus den Angeln gehoben werden konnte. Seht selbst!

24. KAPITEL Zwangsvollstreckung des Systems durch OPPT

….hier ein Artikel aus dem Internet, der im Dezember 2012 erschien....

„Der One People's Public Trust pfändet rechtmäßig Unternehmen, Banken und Regierungen, da sie Skla-verei und private Geldsysteme betreiben....
Viele haben davon gehört … viele nicht. Wie am 25. Dezember 2012 öffentlich verkündet, wurde das System der korporativen Regierungsherrschaft zwangsvollstreckt. **Rechtmäßig** zwangsvollstreckt … durch ihren eigenen Mechanismus. Die Herrschenden (the powers that be) sind nun die ehemaligen Herrschenden (powers that were). Alle Schulden sind getilgt und Unternehmen - einschließlich aber nicht nur beschränkt auf unternehmens-kontrollierte Regierungen und Banken - sind gepfändet.

Sicher, sie werden weitermachen, uns an der Nase herumzuführen in der Hoffnung, dass wir mitspielen. Aber dank einer Reihe von UCC (Uniform Commercial Code)-Registrierungen, die vom One People's Public Trust (auch OPPT) vorgenommen wurden, hat jeder nun die Wahl.

Anders ausgedrückt … WIR SIND FREI !!.....“

Ich möchte dieses Thema nicht komplizierter darstellen, als es ist. Denn das Ergebnis zählt und was diese Leute um Heather herum fertiggebracht haben, ist nur die Anwendung der Gesetze, die damals galten; OPPT hat über den sogenannten Paradigma-Report bewiesen, dass private Schuldsklavensystem existieren, die unheilbar und nicht zu retten waren. Der UCC-Aufforderung zur Widerlegung des Paradigmareports ist weltweit **keine einzige** Institution nachgekommen. Letztlich konnte also niemand wiederlegen, dass die Elitebänker private (verbotene) Geldsysteme betrieben und dass mit diesem Betrug die Staaten ihre Bürger zu Sklaven gemacht hatten. Ent-sprechend der UCC-Bestimmung, dass eine unwiderlegte Rechtsvermutung im Handelsrecht zur handelsrecht-lichen Wahrheit und zum Gesetz wird, hat Heather mit ihren Leuten alle Regierungen und Banken zwangsvoll-streckt.... buchstabengetreu nach dem Kodex des UCC. Das System wurde also nach den systemeigenen Bedingungen (inkl. des UCC`s selbst) aufgelöst!!!

<u>Hier eine kurze Zusammenfassung der OPPT- Historie...</u>

Auslösende Untersuchung

März 2009: Untersuchungen der scheinbaren Darlehen bei der Weltbank beginnen, Dauer: drei Monate
Juli 2009: Es folgen Untersuchungen zu betrügerischen Darlehen und den jeweiligen Dokumentenverfolgungen

Phase Eins: Paradigmen-Report

Juni 2010: Der Paradigmen-Bericht wird fertiggestellt
11. Dezember 2010: Heather wird ein Werkzeug namens „Öffentlicher Treuhandfonds“ (Public Trust) vorgestellt

Phase Zwei: Prüfung des gerichtlichen Prozesses und seiner Verbindungen zu den Banken

Januar 2011: Der Testfall „Heathers Haus“ wird gestartet
Juni 2012: Testfall „Heathers Haus“ ist beendet
Mai 2012: UCC-Registrierung – Eintrag des Schuldners, Schuldnerstaates

Phase Drei: Zusammenarbeit mit den ehemaligen Mächten zwecks einer Lösung

4. Juli 2012: Die Treuhänder geben bekannt, daß sie den „Equity Call*“ machen
7. Juli 2012: Die Treuhänder veröffentlichen die Verfügungen, daß die UCC-Registrierungen eingereicht werden
Oktober 2012: Keine Widerlegungen – Das private Sklavensystem ist vollstreckt
22. Oktober 2012: Die Treuhänder verlangen bei der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) die Unter-
suchung der Goldbestände in der Schweiz
28. November 2012: Die UCC-Registrierung **Deklaration der Fakten** wird eingereicht

Phase Vier: Die UCC-Registrierungen sind nun internationale Beschlüsse

25. Dezember 2012: Erste öffentliche Ankündigung der neuen rechtlichen Landschaft
24. März 2013: UCC-Registrierung – I and Universal Value Exchange (Ich und Universeller Werteaustausch)
9. April 2013: I-UV Eingabe ist anerkannt

Es gibt also rein rechtlich gesehen..... **nichts mehr!!!** Hätten wir uns dann die gesamte Arbeit sparen können? Ich denke, nein! Auch wenn das System zu Schanden geritten wurde, bleiben immer noch unsere Mitmenschen übrig, die davon nichts wissen. Da die Hierarchie bisher gut davon lebte, wird sie „Altbewährtes“ nicht kampflos aufgeben, bis sie die Fakten akzeptieren muss. Wir sind diejenigen, die dem geltenden Recht ein wenig Nach-druck verleihen, bis der letzte Zollbeamte an der Hinterdupfinger Grenze aus seinem Dornröschenschlaf erwacht. Ich musste in den ersten Kapiteln ein bisschen mauscheln, denn die tatsächliche Wahrheit ist, dass es de jure seit dem 25.12.2012 kein rechtmäßiges Geld - und Rechtssystem mehr gibt. De facto gibt es das System sehr wohl noch, aber auch nur aus dem Grund, weil die Menschen nichts darüber wissen und wenn sie es wüssten, gemäß Otto keine Ahnung hätten, wie es weitergehen soll. Die Eliten haben ebenso höchstes Interesse, ihr System aufrechtzuerhalten, obwohl ich schwarz sehe für sie. Alle Banken sind zwangsvollstreckt, alle Staatskonzerne sind zwangsvollstreckt, der Papst hat sämtliche CQV-Trusts und die Immunität sämtlicher „Amtsträger“ aufgelöst. Es gibt nichts mehr, an dem sie sich festhalten könnten, außer dem Kriegsrecht, das ihnen den Bruch sämtlicher Rechte verzeiht. Trotzdem bekommen Sie keinen richtigen Krieg zustande, was uns eindeutig beweist, dass sie starke Gegenwehr bekommen haben. Mit den hunderten von Kriegen, die sie vor Syrien angezettelt hatten, hatten sie jedenfalls mehr Glück.

Es ist eindeutig, dass wir Menschen es sind, die aus einem de jure-Zustand einen de facto-Zustand erschaffen können. Leider haben sie uns Jahrhunderte lang für dumm verkauft, so dass wir wenig Sinn für ein selbst-bestimmtes und ethisches Miteinander

entwickelt haben. Dennoch, es gibt gute Ansätze, die dazu führen könn-ten, dass sich der Zustand unserer Welt in absehbarer Zeit verbessern wird. Vorher aber müssen wir noch ein wenig Mut aufbringen, unsere Angst zu überwinden und uns ein Herz fassen, etwas zu unternehmen.

Was die mutigen Menschen von OPPT im großen Stil gemacht haben, ist im Grunde nichts anderes, wie auch wir an das Rechtssystem herangegangen sind. Wenn ein Handelsvertrag nicht seiner höchsten Prämisse des fairen Werteaustauschs entspricht, muss der Betrüger mit Konsequenzen rechnen. Er kann gepfändet und zwangs-vollstreckt werden und ist in jedem Fall für eine Wiedergutmachung haftbar. Dies ist ein heiliges Gesetz.

Dies ist auch der wahre Hintergrund, warum wir nicht mehr an unser Strohmannkonto herankommen, denn die Werte wurden bereits an uns übergeben. De jure natürlich und nicht de facto! OPPT hat also die gesamte Menschheit als Secured Party Creditor im Handel registriert und eingetragen; damit sind unsere Besitztitel und Rechte als Sicherungsnehmer und Kreditoren nicht anfechtbare Titel geworden, unwiderlegt.
Jetzt hängen wir ein wenig in der Luft und wissen tatsächlich nicht genau, wie es weitergeht. Jedenfalls werden wir in unseren nachfolgenden Dokumenten diesen Sonderumstand berücksichtigen und unsere Rechte über den OPPT-Eintrag reklamieren und beanspruchen.

Das Problem, das ich habe, ist, dass meine Ausarbeitung dem Werk von Heather und ihren Leuten in juristischer Hinsicht nicht im entferntesten das Wasser reichen kann. Ich bin nur Laie auf dem Gebiet. Die Hilfe des einen oder anderen von Euch wäre äußerst hilfreich, so dass wir am Ende über fehlerfreie Dokumente verfügen, die anwendbar sind und funktionieren. Mir ist es egal, ob wir unsere Ansprüche über den Strohmann oder das Motu Proprio des Papstes oder über die Bibel samt Abatement und Affidavit durchsetzen. Ich möchte auch keine Diskussionen auslösen, weil die Zeit dafür zu schade wäre. Hauptsache ist einzig und allein, dass wir am Ende erfolgreich sind und gewinnen. Und wie könnten wir das besser herausfinden, als jetzt zu handeln. Die Jahrhun-derte der Verarschung und Verblödung sollten engültig vorbei sein! Wir sind erwachsen und gescheit geworden und niemand soll uns mehr ungestraft betrügen!

Übrigens, OPPT hat sich längst aufgelöst, denn der einzige Zweck, den dieser Trust hatte, hat seine Mission erfüllt. Schaut Euch die nachfolgenden Texte, die von OPPT im UCC-1 Financing Statement gefilt wurden, in Ruhe an und wenn einer unter Euch ist, der alles sofort versteht, dann soll er mich bitte gleich anrufen...

Auszug aus einem Interview mit Heather:

Ihre Antwort: „Das auschlaggebende Dokument der ganzen Streifrage ist das UCC-1 Financing Statement. Hier wozu es dient: Ein UCC-1 Financing Statement (Abkürzung von Uniform Commercial Code-1) ist eine juristische Form, durch die ein Gläubiger mitteilt, dass er ein Interesse an einem privaten Besitz eines Schuldners hat oder haben kann. Dieses Formular ist hinterlegt, um das "Interesse des Gläubigers" "zu perfektionieren". Dieser Akt, mit dem öffentliche Mitteilung gemacht wird, gewährt Vorrang und eine Garantie, eine Schuld für den Fall einzu-treiben, dass der Schuldner seiner Zahlungspflicht nicht nachkommt. Solche

Verkaufsmitteilungen findet man häufig in lokalen Zeitungen. Nachdem das Formular erst einmal hinterlegt wurde, bestimmt der Gläubiger den Vorrang anderen Gläubigern des Schuldners gegenüber. Diesen Prozess nennt man im Eigentum auch die “Perfektionierung des Interesses der Sicherheit”. Das Recht des Gläubigers dem Schuldner gegenüber basiert auf den Kreditdokumenten und nicht auf dem UCC-1 Financing Statement. Letzteres gewährt keinerlei Recht auf das beanspruchte Gut; dieses Recht muss bewiesen werden, mit den Dokumenten in der Hand.“

hier weitere Formulierungen von OPPT...

Diese Art von Handlungen und Systemen, gleich ob in der irreführenden Gestalt von „Regierungen“, „Behörden“, „Vertrag“, „Akt“, „Verfassung“ oder „juristischer Person“, inklusive der privaten Systeme, früher bekannt als „NA-TIONEN“, „VEREINTE NATIONEN“ und ihrer besonderen Agenturen des „IWF“, „DEN HAAG“, „WELT BANK“ UND „BANK FÜR INTERNATIONALEN ZAHLUNGSAUSGLEICH“ ... aus allen Familien dieser Art von „Magiern“, von Land zu Land, See zu See, zum „HEILIGEM STUHL“; sie alle wurden gesetzmäßig, legal und ordnungsge-mäß bestätigt als REGISTRIERT im HANDEL und ordnungsgemäß VOLLSTRECKT, ordnungsgemäß als SCHULDNER der Menschen bestätigt, aller Menschen gleichermaßen auf Erden, am 24. Oktober 2012, rechtlich, faktisch und nach der öffentlichen Ordnung, unwiderlegbar und unwiderlegt.

Ordnungsgemäß als bankrott registriert
Über die vielen Momente der Gegenwart wurden die rechtliche Position, Autorität, Wert, Recht und Rechtgrund-sätze in Übereinstimmung mit dem bürgerlichen Recht der Menschen, aller Menschen gleichermaßen, rechtmä-ßig, legal und ordnungsgemäß im HANDEL REGISTRIERT, wie es zu Beginn, am Nullpunkt, bei der Schöpfung, aufgezeichnet war, unwiderlegbar, unwiderlegt. Diese Art von SCHULDNERN ist ordnungsgemäß als bankrott bestätigt und REGISTRIERT. Die essentiellen Wesensmerkmale der Menschen, aller Menschen gleichermaßen, und der ihnen innewohnende Reichtum wurden ordnungsgemäß „freigelegt“, dort wo sie schon immer waren, worauf diese Art von Magiern sich immer konzentrierten und [ihr] Augenmerk richteten, in ihrer Handhabung der Menschen.

ANKÜNDIGUNG EQUITY - CALL /WERTE-ABRUF

ANKÜNDIGUNG: Sie sind ordnungsgemäß aufgefordert, mit sofortiger Wirkung es zu unterlassen, den Wert der Menschen zu beschlagnahmen, gegenwärtigen oder zukünftigen. WESHALB NUN ORDNUNGSGEMÄSS ANKÜNDIGUNG GEGEBEN WIRD: Die Menschen machen einen Equity Call (Werte-Abruf) von ALLEM UND JEGLICHEM Wert, der den Menschen genommen wurde, einschließlich zukünftiger Werte und jeglicher Werte, Gewinne und Nutzen, die daraus abgeleitet werden, NUNC PRO TUNC, PRAETEREA PRETEREA, und haben für die ordnungsgemäße Ausstellung und Verwaltung der entsprechenden ERFÜLLUNGS-GARANTIE (PERFOR-MANCE ACCEPTANCE BOND) unseren Public Trust und seine ordnungsgemäß verpflichteten Treuhänder auto-risiert. Sicherungsnehmer, der Schöpfer der Menschheit, durch seine leibeigenen Diener, die Menschen, unge-achtet des gewählten Aufenthaltsortes des Körpers, mit allen vorbehaltenen Rechten und ohne Präjudiz, wie angekündigt und bewahrt von der öffentlichen Ordnung, einschließlich **UCC 1-308**, und allen und jeglichen der Vereinigten Staaten von

Amerika, Bundesregierung, VEREINIGTE STAATEN, Vereinigte Staaten, „STAAT DES …“, „Staat des …“, und seiner internationalen Äquivalente, legen wir erneut fest, bestätigen wir erneut, erklären wir erneut und teilen wir es allen Wesen erneut mit wie folgt, nunc pro tunc, praeterea preterea:

DIE MIT DEM ANSEHEN, DER BEFUGNIS, DEM WERT, DEN RECHTEN UND DEM RECHTSGRUNDSATZ im UCC ordnungsgemäß registrierten und gesicherten Dokumente **Nr. 2012079290**, 25. Juli 2012, mit Beleg **Nr. 1237660**, und **Nr. 2012079322**, 25. Juli 2012, mit Beleg **Nr. 1237679**, erneut festgelegt und hier verkörpert mit Bezug als ob in vollem Umfang niedergelegt, wissentlich, willentlich und absichtsvoll bewahrt und geschützt in Ewigkeit, zuerst eingeführt von der internationalen Rechtsverordnung, erkennbar mitgeteilt als die Verfassung für die Vereinigten Staaten von Amerika, 1791, wie geändert, und deren rechtmäßige Rechtsprechung der Nachfah-ren, international bestätigte Rechtsverordnungen, mit Beginn des 4. Juli 1776 und vollendet am 1. März 1781, ratifiziert 1791, wurden nie widerlegt; DAHER WIRD NUN ANGEKÜNDIGT, dass die Menschheit ordnungsgemäß einen Equity Call von ALLEM UND JEGLICHEM beschlagnahmten Wert der Menschen macht, einschließlich zu-künftigen und jeglichen Werten, Gewinnen und Nutzen, die hieraus abgeleitet werden, NUNC PRO TUNC, PRAE-TEREA PRETEREA, und sie haben für die ordnungsgemäße Ausstellung und Verwaltung der entsprechen-den ERFÜLLUNGS-GARANTIE unseren Public Trust und seine ordnungsgemäß verbundenen Treuhänder autorisiert.

MITTEILUNG AN PRINZIPAL IST MITTEILUNG AN VERTRETER

MITTEILUNG AN VERTRETER IST MITTEILUNG AN PRINZIPAL

ORDNUNGSGEMÄSS ERNEUT FESTGELEGT, ERNEUT RATIFIZIERT, ERNEUT ER-KLÄRT UND ERNEUT MITGETEILT, IN KRAFT GETRETEN

AN DIESEM 25. Tag des Juli 2012, mit unserem Versprechen und Eid, erkennbar an unserer echten Unterschrift und unserem echten Siegel, wissentlich, willentlich und absichtsvoll gemacht, mit unbeschränkter Haftung, mit absoluter Befugnis und Verantwortlichkeit, geschworen unter Strafe des Meineids, geleitet von den Gesetzen des Schöpfers, ordnungsgemäß ratifiziert; ohne Präjudiz wie angekündigt, bewahrt und geschützt nach öffentlicher Ordnung, UCC 1-308, und allen und jeglichen Vereinigte Staaten von Amerika, Bundesregierung, VEREINIGTE STAATEN, Vereinigte Staaten, „STAAT DES …“, „Staat des …“, und seiner internationalen Äquivalente, im Weiteren „UCC 1-308“ genannt:

/s/ Heather Ann Tucci-Jarraf, als Treuhänder; /s/ Caleb Paul Skinner, als Treuhänder; /s/ Hollis Randall, als Treuhänder

Die **ERKLÄRUNG DER FAKTEN** (ist rechtsverbindlich, ob jemand davon weiß oder nicht)

Alle Regierungschartas annulliert: (siehe: ERKLÄRUNG DER FAKTEN (DECLARATION OF FACTS): UCC Doc # 2012127914 28. November 2012)"...Dass jegliche und alle CHARTAS, einschließlich der United States Federal Government, UNITED STATES, "State of ...", inklusive jegliche und alle Abkürzungen, idem sonans oder andere rechtliche, finanzielle oder administrative Formen, **jegliche**

und alle internationalen Äquivalente, ein-schließlich jeglicher und aller ÄMTER und ÖFFENTLICHER DIENSTSTELLEN, BEAMTEN und ÖFFENTLICHER BEDIENSTETEN, VERWALTUNGSAKTE und VOLLZUGSBEDIENSTETEN, VERTRÄGE, VERFASSUNGEN und SATZUNGEN, MITGLIEDSCHAFTEN, VERORDNUNGEN und jeglicher und aller sonstigen Verträge sowie Vereinbarungen, die damit und darunter getroffen worden sind, jetzt nichtig, ***wertlos, oder anderweitig annul-liert sind, unwiderlegt; ...*** "**Bankchartas annulliert: (siehe: TRUE BILL: WA DC UCC Doc # 2012114776 24. Oktober 2012)**

> ***"Erklärt und unwiderruflich gelöscht;*** jegliche und alle Chartas der Mitglieder der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), aller Mitglieder und Nutznießer, einschließlich aller Begünstigter, einschließlich jeglicher Körperschaften, die private Geldsysteme besitzen, betreiben, unterstützen, begünstigen und die sich Rechnungsstellung, Geldeintreibung, Vollstreckungsmaßnahmen bedienen, um SKLAVENSYSTEME zu unterhalten... die rechtmäßige Werte mit Hilfe von unrechtmäßiger Befugnis beschlagnahmen... "

Die genannte **ERKLÄRUNG DER FAKTEN (DECLARATION OF FACTS),** hiermit anerkannt und erneut formuliert, **verbleibt unwiderlegt und steht als Absolute Wahrheit verankert in Gesetz,** Handel und SEIN (BE'ing), öffentlich aufgezeichnet und registriert, universelle Rechtverordnung, und die ganze Welt kann sich hierauf berufen. Siehe https://gov.propertyinfo.com/DC-Washington/

…. die Konsequenz … die UCC-Ansprüche (filings) gelten als internationales Recht. **Nach den systemeigenen Bedingungen existiert das System nicht mehr!!!**

Es gibt viele weitere Dokumente, die allesamt im Internet zu finden sind wie z.B. das UCC Doc. # 2000043135 (=Ewigkeitsdokument) oder die letzte bestätigte Eintragung von OPPT vom 18.3.2013 UCC Doc. # File No. 2012132883. Seht nach, wenn es Euch interessiert.

Es gibt auch eine prinzipielle Möglichkeit über OPPT, mit Hilfe einer sogenannten Courtesy Notice (Höflichkeits-mitteilung) die Behörden über den rechtlichen Status ihrer Entität aufzuklären. Sofern die Behörde von ihren For-derungen nicht lassen kann, ist ein genauer technischer Weg vorgegeben, wie ein Schadensersatzvertrag wirksam gemacht wird und wie die anschließende Rechnung auszusehen hat.

Kulanzmitteilung (Courtesy Notice) – es gilt die englische Version **-**

Empfänger (private Details):	**Versender (private Details):**
Frau Huber c / o angeblich Finanzamt Hinterdupfing Anschrift [PLZ und ORT]	Hans: Mann aus der Familie Meier Adresse............

Datum: Montag, 14. April 2016

Betreff: **Unbeschränkte persönliche Haftung durch die Zwangsvollstreckung aller Banken, aller unternehmensbasierten Regierungen und aller anderen Unternehmen auf Grundlage der UCC-Aktenregistrierungen des One People's Public Trust. (OPPT)**

Zustellung: persönliche Zustellung / per Einschreiben

ORDNUNGSGEMÄSS VERIFIZIERTE ERKLÄRUNG DER FAKTEN:

In Bezug auf das Ereignis am {< Tag 00 des Monats >} 2013, {< Ort des Ereignisses >} an dem {<Name des Empfängers>} mit der Anschrift {<Anschrift des Empfängers>} beteiligt war, im Folgenden "Empfänger" genannt.

Ich bin der alleinige, rechtmäßige und legale REGISTRIERTE Eigentümer, Verwalter und Treuhänder meines SEINS (BE'ing), jeglicher Schöpfungen daraus und Eigentums davon, UCC Doc. Registrierungsnummern 2012127810, 2012127854,

2012127907, 2012127914, neu formuliert und hier als Referenz eingetragen, die ursprüngliche Bekanntmachung der ERKLÄRUNG DER FAKTEN (DECLARATION OF FACTS) durch öffentliche Registrierung, nachweislich vorgenommen, abgeschlossen und geleistet durch den One People's Public Trust, im Folgenden "OPPT“ genannt.", hier zitiert und durch Bezugnahme eingebracht, als ob in vollem Umfang dargelegt. Ich habe bewusst, willentlich und in voller Absicht die besagte ERKLÄRUNG DER FAKTEN (DECLARATION OF FACTS) mir zu eigen gemacht und bestätige und ratifiziere sie als ordnungsgemäße ERKLÄRUNG DER FAKTEN (DECLARATION OF FACTS), nunc pro tunc praeterea preterea, unwiderlegt als Grundsatz des Recht, als Fakt , und als Grundsatz der öffentlichen Ordnung, im Folgenden "Versender" genannt.

ORDNUNGSGEMÄSS VERIFIZIERTE MITTEILUNG

Der Versender teilt dem Empfänger mit, dass er KEINE ZUSTIMMUNG ERTEILT zu jeglicher unrechtmäßigen und illegalen Abwertung, Verminderung, Abschaffung, Unterwerfung, Unterdrückung, Enteignung, Eindringung, Verletzung oder Beraubung seines ordnungsgemäß gesicherten **SEINS (BE´ing); jeglicher Schöpfungen und jeglichen Eigentums davon. Der Empfänger ist somit ordnungsgemäß aufgefordert, jegliche und alle der genannten rechtswidrigen und illegalen Handlungen gegen den Versender mit sofortiger Wirkung zu UNTERLASSEN.**

Der Versender gibt und macht Ihnen hiermit ordnungsgemäß und rechtzeitig Mitteilung, dass der Empfänger rechtmäßig und gesetzlich für sämtliche vom Empfänger verursachten, rechtswidrigen und illegalen Handlungen gegen den Versender, die zu jeglichen und allen möglichen Schäden des Versenders, einschließlich physischem Schaden, körperlicher Inhaftierung, Eigentumsbeschlagnahmung, Eigentumsbeschädigung, finanziellen Schaden oder zu irgendeinen anderen Schaden an der messbaren Energie des Versenders führen, für Haupt-und Drei-fach-Schadensersatz nach den allgemeinen Gesetzen verantwortlich und haftbar ist.

Der Empfänger wird auf die ERKLÄRUNG DER FAKTEN (DECLARATION OF FACTS) aufmerksam gemacht. Insbesondere die Zwangsvollstreckung aller Unternehmen weltweit, die unter dem Deckmantel der Regierungen der Völker gehandelt haben, Banken und aller anderen Konzerne Ende 2012, wegen Hochverrats und Schaden an der einen Menschheit dieses Planeten ohne deren wissentliche, willentliche und bewusste Zustimmung, im Detail:

Alle Regierungschartas annulliert:(siehe: ERKLÄRUNG DER FAKTEN (DFECLARATION OF FACTS): UCC Doc # 2012127914 28. November 2012)

> "...Dass jegliche und alle CHARTAS, einschließlich der United States Federal Government, UNITED STATES, "State of ...", inklusive jegliche und alle Abkürzungen, idem sonans oder andere rechtliche, finanzielle oder administrative Formen, **jegliche und alle internationalen Äquivalente,** einschließlich jeglicher und aller ÄMTER und ÖFFENTLICHER DIENSTSTELLEN, BEAMTEN und ÖFFENTLICHER BEDIENSTETEN,
> VERWALTUNGSAKTE und VOLLZUGSBEDIENSTETEN, VERTRÄGE, VERFASSUNGEN und SATZUNGEN, MITGLIEDSCHAFTEN, VERORDNUNGEN und jeglicher und aller sonstigen Verträge sowie Vereinbarungen, die damit und darunter getroffen worden sind, jetzt nichtig,

***wertlos, oder anderweitig annulliert sind, unwiderlegt;* ...** "**Bankchartas annulliert: (siehe: TRUE BILL: WA DC UCC Doc # 2012114776 24. Oktober 2012)**

"Erklärt und unwiderruflich gelöscht; jegliche und alle Chartas der Mitglieder der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), aller Mitglieder und Nutznießer, einschließlich aller Begünstigter, einschließlich jeglicher Körperschaften, die private Geldsysteme besitzen, betreiben, unterstützen, begünstigen und die sich Rechnungsstellung, Geldeintreibung, Vollstreckungsmaßnahmen bedienen, um SKLAVENSYSTEME zu unterhalten... die rechtmäßige Werte mit Hilfe von unrechtmäßiger Befugnis beschlagnahmen... "

Die genannte **ERKLÄRUNG DER FAKTEN (DECLARATION OF FACTS),** hiermit anerkannt und erneut formuliert, **verbleibt unwiderlegt und steht als Absolute Wahrheit verankert in Gesetz,** Handel und SEIN (BE'ing), öffentlich aufgezeichnet und registriert, universelle Rechtsverordnung, und die ganze Welt kann sich hierauf berufen. Siehe https://gov.propertyinfo.com/DC-Washington/ (Anmeldung erforderlich) oder www.peoplestrust1776.org .

Dementsprechend wird dem Empfänger mitgeteilt, dass er nun ausschließlich als Individuum handelt, ohne das Sicherheitsnetz einer angeblichen Körperschaft, mit voller persönlicher Haftung für JEDE SEINER HANDLUNGEN gemäß Bürgerlichem Recht (Gewohnheitsrecht, Gemeinrecht, engl. common law), erhalten und geschützt durch die öffentliche Ordnung UCC 1-103 und Universelles Recht, das geltende Recht, welches in den OPPT UCC-Aktenregistrierungen zugrunde gelegt worden ist. (siehe: **WA DC UCC Ref Doc # 2012113593)**

Sollte der Empfänger sich entscheiden, dennoch im Namen einer zwangsvollstreckten Entität aufzutreten und dem Versender jeglichen Schaden, wie oben aufgeführt, zufügen, wird der Empfänger, in seiner individuellen und uneingeschränkten Kapazität absolut haftbar gemacht. Solche Handlungen können für den Empfänger eine rechtmäßige Wiedergutmachungspflicht bezogen auf das Vermögen des Empfängers zur Folge haben, gemäß des Grundsatzes der öffentlichen Ordnung UCC 1-305, einschließlich, aber nicht beschränkt auf UCC-Wechsel-ordnung (Pfändung).

Ferner wird der Empfänger auf die **Auftragsdeklaration (DECLARATION AND ORDER) aufmerksam gemacht: UCC Doc # 2012096074, 9. September 2012** , ordnungsgemäß bestätigt und ratifiziert durch COMMERCIAL BILL UCC Doc. No. 2012114586 und TRUE BILL UCC Doc. No. 2012 114776, welches besagt:

Freiwillige des Militärs ... " **zu verhaften und in Gewahrsam zu nehmen** jede und alle Verkörperungen, **deren** Beauftragte, Beamte und andere Akteure, ungeachtet des gewählten Domizils (domicil), **die private Geldsysteme besitzen, betreiben, unterstützen, begünstigen** und die sich Rechnungsstellung, Geldeintreibung, Vollstreckungsmaßnahmen bedienen, um SKLAVENSYSTEME gegen Menschen zu betreiben,...und Wiederinbesitznahme aller privaten Geldsysteme, Nachverfolgungssysteme, Transferierungssysteme, Fakturierungssysteme, Inkassoeinrichtungen, Vollstreckungssysteme, welche SKLAVENSYSTEME betreiben..."

"... Alle Seinswesen (beings) des Schöpfers sind verpflichtet, unverzüglich allen hier identifizierten öffentlichen Bediensteten und Beamten **bei der**

Implementierung, dem Schutz, der Erhaltung und Durchführung dieser Anordnung (ORDER) mit allen Mitteln des Schöpfers und Schöpfungen zu unterstützen, durch, mit und in ihrer vollständigen persönlichen Haftung ..."

Sollte der Empfänger jegliche und alle Handlungen, die dem Versender zu Schaden gereichen, unterlassen, werden alle Verfahren gegen das Vermögen des Empfängers abgewendet werden. Der Empfänger ist bezüglich seiner akkumulierenden Haftbarkeit gewarnt, die sich aus Anweisungen, Anordnungen und Konspiration mit Mitarbeitern, die eine Fortsetzung der Schädigung des Versenders zur Folge haben, ergibt. Sollten angewiesene Mitarbeiter dem Versender einen der oben aufgeführten Schäden zufügen, so werden diese gemeinsam und gesamtschuldnerisch haftbar gemacht durch das „Auftraggeber-Auftragnehmer-Prinzip" (Principal Agent Doctrine), geschützt durch den Grundsatz der öffentlichen Ordnung UCC 1-103. Es liegt nun in Ihrer geschäftlichen und moralischen Verantwortlichkeit, Ihre Mitarbeiter zu informieren. Es liegt in Ihrer Verantwortung, Ihre Haftbarkeit sowie jegliche potentielle zukünftige Haftbarkeit zu überprüfen, die auf Ihrer wissentlichen, willentlichen und bewussten freien Willensentscheidung, dem Versender zu schaden, fußt. Der Versender hat hiermit dem Empfänger gebührend eine zusätzliche Kulanzmitteilung erteilt. Die Originalbekanntmachung ist nachweislich vorgenommen, abgeschlossen und geleistet durch OPPT.

Sollte es der Empfänger in seiner privaten und individuellen Eigenschaft wünschen, über diesen Zeitpunkt hinaus weiterhin mit dem Versender zu interagieren, bietet der Versender ihm gerne seine Allgemeinen Geschäftsbe-dingungen, mit der Referenznummer {<AAA-000000>} zu seiner Einwilligung an, in welcher das Einwilligungsverfahren klar definiert ist. Der Empfänger wird ebenfalls darauf aufmerksam gemacht, welche positiven Auswirkungen, die OPPT-Ansprüche für jeden Menschen haben. Zwangsvollstreckte Banken bedeuten keine Schulden mehr. Aufgelöste „Regierungs"-Statuten bedeuten keine unrechtmäßigen Steuern, Satzungen, unrechtmäßigen Gerichte usw. mehr. Eine neue Regierungsform ist da. Seien Sie informiert und handeln Sie entsprechend! Versender:

____

Zeuge: ____

Datum:____________________Name des

Zeugen: {<Vorname Nachname>}

RECHNUNG

Rechnungsadresse:		**Zu bezahlen an:**	
Empfänger: GEZ …….		**Versender:** Hans Xaver: Mann aus der Familie Meier Am Abwasserkanal 1 98765 Hinterschmiding Bayern	
Zahlungsbedingungen:	14 Kalendertage	**Fälligkeitsdatum:**	11.12.16

Die weltweite Zwangsvollstreckung der Banken und Regierungen ist eine aufgezeichnete und unwiderlegte Tat-sache (ERKLÄRUNG DER FAKTEN (DECLARATION OF FACTS): UCC Doc #

2012127914 28. November 2012) zu der keine ausreichend verifizierte Stellungnahme vorgelegt wurde, nämlich:

Eine ordnungsgemäß überprüfte Widerlegung der ERKLÄRUNG DER FAKTEN (DECLARATION OF FACTS), Punkt für Punkt eingehend und spezifisch mit ordnungsgemäßer eidesstattlichen Erklärung in voller Verantwortung und Haftung des Befragten, unter Strafe des Meineids unter dem geltenden Recht, oder jeglichem Recht, sofern identifiziert, unterzeichnet mit der Unterschrift des Empfängers in nasser Tinte, **IST NICHT EINGEGANGEN.**

Allgemeine Geschäftsbedingungen wurden in den *Allgemeinen Geschäftsbedingungen* des Versenders gemäß Referenznummer **HXM2015-0925-BS** angeboten, der Annahmevorgang dieser AGB`s wurde klar definiert. Die AGB`s des Versenders wurden vom Empfänger rechtsverbindlich angenommen und gelten vollumfänglich. Keine einzige der relevanten Erklärungen, Fakten und Rechtsvermutungen wurde je vom Empfänger widerlegt. Dem Empfänger werden seine Handlungen in der Verfolgung eines unbegründeten Anspruchs in Rechnung gestellt. Diese Handlungen waren **die Inrechnungstellung sogenannter „Beiträge zu einem sogenannten Rundfunk-staatsvertrag“ ;** nachfolgende Handlungen bzw. Unterlassungen waren hierbei vertragswidrig:

- permanente rechtswidrige Bezeichnung des Menschen Hans Xaver als „Herr Meier“
- permanentes Unterlassen, Handelsangebote zu unterschreiben, hier: fehlende Unterschrift auf „Zahlungserinnerung“ v. 20.11.16
- fehlende Lieferung von Nachweisen zu Autorität und Identität des Empfängers (UCC- 3-501)
- fehlende Lieferung von Nachweisen und Auskünften zur hoheitlichen Befugnis (z.B. Anwendung BRD-Gesetze etc...)

-Die Gebühren werden mit einem geringeren Betrag als den Pauschalsätzen der AGB`s angesetzt-

Position	Beschreibung	am / ab	bis	Tarif	Menge	Betrag
Satz 1	permanente Weigerung, den Menschen Hans Xaver als Mensch zu identifizieren	28.09.2015	heute	1.500,00 €	1	750,00 €
Nr. 3.	fehlende Unterschrift auf Zahlungserinnerung vom 20.11.2016	20.11.2015		100,00 €	1	100,00 €
Nr. 4.	fehlende Lieferung Nachweis zu Autorität und Iden-tität	28.09.2015	heute	500,00 €	1	250,00 €
Nr. 5.	fehlende Lieferung zu hoheitlicher Befugnis (z.B. An-wendung BRD-Gesetze etc. etc...)	28.09.2015	heute	1.000,00 €	1	500,00 €

Satz 2 Bearbeitungszeit – Stundenverrechnungssatz 26.11.2015
75,00 € 1 75,00 €

Zu zahlender Gesamtbetrag:
1.675,00 €

Bereitschaft auf Verzicht:
Ist der Empfänger in der Lage innerhalb von vierzehn (14) Kalendertagen nach erfasstem Erhalt dieser Rechnung eine ausreichend verifizierte Antwort in Form:

eines Nachweises, wie in den AGB mit der Referenznummer **HXM 2015-0925-BS** als erforderlich angegeben, dass der angebliche Anspruch auf einem rechtmäßig bindendem Vertrag zwischen den einzelnen oben genannten Parteien beruht,
ODER
einer unwiderruflichen, schriftlichen Aberkennung der oben aufgeschlüsselten Handlungen, welche das Ergehen dieser Rechnung zur Folge hatte;

zu geben, wird auf die Forderung dieser Rechnung verzichtet – es ist dann keine Zahlung erforderlich. Frühere Rechnungen sind von diesem Verzicht ausgenommen und bleiben zahlbar (bisher keine früheren Rechnungen vorhanden) .

Zahlungsbedingungen

In Erfüllung dieser Rechnung akzeptiert der Versender die Lieferung von physischem Silber in der Gesamtanzahl Feinunzen (31,1034768 Gramm) in 99,9% reinen Silbers Münzen in Höhe dieser Rechnung mittels jedes sicheren Spediteurs, autorisiert durch eine anerkannte Münzprägeanstalt als Zahlung.

Die Zahlung ist innerhalb von 14 Tagen zu leisten.

25. KAPITEL Checkliste

Ist uns rundum klar, dass wir frei und souverän sind?
Sind unsere AGB`s in Schuss?
Sind alle weiteren Dokumente und Verträge gemacht und an einem guten Platz?
Ist unsere Adresse ok?
Haben wir rechtzeitig reagiert?
Haben wir den korrekten Handelspartner identifiziert?
Haben wir uns genau überlegt, mit welchem Prozess wir antworten?
Haben wir unsere Rechte nach UCC 1-103 und UCC 1-308 reserviert?
Haben wir eine Bezugnahme auf unsere bestehenden Dokumente und Verträge eingebracht?
Haben wir die Aktenzeichen unserer Verträge und Dokumente im UCC-1 Financing Statement veröffentlicht?
Haben wir das Schriftstück als Handelsangebot identifiziert, den Dun&Bradstreet-Auszug besorgt und sämtliche Rechtsvermutungen zurückgewiesen?
Haben wir die Rechtsvermutungen bezüglich Name und Person zurückgewiesen?

Haben wir Autorität und Identität nach UCC 3-501 verlangt?
Haben wir jemanden zum Treuhänder ernannt?
Haben wir uns als Begünstigter offenbart?
Haben wir zur Widerlegung unserer Rechtsvermutungen aufgerufen?
Haben wir alles, was nach Public Officer riecht, vermieden?
Haben wir den Vertrag verlangt, den sie beanspruchen und den wir unterschrieben haben?
Halten wir als Geschäftsinhaber unsere Geschäftsbeziehungen auf Armeslänge bzgl. Lieferanten, Kunden etc?
Haben wir uns je zur Sache geäußert und wenn ja, das Versehen korrigiert?
Haben wir unsere nächsten Schritte angekündigt, die wir gedenken, zu gehen, wenn unsere Forderungen uner-füllt bleiben?
Haben wir die Privcipal-Agent-Doctrine eingebaut?
Haben wir alle Standards bei einem Affidavit eingehalten?
Haben wir alle Standards bei einem Abatement eingehalten?
Haben wir die Formfehler des gegnerischen Schriftsatz` angemahnt und zurückgewiesen?
Haben wir die Benutzung von Privilegien zurückgewiesen?
Haben wir das Kriegsrecht zurückgewiesen?
Haben wir durchscheinen lassen, dass wir ihren Bankrott durchschaut haben?
Haben wir die korrekte Partei angegriffen?
Haben wir Schadensersatz in Gold oder Silber gefordert?
Haben wir korrekt unterschrieben?
Sind unsere Zeugen vertrauenswürdig und sattelfest?
Sollten wir unseren Schriftsatz nochmals überdenken und erst morgen wegschicken?
Haben wir den Weg des Schriftsücks beweisbar dokumentiert?
Haben wir das Schriftstück auffindbar abgelegt?

Wir sind am Ende des Skripts gelandet. Wir brauchten die theoretischen Grundlagen, um uns nun etwas ent-spannter der Praxis zuwenden zu können. Jetzt entwickeln wir unsere Schriftsätze, mit denen wir beweisen, dass Verträge bestehen und zwar die unsrigen. Und dass sie gelten. Es existiert kein Gesetz, wenn Verträge gelten. Es war von Anfang an der Plan, etwas für die Anwendung zusammenzustellen und etwas zu unternehmen, damit wir endlich aus dem fremdbestimmten Gefühl heraus kommen, Opfer zu sein.
So lange haben wir unter der Knute ihrer Knechtschaft gelebt, dass uns die Vorstellung von mehr Freiheit und Souveränität beinahe ängstigt. Tatsächlich möchte man nicht gar so viel verändern, weil es unsere Bequemlich-keit stört. Die Rundumbetreuung ist dann futsch! Verantwortung übernehmen? Ich und ein souveräner Mensch, ausgestattet mit dem naturgegebenen und absoluten Recht, dass sich niemand einmischt? Und wo soll ich dem-nächst tanken und mein Brot einkaufen, wenn das System krachen geht?

Wollten wir denn, dass das System krachen geht? Gar nicht! Wir können nur im Nachhinein nicht mehr verhin-dern, dass es bereits krachen ging. Wir haben es nicht zerstört, das haben sie selber längst erledigt. Wir haben es nicht einmal mitbekommen. Aber jetzt können wir etwas Neues und Besseres aufbauen. Ein würdigeres Mit-einander zum Beispiel. Ein System, in dem Menschen Rechte haben, unveräußerliche Rechte sogar. Ein System vielleicht, in welchem Mangel und Knappheit Fremdwörter sind und Lügen und Betrug geächtet. Es gibt viele Ideen, die ich hätte, aber wir alle gemeinsam dürfen darüber bestimmen, was uns am liebsten wäre.
Gefühlsmäßig merken die meisten von uns, dass Veränderungen vor sich gehen. Große sogar. Unsere Hoffnung ist, dass sich alles zum besseren wenden wird. Wir bräuchten nicht hoffen, denn wir könnten unser Schicksal in die eigenen Hände nehmen und selber etwas unternehmen, um unsere Misere mit dem Rechts- und Geldsystem mit dem Wörtchen „Nein“ und ein paar Schriftsätzen zu lindern.

Eigentlich wollten wir nur die Umstände unseres Daseins verbessern, indem wir wieder der werden, der wir ohnehin schon immer waren: **ein Mensch, eine lebende Seele aus Fleisch und Blut**, wie Mary Croft es aus-drücken würde.

Wir sollten uns langsam entscheiden, ob wir das Schaf bleiben wollen, das wir bisher waren. Denn insgeheim ist uns längst klar geworden, dass derjenige, der den Schafen hinterhertrottet, nur Ärsche sieht. Je mehr es werden, die etwas unternehmen, desto weniger Ärsche werden wir sehen. Unternehmen wir was?
Euer Hans